

51/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 14. Sitzung, 25.01.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen

14. Sitzung / öffentlicher Teil

Donnerstag, 25.01.2007

Gesamtdauer der Sitzung:

09:07 Uhr – 19:01 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

Jochen Pack

Schriftführer

Dr. Peter Pilz

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Beschaffung von Kampfflugzeugen



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

14. Sitzung/ öffentlicher Teil

Donnerstag, 25. Jänner 2007

Gesamtdauer der 14. Sitzung:
9.07 Uhr – 19.01 Uhr

Lokal VI

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen beginnen um 9.07 Uhr und finden bis 9.31 Uhr unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** statt. (s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung; „nichtöffentlicher Teil“.**)

9.32

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 9.32 Uhr – zum **öffentlichen** Teil der Sitzung **über** und ersucht darum, die **Auskunftsperson Mag. Karl-Heinz Grasser** und dessen Vertrauensperson Mag. Christine **Sumper-Billinger** sowie die **Auskunftsperson Dr. Herbert Hillingrathner** in den Sitzungssaal zu bitten.

(Die beiden Auskunftspersonen **Mag. Grasser** und **Dr. Hillingrathner** sowie die Vertrauensperson von **Mag. Grasser**, **Mag. Christine Sumper-Billinger**, werden von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Währenddessen gibt **Obmann Dr. Pilz** auch in öffentlicher Sitzung bekannt, dass Herr Gsodam eine Berichtigung des Protokolls begehrt hat, dem hiemit nachgekommen werde:

Auf der Seite 5, die in dem Ihnen zugegangenen Protokoll die Seite 147 ist (S. 147 Gesamtprotokoll der 13. Sitzung/öffentlicher Teil), wird das Wort „ware“ durch das Wort „waren“ ersetzt, und auf Seite 14, die bei Ihnen Seite 156 ist (S. 156 Gesamtprotokoll der 13. Sitzung/öffentlicher Teil), wird das Wort „ergeben“ durch das Wort „gegeben“ ersetzt.

Bitte, das Protokoll ab jetzt nur noch in diesem Sinne zu lesen und zu interpretieren.

Der Obmann kommt sodann zur **Gegenüberstellung der beiden Auskunftspersonen** zu offenen **Fragen zum Beweisthema 1**, begrüßt die beiden Auskunftspersonen und dankt für deren Erscheinen.

Sodann weist der Obmann die **Auskunftsperson Mag. Grasser** auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin, macht darauf aufmerksam, dass eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuchs wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft wird – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Karl-Heinz Christian Grasser, geboren am 2.1.1969, wohnhaft in 1030 Wien, Privatier, Finanzminister außer Dienst. – Meine Frau sagt gerne, ich bin arbeitslos, sie freut sich über meine Arbeitslosigkeit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich war Bundesminister für Finanzen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen.

Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? – Wir haben das das letzte Mal schon besprochen: Eigentlich ist es sinnvoll, das bei den konkreten Fragen dann zu besprechen. Wenn Sie oder Ihre Vertrauensperson dann konkrete Einwände haben, dann werden wir diese anhand der Frage besprechen.

Vor Eingang in die Befragung – das kennen Sie – haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. Da es sich aber um eine Gegenüberstellung handelt, scheint es mir nicht übermäßig sinnvoll zu sein, zu Fragen, die noch nicht gestellt sind, eine zusammenfassende Erklärung zu geben.

Ich nehme an, bei Herrn Dr. Hillingrathner werden wir das ähnlich halten.

Sind Sie damit einverstanden?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Absolut! Das halte ich für sinnvoll. Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz weist auch die **Auskunftsperson Dr. Hillingrathner** auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin, macht darauf aufmerksam, dass eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft wird – und ersucht sodann um Bekanntgabe der Personalien.

Dr. Herbert Hillingrathner: Dr. Herbert Hillingrathner, geboren am 5.1.1940, wohnhaft in 1180 Wien, im Ruhestand befindlicher Beamter.

Obmann Dr. Peter Pilz weist Dr. Hillingrathner als öffentlich Bediensteten darauf hin, dass er sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen darf und seine vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, von seiner Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt wurde, und erinnert ihn daran, dass er über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde. Sollte ein Fall eintreten, dass er der Meinung ist, dass bei einer konkreten Frage einer dieser Gründe vorliegt, dann solle er ihn, den Obmann, oder den Verfahrensanwalt darauf aufmerksam machen, und man wird dann die Frage klären und lösen.

Auf die Abgabe einer zusammenfassenden Erklärung verzichtet Dr. Hillingrathner gleichfalls.

Sodann begrüßt der Obmann die **Vertrauensperson** von Herrn Mag. Grasser, Frau Mag. Christine **Sumper-Billinger**.

Obmann Dr. Peter Pilz führt aus:

Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Meinung ist, dass die Vertrauensperson von Herrn Mag. Grasser von dieser Sitzung auszuschließen sei, weil sie entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte? – Das ist nicht der Fall.

Ich setze mit der Belehrung der Vertrauensperson fort.

Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligte zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen können daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die Beratung der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Wir kommen jetzt zur **Gegenüberstellung**.

Erstens: Ich mache auch öffentlich darauf aufmerksam, was ich vorhin in der nichtöffentlichen Sitzung bereits getan habe: dass ich strikt darauf achten werde, dass gemäß der Verfahrensordnung ausschließlich uns bekannte Vorhalte gemacht werden, das heißt, dass auf mögliche Widersprüche, die durch Unterlagen beziehungsweise unsere Protokolle dokumentiert sind, hingewiesen wird und die beiden Auskunftspersonen konkret dazu befragt werden.

Befragungen, die darüber hinausgehen, beziehungsweise Befragungen, die andere Gegenstände haben, werde ich **nicht** zulassen.

Zweitens – dafür habe ich plädiert, auch im Interesse einer ökonomischen Vorgangsweise –: Ich werde nicht akzeptieren, wenn Fragen mit derselben Absicht und mit derselben Begründung ein, zwei oder mehrere Male wiederholt werden, und ich werde den Fragesteller oder die Fragestellerin auch darauf hinweisen.

Nun können wir endgültig mit der Gegenüberstellung beginnen.

Ich darf die Ausschussmitglieder bitten, genau zu sagen, an welcher Stelle im Protokoll über die Befragung der Auskunftsperson das jeweilige Zitat zu finden ist.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich werde versuchen, die Vorgaben des Herrn Vorsitzenden genau einzuhalten, und richte nun folgende Frage an die beiden Herren:

Herr Dr. Hillingrathner, Sie haben in der 8. Sitzung vom 20. Dezember 2006 – das ist dokumentiert auf Seite 149 des Protokolls – zur Frage der schrecklichen Ereignisse des „Nine Eleven“ gesagt:

„In dieser Phase hat Herr Wolf hinaus müssen und kommt herein und sagt: Die Twin-Towers brennen!“ – Nur zur Vorgeschichte. – „Also wir haben uns das alle am Fernseher angeschaut.“

Ihre Aussage: „Aber das war überhaupt kein Argument, kein Einfluss, nichts! Das hat keinen Bezug gehabt ...“

Herr Bundesminister Grasser meinte in der 9. Sitzung vom 21. Dezember 2006, Seite 77 des Protokolls:

„Es war damals die Situation so, dass völlig klar war, dass diese Beschaffung **nicht** aufzuhalten war. Wir haben auch knapp danach von Seiten des Finanzministeriums die Ausschreibung freigegeben.“ – Und so weiter, und so weiter.

Das heißt also: Während Hillingrathner meinte, das habe überhaupt keinen Bezug auf die Beschaffung gehabt, sagten Sie, Herr Finanzminister außer Dienst, dass das sehr wohl eigentlich der Knackpunkt war, dass Sie dann gesagt haben: Ja, jetzt kaufen wir!

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, Herr Hillingrathner, und dann auf den selben Vorhalt Sie, Herr Grasser.

Dr. Herbert Hillingrathner: Dazu: Die Besprechung am 9.11. war eine Besprechung mit Vertretern des Bundesministeriums für Landesverteidigung und des Finanzministeriums, also einer Arbeitsgruppe auf Beamtenebene, und meine Aussage bezieht sich auf mein Verständnis als Beamter. Es ist überhaupt kein Widerspruch, nehme ich an, zur politischen Ebene. Für mich, als Person Hillingrathner, hatte das überhaupt keine Auswirkung, da ich auch der Meinung war, dass mit oder ohne diese Desaster das Flugzeug gekommen wäre. Es war immerhin politisch paktiert als Regierungsübereinkommen. Und daher noch einmal: Für mich als zuständiger Beamter war das kein Thema.

Obmann .Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, bitte.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Also für mich ist absolut nachvollziehbar, dass das auf der beamteten Ebene kein Thema war. Auf der politischen Ebene hat es sich für mich anders dargestellt, weil die Situation eben die war, dass ich versucht habe – es ist ja auch in der Öffentlichkeit vielfach dokumentiert –, die Beschaffung zu verhindern. Und für mich hatte dann „Nine Eleven“ diese symbolische Kraft, dass es die Sicherheitssituation geändert hat, wie ich das auch das letzte Mal hier zum Ausdruck gebracht habe.

Ich glaube mich zu erinnern, dass ich damals mit dem Bundeskanzler und der Vizekanzlerin in einer Sitzung war, als diese schrecklichen Anschläge stattgefunden haben, und wir uns das dann, wie viele andere auch, im Fernsehen angesehen haben. Und natürlich war der Eindruck der Öffentlichkeit und damit der politische Meinungsbildungsprozess davon deutlich beeinflusst. Für mich war klar, dass die Ausschreibung mit dieser Situation quasi einen Katalysator erfährt und damit die Ausschreibung eben nicht mehr aufzuhalten war. Und genauso wurde sie eben nachher, einige Tage danach, auch freigegeben.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Zur Frage der Stückzahl und zum Zusammenhang mit dem Hochwasser.

Auch wieder in der 8. Sitzung vom 20. Dezember 2006 haben Sie, Herr Hillingrathner, gesagt:

„Ich wurde vom Ministerbüro informiert, dass diese Eckpunkte ausgemacht worden sind,...“ – bei einem Gipfelgespräch auf politischer Ebene beim HBK war das –, und dass es da um 18 ging.

Und zum Hochwasser sagten Sie, ebenfalls in der 8. Sitzung vom 20. Dezember 2006:

„Das Hochwasser war sicher ein politischer Vorwand.“

Ebenso zum Hochwasser sagte dann der Herr Finanzminister damals, und zwar in der 9. Sitzung vom 21. Dezember 2006:

„Und dass wir dann noch ein Hochwasser bekommen, ich meine, Entschuldigung, das haben Sie nicht gewusst, haben wir nicht gewusst. Dass ich da noch einmal die Gunst der Stunde nützen kann ...“

Und dann geht es eben weiter, dass das auf 18 geht.

Waren das vorher schon 18 Stück, wie das der Aussage Hillingrathner zu entnehmen ist, oder waren das 18 ab dem Hochwasser?

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Hillingrathner, bitte.

Dr. Herbert Hillingrathner: Vorweg: Ich bin hier leider kein Profi, das muss ich zugeben, sonst wäre mir diese Äußerung nicht herausgerutscht. Das war eine unbedachte Äußerung und meine Privatmeinung. Und ich glaube, es ist erkennbar, dass das keine offizielle Aussage in dem Sinn ist. – Also das möchte ich vorweg klarstellen.

Zum Zweiten, weil die Frage immer pendent war – da muss ich weiter ausholen – zu den 18 Stück: Es war natürlich Ziel des Finanzministers, eine möglichst geringe Stückzahl zu erreichen. Die Gespräche, die unter Ministern waren: Da, glaube ich, gibt es auch Missverständnisse, und in Wirklichkeit sind sie **keine** gegenteiligen Aussagen.

Ich habe den Nachteil gehabt, dass ich in der „Informations-Stafette“ der Letzte war und meistens zwischen Tür und Angel oder schnell – schnell entweder von einem Sektionschef oder von einem Sekretär, selten direkt vom Minister – eine Mitteilung bekommen hatte. Es war ein Gespräch unter Kollegen, und Ziel wäre etwa dies und das und jenes. Also ich nehme an, die Regierung hat überhaupt keinen Beschluss gefasst, sondern das könnte nur die Gesamtheit der Regierung einstimmig machen.

Zum Zweiten nehme ich an, dass der Herr Finanzminister dort seine Anliegen beziehungsweise seine Zielsetzung vorgebracht und ausgelotet hat, wie die Chancen sind, dass er damit durchkommt. Wir wurden natürlich in diese Richtung informiert, möglichst auch in dieser Richtung vorzugehen.

In der Ausschreibung war dann, wie wir wissen, die volle Länge von **24 plus 6** drinnen, und nach Abschluss sozusagen des Zuschlagsverfahrens, wo die Typenentscheidung gefallen ist, stand die **Zahl 18** fürs erste nicht im Raum. Es wurde sofort danach eine Arbeitsgruppe zwischen BM für Landesverteidigung und BM für Finanzen gebildet. Herr General Spinka war führend auf der Seite Landesverteidigung und ich für das Finanzministerium.

Die Aufgabe dieser Kommission – wir kommen dann im dritten Teil dazu – war, eine Sparvariante auf fachlicher Ebene zu erarbeiten. Wir hatten mehrere Sitzungen, ich muss sagen, das Heer hat da sehr konstruktiv mitgezogen, und wir haben wirklich alles, was möglich ist, reduziert. Aber nach Aussagen der Generäle ist eine Ziffer stehen geblieben, und da haben sie dann gesagt, genau genommen, da brauchen wir gar kein Flugzeug, weil mit einer solchen Beschaffung die militärische, taktische Zielsetzung **nicht** erreicht werden kann.

Die Zahl ist bei **24** stehen geblieben, und die war auch bis zu diesem Hochwasser von Seiten des Finanzministeriums unbestritten, eben auf Grund des Ergebnisses dieser Kommission. Ich kann mir sogar vorstellen, wenn wir ein billiges Gerät gehabt hätten, wären die 24 stehen geblieben. – So weit hier meine Aussage.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, bitte.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Zum Thema „18 Stück“ und dem vermeintlichen Widerspruch, den man hier unter Umständen das letzte Mal gesehen haben kann: Wir haben uns lange darüber unterhalten, und ich kann nur nochmals ausführen und bleibe selbstverständlich dabei: Es hat **keinen** politischen Konsens gegeben, von Beginn an 18 Stück zu beschaffen. Ich habe das letzte Mal sehr klar argumentiert: Welche Motivation hätte das Finanzministerium gehabt, 24 plus 6 in der Ausschreibung freizugeben und damit die Zielsetzung zu dokumentieren, schriftlich, mit der

Ausschreibung 24 plus 6 zu beschaffen, wenn wir uns eigentlich schon auf 18 geeinigt hätten?! Das würde doch keinen Sinn machen.

Dass es mein Versuch war – auch, ich glaube, absolut gemeinsam mit Hillingrathner und dem BMF –, zur billigsten Lösung zu kommen und damit zu erreichen, je weniger Stück desto besser, ist überhaupt keine Frage, dass uns daher 18 lieber gewesen wären als 24 plus 6, auch 12 lieber gewesen wären, gar keine am besten gewesen wären im Sinne unserer damaligen Diskussionen.

Aber nochmals: Eine politische Vereinbarung auf 18 hat es **nicht gegeben**.

Ich darf verweisen auf ein Resümee-Protokoll beispielsweise über eine Sitzung, die am 11.9.2001 im BMF stattgefunden hat – diese Unterlage liegt Ihnen natürlich auch vor –, wo es Teilnehmer gegeben hat von der Landesverteidigung, vom Wirtschafts- und Arbeitsministerium und Finanzministerium, und dort wurde – ich darf das zitieren – Folgendes dann festgelegt:

Zuerst wurde einvernehmlich außer Streit gestellt – nämlich auf der beamteten Ebene –, dass auf politischer Ebene über die Stückzahl (das Landesverteidigungsministerium sagt 24 Stück Einsitzer und 6 Stück Zweisitzer, optional, und das BMF hat damals vertreten 19 Stück Einsitzer und 5 Stück Zweisitzer, im Sinne der Aussage Hillingrathner, das wären dann die 24 Stück gewesen, und die Einladung des russischen MiG-Anbieters) zu entscheiden wäre.

Also auf der beamteten Ebene hat man noch am 11.9.2001 – das Resümee-Protokoll liegt Ihnen vor – sehr klar bei dieser Sitzung außer Streit gestellt, dass auf der **politischen Ebene** die Stückzahl entsprechend zu entscheiden sein wird. Das **Landesverteidigungsministerium** hat damals **24 plus 6** vertreten; das BMF hat vertreten **19 plus 5** und damit 24.

Damit ist auch anhand dieses Resümee-Protokolls vom 11.9. wohl sehr klar bewiesen, dass es offensichtlich eine politische Vereinbarung nicht gegeben haben kann. Zumindest haben offensichtlich beide beamteten Seiten nichts davon gewusst. Sie können auch nichts davon gewusst haben, denn es hat sie auch nicht gegeben.

Dass dann tatsächlich 24 plus 6 in der Ausschreibung vom Landesverteidigungsministerium rausgegangen ist und von uns bestätigt wurde, zeigt wohl, dass es diese Vereinbarung nicht gegeben hat. Selbst die Typenentscheidung damals ist ja dann auf der Basis 24 Stück gefasst worden, und zwar im Ministerrat am 2. Juli 2002. Auch das ist ein sehr klarer Beweis dafür, dass es eine Vereinbarung für 18 wohl nicht gegeben haben kann.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Gaßner, noch weitere Vorhalte?

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Eine Frage noch an Herrn Hillingrathner: Sie haben sich zu Beginn für die Aussage entschuldigt. War das jene: Das Hochwasser war sicher ein politischer Vorwand!?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe sogar eine schriftliche Korrektur vorgesehen gehabt, aber das hat sich erübrigt. Eine Anmerkung, dass das ein persönlicher Ausrutscher war, natürlich.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Meine Frage: Wenn das tatsächlich so ist, wurden Sie hier von irgendjemand dazu angehalten, diese Aussage zurückzunehmen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Dazu möchte ich sagen: Ich wollte das sofort korrigieren, aber diese Aussage wurde sofort vom Ausschuss aufgenommen, sodass ich nichts mehr gesagt habe. Es war so!

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Hillingrathner, ich glaube, wir nehmen das einfach so zur Kenntnis. Das war, sofern ich das richtig verstanden habe, damals eine politische Bewertung von Ihnen und nicht eine Tatsachenwahrnehmung. Wenn Sie der Meinung sind, dass Sie diese politische Bewertung nicht vertreten, dann ist das jetzt ohnehin im Protokoll und kann von allen nachgelesen werden. Damit ist die Sache, zumindest was mich betrifft, erledigt.

Kollege Gaßner, gibt es noch weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Grasser und Herr Ministerialrat! Ich halte Ihnen folgende Aussagen vor:

Zunächst die Aussage des Herrn Ministerialrat Dr. Hillingrathner in der 8. Sitzung vom 20. Dezember 2006, Seite 121 folgende des Protokolls. Ich beginne mit der Frage des Vorsitzenden Pilz.

„Obmann Dr. Peter Pilz: Wem vom Ministerbüro haben Sie damals die Unterlagen auf Wunsch des Bundesministers übermittelt?“ – Es geht um die Rückstellung des Aktenkonvolutes Paketlösung.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß nicht, möglicherweise habe ich sie ihm selbst auf den Tisch gelegt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es geht aus dem Akt nicht so klar hervor, ob es jetzt Dr. Christl oder der Minister selbst war. Also möglicherweise haben Sie ihm ...

Dr. Herbert Hillingrathner: ... auf den Tisch gelegt.

Obmann Dr. Peter Pilz: War das so üblich? Sie können zu ihm einfach ins Kabinett reingehen und ihm den Akt auf den Tisch legen?

Herbert Hillingrathner: Wenn es einer dringend will, warum nicht?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, ja, er hat Sie ja selbst verlangt, das war ja ein Ersuchen von seiner Seite.

Dr. Herbert Hillingrathner: Es war schon am späten Nachmittag, glaube ich.“

Zu diesem Vorgang: Rückstellung dieses Aktenkonvolutes, sagt dann Herr Mag. Grasser in der 9. Sitzung vom 21. Dezember 2006, Seite 84, Folgendes:

„Ich habe im offiziellen Aktenverzeichnis des Finanzministeriums nachsehen lassen. Dort ist das Papier unter Ministerialrat Hillingrathner eingetragen – also laut dem Aktenverzeichnissystem des Ministeriums. Daraus schließe ich, dass der Akt von uns wieder an Hillingrathner gegangen sein müsste.“

Ich zitiere meine Frage nur auszugsweise, den Vorspann lasse ich weg. Stadler: „Hillingrathner hat ausgesagt zu diesem Aktenvermerk, dass er mit diesem Aktenvermerk dieses Aktenkonvolut Paketlösung EADS an Ihr Büro zurückgestellt hat. Er glaubte sich noch daran zu erinnern, dass er es Ihnen auf den Schreibtisch gelegt habe an einem späteren Nachmittag, als Sie nicht mehr da waren. Ist das richtig?“

Mag. Grasser: „Nochmals: Angefordert ja, daran kann ich mich erinnern, nachgeschaut im Aktenverzeichnis des Ministeriums, wem ist dieser Akt zugeordnet. Dann findet sich dort: Ministerialrat Hillingrathner. Daher aus diesen Unterlagen ersichtlich, dass der Akt offensichtlich zurückgegangen ist. Aber ich glaube, dass das ohnehin nebensächlich ist, weil der Akt ohnehin da. Aber wenn er bei uns gewesen wäre, dann würde ‚Ministerbüro‘ dort stehen, dann wäre quasi das Ministerbüro belastet, was aber nicht der Fall ist.“

Später sagt Herr **Mag. Grasser** noch einmal in der Sitzung vom 21. Dezember 2006, Seite 86 des Protokolls:

„Zweiter Punkt: Nochmals: Der Akt ist nicht meinem Ministerbüro zugeordnet im Aktenverzeichnissystem des Bundesministeriums für Finanzen, sondern der Akt ist zugeordnet der Abteilung des Ministerialrates Hillingrathner. Wenn er dem Ministerbüro zugeordnet wäre, dann hätten Sie Recht in Ihren Aussagen. Faktum ist aber, dass das **nicht** so ist. Daher ziehe ich daraus die Schlussfolgerung, dass der Akt von uns wieder zurückgegangen sein sollte an den Herrn Ministerialrat.“

Ich frage zunächst Sie, Herr Ministerialrat: Bleiben Sie bei Ihrer Aussage, die ich Ihnen vorgehalten habe?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte zum Verständnis der verschiedenen Erklärungen ausführen: Ein Minister ist natürlich etwas überfordert mit den strengen Kanzleiordnungen; ich bin da leider ein nachlässiger Beamter und daher kommen diese Aussagen oder Missverständnisse zustande. Ich kann das ganz leicht erklären. Ich habe das Geschäftsstück mehr oder minder subito persönlich hinuntergetragen ins Ministerbüro beziehungsweise, glaube ich, auf den Tisch vom Minister gelegt. Ich bin ja nicht allein drinnen, das Sekretariat sitzt ja voraus. Und ich habe es verabsäumt, der Kanzlei zu sagen: Das Geschäftsstück bitte austragen, das liegt jetzt im Ministerbüro. Daher war ich die ganzen Jahre mit diesem Geschäftsstück belastet. Das war mir bewusst.

Warum ich diese Kopie gemacht habe? – Ganz einfach deshalb, weil Ministerbüros – aus Erfahrung, weil da oft eine Hektik ist, die unvorstellbar ist – zum Teil unbürokratisch arbeiten und dann halt Geschäftsstücke nicht mehr auffindbar sind. Daher habe ich mir gedacht, ich bin belastet, also schaue ich, dass ich wenigstens die Kopie habe. Und wenn der Herr Finanzminister zu Recht nachforschen lässt, wo sich der Akt befindet, aha, er liegt in der Kanzlei, ich bin damit belastet, dann kann er natürlich den Schluss ziehen, dass er zurückgelangt und wieder in der Kanzlei eingelangt ist. Das war aber nicht der Fall. Ich war laufend belastet damit. So ist das.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Unter dem Eindruck des Vorgehaltenen und der Aussage des Herrn Ministerialrates: Bleiben Sie bei Ihrer Aussage?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich bleibe bei meiner Aussage und darf sie ergänzen. Sie haben mir das letzte Mal zu Recht vorgehalten, wo das Originalstück sei. Ich habe erstens in meinem Kabinett gefragt, so die Kabinettsmitglieder noch verfügbar waren. Dort hat man mir sehr klar gesagt, dass man nicht weiß, wo das Original ist, und dass man nicht sagen kann, ob es zurückgegangen, nicht zurückgegangen ist; aber: Keines meiner Kabinettsmitglieder hat dieses Original. Das wurde sehr klar ausgeführt.

Sepp Christl ist heute auf der Ladungsliste. René Oberleitner, der mit diesen Fragen in Stellvertretung des Sepp Christl befasst war, hat eine schriftliche Stellungnahme dazu abgegeben. Diese darf ich dem Ausschussvorsitzenden zur Verfügung stellen, in der er sinngemäß sagt, dass er über den Verbleib oder Verstoß von Akten oder Aktenteilen keine weiterführenden sachdienlichen Informationen geben kann, aber natürlich ausschließt, dass sich ein Originalakt oder eine Kopie in seinem Privatbesitz befinden würde. – Das war jetzt nur der wesentliche Teil dieses Schreibens, vielleicht darf ich das zur Verfügung stellen.

Zweiter Punkt. Ich bin dem schon nachgegangen, weil Sie, Herr Stadler, sich auch zu Recht das letzte Mal auf ein Schreiben bezogen haben, das Ministerialrat Hillingrathner verfasst hat am 10. Mai 2004 ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich sagen: Das ist eine andere Frage, die ich noch extra stellen möchte.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, das ist keine ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Moment! Wenn Herr Abgeordneter Stadler zu der Frage dieses Schreibens einen eigenen Vorhalt machen will, halte ich es für vernünftiger, wenn es da einen gemeinsamen Vorhalt und wieder zwei Antworten gibt. Ist das okay?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Das ist okay. Dann kann ich nur dabei bleiben, zu sagen, wie ich das letzte Mal bereits ausgeführt habe: Erstens: Ich weiß nicht, wo das Original ist. Zweitens: Wir haben uns das letzte Mal ausführlich darüber unterhalten; ich konnte ausführen, dass ich diesen gesamten Akt für absolut irrelevant halte, was die Beschaffung betrifft. Gott sei Dank liegt er Ihnen auch vor, weil dankenswerterweise diese Kopie von Ministerialrat Hillingrathner gemacht wurde.

Ich darf schon ausführen, dass es Akten gegeben hat, wo das Ministerbüro belastet war. Diese Akten habe ich Sektionschef Steger übergeben, und diese Akten hat der Untersuchungsausschuss auch bekommen. Da ist nicht das Ministerbüro belastet, sondern die Sektion II. Man wird dann bei der nächsten Frage, auf die wir uns jetzt geeinigt haben – eigener Vorhalt –, schon merken, dass offensichtlich innerhalb der Sektion dieser Akt ein weiteres Mal verschwunden ist, was aber nichts mit dem Ministerbüro zu tun haben kann.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir werden zu diesem Punkt kommen. Wenn ich das richtig verstehe, sind wir momentan noch bei dem Versuch, anhand zweier Personen zu klären, die nachweislich mit diesen Stücken am Dienstweg in Berührung gekommen sind, wo dieser Akt, und zwar der **Originalakt**, verschwunden sein könnte. Das ist offensichtlich noch nicht ausreichend geklärt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich muss zum weiteren Schicksal dieses Aktenkonvoluts dann Herrn Grasser mit den Aussagen des Herrn Sektionschefs Dr. Steger konfrontieren, denn mit Hillingrathner ist jetzt nur geklärt worden, dass Hillingrathner nichts mehr zurückbekommen hat. Das hat Hillingrathner ausgesagt.

Nun möchte ich Sie, Herr Ministerialrat Hillingrathner, mit folgender Aussage konfrontieren. Es geht um die Frage des Stattfindens eines Gipfelgespräches und den Inhalt eines Gipfelgespräches, in dem es um die Reduktion von Stückzahlen ging. Ich halte Ihnen folgende Aussagen vor, von Ihnen gemacht am 20. Dezember 2006, zu finden im Protokoll der 8. Sitzung, Seite 118 ff.

Zunächst meine Frage damals. Stadler: „Das bedeutet: Wissen Sie jetzt noch, wer die Teilnehmer dieses politischen Gipfelgespräches waren? Haben Sie davon noch eine Erinnerung?“

Hillingrathner: „An welchem Tag war das? Das politische Gipfelgespräch?“

Stadler: „Dieses politische Gipfelgespräch – das wäre für uns sehr aufschlussreich: Wenn wir das datumsmäßig eingrenzen könnten, wäre das für uns sehr, sehr aufschlussreich.“

Hillingrathner: „Ich kann mir vorstellen, dass es waren: Kanzler, Grasser und Bartenstein.“

Stadler: „Das heißt, Sie nehmen nicht an, dass dort Bundesminister Scheibner dabei war?“

Hillingrathner: „Nein, nein, Moment! Scheibner wahrscheinlich auch. Aber ich weiß nicht ...“

Stadler: „Sie sehen eh, die ÖVP wird schon wieder nervös: Es ist jetzt eine wirklich ...“

Dann werde ich mehrfach unterbrochen, dann kommt Kollege Kogler noch einmal auf dieses Thema zurück und hält Ihnen vor: „Die erste Frage dahin gehend: Welche Wahrnehmungen, welches Wissen haben Sie darüber, wie sich Bundesminister Grasser mit anderen Regierungsmitgliedern in dieser Sache, die aus Ihrer Sicht zum 19. Jänner 2001 gestartet ist, verständigt hat, eigentlich getroffen hat? Also welche Treffen des Bundesministers mit Regierungsmitgliedern, nicht mit Vertretern von EADS, haben Sie in Erinnerung?“

Hillingrathner: „Ob er Gespräche im ersten Halbjahr geführt hat, weiß ich nicht. Erst in der heißen Phase, als wir die Konditionen für die Ausschreibung – eine Ausschreibung war es ja nicht – beziehungsweise für die freihändige Bieterholung festgelegt haben, wurde das natürlich auf Regierungsebene auch abgesprochen. Es waren das Wirtschaftsministerium befasst, das Verteidigungsministerium, unser Ressort, und natürlich auch der Bundeskanzler. Es wurden gewisse Eckdaten festgelegt, die die Regierung offenbar gemeinsam tragen konnte. Mir wurde das nur mittelbar über einen Ministersekretär oder auch vom Minister selbst, je nachdem, übermittelt.“

Der Herr Bundesminister sagt zu diesem Faktum auf die Frage des Kollegen Kogler, wo er Ihnen Ihren Vermerk „pro domo“ vorhält, etwas. Das ist jetzt zuerst ein Zitat, das aus einem Aktenvermerk von Ihnen, Herr Ministerialrat stammt. Kogler:

„Pro domo – also für Sie im Hause oder für Ihr Haus –: Bei einem Gipfelgespräch auf politischer Ebene beim Herrn Bundeskanzler einigte man sich auf 18 Stück plus eventuell 6 weitere. Gab es ein solches Gipfelgespräch mit dem Herrn Bundeskanzler im Jahr 2001? Entspricht das der Wahrheit? Erinnern Sie sich daran?“

Mag. Grasser: „Ich erinnere mich an eine Reihe von Gesprächen, die wir natürlich im Jahr 2001 geführt haben, in unterschiedlichen Formationen: Bundeskanzler, Vizekanzlerin, Wirtschaftsminister, Verteidigungsminister, ich selbst. Ich kann Ihnen jetzt nicht genau sagen, welches Gespräch das war. Es war kein Gipfelgespräch, so wie ich es in Erinnerung habe, im eigentlichen Sinn des Wortes: ...“

Ich möchte Ihnen jetzt nicht die weiteren Aussagen im Detail vorhalten. Sie sagen dann, dass Sie mit dem Herrn Bundeskanzler ... und derartige Gespräche nicht stattgefunden hätten.

Herr Ministerialrat, bleiben Sie bei Ihrer Darstellung?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte dazu ausführen, dass hier, wie ich schon eingangs gesagt habe, wahrscheinlich ein gewisses Missverständnis ist, wie wir als Beamte das aufgefasst haben und wie es der Minister gesehen hat.

Im konkreten Fall habe ich nachgeforscht und bin insoweit fündig geworden, dass ich die Frage nicht beantworten kann. Am 17. Juli 2001 war ein Controlling-Gespräch im Finanzministerium mit dem Herrn Verteidigungsminister und anschließend an dieses Gespräch hat uns der Finanzminister zu einem Gespräch eingeladen. Es waren dabei: Minister Grasser, Staatssekretär Dr. Finz, Mag. Oberleitner, Sektionschef Steger, meine Wenigkeit, Dr. Tomasch.

Der Minister hat über ein stattgefundenes Gespräch mit seinen Regierungskollegen berichtet, wo man erörtert habe, dass die Tendenz in Richtung 18 Flugzeuge, und zwar Einsitzer gehe, eventuell plus sechs Stück zweisitzige Schulungsflugzeuge.

An welchem Tag das besagte Gespräch auf politischer Ebene stattgefunden hat und welche Regierungsmitglieder daran teilgenommen haben, darüber kann nur der Herr Bundesminister für Finanzen selbst Auskunft geben. Wir haben es nie erfahren, es wurde nicht gesagt, und es ist daher nicht dokumentiert. Und diese angezogene Geschäftszahl OZ 6/01 vom 20. Juli habe ich eben noch dazu geschrieben. Das ist ein

Hinweis, dass das eingangs zitierte Gespräch des Ministers offensichtlich im BKA stattgefunden hat. Wieso ich das so hingeschrieben habe, weiß ich nicht mehr. Daher haben wir angenommen, es war vielleicht auch der Kanzler dabei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich noch einmal nachfragen, wann dieses Gespräch stattfand, auf das Sie sich jetzt bezogen haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Am 17. Juli 2001.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe, glaube ich, heute schon dazu Stellung genommen. Ich habe das letzte Mal dazu Stellung genommen. Ich kann nur sagen, es hat kein politisches Gipfelgespräch mit einer Entscheidung für 18 Stück gegeben. Ausschreibung: 24 plus 6; Entscheidung waren 24 Stück bei der Typenentscheidung am 2. Juli 2002. Dem kann ich nichts hinzufügen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, diese Frage und diese Beantwortung hatten wir schon und die ist jetzt doppelt im Protokoll.

Nächster ist Herr Abgeordneter Kogler. Er hat nichts dazu zu befragen.

Gibt es von Seiten der ÖVP noch weitere Wünsche? Von Seiten der SPÖ? – Dann, Kollege Stadler, können Sie weiter fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe an Herrn Grasser nur Fragen im Zusammenhang mit einer Gegenüberstellung mit den Aussagen des Herrn Sektionschefs Steger. An Herrn Hillingrathner habe ich keine weiteren Fragen mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Soweit ich das Protokoll kenne, sind das auch die wesentlichen Fragen, die zwischen Herrn Hillingrathner und Herrn Grasser zu klären sind. Wenn es keine weiteren Fragen gibt, dann schließe ich diese Gegenüberstellung.

Herr Dr. Strasser. – Bitte.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Herr Dr. Hillingrathner hat sich vorhin an mich gewendet und erklärt, er habe im Protokoll verschiedene Unrichtigkeiten oder Ungenauigkeiten festgestellt, die er allenfalls berichtigen wolle. Ich habe gesagt, warten wir die Gegenüberstellung ab, vielleicht sind diese Umstände, auf die er sich bezieht, ohnedies Gegenstand der Gegenüberstellung. Jetzt sollte man ihm zweckmäßigerweise, wenn er schon da ist, Gelegenheit geben, dass er sagt, was nicht stimmen könnte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich würde das gerne dann bei der Befragung des Herrn Hillingrathner machen, denn wir brauchen eigentlich Herrn Grasser nicht dazu, um diese Protokollberichtigungen durchzuführen. Ich werde dann auch Herrn Dr. Steger fragen, ob es irgendetwas im Protokoll bei seiner Befragung zu berichtigen gibt.

Das Einzige, was ich noch nachzufragen habe, denn das ist der einzige Punkt, der mir noch offen scheint, ist: Herr Hillingrathner, wenn ich Ihre Darstellung richtig verstanden habe, haben Sie ganz klar gesagt: Dieser Originalakt, der verschwunden ist und von dem wir bis heute nicht wissen, wo er verschwunden ist, sondern nur wissen, **dass** er verschwunden ist, ist mit Sicherheit nicht zu Ihnen zurück gekommen. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist richtig. Es ist in meinem Unglück ... – Wäre das normal im Geschäftsweg gelaufen, hätte die Budgetkanzlei den Akt ausgetragen; die Präsidialkanzlei hätte ihn als eingegangen eingetragen. Er ist nicht zurückgekommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Hillingrathner, das haben Sie uns plausibel erklärt und das ist auch ausreichend klar. In diesem Zusammenhang die dazu gehörende Frage an Herrn Grasser.

Haben Sie irgendwelche tatsächlichen Wahrnehmungen, dass der Akt vom Ministerbüro an Herrn Hillingrathner zurückgegangen ist? Sie haben uns sehr genau erklärt – das ist auch im Protokoll – Ihre begründete Annahme, dass auf Grund der Eintragung im Aktenverzeichnis der Akt dort sein müsste. Dazu haben wir Herrn Hillingrathner auch in der Gegenüberstellung sehr klar gehört.

Meine letzte Frage ist in diesem Zusammenhang: Haben Sie persönlich – oder wissen Sie von Ihren Mitarbeitern – eine tatsächliche Wahrnehmung, dass der Akt an Herrn Ministerialrat Hillingrathner zurückgegangen ist?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe keine Wahrnehmung, weder ob der Akt zurückgegangen ist, noch wo sich der Akt tatsächlich befindet. Ich möchte aber, nachdem Herr Stadler diese Frage nicht gestellt hat, schon eine Ergänzung machen, wenn Sie mir das gestatten. Es war das letzte Mal hier die Diskussion darüber, dass Bezug nehmend auf den Vermerk Herbert Hillingrathner, 10. Mai 2004 ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, ich habe von Anfang an erklärt, dass ich da sehr genau vorgehen werde. Wir haben hier eine Gegenüberstellung. Wir haben keine Befragung von Auskunftspersonen und wir haben auch keine Selbstbefragung von Auskunftspersonen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber Sie können doch die Auskunftsperson antworten lassen! Er hat schon zweimal angesetzt. Wahrscheinlich kommt da irgendetwas, was ihn entlastet und Sie lassen das nicht zu. *(Abg. Mag. Stadler: Dann stelle ich Fragen!)*

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, wir können das natürlich als Ausschuss ändern. Aber wir werden entweder so vorgehen – ich bin da auch den Abgeordneten gegenüber möglichst zurückhaltend –, dass wir konkrete Vorhalte machen und darauf konkrete Antworten bekommen. Ich habe auch erklärt, ich werde nicht zulassen, dass nicht der Gegenüberstellung entsprechende und begründete Fragen an eine der Auskunftspersonen oder beide gerichtet werden. Das ist nachweislich auch nicht passiert; ich musste nicht eingreifen.

Ich halte es aber nicht für sinnvoll, dass Fragen beantwortet werden, Herr Grasser, wie Sie es vorher begonnen haben, zu erklären, von denen Sie erwartet haben, dass sie gestellt werden, die aber nicht gestellt worden sind.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein. Sie hängt direkt mit dem Verschwinden des Aktes zusammen. *(Abg. Dr. Fekter: Lassen Sie ihn die Frage beantworten!)*

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind der Meinung, dass das jetzt zur Beantwortung ... *(Abg. Dr. Fekter: Zensur ist das!)* – Kollegin Fekter, es gibt nach wie vor Hinweise darauf, dass ich die Verhandlungen leite – und ich werde auch dabei bleiben. *(Abg. Dr. Fasslabend: Aber wie?! – Abg. Dr. Fekter: Aber tendenziös!)*

Herr Grasser, wenn das noch zur Antwort auf den Vorhalt des Kollegen Stadler gehört, dann bitte ich, fortzusetzen.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Danke vielmals. Ich bin auch sehr kurz. Das letzte Mal hatten wir die Diskussion hier, ich darf Hillingrathner nochmals zitieren: Aus mir unerfindlichen Gründen ist dieses Geschäftsstück offenbar nicht bis in die Kanzlei gelangt. – Hillingrathner hat nämlich eine Kopie der Erledigung gemacht und hat das in die Kanzlei geschickt. Und der Vorwurf des Abgeordneten Stadler damals war, dieser Akt sei ein zweites Mal verschwunden. *(Abg. Mag. Stadler: Das ist ein Steger-Vorhalt!)*

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich lasse das jetzt Herrn Grasser kurz fertig beantworten und werde dann auch noch etwas dazu sagen. Bitte fortzusetzen!

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe daher erklärt, es handelt sich ausschließlich um einen Vorgang innerhalb der Sektion II, also offensichtlich von Hillingrathner an die Kanzlei der Sektion II. Damit hat kein Ministerbüro noch sonst irgendjemand etwas zu tun. Das heißt, der Akt ist ein zweites Mal, nämlich die Kopie verschwunden, wo kein Minister, kein Ministerbüro nur irgendetwas damit zu tun haben kann. Das gibt einen Hinweis darauf, dass offensichtlich mit der Kanzlei der Sektion II etwas nicht in Ordnung war, was Hillingrathner insofern bestätigt hat, als ja er mit dem Akt belastet war, obwohl er eigentlich nicht hätte belastet sein sollen. (*Abg. Dr. Fekter: Sehr aufschlussreich!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, ich weise trotzdem darauf hin, dass dieser Teil Ihrer Antwort nach meiner Kenntnis der Protokolle zu Fragen gehört, die Ihnen und Herrn Dr. Steger gemeinsam zu stellen wären. Ich befürchte, dass diese Antwort dann noch einmal gegeben werden muss. Wir werden das aber zeitmäßig aushalten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe noch eine Frage. Herr Ministerialrat, hatten Sie seit der letzten Einvernahme Kontakt, welcher Art auch immer, mit jemandem aus dem Finanzministerium – seien es auch pensionierte Personen –, mit Mitgliedern der ehemaligen Bundesregierung oder der Ministerial-Hierarchie oder mit sonst irgendwie nahe stehenden Personen aus der Politik?

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Jarolim, das ist ganz sicherlich keine Frage, die etwas mit der Gegenüberstellung zu tun hat. Sie können das die Auskunftsperson dann fragen, wenn wir zur normalen Befragung von Herrn Hillingrathner kommen. Jetzt in der Gegenüberstellung lasse ich diese Frage **nicht** zu!

Gibt es noch Fragen, die Vorhalte aus dem Protokoll oder aus anderen Unterlagen betreffen und der Gegenüberstellung dienen? – Wenn dies nicht der Fall ist, dann **schließe** ich diese **Gegenüberstellung**. Ich danke vorläufig Herrn Hillingrathner.

Ich unterbreche für einige Minuten die Sitzung, weil ich kurz die weitere Vorgangsweise, was Herrn Hillingrathner betrifft, besprechen will.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(Die Sitzung wird um 10.21 Uhr **unterbrochen** und um 10.26 Uhr **wieder aufgenommen**.)

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und stellt fest, dass sich die **Auskunftsperson** Herr **Sektionschef Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger** bereits zur Gegenüberstellung mit Herrn Mag. Karl-Heinz Grasser im Sitzungssaal befindet.

Der Obmann begrüßt die Auskunftsperson, dankt für deren Erscheinen, erinnert an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Sektionschef Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger (Bundesministerium für Finanzen): Mein Name: Sektionschef Universitätsdozent Dr. Gerhard Steger; geboren am 14. Oktober 1957, wohnhaft in 1100 Wien, Beruf: Beamter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei ihrer Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt.

Über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte bei einer konkreten Frage einer der genannten Gründe auftreten, wenden Sie sich an den Verfahrensanwalt oder an mich und dann werden wir dieses Problem gemeinsam klären.

Es gibt an und für sich nach der Verfahrensordnung auch das Recht auf eine persönliche Erklärung zum Beweisthema. Wir haben bereits bei der ersten Gegenüberstellung befunden, dass das bei einer Gegenüberstellung, wo man die Fragen ja noch nicht mit vollständiger Sicherheit kennt, nicht besonders sinnvoll sein dürfte. Wollen Sie trotzdem von diesem Recht Gebrauch machen?

Dr. Gerhard Steger: Ich verzichte darauf. Danke schön.

Obmann Peter Pilz: Wunderbar.

Dann ist der erste Fragesteller Herr Abgeordneter Mag. Stadler. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Sektionschef, es geht bei der jetzt von mir anzureißenden Thematik um das Verschwinden zunächst des Originals dieser so genannten Paketlösung und in weiterer Folge auch der Kopien, die an das Ministerbüro übermittelt wurden. Sie erinnern sich an die Befragung, in der Sie auch darauf hingewiesen haben, dass eine weitere Mitarbeiterin Ihrer Abteilung dann sogar in der Kanzlei stehen blieb, bis diese Eintragung in den Kanzleibüchern erfolgte.

Ich halte Ihnen Ihre Aussage wie folgt vor. Sie findet sich auf Seite 7 des Protokolls der 9. Sitzung des Ausschusses vom 21. Dezember 2006. Sie werden von Frau Kollegin Stadlbauer gefragt:

„Sind im Zeitraum von Beweisthema 1 Akten von Minister Grasser oder von seinem Kabinett auf Wunsch des Ministers angefordert worden, die danach, nachdem er sie bekommen hat, nicht mehr retourniert wurden beziehungsweise überhaupt in Verstoß gerieten?“ „Dr. Gerhard Steger: Wenn ich jetzt den Zeitraum so nehme, wie ich das vom Vorsitzenden verstanden habe, also bis April 2002, so gibt es diesen einen Akt, den Hillingrathner in diesem Konvolut nicht erwähnt, sondern der dann später kommt in einem anderen Akt, der angelegt wurde von Frau Dr. Schwarzendorfer als Ersatzakt für das Schreiben von EADS an den Minister.

Das heißt, es hat einen Originalakt gegeben: Schreiben Dr. Bischoff an Minister Grasser – dieses berühmte Schreiben vom Juli 2001, zu dem auf Grund eines Vermerkes, den mir Herr Dr. Hillingrathner geschickt hat – später, als ich die Aktenerledigung urgier habe –, er mir gesagt hat, das hat er auf kurzem Weg direkt dem Minister zur Verfügung gestellt, im Jahr 2001.

Meines Wissens ist dieses Original bis heute nicht wieder aufgetaucht, sondern Kollege Hillingrathner hat sich – was für ihn als braven Beamten spricht – eine Kopie gemacht; daher können wir das sozusagen rekonstruieren. Aber der Originalakt ist meines Wissens bis heute nicht mehr aufgetaucht.“

Dann sagen Sie in weiterer Folge auf eine Nachfrage von mir – ich lese Ihnen am besten auch die Nachfrage vor –:

„Das heißt, um es festzuhalten,“ – habe ich Sie gefragt – „nur damit ich es begreife: Es ist der Originalakt dieser EADS-Paketlösungsunterlagen von Bischoff, 27.7.2001, an

den Minister gerichtet, verschwunden. Dann leitet Hillingrathner eine **Kopie** dieses Originalaktes an Sie – und das verschwindet auch wieder.“

Dr. Steger: „Nicht an mich, sondern er hat sozusagen eine Ersatzerledigung produziert, die er offenbar in die **Kanzlei** geschickt hat. Und nach diesem Schriftstück, das mir auch in Kopie vorliegt, das Sie jetzt gerade zitiert haben, sagt er, dieses Schriftstück ist **nicht** bis in die Kanzlei gelangt.“

Und später sagen Sie dann auf eine entsprechende Frage von mir – ich lese Ihnen die Frage vor –:

„Würden Sie meine Einschätzung teilen, dass das wirklich absolut außergewöhnlich ist, dass zuerst der Originalakt verschwindet, dann auch die Kopie verschwindet und dass die Vorgehensweise der von Ihnen soeben zitierten Kollegin daher auch außergewöhnlich war“?

Dr. Steger: „Diese Auffassung würde ich teilen, ja.“

Der Herr Bundesminister hat in seiner Befragung in seiner Antwort vom 21. Dezember 2006, Protokoll Seite 84, Folgendes dazu gesagt:

„... Angefordert ja,“ – er meint jetzt: angefordert bei Hillingrathner – „daran kann ich mich erinnern, nachgeschaut im Aktenverzeichnis des Ministeriums, wem ist dieser Akt zugeordnet. Dann findet sich dort: Ministerialrat Hillingrathner. Daher aus diesen Unterlagen ersichtlich, dass der Akt offensichtlich zurückgegangen ist. Aber ich glaube, dass das ohnehin nebensächlich ist, weil der Akt ohnehin da.

Aber wenn er bei uns gewesen wäre, dann würde ‚Ministerbüro‘ dort stehen, dann wäre quasi das Ministerbüro belastet, was aber nicht der Fall ist.“

Und später – wiederum auszugsweise –:

„Zweiter Punkt: Nochmals: Der Akt ist nicht meinem Ministerbüro zugeordnet im Aktenverzeichnissystem des Bundesministeriums für Finanzen, sondern der Akt ist zugeordnet der Abteilung des Ministerialrates Hillingrathner. Wenn er dem Ministerbüro zugeordnet wäre, dann hätten Sie Recht in Ihren Aussagen. Faktum ist aber, dass das **nicht** so ist. Daher ziehe ich daraus die Schlussfolgerung, dass der Akt von uns wieder zurückgegangen sein sollte an den Herrn Ministerialrat.“

Und in Kenntnis dieser beiden Aussagen, Herr Sektionschef: Bleiben Sie bei Ihrer Darstellung?

Dr. Gerhard Steger: Voll und ganz.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt – darf ich noch einmal rekapitulieren –, dass der Akt nicht an Hillingrathner zurückgegangen ist und die weiteren Aktenstücke, die Aktenkopien, die Hillingrathner zurückgeleitet hat, dann verschwunden sind?

Dr. Gerhard Steger: Ich beziehe mich bei dem, was ich als „voll und ganz“ aufrecht halte, auf die Aussagen von Hillingrathner selbst, dass er diesen Akt hinuntergeleitet hat an den Herrn Bundesminister.

Wenn er es zurückbekommen hätte, kenne ich Hillingrathner so gut, dass er das gesagt hätte, wenn das der Fall gewesen wäre. Nachdem er sagt, er hat es hinuntergeschickt und es ist dann nicht mehr... (Abg. Dr. **Fasslabend:** „Möglicherweise“!)

Bitte? (Abg. Dr. **Fasslabend:** „Möglicherweise“, hat er gesagt!)

Ja. Also, er hat gesagt, ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Fasslabend! Wir lassen ...

Dr. Gerhard Steger: ..., er hat den Akt – das können wir ja wörtlich zitieren –:

... konnte ich aus Zeitmangel ... sofort ... Noch am selben Tag kam die Weisung, dass der Herr Bundesminister den Originalakt sofort wünsche. Ich habe noch am selben Tag, also am 29.8.2001, mittels in Kopie beiliegendem Dienstzettel den Originalakt an den HBM übermittelt. – Zitatende. – Das habe ich jetzt gemeint, diese Passage.

Ich habe keinen Grund, an den Aussagen von Ministerialrat Hillingrathner zu zweifeln. Ich habe auch nie von ihm gehört, dass der Akt wieder zurückgekommen wäre.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, bitte.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Also, ich habe meine Aussagen zu dem Thema gemacht. Ich möchte nochmals sagen: Der Akt ist von mir überhaupt einmal – das Original – ins Haus geschickt worden, sonst wäre dieses Original ja wohl nie ins Haus gekommen. Ich habe um die Stellungnahme ersucht – das haben wir diskutiert, das ist bekannt.

Ich darf die Aufmerksamkeit nochmals darauf lenken, dass in dem Aktenvermerk Hillingrathner, 10. Mai 2004, ja eine Ersatzerledigung angesprochen ist. Diese Ersatzerledigung hat Hillingrathner offensichtlich von seiner Abteilung in die Kanzlei der Sektion II geschickt, und offensichtlich ist dort die Ersatzerledigung verschwunden.

Das heißt, in der Sektion II – Sektionschef Steger – ist die Ersatzerledigung, also eine Kopie des Originalaktes, offensichtlich ebenso einmal verschwunden. Damit hat weder der Minister noch sein Ministerbüro etwas zu tun – die räumliche Dislozierung unterstelle ich einmal als bekannt: Das sind unterschiedliche Gebäude, wir haben damit gar nichts am Hut.

Das heißt: Offensichtlich haben wir ein Original, wo man nicht weiß, wo es ist. Mein Kabinett, ich selbst sage: Bei uns ist es nicht. – Wenn es bei uns wäre, wie andere Schriftstücke auch, dann wäre es im Safe, wäre dem Ministerbüro zugeordnet. Das ist nicht der Fall.

Es ist der Sektion II zugeordnet im Kanzleiiinformationssystem, und es ist in der Sektion II offensichtlich eine Kopie dieser Geschichte nochmals verschwunden – von Hillingrathner am Weg in die Sektion II. Daher glaube ich, dass man da auch entsprechend zu hinterfragen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich nur sagen: Herr Sektionschef, wenn Sie sich vielleicht diese Antwort des Herrn Grasser jetzt merken, denn ich werde Sie, da ich Sie jetzt im Zuge der Gegenüberstellung nicht dazu befragen kann, dann bei Ihrer Einvernahme noch einmal dazu befragen.

Darf ich weiter fortfahren?

Obmann Dr. Peter Pilz: Natürlich! Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Sektionschef! Ich halte Ihnen die Aussage in der Sitzung des Ausschusses vom 21. Dezember 2006, Seite 7 f des Protokolls, vor, wo es um das Schreiben der Firma EADS an das Bundesministerium vom 13. Juni 2001 geht.

Frau Kollegin Stadlbauer fragt Sie: „Wissen Sie darüber hinaus über andere Akten oder andere Stücke, die auch in Verstoß geraten sind?“

Dr. Steger: „Nicht in Beweisthema 1. Es gibt nur diesen einen zusätzlichen Brief, der erwähnt ist in diesem Brief von EADS an den Minister. Dieser zusätzliche Brief ist, glaube ich, vom 13. Juni, wenn ich mich richtig erinnere. Ich habe den auch nie gesehen. Ich weiß nicht, ob der noch existiert, ob er jemals aufgetaucht ist. Der

dürfte – wenn ich das richtig interpretiere, was Kollege Hillingrathner da geschrieben hat – gar nie in die Verwaltung gekommen sein. Ich kenne den nicht.“

Ich habe Herrn Grasser dazu befragt, und Grasser hat in der Sitzung vom 21. Dezember 2006, Seite 89 f des Protokolls, Folgendes gesagt:

„Ich habe diesen Brief, den ich bereits vorhin angesprochen habe und der im Schreiben vom 27. Juli erwähnt ist, bei EADS angefordert, mündlich über mein Büro, gestern auch schriftlich ...“

„Es wurde dem Ausschuss schon übermittelt, dass wir dieses Schreiben nicht im BMF haben und dass wir daher ersucht haben, es entsprechend zur Verfügung zu stellen.“

Stadler: „Gut. – Das heißt also, wir halten fest: Dieses Schreiben ist nicht verfügbar, sondern es ist verschwunden, und Sie müssen es jetzt nachbeschaffen. Ist das richtig, Herr Minister?“

Der hat daraufhin das bejaht.

Herr Sektionschef, bleiben Sie bei Ihrer Aussage?

Dr. Gerhard Steger: Ja, ja, natürlich!

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kann nur noch anführen in Ergänzung, dass wir mündlich am 13.11. EADS ersucht haben, uns den Brief zur Verfügung zu stellen, per Fax am ... – am **30.11.**, wird mir gesagt; ich bitte um Verzeihung; am 30.11.! –, schriftlich per Fax am 20.12., dass es eine telefonische Rückmeldung der EADS, einer gewissen Frau Leicht am 22.12. gegeben hat – 2006 natürlich –, wo gesagt wird, dass der Brief bei EADS nicht auffindbar ist, dass es anscheinend nicht das Büro Bischoff war, das diesen Brief erstellt hat, dass es sich um eine Fachabteilung gehandelt haben könnte. Man vermutet, dass es, wenn es diesen Brief überhaupt gegeben haben soll, ein Dank für den Besuch war, kann aber auch nicht ausschließen, dass es den Brief überhaupt nicht gegeben hat, dass es zwar geplant war, er aber nicht abgeschickt worden ist. – In jedem Fall konnte er uns nicht zur Verfügung gestellt werden.

Ansonsten bleibe ich bei meinen Aussagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich zu einem anderen Thema kommen, das eine Rolle spielt, und zwar: Es geht um die Frage, Herr Sektionschef, der Festlegung auf 18 Stück anzuschaffen.

Sie haben in Ihrer Aussage vom 21. Dezember 2006, zu finden auf Seite 12 f des Protokolls, Folgendes gesagt:

„Es gibt im fraglichen Zeitraum eine ganze Reihe von Belegen aus dem Finanzministerium, aus denen hervorgeht, dass die 18 Stück für das Finanzministerium hohe Priorität hatten.“

Ich darf vielleicht ein paar Beispiele dafür bringen. Ich schaue jetzt nur, dass ich nichts übersehe. (*Dr. Steger blättert in seinen schriftlichen Unterlagen.*)

Das erste Mal, wo ich das jetzt auf die Schnelle sehe, ist: Am 17. Juli 2001 eine Besprechung mit dem Minister, dem Staatssekretär und einigen anderen, wo davon die Rede war, eventuell nur 18 und wiederum eventuell **plus 6**, offensichtlich Schulungsflugzeuge, zu beschaffen. ...

..., wo es ein Mail von Minister Grasser an Hillingrathner gibt – also wiederum offensichtlich eine gewisse direkte Kommunikation zwischen den beiden –, wo der Minister sagt: 18 Stück Abfangjäger beschaffen! ...“Der Herr Bundesminister hat in seiner Antwort auf entsprechende Fragen am 21. Dezember 2006, auf Seite 112 f des Protokolls, Folgendes gesagt: „... Und dass wir dann noch ein Hochwasser bekommen,

ich meine, Entschuldigung, das haben Sie nicht gewusst, haben wir nicht gewusst. Dass ich da noch einmal die Gunst der Stunde nützen kann und auch mit dem Vorstoß erfolgreich bin, jetzt streichen wir noch einmal sechs weg, weil das gut hineingepasst hat, was die Frage von budgetären Belastungen, Bedeckungen und so weiter betrifft, das haben wir alle nicht wissen können. Aber genau so konnte man dann durch die tatsächlichen faktischen Vorkommnisse, inklusive Hochwasser, auf 18 kommen. Ich hätte es noch gerne weiter reduziert. Das ist mir aber nicht gelungen. Aber der große Unterschied 30 zu 18 ist, glaube ich, ein gutes Verdienst des Finanzministeriums am Ende des Tages.“

Später sagt dann Herr Grasser noch einmal, bezogen auf eine Frage des Kollegen Darmann, zu finden auf Seite 112 f des zitierten Protokolls:

Darmann: „Heißt das, dass es keine frühzeitige Festlegung der Bundesregierung auf 18 Stück gegeben hat?“

Bundesminister Mag. Grasser: „Ja, das heißt es. ...“

Ich frage Sie, Herr Sektionschef: Bleiben Sie bei Ihrer Darstellung?

Dr. Gerhard Steger: Selbstverständlich bleibe ich bei meiner Darstellung, weil ja die Hinweise auf die 18 einfach evident und auch nachvollziehbar sind in den Unterlagen.

Ich darf nur, wenn das erlaubt ist, vielleicht noch einen Hinweis zur Frage der 18 machen, die ein bisschen auf die Diskussion mit einem Abgeordneten der ÖVP – ich glaube, es waren Sie, ich weiß es jetzt nicht mehr genau –, wo es um die Frage 19/5 und 18/6 gegangen ist und 24, wo die Frage gestellt wurde: Wie ist es denn dazu gekommen, dass letztendlich, wenn in den Unterlagen immer wieder von 18 die Rede war, dann auf einmal 24 beschafft wurden?; das war eine Diskussion beim letzten Mal. Ich darf Sie nur darauf hinweisen, dass in der endgültigen Zustimmung des Finanzministeriums zur Angebotseinholung vom September 2001 auch auf ein Ministergespräch am 13. September 2001 verwiesen wird. Möglicherweise ist dort eine solche Festlegung erfolgt. Denn beim letzten Mal ist es ja offen geblieben, wie es von diesen 18 zu den 24 letztendlich gekommen ist. Also möglicherweise hat es an diesem 13. September 2001 eine entsprechende Festlegung gegeben. – Ich sage das nur, weil das sozusagen ein Puzzle sein könnte im Entscheidungsfindungsprozess, der beim letzten Mal nicht ausdrücklich angesprochen wurde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, bitte. (*Abg. Dr. Fekter: Ausgeschrieben sind aber 24 plus 6 worden!*) – Frau Kollegin Fekter, die Gegenüberstellung mit Ihnen ist noch nicht beschlossen.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Hätte aber einen gewissen Reiz! (*Abg. Dr. Fasslabend: Das war aber auch keine Gegenüberstellung, diese Aussage!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich schließe mich der Erklärung von Herrn Grasser an, dass das einen gewissen Reiz hätte. Wir bleiben jetzt aber bei der reizlosen Aussage von Herrn Grasser. – Bitte.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe zu den 18 Stück meine Ausführungen bereits gemacht. Ich kann nur nochmals sagen: Es war offensichtlich ja kein Beamter auf irgendwelcher Seite – weder Finanzministerium noch Wirtschaftsministerium, noch Bundeskanzleramt oder Verteidigungsministerium – bei den politischen Besprechungen, wo es um Stückzahlen ging, dabei. Sie haben in mir jemanden, der das authentisch angeben kann. Ich gehe davon aus, dass der Bundeskanzler, die Vizekanzlerin, der Verteidigungsminister das auch tun werden. Es hat keine frühzeitige Festlegung auf 18 Stück gegeben. Es hat selbstverständlich eine große Priorität im Finanzministerium gegeben: so wenig Stück wie möglich – wenn überhaupt. Und dort

ist die „18“ oft gefallen; es ist aber auch einmal die „12“ gefallen, weil das unsere Zielsetzung eben war. Klar war aber, dass das Finanzministerium eine Ausschreibung freigegeben hat, die gelautet hat: 24 plus 6. Und klar war, dass ich am 2. Juli im Ministerrat meine anteilige politische Verantwortung übernommen habe für eine Typenentscheidung und 24 Stück Eurofighter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Weitere Fragen? – Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Sektionschef und Herr Grasser! Ich möchte Sie jetzt auf das Problem der Zeugenbeeinflussung beziehungsweise der Speaking-Notes hinführen.

Es gibt hier sehr umfangreiche Aussagen von beiden, die ich Ihnen nur teilweise vorhalten möchte, weil ich glaube, dass sowohl Ihnen, Herr Sektionschef, als auch dem Herrn Grasser die eigene Aussage noch in Erinnerung sein dürfte.

Ich zitiere nur auszugsweise – zu finden im Protokoll der 9. Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 21. Dezember 2006 auf Seite 38 f –, was den Herrn Sektionschef Dr. Steger anlangt:

Stadler – als Fragesteller an Sie, Herr Sektionschef –:

„... Der Herr Bundesminister ‚wünscht‘ – HBM heißt wahrscheinlich Herr Bundesminister – ‚zwischen Euch und mir koordinierte, d. h. ausgearbeitete Einleitungs-Speaking-Notes zu folgenden Themen (...)‘.

Diese Einleitungs-Speaking-Notes, sind die gemeint für die Einleitungs-Statements hier im Ausschuss? (*Dr. Steger: So ist es!*) – Bitte, noch einmal!

Dr. Gerhard Steger: So ist es. So habe ich es jedenfalls verstanden.“

Weiter hinten sagen Sie dann:

„Dr. Gerhard Steger: Das war ... meine Befürchtung,“ – bezogen jetzt auf die Frage der Zeugenbeeinflussung – „dass es sich um“ eine „Zeugenabsprache handeln könnte oder so interpretiert werden könnte, und ich wollte in diese Gasse nicht reingehen – nicht nur wegen mir, sondern auch wegen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich wollte einfach sicherstellen, dass wir **nicht** in die Bredouille kommen. Das ist schlicht und einfach der Punkt.“

Stadler: „Ist es denkbar, dass das Kabinett ein einheitliches Wording des Ministeriums verlangt oder“ gar „gewünscht hat?“

Steger: „Das interpretiere ich so, weil es ja um akkordierte Positionen gegangen ist, ...“

Der damalige Herr Bundesminister hat auszugsweise zu diesen Speaking-Notes Folgendes gesagt: Dass es sich also nicht um Zeugenbeeinflussung handle, und dann weiter:

„Wenn man das Finanzministerium kennt, weiß man, Wallner kommt aus der Sektion I. Das ist die Präsidialsektion, die die gesamte Arbeit BMF mit dem Parlament erledigt. Steger ist in der Sektion II, und es ist die Praxis des Hauses, dass alles, was ins Parlament kommt von den verschiedenen Sektionen, an die Sektion I geht und von der Sektion I dann an das Parlament geht.

Das heißt, Wallner hat nichts anderes gesagt, als was Selbstverständnis ist für Steger seit vielen Jahren, nämlich dass Wallner die Informationsvermittlung ins Parlament zu koordinieren hat, und dass es koordiniert zwischen Wallner und Steger entsprechende Aufbereitung dieser Informationen geben sollte. Das heißt: Wie soll denn Wallner Steger in irgendeiner Form als Zeuge beeinflussen? Das halte ich für absolut

unmöglich, und das müsste jeder redliche Mensch, der hier die Situation beurteilt, auch so“ sehen.

Und später sagt dann Herr Mag. Grasser:

„... Daher habe ich den Präsidenten der Prokurator gebeten: Wenn ich irgendetwas mache, das auch nur im Ansatz als Zeugenbeeinflussung gelten kann, dann soll er mich unterbrechen, soll darauf aufmerksam machen und damit sicherstellen, dass das nicht stattfindet.

Deswegen ist für mich der Punkt damals schon der gewesen: Wenn Steger das wusste, am 13. November ziehe ich extra den Präsidenten der Prokurator bei mit der ausdrücklichen Aussage: damit mir niemand irgendwann einmal Zeugenbeeinflussung unterstellen kann, und dann wird dieses Mail später verwendet, um an Sie weitergeleitet zu werden mit der Aussage: offensichtlich Zeugenbeeinflussung, das ist dann eine absolute und ganz klare parteipolitische Absicht gewesen – ...“

Nun frage ich Sie im Lichte der Aussage des Herrn Bundesministers: Bleiben Sie bei Ihrer Darstellung, Herr Sektionschef?

Dr. Gerhard Steger: Selbstverständlich bleibe ich bei meiner Darstellung. Und wenn es erlaubt ist und nicht der Geschäftsordnung widerspricht, würde ich auch gerne noch ein paar Erläuterungen dazu machen.

Der erste Punkt ist, dass natürlich der Vergleich, den hier offensichtlich der Herr Bundesminister außer Dienst getroffen hat, vollkommen verfehlt ist. Er vergleicht nämlich die Vorgangsweise zwischen mir und Wallner mit einer üblichen parlamentarischen Vorbereitung. Es ist nicht üblich, dass Mitarbeiter des Finanzministeriums, die Zeugen im selben Untersuchungsausschuss zum selben Thema sind, dem Minister etwas vorbereiten. Das ist ein absolut singulärer Fall, der überhaupt nicht vergleichbar ist mit den üblichen Routinen im Finanzministerium. – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass ich mich selbstverständlich dagegen wehre, dass parteipolitische Absichten mir unterstellt werden. Ich unterstelle auch nicht dem Herrn Bundesminister, dass er aus parteipolitischen Gründen mir ein Disziplinarverfahren angehängt hat. Er hat sich offensichtlich in seiner Rechtsansicht geirrt, sage ich jetzt einmal, aber ich unterstelle ihm das nicht. Und ich glaube, man sollte auf dieser Ebene nicht diskutieren. Es steht jedem öffentlich Bediensteten frei, eine politische Meinung zu haben, und die ist allgemein zu respektieren.

Das Letzte, was ich in diesem Kontext dazusagen möchte, erläuternd, ist, dass natürlich der Verweis auf die Finanzprokurator deswegen verfehlt ist, weil es ja für die Frage, wenn es offene Punkte im Zusammenhang mit Zeugenaussagen gibt, eine eigens geschaffene Institution gibt, und das ist, mit Verlaub gesagt, nicht die Finanzprokurator. Das ist der Verfahrensanwalt. Und an den wendet man sich im Wege des Ausschussvorsitzenden. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist sehr wohl die Finanzprokurator: Für alle Rechtsfragen des Hauses!*) Und ich bin daher absolut sicher, den richtigen Weg gewählt zu haben, und ich stehe voll und ganz zu meiner Aussage. **Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr Grasser, bitte.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Also erstens darf ich dazu sagen, dass es, in Anlehnung an die Aussagen des Sektionschefs Steger, **selbstverständlich** jedem öffentlich Bediensteten freisteht, seine politische Meinung zu haben – sonst hätte ich ja mit dem überzeugten Sozialdemokraten Steger nicht sieben Jahre gut zusammengearbeitet. (*Abg. Dr. Fasslabend: Das war vielleicht ein Fehler!*) Also, das haben wir bewiesen, dass wir bei unterschiedlichen politischen Überzeugungen zusammenarbeiten können. (*Abg. Dr. Fekter: Das war vielleicht ein Fehler!*)

Zweiter Punkt: Ich bleibe voll und ganz bei meinen Aussagen und darf sie ergänzen beziehungsweise nochmals in ein gewisses Licht stellen. – Es ist bekannt, dass ich am 13.11. Sektionschef Steger, Dr. Schwarzendorfer im Beisein des Präsidenten der Finanzprokurator Dr. Peschorn angesprochen und beauftragt habe, alle Akten dem Untersuchungsausschuss zu übermitteln, und dass dort mein Thema war: Beiziehen Peschorn, damit nur ja niemals der Eindruck der Zeugenbeeinflussung entstehen kann. – Das heißt, ich glaube, von da her müsste dem Herrn Sektionschef klar gewesen sein, dass das für mich natürlich ein wesentliches Anliegen war und dass ich auch diese Sensibilität hatte.

Zweiter Punkt, was das Mail betrifft: Das ist dem Ausschuss bekannt, ich brauche die Diskussion hier nicht zu verlängern. Ich kann nur empfehlen, man möge Mag. Wallner einladen, der ja das Mail von Frau Mag. Billinger bekommen hat mit dem Ersuchen, hier Unterlagen vorzubereiten. Mag. Wallner hat mir gegenüber niemals den Eindruck erweckt, dass er auch nur im Ansatz die Sorge haben kann, dass da Zeugenbeeinflussung stattfinden würde oder sie gemeint gewesen sein könnte, sondern war sehr erstaunt über die Vorgangsweise – zumindest mir gegenüber –, die Sektionschef Steger gewählt hat.

Ich möchte nochmals sagen, natürlich ist es eine außergewöhnliche Situation, weil Unterlagen für einen Untersuchungsausschuss aufbereitet werden sollten, aber der Bundesminister hat wohl in jeder Phase das Recht auf Information durch seine Beamten. Mir ist es ja nicht um eine politische Meinung meiner Beamten gegangen, sondern mir ist es um Fakten und die entsprechende Ordnung von Fakten gegangen, damit ich Ihnen hier im Ausschuss eine qualifizierte Information geben kann.

Ich darf den Eindruck abschließen insofern, als ich am 13.11. am Nachmittag im Beisein des Präsidenten der Finanzprokurator Herrn Dr. Steger den Auftrag gegeben habe, umfassend Material und Akten an den Ausschuss zu übermitteln. Wie ich später draufgekommen bin, hat Sektionschef Steger am 13.11. am Vormittag bereits ein Blatt an den Ausschussvorsitzenden Pilz übermittelt (*Abg. Dr. Fekter: „Zugespielt“ nennt man das!*), das Ihnen auch vorliegt, wo es darum gegangen ist, die Typenentscheidung, die Empfehlung des Finanzministeriums, wo es den Beisatz gegeben hat: „wenn Geld keine Rolle spielt“, den Sektionschef Steger damals hinzugefügt hat, die sich im endgültigen Akt nicht wiedergefunden hat, weil wir es als eine sarkastische, polemische Bemerkung empfunden haben. – Aber das heißt, bevor der Auftrag des Ministers da war: Übermittle Akten!, hat Steger an den Ausschussvorsitzenden Pilz ausschließlich dieses Blatt übermittelt (*Abg. Dr. Fekter: Nämlich nicht den ganzen Akt, nur das eine Blatt!*), ohne den Minister zu informieren und ohne den Aktenweg einzuhalten, was für mich schon ein bisschen das Indiz mit sich bringt, dass man da offensichtlich in parteipolitischer Absicht gehandelt hat.

Es möge mich der Verfahrensanwalt und der Ausschussvorsitzende korrigieren, wenn es unrichtig ist – mir wurde die Information so übermittelt, dass der Herr Abgeordnete Pilz Gerhard Steger in seiner Sorge: Ist das Zeugenbeeinflussung oder nicht?, in Absprache mit dem Verfahrensanwalt gesagt haben soll, dass das Ganze rechtlich unbedenklich sei, nämlich mein Ersuchen an den Sektionschef Steger. Trotzdem hat Steger aber das Schriftstück dann dem Ausschussvorsitzenden entsprechend übermittelt – wiederum ohne den Dienstweg einzuhalten, nämlich das dem Bundesminister auch entsprechend mitzuteilen.

Das waren für mich Punkte, wo ich einfach klar geschlossen habe, dass man da parteipolitisch handelt und motiviert ist. Und deswegen bin ich auch heute noch der Überzeugung, dass man nicht korrekt, auch im Sinne der dienstrechtlichen Vorschriften, vorgegangen ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke für die Fragen und die Beantwortung. – Ich bin selbst als Nächster am Wort. Bevor ich aber in die Gegenüberstellung eintrete, komme ich dem Ersuchen von Herrn Grasser nach und gebe ein paar Antworten auf die von ihm hier relevierten Fragen.

Es ist nicht die Rechtsansicht des Untersuchungsausschusses, sondern die Rechtsansicht des österreichischen Nationalrates und der Präsidentin des Nationalrates – das ist ausreichend durch den Rechts- und Legislativdienst geklärt, und dieses Gutachten liegt mir hier schriftlich vor, und ich nehme an, es ist Ihnen bekannt – , dass es das selbstverständliche Recht jeder in Aussicht genommenen Auskunftsperson ist, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Der Verfahrensanwalt ist deshalb gemäß Verfahrensordnung eingerichtet, und der Verfahrensanwalt steht selbstverständlich dem bereits zur Ladung vorgesehenen Sektionschef des Finanzministeriums zur Verfügung.

Das heißt: Nach Ansicht des österreichischen Nationalrates und der Frau Präsidentin des Nationalrates hat Herr Dr. Steger von seinem gesetzlichen Recht Gebrauch gemacht, von einer Einrichtung, die genau für diese Situation vom österreichischen Nationalrat geschaffen worden ist und durch keine Einrichtung eines Bundesministeriums ersetzt werden kann.

Es ist daher sachlich unrichtig, dass sich Herr Dr. Steger an die Finanzprokurator und nicht an den Verfahrensanwalt hätte wenden sollen.

Zweitens: Er hat das getan und damit ein Recht wahrgenommen. Niemand in dieser Republik, auch kein Bundesminister für Finanzen, hat das Recht, in die Rechte einer geladenen Auskunftsperson einzugreifen. Diese Person und ihre Rechte sind gemäß Verfahrensordnung besonders geschützt, und das haben insbesondere die politischen Repräsentanten, die in der Bundesregierung vertreten sind, zu achten. Das ist meiner Ansicht nach im Bundesministerium für Finanzen nicht in ausreichendem Maße geachtet worden.

Herr Dr. Steger hat sich über meine Vermittlung an den Verfahrensanwalt gewendet. Herr Grasser hat vollkommen zu Recht geschildert, dass ich dann eine Rückantwort der Rechtsansicht von Herrn Dr. Strasser übermittelt habe, nämlich dass nur die Verabredung zu einer **falschen** Zeugenaussage strafbar ist – und eine Verabredung zu einer nicht falschen Zeugenabsprache nach dem österreichischen Strafrecht nicht strafbar ist.

Ich sage aber ganz klar dazu – und wir haben das auch mit der Frau Präsidentin sehr klar und eindeutig besprochen –, dass ein nicht strafbarer Versuch zur Beeinflussung einer Zeugenaussage nicht im Sinne der Arbeit des Untersuchungsausschusses ist und politisch in diesem Hause nicht erwünscht ist. Nicht alles, was nicht strafbar ist, ist erwünscht und wird in diesem Haus ohne Widerrede akzeptiert.

Niemand unterstellt Ihnen hier, Herr Grasser, Sie hätten bewusst einen Versuch zur Beeinflussung eines Zeugen unternommen. Aber für uns – das heißt für den Verfahrensanwalt und für mich und für die Präsidentin des Nationalrates – ist es vollkommen ausreichend, dass sich für Herrn Sektionschef Dr. Steger diese Frage gestellt und er diese Befürchtung gehabt hat. Und er **musste** sich an uns wenden, weil wir die Stelle waren, die beurteilen konnte und musste, ob er zu Recht diese Befürchtung gehabt hat, ob er zu Unrecht diese Befürchtung gehabt hat und ob es einen Weg gibt, ihm diese Befürchtung zu nehmen.

Darüber hinaus hat sich für den Untersuchungsausschuss die Frage gestellt, ob es eine politische Möglichkeit gibt, nicht nur den Bundesminister für Finanzen darauf hinzuweisen, dass eine durchaus legale mögliche Beeinflussung von Zeugenaussagen

im eigenen Ressort gegenüber weisungsgebundenen Beamten und Beamtinnen nicht erwünscht und von uns auch nicht akzeptiert wird.

Weiters: Ich habe Herrn Sektionschef Dr. Steger aus einem einfachen Grund ersucht, mir das Mail zu übermitteln: damit ich es noch einmal (*Abg. Dr. Fekter: In die „ZiB“ nehmen kann! Damit Sie in die „ZiB 2“ damit gehen können!*) mit den Juristen der Parlamentsdirektion und mit dem Verfahrensanwalt ausführlich und detailliert besprechen kann (*Abg. Dr. Fekter: Nicht mit dem Ausschuss!*), weil sich für uns nicht nur die strafrechtliche Frage, sondern auch die Frage, inwiefern die Arbeit des Untersuchungsausschusses beeinflusst werden könnte, gestellt hat.

Am Tag nach dieser Übersendung (*Abg. Dr. Fekter: Eine lange Rechtfertigungsrede, Herr Vorsitzender, für Ihr Fehlverhalten!*) hat hier im Hause die Besprechung mit Herrn Dr. Engeljehring von der Parlamentsdirektion, vom Rechts- und Legislativdienst, mit Herrn Dr. Strasser, unserem Verfahrensanwalt, und mir stattgefunden, und wir haben sehr genau besprochen, wie wir einerseits rechtlich, andererseits vom Interesse eines ordentlichen Verfahrens her dieses Ansinnen, „Speaking-Notes“ vorzubereiten, ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und was hat das jetzt alles mit der Gegenüberstellung zu tun, Herr Kollege Pilz? Das ist eine lange Rechtfertigungsrede für Ihr Fehlverhalten in diesem Zusammenhang; ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, wenn Sie sich ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): ... hat aber *nichts* mit der Gegenüberstellung zu tun. (*Abg. Dr. Sonnberger: Reine Willkür in der Führung des Ausschusses ist das!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, wenn Sie weiter so laut unterbrechen, wird das schlechte Auswirkungen auf Ihre Betragensnote haben.

So. – Dass aus unserer Sicht, und immer wenn ich sage „unsere“, meine ich nicht nur den Vorsitz des Untersuchungsausschusses, sondern **selbstverständlich** die Rechtsmeinung des gesamten Hauses, aus **unserer** Sicht also – aber wir sind nicht die Stelle, die das zu beurteilen hat, weil wir keine Disziplinarverfahren einleiten oder auch beenden – gibt es **keinerlei** rechtlichen oder sachlichen Grund, in diesem Zusammenhang ein Verfahren gegen Herrn Sektionschef Dr. Steger einzuleiten, und wir haben ganz klar, die Präsidentin des Nationalrats etwa in einem persönlichen Brief an Sie Ihre Sorge über diese Vorgangsweise zum Ausdruck gebracht ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie können Ihren Informanten schützen, aber setzen Sie jetzt fort in der Gegenüberstellung!

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, das kommt jetzt langsam in den leicht roten Bereich. Ich weise Sie nur darauf hin, dass es für spätere Befragungen sinnvoll ist, Ihre Stimme zu schonen.

So. – Herr Grasser, Sie wollten noch kurz dazu Stellung nehmen, denn ich habe das jetzt ausführlich begründet. Ich möchte aber, dass Herr Dr. Strasser vorher noch eine Stellungnahme abgibt. (*Abg. Dr. Sonnberger: Unglaublich, was der sich leistet!*)

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Da ich mehrmals zitiert wurde, möchte ich Folgendes für meinen Standpunkt als Verfahrensanwalt zusammenfassen:

Erstens: Meine Äußerung zum Vorsitzenden betreffend dieses Ersuchen um Koordinierung der so genannten Einleitungs-Speaking Notes wurde richtig wiedergegeben. Ich habe daran nichts gefunden. Ich habe das für zulässig erachtet.

Mein zweites Einschreiten, um das mich der Vorsitzende ersucht hat, hat eine Unterredung mit der Frau Präsidentin des Nationalrats betroffen, die ich zugesagt habe

unter dem Gesichtspunkt des Anscheines, der in der Öffentlichkeit entstehen **kann**, wenn eine Auskunftsperson oder eine Person, die als Auskunftsperson vorgesehen ist, mit Nachteilen zu rechnen hat. Ich habe das unter dem Gesichtspunkt behandelt, der für das Gerichtsverfahren gilt und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte immer wieder zitiert wird: **„Justice must not only be done, it must also be seen to be done.“**

Ursprünglich hat das Zitat noch ganz anders gelautet. Ich wiederhole das vielleicht auch hier einmal: „... it is not merely of some importance but is of fundamental importance, that justice should not only be done, but should manifestly and undoubtedly be seen to be done.“

„Manifestly and undoubtedly“ – diese beiden Begriffe kann man im Kern gar nicht so gut ins Deutsche übersetzen und betreffen meines Erachtens auch die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses. Das sage ich nur so nebenbei.

Unter diesem Gesichtspunkt haben wir mit der Frau Präsidentin gesprochen. Ich habe ausdrücklich erklärt: Ich menge mich nicht in dienst- und disziplinarrechtliche Belange ein. Die Frau Präsidentin hat mich dann später – ich war noch hier in der Cafeteria anwesend, weil wir da noch ein weiteres Schriftstück erwartet haben – gebeten, ich möge das, was ich ihr mündlich gesagt habe, auch schriftlich dartun. Ich habe dann der Frau Magister, die mir dieses Ersuchen überbracht hat, gesagt: Geben Sie mir ein Papier, ich muss mich kurz sammeln, und habe dann Folgendes geschrieben – das möchte ich dem Ausschuss schon auch mitteilen –:

Es besteht kein Zweifel, dass Auskunftspersonen, deren Vernehmung in einem Untersuchungsausschuss vorgesehen ist, sich auch bereits **vor** dieser Vernehmung wegen mit dieser im Zusammenhang stehender Angelegenheiten an den Vorsitzenden des Ausschusses wenden dürfen. In diesem Zusammenhang ist daher klar, dass Personen, die von diesem subjektiven Recht Gebrauch machen, deshalb keinerlei Nachteile erleiden dürfen. Entsteht wegen einer derartigen Kontaktnahme in der Öffentlichkeit der Eindruck solcher Nachteile, dann ist damit in der Öffentlichkeit auch der Eindruck einer Beeinträchtigung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses verbunden, denn die zur Ausübung des Enqueterechtes des Nationalrats erforderliche Wahrheitsfindung setzt eine **in jeder Hinsicht** von staatlicher Seite unbeeinflusste Lebenssituation der Auskunftspersonen voraus. – Zitatende.

Das war meine Tätigkeit in dieser hier behandelten Frage.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke, Herr Dr. Strasser. – Herr Grasser wollte auch noch etwas dazu sagen.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Danke vielmals, Herr Vorsitzender, ich mag es nicht in die Länge ziehen, aber vielleicht ist es gar nicht so schlecht, wenn man sich in dieser Frage ausreden kann, damit auch alle Standpunkte am Tisch liegen und man sich vielleicht auch ein bisschen näherkommen kann.

Also: Erster Punkt, den ich bemerken möchte: Es ist aus meiner Sicht niemals um eine Zeugenabsprache gegangen, schon gar nicht um den Versuch einer falschen Aussage. Es ist nicht einmal um eine Zeugenabsprache gegangen. Auch dazu würde ich ersuchen, Herrn Mag. Wallner zu befragen, denn das Mail des Mag. Wallner an Gerhard Steger lautet ja – ich zitiere –:

Der Bundesminister wünscht zwischen euch und mir, also der Sektion II und der Sektion I, koordinierte, ausgearbeitete Speaking Notes. – Zitatende.

Das heißt: Zwei Sektionen sollen, wie sie das immer tun, entsprechend koordinieren und mir die Fakten geben, die es aus ihrer Sicht gibt. Also das ist weder eine

Zeugenabsprache noch sonst irgendetwas; das war nie intendiert und das haben auch alle Verantwortungsträger in meinem Haus genau so empfunden – offensichtlich mit Ausnahme des Herrn Steger. (*Abg. Dr. **Sonnberger**: So ist es!*)

Zweiter Punkt, das ist mir schon wichtig: Selbstverständlich – da würde ich auch dafür eintreten und kämpfen – ist es das Recht eines jeden Zeugen, sich an den Verfahrensanwalt, an den Ausschussobmann, an wen immer zu wenden. Ich halte das für ein ganz, ganz wesentliches Recht, das ich hochhalte und das ich in jeder Situation auch verteidigen würde. Ich bin auch froh, wenn ich das selbst in der einen oder anderen Frage auch machen kann. Daher ist es natürlich gut, wenn sich Sektionschef Steger, wenn er eine Frage hat, an Dr. Strasser oder auch an Sie, Herr Pilz, wendet. Überhaupt keine Frage!

Trotzdem, muss ich Ihnen sagen, gibt es einen Dienstweg in einem Haus, und Sie haben die Frau Präsidentin angesprochen, die in ihrem Schreiben an mich ja genau **diese** Frage nicht abgesprochen hat, weil der Legislativdienst **des Parlaments** logischerweise über Dienst- und Disziplinarrecht eben **nicht** entscheiden kann, auch nicht zuständig dafür ist. Das ist die ausschließliche Kompetenz des Bundesministers beziehungsweise in dem Fall des Bundesministeriums für Finanzen.

Gestatten Sie schon den Hinweis: Wenn Sektionschef Steger, wie ich früher ausgeführt habe, am Vormittag des 13. November – da hat er noch nicht einmal einen Auftrag von mir gehabt, Unterlagen zu übermitteln – dem Herrn Ausschussvorsitzenden **eine** Seite übermittelt, (*Abg. Mag. Dr. **Fekter**: ...die er privat aufbewahrt hat!*) wo der Zusatz „wenn Geld keine Rolle spielt“ dabei war und wo er offensichtlich, wie ich gehört habe, im Ausschuss gesagt haben soll, er hat sich das vier Jahre aufgehalten, weil er nicht gewusst hat, wofür das noch einmal gut sein wird. Und, Herr Vorsitzender, bei aller Achtung vor Ihrer Vorsitzführung: Herr Sektionschef Steger hat schon gewusst, dass wir zwei jetzt nicht besondere politische Freunde sind und oft nicht miteinander im Konsens waren ... (*Obmann Dr. **Pilz** – lachend –: Ist das beweisbar?*) – Ich befürchte ja!

Dr. Steger hat es Ihnen übermittelt und **nicht** dem Herrn Verfahrensanwalt, und er hat den Dienstweg **nicht** eingehalten. Und am Nachmittag hat er dann von mir den Auftrag bekommen – im Beisein des Präsidenten der Finanzprokurator, damit ein objektiver Zeuge dabei ist –: Übermittle alle Unterlagen, vorbehaltlos alles hinüber an den Ausschuss!, was er dann auch gemacht hat, inklusive dieser einen Seite. (*Abg. Dr. **Fekter**: Den Androsch-Brief hat er nicht übermittelt!*)

Jetzt frage ich mich: Warum informiert der Sektionschef auch nicht den höchsten Beamten des Hauses, zum Beispiel Generalsekretär Quantschnigg, dass er Ihnen ein Schriftstück übermittelt. Das wäre der korrekte Dienstweg. Warum informiert er den Minister nicht? (*Abg. Dr. **Fasslabend**: Genau!*)

Ich hätte überhaupt kein Problem gehabt, wenn in der Frage des Mails Sektionschef Steger mich anruft – wir telefonieren auch sonst in vielen Fragen miteinander – und sagt: Pass auf, da habe ich ein Problem damit, das könnte vielleicht Zeugenbeeinflussung sein, ich melde mich bei Herrn Pilz beziehungsweise beim Herrn Verfahrensanwalt! – Da hätte ich gesagt: Selbstverständlich, tu das bitte, kläre das ab, ob das geht oder nicht! – Das hat er aber **nicht** gemacht. Er hat den höchsten Beamten meines Hauses nicht informiert, sondern hat das direkt mit Ihnen gemacht und entsprechend wiederum Unterlagen ohne Einhaltung des Dienstweges übermittelt.

Da ist der Punkt, wo ich sage: Das Recht abklären: selbstverständlich, aber dienstrechtlich, disziplinarrechtlich hat er da meines Erachtens **nicht** korrekt gehandelt. Ich sehe da eben eine gewisse politische Motivation dahinter, und daher habe ich damals auch entsprechende Schritte in meinem Haus so gesetzt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sehen, ich gebe Ihnen ausreichend Zeit und Gelegenheit, auch außerhalb der Gegenüberstellung hier Ihre Vorwürfe gegenüber Sektionschef Steger zu bekräftigen und das Disziplinarverfahren zu begründen. (*Abg. Mag. Gaßner: Ich hätte dazu eine Frage!*) – Kollege Gaßner, wenn Sie dann an der Reihe sind, können Sie selbstverständlich dazu Fragen stellen.

Erstens hat natürlich Dr. Steger die Möglichkeit, darauf zu antworten; zweitens stelle ich kurz davor noch etwas fest, damit wir zumindest dieses eine Missverständnis einmal aus der Welt haben.

Für die Wahrnehmung des Rechts einer Auskunftsperson nach Verfahrensordnung, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, gibt es **mit Sicherheit** keinen Dienstweg, und der Weg dazu führt **mit Sicherheit nicht** über das Büro des Ministers. (*Abg. Mag. Stadler: Sicher nicht! Das steht im Gesetz drinnen!*) Dazu, Herr Grasser, empfehle ich schlicht und einfach – es ist nicht Ihre Aufgabe, aber ich empfehle einfach, denn wir müssen das tun –, die Verfahrensordnung zu studieren. Ich glaube, in der Auseinandersetzung mit Herrn Dr. Steger hätten Sie sich Vieles an berechtigten Vorwürfen von Seiten des Nationalrates und auch der Öffentlichkeit erspart, wenn Sie sich genauer mit der Verfahrensordnung und den Rechten von Auskunftspersonen befasst hätten. (*Abg. Dr. Fekter: Nur von Ihnen! Das waren nur Unterstellungen des Herrn Pilz!* – *Abg. Mag. Stadler: Im § 20 steht das!*) Wir werden aber diese Frage mit Ihrem Amtsnachfolger zu klären haben, und es wird sicherlich Gespräche zwischen den Vertretern des österreichischen Nationalrates ... (*Neuerliche Zwischenrufe der Abgeordneten Dr. Fekter und Mag. Stadler.*)

Bitte zu Protokoll zu nehmen, dass Frau Kollegin Fekter nach wie vor gut bei Stimme ist. Wir werden das über den Verlauf des Tages im Auge behalten. (*Abg. Murauer: Eine Wertung ist das, Herr Vorsitzender! ... nicht auf die Stimme!*)

So. – Das wollte ich kurz noch festhalten: Es gibt **keinen** Dienstweg, was den Verfahrensanwalt betrifft, und Sie ... (*Mag. Grasser: Was den Umgang mit Unterlagen und Gutachten betrifft sehr wohl!*) – Ich sage Ihnen auch gerne noch einen Satz zur Übermittlung von Unterlagen: Kurz nachdem mir Herr Dr. Steger auf völlig legalem und ordentlichem Wege als Ausschussobmann für den Ausschuss eine Unterlage übermittelt hat, hat ein zweiter Beamter Ihres Ressorts mir persönlich für den Ausschuss offizielle Unterlagen des Finanzministeriums übermittelt. Das war ein Brief von Dkfm. Hannes Androsch an Sie im Zusammenhang mit der Angelegenheit Eurofighter und seinen wirtschaftlichen Interessen. Das ist persönlich an mich übermittelt worden. Ich habe das selbstverständlich genauso wie im Fall des Schriftstückes von Dr. Steger an den Untersuchungsausschuss und an die Parlamentsdirektion weitergeleitet.

Jetzt hat Herr Dr. Steger sehr lange zugehört, und Sie haben jetzt das Recht, das wirklich so ausführlich, wie Sie wollen, von Ihrer Sicht aus zu besprechen. – Bitte, Herr Steger.

Dr. Gerhard Steger: Haben Sie vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich kann es trotzdem kurz machen, weil ich davon ausgehe, dass auch noch andere Damen und Herren Abgeordneten Fragen in diesem Kontext haben und ich eigentlich die Partie nicht aufhalten will. Die erste Geschichte ist, dass ich ganz klar sagen möchte: Es gibt in dieser Frage – und da deckt sich meine Rechtsansicht mit dem, was der Herr Vorsitzende gesagt hat – **keinen** Dienstweg. Daher ist der Vorwurf, ich hätte den Dienstweg nicht eingehalten, völlig verfehlt, lieber Karl-Heinz.

Der zweite Punkt ist, dass ich darauf Wert lege, dass das eine Blatt, das ich dem Herrn Vorsitzenden in der Tat am 13. Vormittag gegeben habe ... ich ihn einmal gefragt habe, ob das zulässig ist, und er hat gesagt: Er redet mit dem Verfahrensanwalt. Das hat er

getan, und hat mir erklärt, es ist zulässig, und erst **dann** habe ich ihm dieses Blatt Papier übergeben. Auch da bewege ich mich vollkommen in Übereinstimmung mit einer zulässigen Vorgangsweise.

Und ich muss Ihnen eines sagen, meine Damen und Herren: Ich habe ja eine sehr dicke Haut. Das ist ein Grund, warum ich auch diese Auseinandersetzung mit dem Minister Grassler, die ich nicht gewollt habe und die ich bedauere, sehr gut psychisch aushalte, weil ich eine sehr stabile Psyche habe. Es ist aber einfach nicht fair, wenn man öffentlich Bedienstete, die von Rechten Gebrauch machen, die sie haben, dann mit einem parteipolitischen Schlenzer in ein bestimmtes Eck stellen möchte. Ich denke, dass es auch wichtig ist – ich sage das mit allem Nachdruck, auch wenn ich dafür vielleicht von Frau Abgeordneter Fekter wieder Zwischenrufe kassieren muss –, dass ich in diesem Punkt ein Beispiel gebe für andere öffentlich Bedienstete, dass man sich so eine Vorgangsweise gegenüber öffentlich Bediensteten nicht bieten lässt.

Ich sage hier klipp und klar: Ich weiche vor diesem Druck des Herrn Bundesministers außer Dienst keinen einzigen Millimeter zurück. Ich denke, dass es wichtig ist, auch ein Beispiel für andere öffentlich Bedienstete zu geben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke für diese Erklärung. – Wir setzen in der Gegenüberstellung fort. Ich bin selbst am Wort. – Bitte, die Uhr in Gang zu setzen.

Herr Grassler, ich lese Ihnen vor aus dem Protokoll Seite 92, aus Ihrer Befragung im letzten Jahr. Ich zitiere. Ich sage vorher, worum es geht, damit das nicht völlig aus dem Zusammenhang ist. Wir sprechen jetzt von diesem EADS-Paket, wo Sie am 11. Juni 2001 in Manching waren, vor dem Hintergrund, dass uns alle befragten Auskunftspersonen aus dem Bundesministerium für Landesverteidigung bis hin zum damaligen Verteidigungsminister glaubhaft erklärt haben, damals und auch in der Zeit danach hätten sie von diesem Paket, Ihrer Reise, Ihren Kontakten, nichts gewusst. Die Frage, die wir zu klären versucht haben, war die: Na ja, war das eine Privatinitiative des damaligen Finanzministers, oder waren seine Beamten eingebunden?

Sie, Herr Grassler, sagen, und das findet sich eben auf Seite 92 des Stenographischen Protokolls:

„Am 11. Juni war ich dort, und am 27. Juli haben sie das Papier auf dem Tisch gehabt, das mir zur Analyse geschickt wurde. Spätestens am 27. Juli – das ist knapp eineinhalb Monate später – wusste offensichtlich das Finanzministerium, wusste mein Kabinett und wusste man von Herrn Steger abwärts bis zu Herrn Hillingrathner davon, dass es diesen Termin gegeben hatte. Das heißt, es hat überhaupt kein Geheimnis oder sonst irgendetwas gegeben.“

Wir haben Herrn Steger dazu befragt; wir können das auch aus dem Protokoll zitieren. Herr Steger hat erklärt, dass er erst viel später in einem völlig anderen Zusammenhang von diesem Paket erfahren hat.

Ich frage Sie, Herr Grassler: Bleiben Sie bei Ihrer Aussage, dass bis spätestens 27. Juli 2001 Herr Sektionschef Dr. Steger über dieses Paket und den Brief von EADS informiert war?

Mag. Karl-Heinz Grassler: Also das Schreiben stammt vom 27. Juli. Ich kann jetzt nicht genau präzisieren, wann er ins Haus gegangen ist, aber in relativ kurzer Folge danach. Also er ist eingegangen bei uns, wie ich am Poststempel hier sehe, 1. August, nur damit wir es ganz präzise machen, das heißt, der 27. Juli ist das Datum, das der Brief trägt, am 1. August eingelangt und dann von mir ins Haus entsprechend weitergegeben. Und selbstverständlich gehe ich davon aus, wenn ich dieses Schreiben in die Sektion II gebe – da steht ja auch drauf: Sektion II –, Abteilung 14, Dr. Hillingrathner, dass sich der Sektionschef in sehr wichtigen Fragen, und diese

größte Beschaffung ist eine sehr wichtige Frage, mit seinen Abteilungsleitern á jour hält. Es gibt entsprechende Sektionschefs-, Abteilungsleiter-Meetings und so weiter. Ich gehe also davon aus, wenn das eine Frage von Relevanz ist, wo die Sektion irgendetwas zu tun hat, mir eine Stellungnahme zu erarbeiten hat, dass der Sektionschef das auch weiß. Wenn er es nicht gewusst hat – ich kann das nicht sagen, er sitzt hier, er wird sagen, ob er es gewusst hat, oder nicht –, dann ist das eine Frage der Kommunikation innerhalb seiner Sektion. Faktum ist: Er ist der verantwortliche Sektionschef. Faktum ist: Ich habe dieses Schreiben in die Sektion entsprechen übermittelt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, ich frage hier nach, bevor ich Herrn Steger frage: Ihre Formulierung hat damals – deswegen habe ich auch weiter nachgefragt – den Eindruck erweckt – das war mir sehr wichtig; das ist nicht unerheblich –, dass Sie sicher wussten, dass Herr Steger Info über diesen Termin und dieses Paket hatte. Halten Sie die Formulierung aufrecht? Wusste man **von Herrn Steger abwärts** bis zu Herrn Hillingrathner davon, dass es diesen Termin gegeben hatte – oder wollen Sie diese Formulierung ändern auf: „ich nehme an“ oder „ich vermute, dass man von Steger abwärts wusste, dass es diesen Termin gegeben hatte“? Denn es ist ja durchaus möglich, auch das Protokoll zu ändern. – Bitte.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn das möglich ist. Wissen kann ich es nicht, sondern wissen tut es nur der Herr Sektionschef, wann er es gewusst hat. Ich würde gerne so formulieren: Die Sektion wusste es, der Sektionschef hätte es eigentlich wissen müssen, hätte es wissen sollen, hätte es wissen können, wie immer Sie das formuliert haben wollen. Nachweisbar ist, und auch da, glaube ich, gibt es einen Unterschied zu Aussagen des Sektionschefs, wenn mir das richtig übermittelt worden ist, hier im Untersuchungsausschuss: Offensichtlich war die erste Aufforderung des Herrn Sektionschefs Steger, den Akt zu rekonstruieren, von dem wir heute schon gesprochen haben, im Oktober 2003. Das heißt, spätestens da muss er ... – Ja, bitte. Dann bleibe ich an dieser Stelle da stehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir kommen dann auf das zurück. Nur, damit wir es richtig bei Protokoll haben, denn wir müssen da sehr korrekt und sehr genau vorgehen: Wollen Sie, dass Ihre Aussage von Ihrer ersten Befragung in diesem Punkt korrigiert wird? (*Abg. Dr. Fekter: Geändert! – Abg. Dr. Fasslabend: Konkretisiert!*)

Mag. Karl-Heinz Grasser: Konkretisiert, würde ich sagen. Er hätte es wissen sollen, können, müssen. Das ist das Gegebene. Das heißt, seine Sektion hat den Brief bekommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay! Dann haben wir das bei Protokoll! – Herr Grasser, das wird keiner von uns jetzt bewerten. Ich enthalte mich jeder Bewertung. Das werden wir zu einem späteren Zeitpunkt tun.

Herr Steger, haben Sie damals von diesem Schreiben und diesem Akt gewusst? (*Abg. Dr. Fasslabend: Er hat sich nicht gekümmert um das Ganze! Nicht gekümmert um diesen ganzen Vorgang!*)

Herr Kollege Fasslabend, ich mache Sie jetzt auf eines aufmerksam: Wenn Abgeordnete der ÖVP versuchen, diese bis jetzt, glaube ich, sehr ordentlich und sachlich durchgeführte Gegenüberstellung zu stören, dann werde ich die Sitzung unterbrechen und die FraktionsführerInnen zu mir bitten, weil ich mir auf Dauer dieses Verhalten hier im Ausschuss **nicht** bieten lasse!

Herr Steger, Sie sind am Wort.

Dr. Gerhard Steger: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Erstens: Ich habe das nicht gewusst, und zweitens darf ich Ihnen sagen, dass es bei uns im Bundesministerium

durchaus üblich ist, dass, wenn der Herr Bundesminister aus der Sektion bestimmte Dinge haben will, er ein Schriftstück an den Leiter der Sektion schickt, der sich dann darum kümmert, dass die zuständige Abteilung eine entsprechende Erledigung, Behandlung, Bearbeitung macht. Der Herr Bundesminister außer Dienst hat dieses Schreiben **nicht** an mich geschickt, sondern direkt an Hillingrathner.

Wenn ich den Aktenvermerk richtig zitiere, den Herr Kollege Hillingrathner dann auch angelegt hat, was die Retournierung betrifft, dass Herr Bundesminister Grasser den Akt sofort wünsche und er ihm das dann direkt übermittelt hat: Da bin ich sozusagen nicht involviert gewesen, das heißt, es war eine direkte Kommunikation zwischen Herrn Bundesminister Grasser und Herrn Kollegen Hillingrathner, wobei der Herr Bundesminister offenbar ganz bewusst den Brief nicht an mich, sondern an Hillingrathner geschickt hat. **Normalerweise** sollte er eigentlich den Brief an den Leiter der Sektion schicken; das wäre ich gewesen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da wir heute schon auf Wunsch von Herrn Grasser ausführlich die Frage von Dienstwegen besprochen haben, meine Ergänzungsfrage: Wie wäre in diesem Fall der Dienstweg gewesen?

Dr. Gerhard Steger: Der Dienstweg wäre gewesen, dass der Herr Bundesminister das mir übermittelt und ich mich darum kümmere, dass dieser Akt entsprechend bearbeitet wird. – In anderen Fällen ist der Minister durchaus so vorgegangen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat Ihrer Meinung nach der Minister in diesem Punkt den Dienstweg eingehalten?

Dr. Gerhard Steger: Der Herr Bundesminister hat eine Vorgangsweise gewählt, die ihm zusteht. Er kann selbstverständlich einem Abteilungsleiter direkt etwas schicken. Er soll aber dann, wenn er nur direkt mit dem Abteilungsleiter kommuniziert, nicht so tun, als ob es mein Versäumnis wäre, wenn ich dann davon nichts weiß. Also wenn er direkt mit jemandem kommuniziert, dann kommuniziert er eben direkt mit jemandem. Richtig aber wäre es gewesen, wenn er es direkt mir gegeben hätte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke für Ihre Antwort. – Herr Grasser wollte noch dazu Stellung nehmen. – Bitte.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich darf nur praktisch ergänzen, wie das in einem politischen Kabinett funktioniert, und das ist ja auch anhand des Schreibens und der Vermerke, die da drauf sind, herauszufinden. Erstens war das nicht ich, der dieses Schreiben in die Sektion geschickt hat, sondern ich habe dieses Schreiben in mein Kabinett gegeben. Wenn Sie schauen, was dort abgezeichnet ist und wer dort „Dr. Hillingrathner“ raufgeschrieben hat, sehen Sie, das war – anhand der Kürzel gehe ich davon aus – René Oberleitner, Mag. Oberleitner, der dieses Schreiben gegengezeichnet und „Dr. Hillingrathner“ draufgeschrieben hat, weil das bei uns die Praxis war: entweder an den Abteilungsleiter oder an den Sektionschef, je nachdem, was meinem Kabinett plausibel erschien. Das heißt, das war nicht ich persönlich, der da „Dr. Hillingrathner“ draufgeschrieben hat.

Jedenfalls und normalerweise gibt es in unserem Hause eine gute Kommunikation innerhalb der Sektionen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auch das ist jetzt zu Protokoll gegeben.

Ein zweiter Vorhalt: Herr Steger, Sie haben für den 12. September, ohne Uhrzeit, in Ihren persönlichen Aufzeichnung notiert, und Sie haben das dankenswerterweise dann auch in eine für uns lesbare Fassung gebracht: HBM, also Herr Bundesminister für Finanzen, Hilli, also Hillingrathner, Hofer, Christl, Oberleitner. – Ich gehe davon aus, dass das eine Besprechung beim Finanzminister war.

Ich zitiere weiter: Herr Bundesminister will Punktation für Vereinbarung mit Scheibner. Inhalt: Zugeschlagen werden, wenn überhaupt, 18 plus sechs – in Klammern: „nicht 24 plus sechs“ –; Alternativangebote; mindestens vier Anbieter sollen realistisch anbieten können. – Zitatende.

Den meiner Überzeugung nach wichtigen Punkt – zu dem ich dann Herrn Grasser ausführlich befragt habe – zitiere ich auch: Eurofighter nicht ausschließen, das heißt, Übergangslösung so, dass auch andere Flieger in Übergangszeit angeboten werden können. – Zitatende.

Ich kann Ihnen auf Seite 168 des Protokolls – aber das wird relativ viel Zeit in Anspruch nehmen – vorlesen, wie Herr Grasser diese Frage, zumindest meiner persönlichen Meinung nach, **nicht** beantwortet hat. Trotzdem möchte ich es jetzt zum Vorhalt machen.

Bleiben Sie dabei, Herr Steger, dass in dieser Besprechung der Bundesminister für Finanzen, Mag. Grasser, dezidiert erklärt habe, er wolle in einer Punktation für die Vereinbarung mit dem Verteidigungsminister, dass Eurofighter nicht ausgeschlossen werden solle, das heißt, eine Übergangslösung so gefunden werden sollte, dass auch andere Flieger – das ist die von uns relevierte Frage der Typengleichheit – in Übergangszeit angeboten werden können?

Bleiben Sie dabei, dass Bundesminister Grasser das in dieser Sitzung so gesagt hat?

Dr. Gerhard Steger: Ich bleibe dabei, dass ich das damals so mitgeschrieben habe, dass ich mir das damals notiert habe. Ich halte meine Zeugenaussage vollinhaltlich aufrecht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, auf meine mehrmaligen Fragen – ich verweise da auf Seite 168 des Protokolls –, und ich habe Sie immer wieder gefragt: Haben Sie sich in dieser Art und Weise dafür ausgesprochen, dass Eurofighter – wir haben lange gesprochen über dieses Problem mit Zwischenlösung, mit typengleichen Flugzeugen, dahinter steht ja das Paket mit MiG, also eine Übergangslösung –, dass andere Flieger in der Übergangszeit angeboten werden können; das wäre zum Beispiel, aber nicht ausschließlich, die Kombination Eurofighter – MiG gewesen. Das heißt, genau dieses Paket, über das wir heute auch wieder lange gesprochen haben.

Sie haben erklärt, dass Sie sich **nicht** dezidiert in dieser Form für die Verhinderung des Ausschlusses von Eurofighter ausgesprochen haben. Halten Sie das angesichts der Erklärung von Herrn Steger aufrecht?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich bleibe bei meinen Aussagen vom letzten Mal. Ich kann nur nochmals – und ich gehe davon aus, dass ich das auch das letzte Mal schon getan habe – dazu sagen: Das ist nicht mein Protokoll; ich kannte das Protokoll bei der letzten Sitzung auch nicht, weil es Herr Sektionschef Steger mir erst nach meiner letzten Zeugenbefragung zur Verfügung gestellt hat. Ich kann zu Protokollen des Herrn Steger, die ich nicht kenne, die ich auch nicht abgezeichnet habe, die ich auch schwer nachvollziehen kann, weil ich mich – wie ich hoffe, dafür Verständnis zu finden – nicht an alles erinnern kann, was vor fünf oder sechs Jahren stattgefunden hat. Ich weiß das nicht mehr.

Klar war, dass ich damals persönlich – und mein Eindruck war: auch das Finanzministerium – für möglichst großen Wettbewerb eingetreten bin. Das heißt, wir haben gesagt, möglichst viele sollen sich an der Ausschreibung beteiligen können, damit es Wettbewerb gibt, damit es möglichst gute Angebote, möglichst gute Leistungen, möglichst niedrige Preise gibt. Das war die Intention – und nichts anderes.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich ergänze meine Frage: Zum damaligen Zeitpunkt – das haben uns die Herren des Verteidigungsministeriums bestätigt – konnte man davon ausgehen, dass alle anderen potentiellen Konkurrenten, also die Amerikaner und die Firma SAAB, eine typengleiche Zwischenlösung anbieten könnten – und nur Eurofighter von diesem Problem Zwischenlösung betroffen sein könnte. Zweitens, diese Zeile nochmals zitierend – Zitat also: Eurofighter nicht ausschließen, das heißt Übergangslösung so, dass auch andere Flieger in Übergangszeit angeboten werden können –: Von allen Paketen, die es in diesem Zusammenhang zum damaligen Zeitpunkt gegeben hat, ist das einzig mir, und ich glaube, auch dem Ausschuss bekannte, das sogenannte EADS-Paket, das an Sie persönlich von EADS, wie wir besprochen haben, gesandt wurde. (*Abg. Dr. Fekter: Nein, uns ist auch ein F 16-Paket bekannt!*)

Herr Grasser, ich frage Sie deshalb noch einmal: Können Sie ausschließen ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Vorsitzender, Sie haben vorhin gerade gemeint, der Ausschuss kenne nur ein Paket. – Daher: Wir von der ÖVP-Fraktion kennen auch ein anderes Anbot, nämlich das von F-16.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich gehe davon aus, dass Sie von der ÖVP vieles kennen, was ich nicht kenne, und ich lege Wert darauf, dass ich vieles davon gar nicht kennen möchte. (*Abg. Mag. Dr. Fekter: Und dann befragen Sie falsch!*) – Frau Kollegin Fekter! Wenn Sie nicht sofort die weitere Befragung zulassen, werde ich die Sitzung unterbrechen. (*Abg. Dr. Fekter: Und dann unterstellen Sie ...*)

Ich bitte um eine Besprechung der FraktionsführerInnen. Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(Die Sitzung wird um 11.29 Uhr **unterbrochen** und um 11.34 Uhr **wieder aufgenommen**.)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und teile Ihnen Folgendes mit: Sollte sich Ähnliches wiederholen, werden wir die Sitzung etwas ausführlicher unterbrechen. Ich habe vor den Gegenüberstellungen darauf hingewiesen, dass ich – weil das besonders sensible Situationen sind – insbesondere bei den Gegenüberstellungen darauf achten werde, dass das in einer angemessenen Form, ohne Wiederholungen, ohne Ausschweifungen und ohne Befragungsgegenstände, die nicht sachlich begründet sind, durchgeführt wird. Wir bleiben dabei, und ich gehe nach dieser Unterbrechung davon aus, dass sich alle Mitglieder dieses Untersuchungsausschusses an die Geschäftsordnung, an die Verfahrensordnung, an die Mindeststandards der Würde dieses Hauses halten werden.

Herr Grasser, soll ich meine Ausführungen von vorhin noch einmal wiederholen? (*Mag. Grasser: Nein, ich glaube, ich habe es verstanden!*) Gut, dann bitte ich um Ihre Antwort.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich darf, wie folgt, antworten:

Erstens: Das Protokoll des Herrn Steger war mir bis vor kurzem nicht bekannt.

Zweitens: Wie Sie sehen, waren die Teilnehmer an dieser Besprechung offensichtlich Sektionschef Steger selbst, meine Person, Herr Ministerialrat Hillingrathner, Herr Hofer, Herr Christl, Herr Oberleitner; das heißt es waren sechs Personen bei diesem

Gespräch dabei. Wir haben eine Reihe von Diskussionen darüber geführt: Was tun wir im Finanzministerium? Wie legen wir die weitere Vorgangsweise fest? Und ich gehe davon aus, dass das eine solche Diskussion war und nicht die einseitige Willensübermittlung von mir, wo ich gesagt habe: Erstens, zweitens, drittens, viertens, fünftens ist zu tun. – Daran kann ich mich nicht erinnern.

Ich habe im Regelfall die Vorschläge meines Hauses in der Vorgangsweise aufgegriffen; das war in erster Linie natürlich Hillingrathner, und oft war in Besprechungen auch Sektionschef Steger mit dabei. Ich gehe davon aus, dass – wenn das so war, wie es hier steht – meine Intention war: möglichst viel Wettbewerb, auch die Intention des Hauses war: möglichst viel Wettbewerb, und ich sehe hier keine Vermerkung, die heißen würde, Steger, Hillingrathner oder ein anderer sagen: Nein, machen wir das nicht so, machen wir das anders!

Das heißt – wenn ich das jetzt für Sie interpretieren soll –, ich glaube, es kann so gewesen sein, dass das das Ergebnis unserer Sitzung damals war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt – da haben Sie vollkommen Recht –, es macht einen Unterschied aus, ob Ihnen damals bereits diese persönlichen Aufzeichnungen von Herrn Steger bekannt waren, was offensichtlich nicht der Fall war. Inzwischen haben Sie die Möglichkeit gehabt, sich das offensichtlich in aller Ruhe anzuschauen.

Ich schließe gleich daran an, was Sie jetzt zum Schluss gesagt haben. Nachdem Sie sich das in aller Ruhe – vor dieser Sitzung, wann auch immer – angesehen haben: Ist das Ihrer Meinung nach eine kurze und eine der damaligen Sitzung entsprechende Zusammenfassung?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Das weiß ich nicht, weil dieses Protokoll nicht von mir stammt, und ich kann mich auch im Detail an diese Sitzung nicht mehr erinnern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich gehe davon aus, dass es kein anderes Protokoll gibt. Ist das richtig?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kenne kein anderes.

Obmann Dr. Peter Pilz: Zum gleichen Punkt zurück zu Herrn Steger: Entspricht das auch Ihrer heutigen Erinnerung, dass es damals um eine Punktation für den Finanzminister für eine Vereinbarung mit dem Verteidigungsminister ging?

Dr. Gerhard Steger: Jawohl.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und die zwei sachlich wichtigen Punkte sind wieder die mit der Anzahl; zugeschlagen werden – wenn überhaupt – 18 plus 6, also diese **optionalen 6**.

Sind Sie sich sicher, dass der Finanzminister in der Punktation für die Vereinbarung mit dem Verteidigungsminister diese 18 Stück wollte?

Dr. Gerhard Steger: Ich bin sicher, dass das damals die Vorgabe des Finanzministers war, wobei ich ihm durchaus zustimme, dass er überhaupt nicht auf Widerstand von uns gestoßen ist, weil wir natürlich auch der Meinung waren, dass **weniger** Flieger besser sind als mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Darauf kommen wir in Ihrer heutigen Befragung noch zurück; wir wollen dem nicht vorgreifen.

Herr Grasser, bitte.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Nur, weil es wahrscheinlich wesentlich ist: Ich sehe, da steht: HBM will eine Punktation für eine Vereinbarung mit Scheibner. – Zitatende.

Meines Wissens hat es diese Vereinbarung mit Scheibner dann **nicht** gegeben. Ich glaube, dass das ein wesentlicher Punkt ist bei Ihrer Befragung, hat es dann überhaupt eine Vereinbarung mit Scheibner gegeben?, weil das war sozusagen eine mögliche Zielsetzung für eine Vereinbarung mit Scheibner. Ich befürchte, dass mir damals die Vereinbarung mit Scheibner nicht gelungen ist, sonst hätten wir ja nur 18 oder 18 plus 6 ausgeschrieben, wie es in der Zielsetzung steht – und nicht 24 plus 6. Offensichtlich hat dieses Gespräch insofern nicht gefruchtet, als wir eine Vereinbarung mit dem damaligen Verteidigungsminister schließen konnten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, Sie haben auch vollkommen Recht, die Fakten sprechen dagegen. Es ist dann bei der Angebotseinholung zu einer Stückzahl von 24 und nicht 18 gekommen; das hatten wir mehrere Male, aber das kann man ruhig festhalten. Alternativangebote hat es in dieser Form dann nicht gegeben, obwohl das in der Punktation drinsteht. Das Einzige, das durchaus erfolgreich abgeschlossen werden konnte, war, dass EADS beziehungsweise die Eurofighter GmbH am Wettbewerb teilgenommen haben, aber nicht durch die Gestaltung einer Übergangslösung, die etwa eine MiG zugelassen hat. Auch das hat das Verteidigungsministerium nicht zugelassen.

Das heißt, Sektionschef Steger hat das mitgeschrieben, so eine Punktation für Verhandlungen mit dem Verteidigungsminister, und diese Verhandlungen sind von Ihrer Seite ohne Erfolg in diesen Punkten geführt worden. Können wir das so zusammenfassen?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Das ist mein Eindruck, wobei ich sozusagen die Fußnote mache: Ich habe selbstverständlich nicht für Eurofighter verhandelt, falls das jetzt bei Ihnen so ein bisschen mitgeschwungen ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da ist gar nichts mitgeschwungen! Das war ein Versuch einer Zusammenfassung und eine klare Antwort von Ihrer Seite, die wir jetzt auch im Protokoll festgehalten haben.

Meine Zeit ist um. – Frau Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Vorsitzender, wenn Sie sich in Zukunft bei Ihren Befragungen an der Wahrheit und an Fakten orientieren, werde ich keine Zwischenrufe machen müssen. (*Obmann Dr. Pilz: Dann würde ich noch wesentlich länger brauchen!* – Abg. Mag. **Stadler:** *Und das entscheiden Sie, was Fakten sind?!*) Wenn Sie aber Auskunftspersonen gegenüber falsche Vorhaltungen machen, werde ich mich in Zukunft (*Obmann Dr. Pilz: Den Vorsitz übernehmen oder was?*) des Rechtes gemäß § 20 Abs. 2 der Verfahrensordnung bedienen und mich an den Verfahrensanwalt wenden (*Abg. Dr. Jarolim: Das steht Ihnen auch zu!*), damit falsche Vorhalte nicht unwidersprochen im Raum stehen bleiben. (*Obmann Dr. Pilz: Und das ist der Weg, den ich Ihnen auch empfohlen habe – und so gehört es sich auch! So ist es gut!*)

Vom Rechts-, Legislativ- und wissenschaftlichen Dienst des Hauses, der eine Information für die Frau Präsidentin des Nationalrates geschaffen hatte – das haben Sie lang und breit in Ihrer Rechtfertigungsrede angeführt –, wurde die Frage: Können für Auskunftspersonen Sanktionen entstehen, wenn sie sich an den Ausschussvorsitzenden wenden?, unter Punkt 3 folgendermaßen beantwortet:

„Allein aus dem Umstand, dass sich Auskunftspersonen bereits in Vorbereitung auf eine Untersuchungsausschusssitzung mit Fragen, welche die Vernehmung betreffen, an den Ausschussvorsitzenden wenden, dürfen keine Sanktionen für die Auskunftspersonen entstehen, weil ...“

„Allein aus dem Umstand“, das ist juristisch in diesem Zusammenhang besonders bedeutend, denn das Disziplinarverfahren im Finanzressort hatte nämlich andere Umstände zugrunde liegen.

Ich komme jetzt zu einer Frage an Bundesminister a.D. Grasser und Sektionschef Steger.

In der 9. Sitzung, Protokoll Seite 76, führt Bundesminister Karl-Heinz Grasser aus: „Ich bin gegen die Beschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen aufgetreten, habe versucht, das zu verhindern, ...“

Auf Seite 77 führt er weiter aus, dass er sich nicht durchsetzen konnte. „Es war dann meine Zielsetzung und auch die Aufgabe des Finanzministers, für die billigste Lösung einzutreten. ... das Finanzministerium war für gebrauchte, weil wir gesagt haben, das tut es auch, ist die billigste Lösung und ist daher die naheliegende Position gewesen.“ – Das war die Aussage des Herrn Finanzministers.

Auf meine Frage an Sektionschef Steger, auch in der 9. Sitzung, Protokoll Seite 31: „Ist Ihnen auch bekannt, dass Herr Minister Grasser immer die Meinung vertreten hat: Gar keine Flieger – und wenn, dann die billigen Gebrauchten?“, antwortete Steger: „Das ist mir nicht bekannt.“

Ich frage die beiden Herren: Bleiben Sie bei der jeweiligen Aussage? – Herr Sektionschef Steger?

Dr. Gerhard Steger: Ich bleibe bei meiner Aussage.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich bleibe selbstverständlich bei meiner Aussage und bin erstaunt, dass der Herr Sektionschef sagt, dass er nicht gewusst hat, dass ich offensichtlich gegen Flugzeuge war beziehungsweise wenn, dann für billige, gebrauchte. Ich glaube auch, dass der Untersuchungsausschuss anhand des Materials, das wir ihm übermittelt haben, den Nachweis schwarz auf weiß findet, dass das **nicht** der Wahrheit entspricht.

Ich erspare es mir jetzt, hier 20 Dokumente anzuführen, aber es gibt beispielsweise bereits ein Mail von Sektionschef Steger vom 9. April 2001 und danach natürlich eine Reihe von anderen Dokumenten. In diesem Mail gibt Sektionschef Steger an, dass er den Auftrag hat – Zitat –, hausintern eine Rückzugslinie für den Fall, dass wir unsere budgetäre Abwehrhaltung gegen neue Abfangjäger nicht durchhalten, auszuarbeiten. – Zitatende.

Also für den Fall, dass unsere Linie „Abwehr gegen Flugzeuge“ nicht gelingt, Rückzugslinie; da geht es um ein Gesamtpaket aus Finanzierung, Gegengeschäften und Reformmaßnahmen.

Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe von Unterlagen und Akten, in denen unsere Linie sehr klar festgemacht ist, bis hin zu Aktenvermerken, die der Herr Sektionschef wahrscheinlich auch kennt, die bereits im Jahr 2002 entsprechend veraktet wurden, aus denen sehr klar hervorgeht, dass es eine Reihe von Gesprächen gegeben hat, bei welchen ich auf der einen Seite gegen Flugzeuge eingetreten bin beziehungsweise dann, als mir klar war, dass das nicht mehr möglich war, für gebrauchte Flugzeuge.

Ich glaube, man kann dazu auch Herrn Ministerialrat Hillingrathner, meine Kabinettsmitglieder, andere Mitglieder der Sektion II befragen. Das war damals der Wissensstand des Hauses, und es wundert mich, warum das anders gesagt wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Steger, wollen Sie dazu noch Stellung nehmen?

Dr. Gerhard Steger: Ja, sehr gerne. Einer Meinung bin ich mit dem Herrn Bundesminister darin, dass er ursprünglich keine Flugzeuge wollte. – Das ist

unbestritten. Nicht einig bin ich mit ihm darin, was die Frage der ausschließlichen Alternativ-Variante Gebrauchte betrifft. Ich beziehe mich da auf eine Besprechung vom 20. Juni 2002, bei der ich mir auch meine Notizen gemacht habe, die allen Beteiligten vorliegen, bei der ausdrücklich festgelegt wurde, dass wir zwei Varianten verfolgen, nämlich: entweder die F-16 gebraucht, die den Vorteil hat, günstig zu sein, und eine belgische Unter-Variante hat, die auch in Frage kommt, oder die zweite Möglichkeit, die damals ins Auge gefasst wurde, die Eurofighter, die eine europäische Lösung und ein industriepolitisches Signal wären.

Das heißt, der Punkt, in dem ich mit der Einschätzung des Herrn Bundesministers differiere, ist, dass die Alternative zu der Variante „keine Flieger“ ausschließlich in der Variante „gebrauchte F-16“ bestanden hätte. Es hat beide anderen Varianten gegeben; beide anderen Varianten waren im Gespräch.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, Sie korrigieren Ihre Aussage auf die Frage, ob Ihnen bekannt ist, dass der Minister die Meinung vertreten hat, gar keine Flieger und wenn, dann die billigen gebrauchten, dahin gehend, dass Sie sehr wohl wussten, dass er ursprünglich gegen Flieger war, und dann gab es mehrere Varianten?

Dr. Gerhard Steger: Frau Abgeordnete, ich korrigiere überhaupt nichts. Ich bin gefragt worden, ob es meiner Wahrnehmung nach tatsächlich so war, dass der Minister keine Flieger wollte, wenn er das aber nicht durchhält, die Variante gebrauchte Flieger. Daraufhin habe ich gesagt, das ist mir *nicht* bekannt! Und zwar nicht deswegen, weil ich anderer Meinung bin als der Herr Bundesminister a.D., dass er ursprünglich keine wollte, sondern deswegen, weil ich anderer Meinung in Bezug darauf, was die Alternative zu keinen gewesen wäre, bin. – Ich korrigiere keinen einzigen Buchstaben!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber Sie sind in Ihren Aussagen durch Aktenstücke widerlegt. Gerade Sie haben Szenarien in Ihrer Sektion ausarbeiten lassen, und gemäß Ihrer handschriftlichen Aufzeichnungen vom 9. April, die Sie uns übermittelt haben, steht hier: Abfangjäger – HBM will breite Einbindung; Wunsch-Szenario: keine Abfangjäger.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, auf die Gefahr hin, jetzt wieder etwas auszulösen: Das war die Wiederholung der vorigen Frage. Wenn Herr Steger seine Antwort wiederholen will, werde ich ihm dieses Recht einräumen, weil eine Wiederholung eine Wiederholung herausfordert. Aber wenn Sie sagen, Sie haben das schon beantwortet, Herr Steger, so ist auch das eine Möglichkeit.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich erkenne hier einen eindeutigen Widerspruch auf Grund des Protokolls und dessen, was er jetzt sagt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, Herr Steger, zu diesem eindeutigen, von Frau Kollegin Fekter erkannten Widerspruch Stellung zu nehmen.

Dr. Gerhard Steger: Ich sehe überhaupt keinen Widerspruch und darf noch einmal versuchen, es zu erklären.

Ich bin gefragt worden, ob ich Folgendes in Erinnerung habe: Minister Grasser sei ursprünglich gegen Abfangjäger gewesen? – Erster Teil der Frage.

Zweiter Teil der Frage: Wenn Abfangjäger nicht durchgehalten werden, kommt nur die Gebrauchtvariante in Frage? – Das bin ich gefragt worden, und darauf habe ich geantwortet: Das ist mir nicht bekannt, und zwar deshalb, weil ich in Teil A sehr wohl der Meinung des Ministers bin, aber nicht in Teil B. Das heißt, ich differiere im Teil B, weil aus meinen Aufzeichnungen sehr klar hervorgeht, dass gegen Ende des

Entscheidungsprozesses nicht mehr nur die Gebraucht-Variante die Alternative zu „keinen Fliegern“ war, sondern auch die Eurofighter.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke für diese Korrektur Ihrer Antworten. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist keine Korrektur!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter! Als Vorsitzender halte ich fest – damit keine falschen Feststellungen im Protokoll stehen –, dass Herr Steger erklärt hat, dass er seine Aussage vollinhaltlich, wie sie sich im Protokoll finden, aufrechterhält. Das steht somit auch im Protokoll, bevor wir ihn jetzt wieder zum Protokoll befragen müssen und das die Form einer Schleife anzunehmen beginnt.

Kollege Gaßner, bitte.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich habe noch eine Frage zu den Ausführungen von vorhin des Herrn Finanzministers a.D. bezüglich der Beeinflussung von Zeugen. Herr Mag. Grasser, Sie haben gesagt, Sie wollten nur eine koordinierte Aussage der beiden Sektionen I und II. Habe ich das so richtig verstanden? Hatten Sie die Befürchtung, dass die Sektion I in der Causa Abwehrflieger etwas anderes aussagen wird als die Sektion II?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, überhaupt nicht, aber man muss die Praxis kennen. Wie funktioniert das Geschäft? Wir haben mehrere Fachsektionen – Steuersektion, Budgetsektion, Internationales, Ökonomisches und so weiter –, und in der Praxis ist die Sektion I diejenige Sektion, die mir beziehungsweise dem Parlament formal die Unterlagen übermittelt; zum Beispiel schriftliche Anfragen und so weiter. Da die Sektion I das fachliche Know-how nicht hat, von uns aber trotzdem den Auftrag erhält, muss sich die Sektion I das Inhaltliche logischerweise von der Sektion II oder anderen Sektionen holen. Der eine schreibt es sozusagen und der andere erarbeitet es vom Inhalt her mit, daher müssen die beiden zusammenarbeiten, damit für mich ein Papier entsteht. Insofern muss die Sektion I immer mit den Sektionen II, III oder IV koordinieren, weil sie ja auf den Fachinhalt, auf die Fachkompetenz der spezifischen Sektionen angewiesen ist.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich würde gleich diejenigen fragen, die sich auskennen. – Aber gut.

Aber eine Frage in Gegenüberstellung. Es geht noch einmal um die Stückzahlen. In der 9. Sitzung vom 21. Dezember 2006 haben Sie, Herr Finanzminister a.D., auf eine Frage des Abgeordneten Kogler, die am Ende gelautet hat: „dass man sich auf höchster politischer Ebene – Gipfeltreffen beim HBK – schon längst auf 18 Stück geeinigt hätte“, geantwortet, als Beispiel für den Fragesteller:

„Als Finanzminister haben Sie jetzt die Zielsetzung: gar nichts oder möglichst wenig. Und wenn Sie dann, zu einem derartigen Zeitpunkt sich mit den 18 hätten durchsetzen können, dann gehen Sie davon aus, dass ich jedes Interesse daran gehabt hätte, das schriftlich festzumachen, zumindest so etwas wie einen Side-Letter ... einen Aktenvermerk zu machen ... Die politische Vereinbarung auf 18 Stück ist dort gefallen.“

Sie haben also klargestellt: Wenn es das gegeben hätte, dann hätten Sie das sicherlich auch schriftlich vermerkt.

Herr Sektionschef Steger spricht in diesem Zusammenhang von einem Akt:

„Eine zweite Sache, die auch in diese Richtung“ – nämlich 18 Stück und optional 6 – „geht, ist ein Akt, der etwas später erstellt wurde, nämlich der Akt 271322/8-II/14/01“ – also wir sind offensichtlich im Jahr 2001 –, „wo das Finanzministerium dem Landesverteidigungsministerium in der Sache Abfangjägerbeschaffung schreibt – ich zitiere wörtlich, Herr Abgeordneter, aus diesem Schreiben –

Zitat: Einer politischen Vereinbarung auf Regierungsebene entsprechend soll lediglich eine Systemkonfiguration von 18 Einsitzern und optional 6 zweisitzigen Schulflugzeugen ausgeschrieben werden. – Zitatende.“

Also in diesem Akt aus dem Jahr 2001 spricht das Finanzministerium von einer politischen Vereinbarung auf Regierungsebene, wobei Sie aber in der selben Sitzung sagen: Wenn ich so etwas gehabt hätte, dann hätte ich mir das bestätigen lassen. Was ist richtig: Gibt es den Akt, der darauf hinweist, dass die politische Vereinbarung getroffen wurde – oder gibt es ihn nicht?

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Gaßner, ich werde gerne die Beantwortung dieser Frage zulassen, aber ich verweise schon darauf, dass Herr Grasser bereits zweimal erklärt hat, dass es **keine politische Vereinbarung** gegeben hat, dass das auch gestützt wird durch einerseits die 18 in der Mitschrift Steger, andererseits die 24 in der Anbotseinholung durch das Verteidigungsministerium. – Aber eine Antwort kann ja auch der Verweis auf eine Antwort sein.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Darf ich aber dazusagen, das ist ein Akt aus dem Jahr 2001, in dem vom Finanzministerium an das Landesverteidigungsministerium von „einer politischen Vereinbarung entsprechend“ gesprochen wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, das ist ein klarer Vorhalt. – Bitte um eine Antwort.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter Gaßner, ich glaube, dass Herr Abgeordneter Pilz das letzte Mal auch auf diesen Akt rekuriert hat, wenn ich mich richtig erinnere.

Es gibt verschiedene Akten, in denen verschiedene Dinge zu Stückzahlen stehen. Ich habe Ihnen heute ein Resümee-Protokoll, also auch einen Akt, zitiert, wonach das Verteidigungsministerium gesagt hat: 24 plus 6, und das Finanzministerium: 19 plus 5. Offensichtlich gibt es auch diesen Akt, den Sie erwähnt haben, die politische Vereinbarung gibt es trotzdem **nicht**. Ich würde sie Ihnen gerne bestätigen, und ich hätte mich damals sehr gefreut, wenn es sie gegeben hätte, aber es hat sie nicht gegeben. Das empirisch überprüfbare Faktum, dass dann einerseits 24 plus 6 ausgeschrieben worden sind und ich dann aus meiner Sicht einen Erfolg gehabt habe bei der Typenentscheidung, weil wir nicht 24 plus 6, also 30, entschieden haben, sondern 24, das war genau so.

Zweite Bemerkung, weil Sie zur Frage davor sozusagen den Schluss gezogen haben, Sie würden gleich diejenigen fragen, die sich auskennen: Ich muss Ihnen sagen, genau das wollte ich in dieser Frage **nicht** tun. Ich wollte mich nicht als Zeuge direkt an Herrn Sektionschef Steger wenden und sagen: Mach du mir das! Ich habe mir gedacht, es ist doch gescheiter, der Sektion I zu sagen: Das hätte ich gerne! Dann muss nämlich die Sektion I schon einmal prüfen, ob sie daran etwas findet oder nicht, und die Sektion I macht das dann mit der Sektion II. In diesem Fall habe ich also ganz besonders Wert darauf gelegt, dass andere Beamte miteingebunden sind, die aus ihrer Sicht überprüfen können: Hat das irgendetwas mit Zeugenbeeinflussung zu tun, ja oder nein?, und die sind offensichtlich auch zu dem Schluss gekommen, dass das nichts damit zu tun hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Steger, wollen Sie zu dem Vorhalt etwas sagen?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann nur darauf verweisen, was ich das letzte Mal gesagt habe, nämlich erstens: Diesen Satz gibt es. Zweitens: Der Minister hat offensichtlich den Erledigungsentwurf gesehen, sonst hätte er nicht in einem spezifischen Punkt eine Änderung des Erledigungsentwurfes verlangt. – Mehr ist dem nicht hinzuzufügen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist klar genug.

Gibt es noch weitere Fragen? – Kollege Stadler! Ich sage nur – und das ist reiner Zufall, dass ich das jetzt sage; bitte, das nicht falsch zu verstehen –, ich werde jetzt noch mehr darauf achten, dass es nicht zu Wiederholungen kommt. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe nur eine Zusatzfrage – ich werde auch den Vorhalt nicht lange zelebrieren –, weil es im Zuge einer Aussage von Ihnen, Herr Sektionschef, einen Satz gibt, der im Widerspruch steht zu einer Aussage des Herrn Grasser.

In der Sitzung vom 21. Dezember 2006, nachzulesen im Protokoll auf Seite 5, hat eine Frage von Kollegin Stadlbauer gelautet: „Gab es Ihres Wissens Kontakt mit irgendwelchen Rüstungsfirmen – und wenn ja, mit welchen – seitens des Finanzministeriums oder des Ministers vor Beginn der Angebotseinholung am 10. Oktober 2001?“

Sie haben dann lange auf diesen Brief, auf diesen Schriftverkehr mit EADS verwiesen, und am Schluss sagen Sie dann: „Daher kenne ich das jetzt – damals habe ich es nicht gekannt, und“ – und jetzt kommt der zentrale Satz – „mir sind auch keine weiteren diesbezüglichen Dinge bekannt.“

Demgegenüber hat Herr Grasser in seiner Aussage ebenfalls am 21. Dezember 2006, auf den Seiten 78 und 82 des Protokolls nachzulesen, mehrfach Folgendes gesagt: „Ich betone, dass diese Gespräche alle vor der Ausschreibung stattgefunden haben.“ – Gespräche mit Rüstungsfirmen.

„All diese Gespräche sind, wie gesagt, dem Parlament bekannt gegeben worden.“

Weiters heißt es: „und ich hatte damals bereits Gripen-Vertreter getroffen ...“

„Mein persönlicher Zugang war damals: Triff die Hersteller, die das Gespräch mit dir führen wollen!“

Nun meine Frage an Sie, Herr Sektionschef: Bleiben Sie bei Ihrer Aussage?

Dr. Gerhard Steger: Ja, ich bleibe bei meiner Aussage. Mir waren diese Kontakte zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist schon richtig, aber Sie haben dann am 21. Dezember gesagt: „... und mir sind auch keine weiteren diesbezüglichen Dinge bekannt.“ – Also das ist bezogen auf Präsens, das ist nicht bezogen auf den Zeitpunkt **ex tunc**, sondern auf die **Gegenwart**.

Dr. Gerhard Steger: Also mir war auch am 21. Dezember nicht bekannt, dass es zum Beispiel diesen Gripen-Kontakt gegeben hat. Ich war da auch in keiner Weise involviert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich konkretisierend nachfragen: Das würde aber nicht bedeuten, dass Sie ausschließen, dass es solche Gespräche gegeben hat?

Dr. Gerhard Steger: Genau das ist es! Nur mir ist es auch am 21.12. nicht bekannt gewesen.

Mag. Karl-Heinz Grasser: In der Kürze der Zeit ist mir das nicht möglich, aber aus den Unterlagen, die dem Ausschuss zur Verfügung stehen, ist zum Beispiel erkenntlich, dass es ein Schreiben mit entsprechenden Unterlagen der MiG vom 17. August 2001 gibt, wo Unterlagen ins Haus und in die Sektion gekommen sind, dass es beispielsweise mit der MiG einen entsprechenden Kontakt gegeben hat. – Nur um das zu sagen.

Also dem Haus beziehungsweise der Abteilung war es offensichtlich sehr wohl bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist ein Widerspruch!

Obmann Dr. Peter Pilz: Das würde ich auch als Widerspruch empfinden.

Dr. Gerhard Steger: Ich bin bei meiner Aussage davon ausgegangen, dass es um **persönliche** Kontakte – also nicht um Schreiben, sondern um persönliche Kontakte – zwischen dem Finanzminister und Rüstungsfirmen geht. – Da war mir auch am 21.12. nichts Diesbezügliches bekannt.

Es ist ein Unterschied, ob es ein Schreiben gibt von Leuten, die sozusagen etwas von uns wollen, oder ob es einen **Kontakt** gibt. Die Frage war nach Kontakten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Damit schaut der Widerspruch nicht mehr wie ein Widerspruch aus.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich glaube nicht, dass es eine wichtige Frage ist, aber ich kann nur sagen: Es war zum Beispiel die Vize-Premierministerin von Russland mit einer großen Delegation auf Besuch im Finanzministerium. Das hat die Sektion III gewusst, und die Sektion II hat daraufhin ein entsprechendes Schreiben bekommen.

Also das ist nicht so, dass das ein Schreiben gewesen wäre, das mir einfach zugeschickt wird, sondern es hat logischerweise auch physisch den Kontakt gegeben. Und das hat im BMF nicht einer gewusst, sondern haben wahrscheinlich 20 oder 30 Leute gewusst, weil mehrere Sektionen damit befasst waren.

Aber ich glaube, es ist keine wesentliche Frage.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bin dafür, das jetzt nicht so im Detail zu behandeln, weil wir natürlich auch – aber das wird zu einem späteren Zeitpunkt geschehen – zu den Punkten Kontakt mit SAAB, mit Gripen und: War Herr Malzacher ein bevollmächtigter Vertreter dieser Firma?, fragen müssen. Aber das kann nicht Teil der Gegenüberstellung sein, weil es dazu vom Herrn Sektionschef keine Aussagen gibt.

Dr. Gerhard Steger: Nur der guten Ordnung halber: Wenn russische Regierungsvertreter kommen, ist das natürlich nicht dasselbe, wie wenn Firmenvertreter von Rüstungsfirmen kommen. – Auf diesen Unterschied lege ich schon Wert!

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, die russischen Regierungsmitglieder legen auch Wert darauf. – Auch das ist jetzt bei Protokoll.

Gibt es sonst noch Fragen? – Dies ist nicht der Fall. Die Gegenüberstellung ist damit beendet.

Ich danke Herrn Mag. Grasser und seiner Vertrauensperson für ihr Kommen. – Sie sind entlassen, und ich wünsche bestes Gelingen bei der Arbeitssuche.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nur damit es nicht unwidersprochen bleibt: Die Regelung in der Verfahrensordnung, auf die man sich bezogen hat, nämlich Frau Kollegin Fekter, sieht genau den Fall nicht vor, der insinuiert wurde.

Ich lese die Regelung vor:

„Der Verfahrensanwalt hat den Vorsitzenden auf Verletzungen der Verfahrensordnung oder Eingriffe in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson hinzuweisen. Zur Durchsetzung solcher Rechte kann sich auch jede Auskunftsperson

sowie deren Vertrauensperson an den Verfahrensanwalt wenden.“ – Das hat der Herr Sektionschef gemacht.

Absatz 2 – und jetzt kommt der zentrale Einleitungssatz –:

„Trägt der Vorsitzende den Hinweisen des Verfahrensanwaltes gemäß Abs. 1 nicht Rechnung, so hat jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses das Recht, eine Entscheidung des Untersuchungsausschusses herbeizuführen.“ – Nicht, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden.

„Jedem Mitglied des Untersuchungsausschusses und dem Verfahrensanwalt steht das Recht zu, eine Beratung zur Klärung dieser Frage“ im Ausschuss „zu verlangen.“ – Das ist etwas **erheblich** Anderes, als hier insinuiert wurde!

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke für die Vorlesung aus der Verfahrensordnung.

Ich bin mir sicher, dass Frau Kollegin Fekter diesen Passus kennt, wie ich mir auch sicher bin, dass sie sich in Zukunft daran halten wird.

Die Sitzung ist für eine halbe Stunde **unterbrochen**. Wir sehen uns dann bei der Befragung von Herrn Dr. Steger wieder. – Danke.

*(Die Sitzung wird um 12.05 Uhr **unterbrochen** und um 12.47 Uhr **wieder aufgenommen**.)*

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Wir kommen jetzt zur Anhörung von Herrn Dr. Steger, diesmal ohne Gegenüberstellung. Die Belehrung und so weiter haben wir erledigt, das müssen wir jetzt nicht wiederholen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Vorerst keine Fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Sektionschef, ich komme noch einmal auf die Befragung zurück, wo ich Ihnen gesagt habe, dass wir das im Anschluss an die Gegenüberstellung weiter klären werden. – Jetzt finde ich die Unterlage nicht. Ich muss zuerst die Unterlage suchen, Herr Vorsitzender.

Zunächst einmal die Frage im Zusammenhang mit dieser Besprechung, bei der die Finanzprokurator beigezogen wurde. Die Finanzprokurator ist eine nachgeordnete Dienststelle des Finanzministeriums. Ist es richtig, dass diese Dienststelle sogar Ihnen unterstellt wäre?

Dr. Gerhard Steger: Mir persönlich nicht, Herr Abgeordneter. Aber es ist richtig, dass sie eine nachgeordnete Dienststelle ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie hätten sich in einer Frage, die Ihr Wording hier im Ausschuss betroffen hätte, im Einleitungsstatement, akkordiert mit anderen Mitgliedern des Finanzministeriums, sich mit einer nachgeordneten Dienststelle des Finanzministers akkordieren und auch noch Ihre Rechte damit abklären sollen. Ist diese Darstellung richtig?

Dr. Gerhard Steger: Ja, sie ist richtig, und das ist ja auch der Grund, warum die richtige Adresse der **Verfahrensanwalt** im Wege des Ausschussvorsitzenden ist – und nicht die Finanzprokurator.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, das hätte das Ganze im Grunde noch verschärft, wenn die Finanzprokuratur dort auch noch hineingezogen worden wäre?

Dr. Gerhard Steger: Ich persönlich sehe das so, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die zweite Sache ist die mit diesem Aktenkonvolut, das verschwunden ist. Dieses Aktenkonvolut ist zunächst im Original zurückgestellt worden – Schicksal ungewiss. Dann wurde das Aktenkonvolut offensichtlich – das konnte ich aber im Zuge der Gegenüberstellung nicht klären, daher muss ich jetzt noch einmal darauf zurückkommen, wie ich Ihnen das angekündigt habe –, dann wurde dieses Aktenkonvolut noch einmal, wenn ich richtig sehe, im Mai 2004 von Herrn Ministerialrat Hillingrathner über Sie an das Ministerbüro weiterzuleiten versucht. Weil der Herr Bundesminister nämlich in seiner Darstellung so getan hat, als ob das dann quasi nicht bei ihm, in seinem unmittelbaren Bereich verschwunden, sondern bei Ihnen, in Ihrer Sektion in Verlust geraten wäre.

Dr. Gerhard Steger: Es ist so, dass nach den Aufzeichnungen des Kollegen Hillingrathner, die ich jetzt schnell suche und hoffentlich auch schnell finde, die zweite Etappe in diesem ganzen Prozess – hier ist es schon –, die zweite ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht um diese Ersatzerledigung.

Dr. Gerhard Steger: Genau. Dass er die offensichtlich in der Kanzlei deponieren wollte, und dorthin ist es nach seinen schriftlichen Aufzeichnungen nicht gelangt, worauf man sich entschlossen hat, eine neuerliche Ersatzerledigung zu machen. Aber das heißt, nicht an mich (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*), sondern in die Kanzlei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wem untersteht die Kanzlei?

Dr. Gerhard Steger: Es ist eine Kanzlei der Sektion II (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*), untersteht aber disziplinar, soviel ich die internen Vorschriften kenne, der Präsidialsektion – da müsste ich jetzt aber selbst nachschauen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Das heißt, man kann nicht bei der Darstellung bleiben, die der Herr Ex-Minister heute hier im Ausschuss zu erwecken versucht hat, dass diese Ersatzerledigung praktisch in Ihrem Bereich dann in Verlust geraten sei?

Dr. Gerhard Steger: So sehe ich das überhaupt nicht. Ich muss auch sagen, dass mir kein Fall bekannt ist – ich denke jetzt scharf nach –, wo irgendein Akt in meinem Verantwortungsbereich in Verlust geraten wäre. Ich lege schon sehr großen Wert darauf, dass die Prozesse bei uns ordentlich ablaufen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wäre es möglich – und zwar jetzt abstrakt zunächst einmal und gar nicht auf den konkreten Fall bezogen –, wäre es abstrakt möglich, dass jemand aus dem Kabinett direkt für das Verschwinden dieser Ersatzerledigung im Kanzleibereich – jetzt im weitesten Sinne gesprochen – sorgen könnte?

Dr. Gerhard Steger: Ehrlich gesagt, kann ich mir das nicht vorstellen. Da stimme ich dem Minister zu, das ist auf Grund der Dislozierung der Einheiten kaum vorstellbar. Theoretisch ist vieles möglich, aber praktisch kann ich es mir eigentlich nicht vorstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer könnte praktischerweise dort dafür sorgen, dass solch ein Aktenstück weggeräumt wird?

Dr. Gerhard Steger: Wir sind jetzt an einem heiklen Punkt, wie Sie verstehen, Herr Abgeordneter (*Abg. Mag. Stadler: Ja, ja!*), und ich möchte einfach nicht den Eindruck erwecken, dass ich jetzt irgendjemanden beschuldigen möchte, ich habe auch keinerlei

Beweise in der Hand. Also ich frage mich, wie ich jetzt mit der Situation umgehe, weil ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie Wahrnehmungen gehabt, was ...

Dr. Gerhard Steger: Wahrnehmungen habe ich keine gehabt, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie hatten keine Wahrnehmungen. Aber Sie werden mir beipflichten, dass es etwas ungewöhnlich ist, dass zuerst das Original verschwindet, dann verschwindet die Ersatzerledigung, und dann muss noch einmal ein Versuch einer Ersatzerledigung gestartet werden, und dort muss die Beamtin sogar noch mit Bestimmtheit darauf bestehen, dass das nicht wieder verschwindet.

Dr. Gerhard Steger: Ohne irgendjemandem irgendetwas zu unterstellen, gibt es ja wohl nur sehr wenige Möglichkeiten, ja? (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) Wobei ich Wert darauf lege, dass mir der Versuch, das damals in Ersatzerledigung zu verakten, gar nicht bekannt war. Ich habe zu dem Zeitpunkt gar nicht gewusst, dass Hillingrathner gerade versucht, eine Ersatzerledigung zu machen.

Üblicherweise ist es so, man legt einen Akt in den Auslauf, die Botin/der Bote holt sich den Akt und trägt ihn in die Kanzlei. Das wäre der normale Fall. Wenn es so gewesen wäre, was ich jetzt nicht weiß – da müssten wir Hillingrathner fragen, ob er damit in die Kanzlei marschiert ist, ob er es in den Auslauf gelegt hat –, gibt es die Möglichkeit, dass theoretisch er sich selbst geirrt hat und er gar keine Ersatzerledigung verfasst hat – das nehme ich nicht an, denn sonst hätte er es nicht hingeschrieben. Ich glaube ihm, dass das so war, wie es war.

Dann gibt es die Möglichkeit, dass eine Botin oder ein Bote etwas – ich sage das jetzt einmal salopp – verschlampt hat, wozu ich auch keinerlei Anhaltspunkte habe. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) Und dann gibt es die Möglichkeit, dass in der Kanzlei jemand diesen Akt nicht so behandelt hat, wie er ihn hätte behandeln müssen, wozu ich auch keine Anhaltspunkte habe. Aber viel mehr Möglichkeiten gibt es eigentlich theoretisch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat man ministeriumsintern versucht, die „Schicksale“ dieser beiden verschwundenen, und zwar des Originalkonvoluts wie auch des kopierten Konvoluts, id est Ersatzerledigung, zu klären – oder hat man eigentlich gar kein Interesse an einer derartigen Klärung gehabt?

Dr. Gerhard Steger: Also es ist so gewesen, dass mir Kollege Hillingrathner eben erklärt hat, sie machen jetzt noch einmal einen Anlauf, um die ganze Geschichte zu bereinigen. Und ich erinnere mich dunkel, dass ich ihm damals gesagt habe: Wenn das wieder nicht funktioniert, sag mir das bitte gleich! – Es hat aber dann funktioniert. Das ist sozusagen meine Wahrnehmung zu diesem Punkt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber einen Versuch gestartet, von wem auch immer in Auftrag gegeben (*Dr. Steger: Nein, ist mir nicht bekannt!*), den Verbleib dieser Aktenstücke zu ermitteln, wurde nicht gemacht?

Dr. Gerhard Steger: Ist mir nicht bekannt, dass das gemacht worden wäre – wäre auch relativ schwierig gewesen, denn wo sollen sie ansetzen, wenn etwas nicht da ist? Also es ist einigermaßen schwierig, und ich kann mich auch nicht erinnern, dass man sozusagen den Minister gefragt hätte, wo dieses Schriftstück ist. Man ist offensichtlich einfach davon ausgegangen, dass es unten liegt und nicht zurückgestellt wird. Das ist offensichtlich die ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat man einen Versuch gestartet, herauszufinden, wo das zweite von EADS übermittelte Exemplar ist? Sie erinnern sich,

dass in dem Begleitschreiben vom 27. Juni (*Dr. Steger: Ja!*), glaube ich, zwei Exemplare einer derartigen Paketlösung mit übersandt wurden, und nur eines davon ist bei Herrn Hillingrathner gelandet. Und dieses eine ist dann später, nachdem er es dem Minister auf den Tisch gelegt hat, auch verschwunden. Das heißt, es muss noch ein zweites Original geben, dessen Schicksal auch nie untersucht wurde.

Dr. Gerhard Steger: Wenn es so war, was ich jetzt sozusagen nicht genau weiß, dass es noch ein Zweites war, das sozusagen nie in die Verwaltung gekommen ist, dann haben wir ja keine Möglichkeit, zu checken, wo das geblieben ist, wenn es uns gar nicht erreicht hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Von einem zweiten Exemplar haben Sie aber in der Verwaltung nichts erfahren?

Dr. Gerhard Steger: Mir ist das, ehrlich gesagt, jetzt auch nicht wahnsinnig präsent, vielleicht hätte ich die Akten diesbezüglich genauer lesen müssen. Ich habe das sozusagen alles erst im Nachhinein erfahren, aber wenn es ein Zweites gegeben hat, das nie in die Verwaltung geschickt worden ist, dann ist mir das sozusagen jetzt auch nicht präsent.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Völlig klar. Das heißt also, es besteht die Annahme, dass ein Exemplar in die Verwaltung gegangen ist zu Herrn Ministerialrat Hillingrathner, das zweite Exemplar aber nie in die Verwaltung gegangen ist, sodass nur der Minister uns erklären könnte, wohin das gekommen ist?

Dr. Gerhard Steger: Wenn es ein Zweites gibt, das nie in die Verwaltung gegangen ist, muss es wohl so sein, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist jedenfalls eines mit übersandt worden, das ergibt sich aus dem Beilagen-Vermerk. Das ist das Einzige, was wir bisher beweisen können. – Danke, ich habe vorerst keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Sektionschef! Und zur Orientierung der Abgeordneten-KollegInnen: Ich gehe jetzt einfach im Zeitraum des Beweisthemas 2, also Ende April bis 2. Juli, entlang Ihrer Aufzeichnungen, Herr Sektionschef, vor mit meiner Befragung, um hier irgendeine Art von Struktur hineinzubringen, und entnehme Ihrem Transkript von den Aufzeichnungen, dass eine erste größere und relevante Besprechung jedenfalls am 20.6. – ich möchte hier schon einsteigen – stattgefunden hat, 9.30 Uhr, mit dem Herrn Bundesminister, den Herren Christl, Hillingrathner, Tomasch und Kocher. Das war also noch vier Tage, bevor die Bewertungskommission die Kosten-Nutzwert-Analyse weisungsgemäß zusammengeführt hat, also die Werte jeweils.

Jetzt haben Sie hier verschiedene Punkte erwähnt, und da steht gleich einmal: Strategie BMLV pro Gripen – so weit nachvollziehbar, bekannt und erinnerlich. Wir machen zwei Alternativen zum Gripen, war das so gemeint? (*Dr. Steger: Korrekt! Ja!*)

Die Alternativen, wenn ich die nächsten Unterpunkte, die gleichrangig aufscheinen in diesem Transkript, nehme: a) F-16 gebraucht, und in der nächsten Zeile: b) Eurofighter, waren das dann die beiden gedachten Alternativen? (*Dr. Steger: Ja!*)

F-16 gebraucht, da will ich dann nicht weiter fragen, aber eben b) Eurofighter, war also so, dass bereits am 20.6. der Eurofighter als Alternative zum Gripen – jedenfalls in dieser Besprechung – auf den Tisch gelegt wurde.

War das vorher schon einmal der Fall, dass der Eurofighter als Alternative zum Gripen jetzt auch in der Strategie Ihres Hauses besprochen wurde? Oder war das das erste Mal an diesem 20.6.?

Dr. Gerhard Steger: Ich bin jetzt nicht sicher, ob ich präzise Ihre Frage beantworte, wenn nicht, bitte ich Sie, mich darauf hinzuweisen.

Als ausdrückliche Strategie contra Gripen ist es meiner Erinnerung nach das erste Mal so deutlich gewesen. Aber wie wir heute ohnedies in der Gegenüberstellung und auch am 21. Dezember behandelt haben, war die Tür für den Eurofighter als eine von mehreren Möglichkeiten früher offen. Das hat sich ja schon aus dem Jahr 2001 ergeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann kommt an der Stelle schon ein großer Fragenkomplex, der uns immer wieder beschäftigt. Die Strategie des BMLV ist ja hier immer im Zentrum in dieser Besprechung, wo man sich offensichtlich reaktive Schritte überlegt. Und da heißt es, dass das BMLV die Kosten vom Kaufpreis in die Betriebskosten verlagern will.

Erste Frage dazu: Hat sich das unabhängig von der Typenwahl für Sie so dargestellt in dieser Besprechung, dass grundsätzlich dann in der Folge am besten so verhandelt werden würde, dass man möglichst viel von den eigentlichen Kostenbestandteilen, die man üblicherweise zu den Anschaffungskosten rechnen würde, mehr oder weniger kreativ hinausdrängt und die später an anderer Stelle mindestens bei Systemkosten, hier sogar bei Betriebskosten auftauchen sollen?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe in Erinnerung, dass das damals der Eindruck war, dass das speziell für den Gripen gilt. Ich bitte Sie aber, diese Frage auch dem Ministerialrat Hillingrathner zu stellen, der das wahrscheinlich präziser im Kopf hat, weil das eine operative Frage im Detail ist, wo er näher bei der Arbeit dran war. – Aber meine Erinnerung ist die, die ich Ihnen gesagt habe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Im übernächsten Punkt spielen die Life-Cycle-Costs dann auch eine Rolle. Da hat es eine intensive Korrespondenz gegeben, jedenfalls einmal zwischen den Kabinetten, wie uns bekannt ist. Aber in welcher Art und Weise haben Ihrer Meinung nach oder Erinnerung nach die Life-Cycle-Costs in dieser Besprechung eine Rolle gespielt? Am 20.6.!

Dr. Gerhard Steger: Wenn ich da ein bisschen ausholen darf. Die Life-Cycle-Costs haben schon im Vorfeld dieser Besprechung eine wesentliche Rolle gespielt, weil wir im Finanzministerium immer sehr darauf gedrängt haben, Life-Cycle-Costs ausgerechnet zu bekommen – vor dem Hintergrund, dass man die Wirtschaftlichkeit einer Anschaffung nur dann bewerten kann, wenn man nicht nur den Kaufpreis, sondern auch die Betriebskosten des jeweiligen Produktes betrachtet und beides sozusagen in Gesamtheit dann evaluiert. Es hat im Mai 2002 eine Reihe von so genannten Fortschrittsgesprächen zwischen dem Finanzministerium und dem BMLV gegeben. Das erste dieser Fortschrittsgespräche hat stattgefunden am 26. April, also schon vor Beginn Mai, im BMF, wo uns das Verteidigungsministerium in Gestalt des Herrn Mag. Wall – das ist auch aktenkundig – versichert hat, dass mit der Typenentscheidung die Life-Cycle-Costs-Berechnungen und alle vom BMF sonst geforderten Kostenberechnungen zeitgerecht vorgelegt werden. Das heißt, wir haben immer darauf gedrängt: Legt uns die Life-Cycle-Costs vor! Und am 26. April kommt das Signal des Verteidigungsministeriums, ja, wir haben sozusagen alles vorbereitet.

Das findet sich dann in einem weiteren Fortschrittsgespräch im Mai sinngemäß noch einmal, wo uns das noch einmal versichert wird, und in dieser Besprechung am 20.6., die Sie jetzt zitieren, ist eben noch einmal festgehalten worden, dass die Life-Cycle-Costs wichtig sind zur wirtschaftlichen Beurteilung dieser Angelegenheit.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Damit ich das datumsmäßig richtig einordnen kann. Bereits am 26.4. haben Sie diese Nachricht von Wall ... Haben Sie das gemeint, so wie es auch in den Akten ist?

Dr. Gerhard Steger: Ja, ich kann Ihnen den Akt zitieren, wenn ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, ich wollte nur das Datum abgleichen.

Ist Ihnen in der Sektion respektive in der Abteilung II/14 dann schriftlich etwas zugegangen auf das Begehren, das hier offensichtlich sowohl von der Sektion als auch, muss man ja positiv unterstellen, vom Kabinett so gefordert wurde? Ist Ihnen jetzt bis zum 20.6. schriftlich etwas zugegangen bezüglich dieser Aufstellungen und Berechnungen, die Ihren Wünschen und Anforderungen entsprochen hätten?

Dr. Gerhard Steger: Meiner Erinnerung nach nicht, Herr Abgeordneter. Das war ja der Grund, warum in dieser Besprechung erwähnt worden ist, wir brauchen sie.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So steht es nicht so konkret hier. Life-Cycle-Costs ist noch einmal erwähnt.

Jetzt ist uns ja bekannt, dass genau mit 20.6. aus dem Kabinett BMF gedrängt wurde, verschiedene Berechnungsmodelle, die unter anderem die Kriterien Life-Cycle-Costs beinhalten, vom Kabinett des Verteidigungsministeriums zu verlangen. Dann sind tatsächlich Daten übermittelt worden – ich greife jetzt vor – mit 24.6. Zumindest liest es sich so in den Aufzeichnungen des BMLV, denn dort wird im Einkauf vermerkt: Festschreibung Auskunft BMF 24.6.

Ich frage jetzt deshalb, damit wir auch hier etwas abkürzen können, weil da nämlich verschiedene Dokumente offensichtlich übermittelt wurden, jedenfalls auch verschiedene Größenordnungen der Betriebskosten eruiert wurden.

Jetzt frage ich Sie also, bereits auf den 24.6. hin: Haben Sie das in der Sektion oder Sie als Sektionschef erfahren oder diese Berechnungen auch schriftlich vorgelegt bekommen, so wie sie sich dann ja in den Akten gefunden haben?

Dr. Gerhard Steger: Wer sie jedenfalls vorgelegt bekommen hat, ist Kollege Hillingrathner. Inwieweit ich sie vorgelegt bekommen habe, weiß ich jetzt aus der Erinnerung nicht mehr präzise. Da würde ich aber bitten, den Kollegen Hillingrathner zu fragen, der das, nehme ich an, präziser im Kopf hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage jetzt nur mehr zu den Größenordnungen weiter. Es gibt eine Übermittlung, wo für Eurofighter Jagdflugzeug GmbH, so steht es hier, also für die GmbH interessanterweise, 54,6 Millionen € pro Jahr Betriebskosten ermittelt wurden und für SAAB 31 Millionen €.

Sind Ihnen die Zahlen so in Erinnerung, dass Sie sie damals rund um den 24. auch mitgeteilt bekommen hätten in diesen Besprechungen?

Dr. Gerhard Steger: Ist mir, ehrlich gesagt, nicht mehr präzise in Erinnerung. Da muss ich leider passen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sind Ihnen Differenzberechnungen bekannt? Unser Wissen und die Aktenlage ergibt, dass im Bundesministerium für Landesverteidigung, namentlich dort Herr Hofer, ausgedehntere Berechnungen mit mehr Kategorien noch vorgenommen hat, und dort waren die Zahlen 71 Millionen für Eurofighter und 37 Millionen für SAAB das Ergebnis.

Sind Ihnen unterschiedliche Größenordnungen als solche bekannt, ohne dass Sie sich an die absolute Höhe erinnern?

Dr. Gerhard Steger: Mir ist nicht bekannt, dass mir diese unterschiedlichen Größenordnungen damals bekannt gewesen wären. Da war Kollege Hillingrathner einfach näher dran. Meine Bitte ist, fragen Sie ihn.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir bleiben gleich beim 24.6. und überspringen da wieder ein paar Termine. Da heißt es dann, wieder eine andere Sphäre, erster Punkt allerdings gleich: Budgetbelastung 18 Halbjahresraten.

Frage: Ist vorher derart explizit einmal über die Festlegung der 18 Halbjahresraten in einer Zusammensetzung, wie sie hier war – Bundesminister, Christl, Hillingrathner, Tomasch, Kocher und Sie –, ist das vorher schon definitiv besprochen worden oder als Empfehlung für das BMLV in Ihrem Haus beschlossen worden?

Dr. Gerhard Steger: Mir ist bekannt, dass in einem Akt des Finanzministeriums aus dem Jahr 2001 – ich müsste ihn jetzt suchen, ich habe ihn hier – schon irgendwann davon die Rede war, dass eine der Varianten die 18 Halbjahresvariante oder die 9 Jahresvariante sei. Eine der Varianten. Die definitive Festlegung – das war, glaube ich Ihre Frage – auf die 18 Halbjahresvarianten ist mir vor dem 24.6.2002 nicht erinnerlich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke. – In einem weiteren Unterpunkt heißt es hier, noch einmal die F-16 aufzunehmen, in dem Fall sogar eine Leasing-Variante.

War der anwesenden Runde bekannt, dass die Bewertungskommission im Bundesministerium für Landesverteidigung das F-16-Angebot, sowohl das Alternativangebot F-16/MLU als auch das Hauptangebot neu, ausgeschieden hat oder jedenfalls dort so das veraktet wurde und uns nichts anderes übrig bleibt, als davon auszugehen ist, dass es so war im BLV? War Ihnen das bekannt?

Dr. Gerhard Steger: Ich bin mir beim Datum jetzt nicht ganz sicher, weil es ein Schreiben des Herrn Dr. Christl aus dem Büro des Ministers vom 21. Juni 2002 gibt an den Kollegen Brigadier Commenda aus dem Verteidigungsministerium, wo wir eine Reihe von Fragen an das Verteidigungsministerium formuliert haben, im Zusammenhang mit Variantenberechnungen, Life-Cycle-Costs und so weiter.

Das ist die Nummerierung für den Ausschuss ON25/02. Und da hängt zum BMF-Schreiben hinten dran eine Antwort auf „neutralem Papier“, das heißt, nicht mit Briefkopf, woher es kommt – es kommt offensichtlich aus dem Verteidigungsministerium –, nicht mit Datum, sondern es steht nur lapidar dort: Antwort zum zweiten BMF-Schreiben vom 21.6.2002. Und da wird gesagt, dass zur Variante F-16 die Sache nicht mehr bewertet wurde, weil die geforderte Leistung nicht vollständig angeboten wurde.

Was ich nicht weiß, Herr Abgeordneter, wann ist das tatsächlich bei uns eingelangt, weil das hier nicht mehr eruierbar ist. Daher bin ich jetzt mit dem genauen Datum 24.6. ein bisschen vorsichtig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es steht dann in Klammern dort noch: in Summe 6 Varianten. (*Dr. Steger: Ja!*)

Ich frage jetzt gar nicht nach den einzelnen Varianten, weil da gibt es Möglichkeiten der Kombinatorik, wo man selber nachdenken kann. Ich schließe allerdings da etwas daraus und will Sie dazu fragen. Ich schließe daraus, dass man sich auch immer noch am 24.6. in dieser Runde redlich darum bemüht hat, möglichst das kostengünstigste, um nicht zu sagen billigste Gerät, wenn es schon nicht aufhaltbar ist, zu beschaffen. – Das schließe ich daraus.

Waren diese Überlegungen in den Gesprächen dergestalt, dass man versucht hat, billigste und kostengünstige Lösungen herbeizuführen?

Dr. Gerhard Steger: Ich gehe davon aus, dass es immer die Rolle des Finanzministeriums sein muss, die billigsten und kostengünstigsten Lösungen zu forcieren. Wir haben ja auch von der Verwaltung bis zum Schluss vorgeschlagen als Variante für den Fall, dass die Abfangjägeranschaffung tatsächlich vorgesehen wird, die F-16/MLU, also Mid-Life-Update; die gebrauchten, salopp gesagt, die aufgemotzten – oder wie immer Sie das technisch formulieren wollen. Das heißt, wir sind auf der Verwaltungsebene bis zum Schluss für die F-16 gebraucht eingetreten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich möchte dort anschließen, und zwar: Herr Sektionschef, wir haben in den Akten des Landesverteidigungsressorts – Abteilung Luftzeugwesen – einen Dienstzettel gefunden, wo es gerade um diese Aufwandsschätzungen bezüglich der Beschaffung geht in dieser engen Woche, wo das Verteidigungsressort bereits die Ergebnisse der Kosten-Nutzwert-Analyse hatte, aber im Ministerrat noch keine Entscheidung getroffen wurde. Und da steht: Beigeschlossen werden Aufwandsschätzungen der Abfangjägerbeschaffung, welche dem BMF am 27. Juni 2002 übergeben wurden. – Also gehen wir einmal davon aus, dass die am 27. bei euch eingelangt sind.

Meine Frage: Wenn da so in einem Dreizeiler steht: „dem BMF übergeben“, an wen ist das klassischerweise dann gegangen?

Dr. Gerhard Steger: Könnte zwei Adressen haben, Frau Abgeordnete: entweder an den Kollegen Christl vom Ministerbüro oder an den Kollegen Hillingrathner.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber das waren genau die Dinge, die ihr massiv gefordert habt im Hinblick auf Betriebskosten und Life-Cycle-Costs.

Ich möchte jetzt zwei Fragen stellen zu Ihren handschriftlichen Aufzeichnungen, die wir ja langschriftlich ohnehin vor uns haben, und zwar vom 20.6. Hier geht es um die Strategie in Ihrem Haus, nämlich dass man eher für F-16 oder für Eurofighter ist. Und dann steht hier: Eurofighter: erfüllt bei bestehenden Kriterien 150 Prozent; BMLV lässt 50 Prozent weg. – Erklären Sie mir das: Was ist damit gemeint?

Dr. Gerhard Steger: Das deckt sich auch, Frau Abgeordnete, mit dem Akt, wo wir letztlich dann eine Typenempfehlung an den Minister gerichtet und sowohl die Variante F-16/MLU als auch Eurofighter bewertet haben. Der Eindruck der Fachabteilung – dem ich mich angeschlossen habe, weil ich keinen Grund hatte, an deren Expertise zu zweifeln – war, dass der Eurofighter eigentlich mehr kann, als das Verteidigungsministerium verlangt. Ich interpretiere das so – und ich bin mir relativ sicher, dass ich das richtig interpretiere –, dass der Eurofighter eigentlich viel mehr kann, als das Verteidigungsministerium in seiner Ausschreibung verlangt hat, wobei in den Bewertungskriterien nur 100 Prozent gelten. Das heißt, man hat nicht mehr Punkte bekommen, wenn das Ding mehr kann, als man eigentlich verlangt, sondern man ist bei dem Maximum an technisch möglichen Punkten geblieben.

Das ist also meiner Erinnerung nach gemeint mit dem Hinweis: BMLV lässt 50 Prozent weg.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das deckt sich auch mit den Aussagen der Hohen Militärs, die gemeint haben: Wir haben nur das ausgeschrieben, was wir sozusagen brauchen – und dass der Eurofighter mehr kann, ist dann nicht in die Bewertung eingeflossen.

Zu den Life-Cycle-Costs. Das Finanzressort – Sie haben das vorhin gerade umgehend ausgeführt – hat relativ frühzeitig bereits und immer insistierend diese Aufwendungen, Betriebskosten, Life-Cycle-Costs wissen wollen, trotzdem es absehbar war, dass eigentlich die Betriebskosten und die Life-Cycle-Costs beim Eurofighter ja wesentlich höher sein müssten. Das heißt, je intensiver man das verlangt hat, desto größer war das zum Nachteil des Eurofighter. – Sehen Sie das auch so?

Dr. Gerhard Steger: Wenn die Betriebskosten einer bestimmten Type höher sind als die einer anderen, so würde das natürlich bedeuten, dass, wenn man alles einbezieht, diese Betriebstype dann sozusagen transparent mit diesen schlechteren Werten ausgestattet wäre; völlig klar.

Wie gesagt: Uns ist es einfach darum gegangen, die Gesamtkosten – Anschaffung plus Betrieb – abschätzen zu können.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, das Finanzressort hat die F-16 präferiert, und es ist auch auf Grund des Faktums, dass man die Life-Cycle-Costs und die Betriebskosten **unbedingt** wissen wollte, eigentlich nicht erkennbar, dass man das Eurofighter-Angebot irgendwie geschützt hätte, denn dann hätte man das ja nicht gefragt, weil man genau gewusst hat, dass das zu Lasten des Eurofighters gehen kann.

Dr. Gerhard Steger: Unser Interesse als Finanzministerium musste sein, die **kostengünstigste** Variante insgesamt zu bekommen, wobei unter Kostengünstigkeit eben nicht nur die Anschaffung, sondern auch der Betrieb zu verstehen war, und daher auch die Betonung, das Herumreiten auf den Life-Cycle-Costs.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen anderer Art gehabt, dass es neben diesem Akt, der ja offensichtlich ist – Hillingrathner hat ihn unterzeichnet –, wo die F-16 vorgeschlagen werden als ideale Variante, und wenn nicht die F-16, dann Eurofighter; Gripen findet sich beispielsweise überhaupt nicht in diesem Akt des Finanzressorts, hatten Sie also Wahrnehmungen, dass es sonstige Typenpräferenzen im Haus gegeben hätte?

Dr. Gerhard Steger: Eine Bemerkung nur: Der Gripen findet sich schon; ich glaube, mit dem lapidaren Satz: Für den Gripen kann keine Empfehlung abgegeben werden.

Ihre zweite Frage macht's mir schwer. Darf ich mich kurz mit dem Verfahrensanwalt besprechen, Herr Vorsitzender? (*Obmann-Stellvertreter Mag. Gaßner: Bitte sehr! – Die Auskunftsperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Kann uns der Herr Verfahrensanwalt ein bisschen behilflich sein?

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Können wir die Frage noch einmal hören?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es gibt ja einen Akt, in dem die Empfehlung des Finanzressorts: F-16, und wenn diese nicht, dann Eurofighter. Und da steht dann unten lapidar: für Gripen kann keine Empfehlung.

Jetzt war meine Frage, ob damals der Herr Sektionschef Steger Wahrnehmungen irgendeiner Art hatte, die eine Typenpräferenz darüber hinaus im Haus, wo ihm bekannt war, irgendwie im Haus hätte es sonst – über den Akt hinaus – eine Typenpräferenz gegeben.

Dr. Gerhard Steger: So wie Sie fragen, habe ich dazu keine Wahrnehmungen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Keine Wahrnehmungen. – Sie haben früher schon einmal ausgesagt, dass Ihnen bekannt war, dass Hillingrathner

beispielsweise ursprünglich MiG präferiert hat. Aber die sind ja dann aus dem Rennen gewesen.

Dr. Gerhard Steger: Wir sind jetzt bei Beweisthema 2; das war in einer späteren Phase. Da war das nicht mehr Gegenstand.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke.

Abgeordneter Hermann Krist (SPÖ): Herr Dr. Steger, mir geht es einleitend noch einmal um die doch sehr bemerkenswerte Einsichtsbemerkung „wenn Geld keine Rolle spielt“, die wir ja schon kennen; nur mehr um das Gefühl für diesen Meinungsumschwung oder für das Erlebnis dieses Vorganges, warum das dann plötzlich so anders geworden ist. – Ich weiß schon, dass das eine eher rhetorische Frage ist, aber Sie haben diese Einsichtsbemerkung gemacht. Halten Sie diese Meinung nach wie vor – auch nach dem Ministerratsvortrag und nach der Typenentscheidung, die dann gefallen ist –, also immer noch aufrecht?

Dr. Gerhard Steger: Herr Abgeordneter, es ist so: Das Finanzministerium ist wohl dazu berufen, möglichst sparsam mit Steuergeld umzugehen und auf entsprechenden Umgang mit Steuergeld zu drängen. Wenn Sie sich bei diesem Akt die Beilage anschauen – das ist ON 3102 der Nummerierung aus dem Finanzministerium – und wenn Sie sich da den Kostenvergleich anschauen – das ist so ein Querformat mit einer Reihe von Ziffern – und wenn Sie sich da die 18-Halbjahres-Variante anschauen, die 18 Raten-Variante, die ja dann die ist, die zum Zug gekommen ist, damals allerdings noch auf der Basis von 24 Fliegern und noch auf der Basis: auch die Steuer berücksichtigt – wir haben ja dann erst später einen Weg gefunden, diese Kostenposition zu vermeiden –, dann ist der Unterschied zwischen der Eurofighter-Variante 18 Halbjahresraten, 24 Stück Flieger, inklusive Steuer, zur F-16/MLU-Variante, 24 Stück, inklusive Einfuhrabgabe, macht – ich runde jetzt – 1,65 Milliarden € aus. Von daher war es klar, dass aus der **budgetären** Sicht die F-16/MLU eindeutig zu präferieren war. Kollege Hillingrathner hat ja in einem Aktenvermerk oder in einer Information, muss ich präziser sagen, den er am 28. Juni 2002 dem Ministerbüro, dem Dr. Christl übermittelt hat – diese Unterlage liegt dem Hohen Ausschuss vor –, gesagt, dass die F-16 eine klare, ja fast nur eine einzige Empfehlung wäre. Also er hat das sozusagen fast noch pointierter formuliert als im Akt selber.

Von daher muss ich sagen: Aus budgetärer Sicht ist völlig klar, dass gebrauchte F-16 mit großem Abstand **vor** dem Eurofighter zu präferieren gewesen wären.

Es gibt natürlich auch andere Überlegungen aus nicht-budgetärer Sicht, die das anders beurteilen. Aber ich sitze hier für das Budget, ich sitze hier als Budget-Sektionschef. Von meiner Wahrnehmung aus oder von meiner Warte aus, nämlich möglichst kostengünstig umzugehen, war es für uns vollkommen klar, dass, wenn Abfangjäger beschafft werden, dann sollte es bei dieser Einengung auf diese beiden Alternativen F-16 gebraucht – Eurofighter eindeutig die F-16 gebraucht sein.

Abgeordneter Hermann Krist (SPÖ): Das ist ja regelrecht aus vollkommen nachvollziehbarer Sicht fast schon ein Hilfeschrei gewesen – viel deutlicher kann man es ja gar nicht mehr sagen, was Sache ist aus Sicht eines Finanzers.

Ihrer Empfindung, Ihrer Wahrnehmung nach – trotz dieser deutlichen Positionierung –: Was ist trotzdem passiert in dem Zeitraum bis zur Typenentscheidung, dass es dann eben schlussendlich zu dieser Typenentscheidung gekommen ist: trotz Ihrer Warnung, trotz Ihres klaren Aufzeigens der finanziellen Sache?

Was war Ihrer Meinung nach der Grund, warum es zu diesem Umschwung gekommen ist?

Dr. Gerhard Steger: Die Gründe kann ich nicht beurteilen. Ich kann nur festhalten: Wir waren bis zum Schluss auf der F-16-Linie. Die Entscheidung ist anders getroffen worden. Was da sozusagen letztendlich den Ausschlag gegeben hat, das bin ich nicht in der Lage zu formulieren, weil ich es nicht weiß. Da müsste man diejenigen fragen, die letztendlich unmittelbar diese Entscheidung herbeigeführt haben – und das war **nicht** die Verwaltungsebene.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Sektionschef, ich komme zunächst einmal auf diesen 1. Juli 2002 zu sprechen. In der Unterlage, die Sie selber erstellt haben, in dieser Chronologie, die Sie uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben, heißt es zum 1.07.2002:

1.7., 16 Uhr, HBM – also Herr Bundesminister –: Abfangjäger.

Bei dieser Besprechung dabei: Winkler, Christl.

Steger übergibt Abfangjägerakt (Empfehlung II/14 plus EB Sektion 2) und vom 1.7.2002 an Christl zur weiteren Behandlung.

Steger erklärt, dass bei anderen Varianten als der kostengünstigsten (F-16 MLU) Einspruch des Ministers im Ministerrat angezeigt wäre, nicht bloße Vertretung im Ministerrat (kauft niemand als glaubwürdig ab).

Dann kommt der zentrale Satz: Herr Bundesminister: Das geht politisch nicht. Da müsste er zurücktreten. Das steht in dieser Sache nicht dafür. – Zitatende.

Das heißt, ich halte fest: Der Bundesminister hat an diesem Tag, am Vortag des Ministerrates, völlig klar erkannt, dass er nicht für die kostengünstigste Variante eintreten kann, weil das politisch offensichtlich nicht durchzustehen war.

Hat der Minister gesagt, wem gegenüber er das politisch nicht durchzustehen würde?

Dr. Gerhard Steger: Meiner Erinnerung nach hat er das nicht gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wen würden Sie – Ihrer Erinnerung nach – deuten, der ihm sozusagen das politische Überleben nicht mehr gewährleisten konnte? – Der Verteidigungsminister kann es ja wohl nicht gewesen sein.

Dr. Gerhard Steger: Bitte um Verständnis, Herr Abgeordneter, dass ich **nicht** spekuliere.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber der Satz ist von einer solchen Brisanz: Der Minister sagt, er steht etwas politisch nicht durch und müsste damit rechnen, dass er zurücktreten müsste. – Das haben Sie ja nicht einfach hingeschrieben, weil Ihnen sonst nichts dazu eingefallen ist!

Dr. Gerhard Steger: Ich habe das mitgeschrieben, was gefallen ist, sozusagen den Sukkus der Besprechung mitgeschrieben.

Es kann sich jeder alles Mögliche dazu denken – ich spekuliere nicht, weil er meiner Erinnerung nach niemanden explizit adressiert hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Fragen wir anders: Haben Sie eine Erinnerung, dass der Minister diese Äußerung getätigt hat, weil er unter politischem Druck stand?

Dr. Gerhard Steger: Ob er unter politischem Druck stand, darüber kann man auch spekulieren. Nachdem er gesagt hat, es geht so nicht, wie wir es ihm vorschlagen mit der kostengünstigsten Lösung, dass er da zurücktreten müsste, muss er wohl eine bestimmte politische Konstellation im Auge gehabt haben, die ihn letztendlich zu dem Schritt gedrängt hätte, wenn er sich anders verhalten hätte. – Das liegt auf der Hand.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. – Aber Sie hatten nicht den Eindruck, dass er das nur spaßhalber sagt, sondern dass ihm schon ernst dabei war, als der das gesagt hat.

Dr. Gerhard Steger: Den Eindruck hatte ich schon, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir also davon aus, dass der Herr Bundesminister ernsthaft bereits seinen Rücktritt in den Raum gestellt hat für den Fall, dass er die kostengünstigste Variante vertreten muss.

Datiert mit 1.7.2002 hat Herr Dr. Hillingrathner diesen Aktenvermerk verfasst, wo dann dieser Zusatz war: „sofern Geld keine Rolle spielt“. – Ich komme auf Ihre Anmerkung dann noch zu sprechen.

Einen gleichlautenden Vermerk hat er bereits in einem Schreiben an das Ministerbüro Dr. Christl beinhaltet gehabt, und zwar vom 28. Juni 2002. Da heißt es: Wenn Geld keine Rolle spielt: Eurofighter Typhoon. – Ist das nicht beanstandet worden?

Dr. Gerhard Steger: Nein, das ist meines Wissens nicht beanstandet worden. Jedenfalls ist mir darüber nichts bekannt. Man müsste ihn aber auch fairerweise fragen, ob er irgendeine Reaktion direkt bekommen hat. – Ich habe keine beanstandende Reaktion bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es war im Ministerium klar, es muss also zumindest nach diesem Schriftstück des Herrn Ministerialrat Hillingrathner klar gewesen sein, spätestens aber nach der Intervention Winkler bei Ihnen, dass Eurofighter die wahrscheinlich kostenintensivste Variante sein wird, weil dort das praktisch nur dann möglich ist, wenn Geld überhaupt keine Rolle spielt. – Ist diese Interpretation richtig?

Dr. Gerhard Steger: Es war völlig klar, dass es eine weit kostenintensivere Variante ist als die F-16 MLU. Das war völlig klar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat sich das auch in Bezug auf den Gripen so dargestellt?

Dr. Gerhard Steger: Also, nach den Daten, die in diesem Akt drinnen sind und wo die einzelnen Produkte verglichen werden – Gripen auf der einen Seite, Eurofighter auf der anderen, F-16 MLU –, war die F-16 MLU sowohl gegenüber dem Eurofighter als auch gegenüber dem Gripen dramatisch günstiger.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es war, glaube ich, auch dem Ministerium sehr bald klar, dass die F-16 bestimmte Muss-Kriterien nicht erfüllt und daher im Grunde auszuschneiden wäre.

Dr. Gerhard Steger: Da hatten wir eine andere Perzeption: Uns war bekannt, ... – Also, das Interessante war ja, in diesen Fortschrittsgesprächen, die ich vorhin erwähnt habe, vom Mai 2002, gibt es, ich glaube, im zweiten – ich müsste jetzt nachschauen – Fortschrittsgespräch von Herrn Ministerialrat Ing. Wagner, sofern ich mich richtig erinnere, den Hinweis, dass damals ... – Vielleicht schaue ich da doch nach, denn das ist jetzt schon ein relativ wichtiger Punkt; ich werde es gleich haben ... *(Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen.)* – Da habe ich es schon:

Im zweiten Fortschrittsgespräch zwischen BMF und BMLV vom 6. Mai 2002 sagt Kollege Ministerialrat Ing. Wagner ausdrücklich, dass alle drei Angebote – also gemeint sind Eurofighter, Gripen und F-16 – die erste Bewertungshürde geschafft hätten und sich in der Endbewertung befinden. – Also, damals kam noch das Signal aus der Verteidigung: Alle drei sind im Rennen! *(Obmann Dr. Pilz übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Im dritten Fortschrittsgespräch, das am 16. Mai stattgefunden hat (*die Auskunftsperson blättert neuerlich in ihren Unterlagen*) – jawohl: am 16. Mai 2002 –, teilt Kollege Wagner mit, dass die F-16 zwei Muss-Forderungen im Radarbereich und die so genannte „Moving Map“ ... – Dass dort zwei Muss-Forderungen offen seien – so wurde das damals formuliert: offen seien –, was sich erst bei der Vormittagssitzung der Bewertungskommission am 15. Mai 2002 herausgestellt habe. – Also da tauchten Probleme auf.

Kollege Hillingrathner war als unser Experte in diesem Bereich der Meinung, dass das nicht haltbare Argumente sind, dass das Radar bei der F-16 sehr wohl tauglich sei und dass die „Moving Map“ auch keine besondere Relevanz habe. Und er hat sehr darauf gedrängt, trotzdem die F-16 im Rennen zu halten und hat das bis zum Schluss auch mit meiner Unterstützung durchgehalten, weil wir ja auch bis zum Schluss die F-16 ganz klar vor Eurofighter positioniert hatten.

Also diese Probleme sind relativ spät aufgetaucht, und wir haben trotz dieser Probleme daran festgehalten, bis dahin, dass ja auch Kollege Hillingrathner den Verteidigern gesagt hat: Wenn ihr ein Problem damit habt – das steht irgendwo in Protokollen vom Juni 2002 –, wenn ihr irgendein Problem vom Verfahren her habt, dann besteht ja immer noch die Möglichkeit, das Verfahren abubrechen und mit den kostengünstigsten Bewerbern weiterzuverhandeln, weil ja die Preisdifferenz, um die es da geht, kein Pappentier ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese Deutung ist mir auch gekommen, als ich Ihre Bemerkung – ich weiß nicht, ob Sie das bei sich haben (*Dr. Steger: Ja, ja!*); das haben Sie bei sich –, als ich versucht habe, Ihre Handschrift zu entziffern; wir haben über Ihre Handschrift schon einmal gesprochen.

Wenn Sie vielleicht so lieb wären und dem Ausschuss den vollen Wortlaut vortragen würden – ich habe in der dritten Zeile ein bisschen Probleme damit.

Dr. Gerhard Steger: Aus budgetären Gründen wäre aus ho.-Sicht – also hierortiger Sicht, aus meiner Sicht – überhaupt ein Verzicht auf die Anschaffung von Abfangjägern vorzuziehen. Wenn dies nicht möglich sein sollte, wird der Präferenz für die kostengünstigere Variante F-16 MLU beigegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, am 1.7. sind Sie noch eindeutig auf der Linie gewesen, dass, wenn schon nicht die Abschaffung überhaupt verhindert werden kann, dann F-16? (*Dr. Steger: Ja!*) – Wie haben Sie sich zu diesem Zeitpunkt zur Frage Eurofighter oder Gripen gestellt gehabt?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe beide mit dieser Einsichtsbemerkung von meiner Warte her ausgeschlossen, weil ich gesagt habe: entweder keine oder die F-16!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, aus der Sicht des Finanzministeriums, Stand 1.7., wäre die Alternative zur F-16 nicht gewesen Eurofighter oder Gripen, sondern nur: entweder keine Anschaffung oder die F-16.

Dr. Gerhard Steger: Um es präzise zu sagen: Die Fachabteilung, Kollege Hillingrathner, hat auch die Möglichkeit für die Eurofighter gesehen, weil er sozusagen gesagt hat: Mit großem Abstand – ich meine, wir können jetzt beide nachschauen, wie die konkrete Formulierung gelautet hat: Wenn Geld keine Rolle spielt; ursprünglich, dann nicht mehr im Akt vorkommend –, weil der Eurofighter ein kampfstarkes Gerät mit guter Preis/Leistungs-Relation ist.

Er hätte sich vorstellen können, wenn die finanziellen Aspekte in den Hintergrund treten, auch die Eurofighter. – Ich selbst habe in meiner Einsichtsbemerkung klar gesagt: Entweder wir machen gar nichts, was aus meiner Sicht sozusagen das

budgetär Vorteilhafteste gewesen wäre, oder, wenn das nicht möglich sein sollte – weil mir natürlich klar war, es steht im Regierungsübereinkommen und so weiter und so weiter –, wird der Präferenz für die kostengünstigere Variante beigespflichtet. – Ich habe nicht dazugeschrieben: Und der Eurofighter kann es aus meiner Sicht auch noch sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn wir jetzt davon ausgehen – nur ein Schlusssatz –, dass sich das Finanzministerium sozusagen nicht „naturwidrig“ verhält und daher das Geld schon eine Rolle spielt, dann hätte der Eurofighter im Grunde nicht herauskommen dürfen.

Haben Sie eine Erklärung, warum dann auf einmal der Finanzminister trotzdem so intensiv als Eurofighter-Vertreter zutage getreten ist? (*Abg. Dr. Fekter: Ist er ja gar nicht! – Abg. Dr. Fasslabend: Das ist suggestiv!*)

Wie wir heute aus der Retrospektive wissen, ist er sogar schon am frühesten mit Eurofighter in engem Kontakt gewesen.

Dr. Gerhard Steger: Ich kann dazu nur sagen, dass wir in der Verwaltung immer auf der Variante waren: Wenn Abfangjäger, dann die kostengünstigsten. – Das hat sich sozusagen materialisiert in der Perzeption des Kollegen Hillingrathner noch im Jahr 2001 in Gestalt der MiG.

Als die dann sozusagen vom Tisch war und man gesagt hat: Okay, die kommt gar nicht in die nähere Auswahl, hat er sich auf die F-16 MLU konzentriert. – Das andere, da bitte ich wirklich um Verständnis, wären Spekulationen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie dem Ausschuss das noch vorlesen, was Sie hier oben hingeschrieben haben, diesen Vermerk hier, denn es ist, glaube ich, auch ganz gut, wenn wir es einmal offiziell im Protokoll haben?

Dr. Gerhard Steger: Okay. – Auf Wunsch Winkler – also, es geht jetzt um dieses eine Blatt ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja: Wenn Geld keine Rolle spielt.

Dr. Gerhard Steger: Ja, genau. – Auf Wunsch Winkler vom 2.7.02 (persönlich um 15 Uhr gegenüber dem Gefertigten vorgetragen) abgeändert. – Und meine Paraphe mit Datum.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, Sie haben das auf Wunsch durchstreichen müssen, und dann haben Sie das oben so hingetan. – Ist das richtig? (*Dr. Steger: Ja!*) – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich werde jetzt auch ein paar Fragen stellen.

Ich möchte jetzt kurz den 1.7. und den 2.7. mit Ihnen chronologisch durchgehen:

Sie haben dieses Stück vom 28.6. zitiert, wo Hillingrathner erklärt: Eigentlich F-16, alles andere kommt grosso modo nicht in Frage. – Das ist richtig? (*Dr. Steger: Ja!*)

Dann macht Hillingrathner den Akt fertig. Und wenn es stimmt, dass dieser Aktenvermerk über den Besuch von Herrn Winkler bei Ihnen vom 2.7. stammt, ...

Dr. Gerhard Steger: Besuch von mir bei Winkler!

Obmann Dr. Peter Pilz: Aha, von Ihnen bei Winkler?! (*Dr. Steger: Ja!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: ..., dann heißt das ja, dass der Akt an und für sich erledigt worden ist mit dem ursprünglichen Einlageblatt, auf dem draufsteht: „sofern Geld keine Rolle spielt“.

Dr. Gerhard Steger: Ich habe diesen Akt in der von Ihnen jetzt zuletzt genannten Form am 1.7., bei dieser Besprechung, die auch in meinen persönlichen

Aufzeichnungen enthalten ist, Dr. Christl zur weiteren Behandlung, wie es hier steht, übergeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt – weil es ist für die Chronologie wichtig –: Hillingrathner schreibt hinein: Eurofighter Typhoon, sofern Geld keine Rolle spielt.

Der Akt kommt in dieser Form zu Ihnen am 1.7., und Sie schreiben darauf – ich zitiere –: Aus budgetären Gründen wäre aus ho. Sicht überhaupt ein Verzicht auf die Anschaffung von Abfangjägern vorzuziehen. Wenn dies nicht möglich sein sollte, wird der Präferenz für die kostengünstigere Variante F-16 MLU beigepflichtet. – Zitatende.

Den Akt nehmen Sie jetzt, und da sitzen Sie um 16 Uhr am 1.7.2002 beim Finanzminister, und neben Ihnen sitzen Herr Winkler und Herr Christl.

Schildern Sie jetzt einmal mit eigenen Worten: Was ist bei dieser Sitzung jetzt wirklich passiert?

Dr. Gerhard Steger: Es war sehr klar: Man wollte diese Empfehlung von uns haben. Ich habe den Akt in der ursprünglichen Variante physisch in der Hand gehabt, habe den Christl in die Hand gedrückt und wahrscheinlich gesagt: Da hast Du ihn! – oder so ähnlich – und habe gesagt, dass aus unserer Sicht, adressiert an den Minister, dass aus unserer Sicht oder aus meiner Sicht – präzise: aus meiner Sicht – aus budgetärer Sicht für den Fall, dass die kostengünstigere Variante F-16 MLU nicht zum Tragen kommen sollte, ein Einspruch im Ministerrat angezeigt wäre. Und dann hat er mir eben erklärt, warum er das nicht tun kann ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Bleiben wir einmal bei dem: Einspruch im Ministerrat. Das heißt – verstehe ich das richtig? –: Sie haben dem Finanzminister empfohlen, einen Einspruch, das heißt ein Veto, gegen jede andere Type als die F-16 MLU einzulegen.

Dr. Gerhard Steger: Genauso ist es.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum haben Sie ihm nahegelegt, sich nicht bloß vertreten zu lassen? Hat sich Mag. Grasser überlegt, sich dort vertreten zu lassen? (*Dr. Steger: Ja!*) – Können Sie das konkret schildern?

Dr. Gerhard Steger: Also, die genaue Wortwahl – bitte um Verständnis – habe ich nicht mitgeschrieben, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Sinngemäß hat er überlegt, ob es nicht aus seiner Sicht sinnvoll, vernünftig wäre, wenn er dort gar nicht persönlich in Erscheinung treten würde, sondern sich durch jemanden anderen vertreten lassen würde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie machen den Vorschlag, er soll sich nicht vertreten lassen, sondern er soll gegen alle anderen, inklusive Eurofighter, ein Veto einlegen. Ist das richtig?

Dr. Gerhard Steger: Ja, weil ich ihm auch gesagt habe, dass ich mit meinem bescheidenen politischen Verständnis davon ausgehe, dass, wenn er sich vertreten lässt, ihm das niemand abkauft, dass er ... – Darum habe ich das auch so in Klammer hingeschrieben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und was sagt jetzt der Minister drauf? Darüber haben Sie sich ja auch eine Notiz gemacht.

Dr. Gerhard Steger: Das, was da steht, sinngemäß, nämlich: Das geht nicht, weil er sonst zurücktreten müsste, und das würde in dieser Sache nicht dafürstehen!

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, aber warum muss er dann zurücktreten? Hat er das irgendwie erklärt?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann mich nicht erinnern, dass er das erklärt hätte. Offensichtlich hat er die Situation ebenso eingeschätzt, dass dies die Konsequenz wäre, wenn er dort ein Veto einlegen würde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bis dahin hat er eigentlich intern fast immer die Position vertreten: das Billigste, wenn überhaupt!

War das das erste Mal, dass er gesagt hat: Okay, wenn ich das Billigste nicht durchsetze, ich werde kein Veto einlegen, ich akzeptiere auch ganz etwas anderes!?

Dr. Gerhard Steger: Ich denke nach, wenn ich darf.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und ich sage, Sie dürfen.

Dr. Gerhard Steger: Ich will nicht lästig sein, aber könnten Sie die Frage noch einmal wiederholen?

Obmann Dr. Peter Pilz: War ab diesem Moment klar, dass Mag. Grasser bereit ist, auch andere, teurere Flugzeuge im Ministerrat zu akzeptieren?

Dr. Gerhard Steger: Ab diesem Moment war es jedenfalls klar, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und welche Flugzeuge, wenn nicht F-16, welche weitere Möglichkeit aus Sicht der an diesem Gespräch Beteiligten hat es überhaupt noch gegeben?

Dr. Gerhard Steger: Nur mehr zwei, nämlich Gripen und Eurofighter, wobei wir Gripen immer ausgeschlossen haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist es richtig, dass mit dieser Erklärung für alle Beteiligten klar war, dass der Finanzminister bereit ist, sich im Ministerrat für den Eurofighter einzusetzen?

Dr. Gerhard Steger: Also für mich war das klar, nachdem ich das so zur Kenntnis genommen habe. Ob das für die anderen auch klar war, weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die anderen müssen wir ohnehin gesondert befragen, aber natürlich jetzt einmal ...

War das eine Neuigkeit für Sie, dass bei dieser Besprechung am 1.7., 16 Uhr, der Finanzminister, nachdem er ein Veto im Ministerrat ablehnt, eigentlich damit klar macht, dass er ab jetzt die Variante Eurofighter unterstützt? Ich frage nur, ob das eine Neuigkeit war oder ob das schon länger klar war, dass es vom Finanzminister aus in Richtung Eurofighter geht?

Dr. Gerhard Steger: Ich hatte schon länger ein solches Gefühl.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und warum hatten Sie dieses Gefühl?

Dr. Gerhard Steger: Es ist jetzt eine relativ delikate Situation, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ist auch ein delikater Ausschuss!

Dr. Gerhard Steger: Das ist offensichtlich so. – Die Situation ist deswegen delikat, weil ich eine bestimmte Wahrnehmung habe, die ich nur mit meiner Zeugenaussage belegen kann, wo ich unter Wahrheitspflicht aussage, aber wo ich keine schriftlichen Notizen habe ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn Sie eine Wahrnehmung haben, dann müssen Sie dem Ausschuss über diese Wahrnehmung berichten. Das entspricht durchaus der Verfahrensordnung.

Dr. Gerhard Steger: Ich habe eine Wahrnehmung, die ich zeitlich nicht genau zuordnen kann. Ich weiß nicht mehr genau, wann es war, und ich habe mir auch nichts

aufgeschrieben. Ich sage Ihnen einmal, um welchen Zeitraum es geht. Es muss gewesen sein frühestens ab – irgendetwas in meinem Kopf sagt mir – April 2002, wahrscheinlich ist es im Juni 2002, und zwar relativ knapp vor der Typen-Entscheidung.

Also, ich sage einmal: Mit hoher Wahrscheinlichkeit zweite Hälfte Juni 2002, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im Zeitraum April bis Juni 2002, hat mich der Finanzminister am Rande einer anderen Sitzung, wo ich gar nicht mehr weiß, worum es bei dieser Sitzung gegangen ist, ob es um Eurofighter oder um andere Geschichten gegangen ist, auf die Seite genommen und hat mir leise und eindringlich gesagt, ich möge auf den Herrn Ministerialrat Hillingrathner einwirken, damit der nicht so stark für die amerikanischen Abfangjäger eintritt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat er sonst noch etwas gesagt?

Dr. Gerhard Steger: Das war sein Anliegen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wussten Sie zu diesem Zeitpunkt, dass es im Finanzministerium nur mehr um die Frage der, wie Sie es jetzt genannt haben, amerikanischen Flugzeuge oder Eurofighter gegangen ist.

Dr. Gerhard Steger: Da waren die drei im Rennen: Eurofighter, F-16, Gripen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Zu Gripen hat es meines Wissens nach schon einige Erklärungen im Ressort gegeben, dass man Gripen eigentlich nicht will. Korrigieren Sie mich, wenn das falsch ist. Aber das ist jetzt gar nicht der entscheidende Punkt.

Warum entnehmen Sie der Aussage des Ministers, Sie mögen auf Herrn Hillingrathner gegen die Option F-16 einwirken, dass er damit Eurofighter unterstützen wollte?

Dr. Gerhard Steger: Weil Gripen nach allem, was wir bisher intern gesprochen haben, nicht in Frage gekommen ist. Und nachdem von drei eines nicht in Frage kommt, habe ich mir gedacht – aber wie gesagt, das ist jetzt eine Interpretation, die auch falsch sein kann –, dass damit der Schluss auf Eurofighter naheliegt. Aber das bleibt natürlich der Bewertung von Ihnen, Herr Vorsitzender, überlassen. Ich will daraus keine Schlüsse ziehen, ich sage nur meine Wahrnehmung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber ist es richtig, dass Ihnen der Finanzminister den Auftrag gegeben hat, beim zuständigen Fachbeamten darauf einzuwirken, dass das Billigste **nicht** gekauft und **nicht** unterstützt wird?

Dr. Gerhard Steger: Das ist mir sehr wohl bewusst, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt muss ich selbst kurz nachdenken, weil das für mich eine nicht unwesentliche Neuigkeit ist, auf die in den Akten überhaupt nichts hingedeutet hat. Eine Intervention des Finanzministers bei seinem zuständigen Sektionschef, er möge den zuständigen Abteilungsleiter vom billigsten Produkt abbringen.

Weil meine Redezeit bereits erschöpft ist, nur abschließend die Frage: Sind Sie dieser Aufforderung des Ministers nachgekommen?

Dr. Gerhard Steger: Nein, bin ich nicht, ich habe die Geschichte schlicht und einfach versanden lassen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Danke.

Wer wünscht vom Klub der ÖVP das Wort? – Niemand.

Von der SPÖ? – Auch niemand.

Kollege Darmann, wünschen Sie das Wort? – Nein.

Kollege Stadler? – Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Sektionschef, ich bleibe bei diesem politischen Druck, der da offensichtlich vorhanden war.

Nachdem klar war, wer in der Regierung das Sagen hat, müsste auch klar gewesen sein, dass der Minister unter so starkem politischen Druck stand, dass er sich nicht einmal getraut hat, sich in der Regierung vertreten zu lassen. Ich habe nämlich Ihre Formulierung, bisher nicht bloß Vertretung im Ministerrat, so gedeutet, dass er dort ein Anliegen vertritt. Aber Sie haben diese Formulierung so gemeint – das bitte ich Sie, jetzt zu präzisieren –, dass er sich selber dort physisch vertreten lässt.

Dr. Gerhard Steger: Genauso ist es gemeint.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist natürlich eine erheblich andere Sache. Das heißt, wenn er sich nicht einmal getraut hat, sich in der Regierung physisch vertreten zu lassen, dann deutet es doch auf einen erheblichen Druck hin.

Dr. Gerhard Steger: Wird wohl so sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dieser Druck kann ja in Kenntnis der Hierarchien einer Bundesregierung nur von einem über ihm stehenden Regierungsmitglied gekommen sein, das heißt also, Vizekanzlerin oder Bundeskanzler.

Dr. Gerhard Steger: Ich spekuliere nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben hier eine Aussage des Herrn Dr. Christl – ich finde nur die Formulierung nicht gleich; suchen (*an die Adresse eines Mitarbeiters*) Sie sie bitte und streichen Sie sie an! –, wo Herr Dr. Christl auch von etwas ähnlichem spricht. Ich hab das in Erinnerung gehabt, habe mir das aber jetzt herausholen lassen, halte es Ihnen gleich vor.

Dr. Christl sagt Folgendes – ich lese es Ihnen vor, und zwar am 20. Dezember 2006 – auf eine entsprechende Frage des Ausschussvorsitzenden:

„Es war so, dass der 11. September eben ein einschneidendes Ereignis war, und im Zuge dieser Ereignisse und dieser Erlebnisse hat auch Minister Grassler seine Einschätzung etwas geändert und wurde meiner Einschätzung nach vor allem auch vom Bundeskanzler – aber so genau war ich bei den Gesprächen nicht dabei; das ist nur das, was ich aus Gesprächen mit ihm so erlebt habe – sozusagen mehr und mehr in die Richtung gedrängt, sich einer Abfangjäger-Lösung und einem Abfangjäger-Ankauf, einem Neuankauf, jedenfalls einer Ersatzlösung für die Draken, die ja ausgelaufen sind, zuzuwenden und dem zuzustimmen.“

Würde das den politischen Druck, der aus dieser Besprechung erschließbar ist, erhellen?

Dr. Gerhard Steger: Auch das ist eine Frage der Einschätzung. Ich habe dazu keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, es war nicht klar, ob dieser Druck wirklich vom Bundeskanzler kommt oder nicht, was da Herr Christl aussagt.

Dr. Gerhard Steger: Meine Erinnerung an dieses Gespräch ist, dass der Herr Bundesminister damals keine Namen in den Mund genommen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. – Wenn wir nun davon ausgehen, dass der Minister wusste, er kann einen Abfangjägerankauf nicht verhindern, er kann nicht die billigste Type haben – oder will es nicht; bis jetzt habe ich immer angenommen, er kann die billigste Type nicht durchsetzen, und aus dem, was Sie jetzt nach Ihrer Wahrnehmung geschildert haben, schließe ich, dass er es auch nicht wollte –, dann bleibt nur der Schluss übrig, dass er sich dann auf eines der beiden

Modelle, entweder Gripen oder Eurofighter, irgendwann einmal politisch verständigen musste. – Ist dieser Schluss richtig?

Dr. Gerhard Steger: Alles Spekulation, was er sich gedacht hat. Ich würde mich gerne an die Fakten halten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Sektionschef, ich beziehe mich jetzt auf Ihren Verschlussakt, den Sie gemacht haben – Sie werden ihn eh gleich wiedererkennen –, wo Sie alle bisherigen Gesprächsprotokolle dazugelegt haben. Da gibt es das Gesprächsprotokoll des Herrn Bundesministers über die Besprechung zum Thema Abfangjäger am 25. Juni 2002 – das haben Sie dort beigelegt; das war das Gespräch, an dem Schüssel, Riess-Passer, Bartenstein, Grasser und Scheibner teilgenommen haben –, wo es einleitend heißt:

Für mich völlig überraschend und ohne vorherige Ankündigung sollte in dem Gespräch vor dem Ministerrat die politische Entscheidung über den Ankauf der Abfangjäger getroffen werden, um diese im Anschluss an den Ministerrat, der Presse mitzuteilen. Herr Bundesminister für Landesverteidigung Scheibner leitete damit ein, dass die entscheidende Kommission des BMLV (die sowohl die militärtechnische als auch die wirtschaftliche Bewertung zusammenführt) eine Reihung getroffen hätte, die den Gripen vor den Eurofighter reiht. Die beiden Varianten der F-16 (Neu bzw. MLU) wurden von der militärtechnischen Kommission bereits vorher ausgeschieden, weil sie nach Angaben der Militärs bestimmte Muss-Kriterien der Ausschreibung nicht erfüllen. Während Herr Bundeskanzler Schüssel und Frau Vizekanzler Riess-Passer betonen, an einer raschen Entscheidung interessiert zu sein – das deutet wiederum auf diesen politischen Druck hin –, gab ich zu bedenken, dass die Fachabteilung im Ministerium (II/14) – das sind also Sie beziehungsweise Ministerialrat Hillingrathner – in verschiedenen Dokumenten immer betont habe, dass sie unter den verfügbaren Angeboten die F-16 MLU als die effektivste und sparsamste Lösung erachten würden. Außerdem gab ich zu bedenken, dass das BMLV bisher vor allem noch keine ausreichenden Daten über Life-Cycle-Costs der Angebote geliefert hätte. Auch wären beim BMF verschiedene Preisangaben zu den F-16-Neu bzw. MLU-Angeboten bisher nicht bekannt. Auch Herr Bundesminister für Wirtschaftliche Angelegenheiten Bartenstein war über die kurzfristige Ankündigung der Entscheidungsfindung überrascht und betonte, dass die Offset-Plattform für die Beurteilung der Gegengeschäfte das Offset-Anbot von EADS knapp vor dem Offset von SAAB gereiht habe, während jenes von Lockheed Martin mit deutlichem Abstand auf Platz drei gereiht wurde. Nach längerer Diskussion und so weiter ...

Ich bleibe jetzt einmal bei diesem Faktum. Das legt doch den Schluss nahe, dass Bartenstein – das haben Sie zu dem Zeitpunkt, als Sie den Akt erstellt haben, daher gewusst – in Wahrheit auf Grund der Gegengeschäfte für Eurofighter ist und Lockheed Martin ausscheidet, dass Scheibner für SAAB Gripen ist, dass der Minister mit F-16 nicht durchkommt, sodass alles völlig klar nur mehr auf den Eurofighter hingetrimmt war, weil der Druck, ein Neugerät anzuschaffen, von Schüssel und Riess-Passer kam?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann diese Frage deswegen nicht bejahen, weil mir diese Protokolle, von denen Sie sprechen, erst im November 2002 bekannt geworden sind; das ergibt sich auch aus dem Aktenlauf. Das heißt, diese Unterlagen wurden, wie Kollege Hillingrathner auch im Votum schreibt, ihm, nämlich Hillingrathner – lassen Sie mich kurz nachsehen! –, am 20. November 2002 vom Dr. Christl übergeben. Darauf hat sie Hillingrathner veraktet und, wie das bei uns so schön heißt, durch die Hierarchie geschickt. Das ist also auch bei mir vorbeigelaufen. Ich habe es am 25.11. abgezeichnet. Das heißt, zum damaligen Zeitpunkt waren mir diese Aktenvermerke gar nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich mir diesen Aktenweg anschau, dann muss ich sagen: Da haben Sie Recht! Das heißt, Ihnen wurde vom Minister über das, was er hier in der Besprechung aufgezeichnet hat, nichts gesagt, und auch am 1.7. nichts gesagt, was sich am 25. abgespielt hat?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann fairerweise retrospektiv nicht ausschließen, dass er irgendeine Bemerkung gemacht hat. Es ist mir aber diesbezüglich nichts erinnerlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da würde es nicht nur um irgendeine Bemerkung gehen, sondern wenn Information, dann hätte das diesen Gehalt. Diese Information wurde dort nicht vorgetragen?

Dr. Gerhard Steger: Er hat dort meiner Erinnerung nach über diese Gespräche nicht berichtet. Jedenfalls kann ich mich heute nicht mehr an solche Bemerkungen von ihm erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist hochinteressant. Das heißt, der Minister war aber – dass lässt sich jetzt retrospektiv erschließen – nach diesem Kenntnisstand und nach dem, was sich im Ministerium abgespielt hat und nach der Position, die der Wirtschaftsminister eingenommen hat, eigentlich völlig klar auf der Eurofighter-Schiene?

Dr. Gerhard Steger: Ich bitte wirklich um Verständnis, dass ich jetzt nicht werte. Das ist Ihre Aufgabe als Ausschuss, ich berichte meine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon, aber er selber war ja, nach dem, was er Ihnen gesagt hat, mit der Bitte, Herrn Ministerialrat Hillingrathner einzubremsen, auch nicht auf der von seinem Ministerium – hätte ich bald gesagt – naturgegebenen Schiene, die F-16 zu präferieren.

Dr. Gerhard Steger: Weil ich weiß, wie heikel diese Situation ist, Herr Abgeordneter, sage ich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darum führe ich es ja herbei, wir versuchen, das zu klären.

Dr. Gerhard Steger: Ich verstehe ja alles, ich kann mich auch gut in Ihren Kopf hineinversetzen. Ich sage Ihnen schlicht und einfach, was ich als Wahrnehmung habe, und ich werde mich hüten, jetzt irgendetwas zu interpretieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, da ich hier nicht entscheidend weiterkommen kann, möchte ich noch eine Frage stellen, die aus einem Aktenvermerk des Herrn Traumüller erschließbar ist. Dieser Aktenvermerk ist, soweit ich das sehe, nicht datiert, ist aber mit einer ON-Zahl des Ministeriums versehen. Ich finde kein Datum. Ist Ihnen dieser Aktenvermerk ON-2/03 bekannt? Mir geht es nicht so sehr um den Aktenvermerk als Ganzes, sondern zunächst einmal nur ...

Dr. Gerhard Steger: Ist das der, wo er schreibt „lieber Chef“!?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Lieber Chef, ja. Das ist eine Information für den Bundesminister. Ich weiß nicht, mit „lieber Chef“ meint er da den Bundesminister? (*Dr. Steger: Ja!*) – Da geht es hier zum ersten Mal in diesem Aktenvermerk um den Herrn Fallthäuser.

Ist Ihnen Herr Fallthäuser bekannt?

Dr. Gerhard Steger: Sein Name ist mir ein Begriff durch das Studium der Unterlagen. Ich kenne ihn persönlich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, dann erübrigen sich die weiteren Fragen dazu. – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich erlaube mir noch ein paar weitere Fragen. Es sind ein paar Details schon angesprochen worden, trotzdem möchte ich jetzt zu diesem Akt zurückkommen, zu dem Sie uns die Einsichtsbemerkung kurz vorgelesen haben. Der Akt kommt zu Ihnen, Sie machen diese Einsichtsbemerkung: entweder gar nichts oder die F-16, im Wissen – was mir völlig neu war –, dass der Minister eigentlich die F-16 nicht will. Drunter steht bei Einsichtsbemerkungen: HBMF Mag. Karl-Heinz Grasser. Hier findet sich auch eine Paraphe, ich nehme an, das ist die Paraphe des Ministers?

Dr. Gerhard Steger: Die Paraphe unter dem Namen Karl-Heinz Grasser ist die Paraphe des Ministers, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat er das auch an demselben Tag abgezeichnet?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann mich jetzt schlicht und ergreifend nicht daran erinnern, ob er das getan hat. Woran ich mich erinnern kann, ist, dass ich den Akt Christl in die Hand gedrückt habe vor dem Minister. Ob er das unterschrieben hat? – Ich glaube, eher nein, aber sicher bin ich mir da nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: War der Akt eigentlich damit fertig? Was hat noch gefehlt?

Dr. Gerhard Steger: Nein. Die Unterschrift des Ministers. Wenn er es nicht unterschrieben hätte, was ich in der Erinnerung nicht zu 100 Prozent sagen kann, dann hätte der Akt zurück in die II/14 müssen. Das steht ja schließlich drauf.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also die Enderledigung hätte dann noch in der II/14 ...

Dr. Gerhard Steger: Sozusagen; es ist üblich in der Verwaltung, dass, wenn man einen Akt produziert, man sich selber am Schluss noch einmal drauf schreibt, einfach um zu sehen, was haben die Stellen, denen der Akt vorher vorgeschrieben worden ist, an Bemerkungen dazu gemacht, ob sich daraus noch irgendwas für das eigene Handeln ergibt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Genau, und dann wird der Akt hinterlegt ...

Dr. Gerhard Steger: Dann wird er in die Kanzlei gegeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und jetzt wissen wir nicht genau, wann der Minister diesen Akt unterschrieben hat, wissen aber, dass Sie plötzlich zum Herrn Winkler zitiert werden. Können Sie das ein bisschen genauer schildern? Sie sitzen in Ihrem Büro, nehme ich an. War Herr Winkler damals schon Kabinettschef?

Dr. Gerhard Steger: Ich glaube, er war Pressesprecher.

Obmann Dr. Peter Pilz: Der Pressesprecher des Ministers ruft den Sektionschef an und zitiert ihn zu sich. Ist das üblich im Finanzministerium?

Dr. Gerhard Steger: Es hat schon die eine oder andere Besprechung bei Winkler unten gegeben, es war nicht wahnsinnig häufig, aber ich glaube, es war nicht der einzige Fall.

Obmann Dr. Peter Pilz: Schildern Sie einfach, wie sich das Ganze weiter abgespielt hat!

Dr. Gerhard Steger: Ich kann es nur sehr grob schildern, Herr Vorsitzender, weil ich mir nicht minutiös alles aufgeschrieben habe, was alles los war. Ich habe nur den Sukkus vermerkt in diesem Aktenvermerk. Ob er mich angerufen hat oder sein Sekretariat, ich möge hinunterkommen, weiß ich nicht mehr, Faktum ist, ich bin gebeten worden, zu ihm zu gehen, von ihm selber oder von seinem Sekretariat. Ich bin hinuntergegangen, und dort hat er mir eröffnet – ob unter ausdrücklicher Berufung auf den Minister oder nicht, kann ich heute nicht mehr sagen –, dass gewünscht ist, dass ich diese Bemerkung herausstreiche, und diesem Wunsch bin ich nachgekommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber ein Wunsch eines Pressesprechers in Bezug auf die Gestaltung eines Aktes wird ja für Sie als Sektionschef nicht wirklich relevant sein?

Dr. Gerhard Steger: Da haben Sie völlig Recht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wessen Wunsch ist da ausgedrückt worden?

Dr. Gerhard Steger: Ich bin davon ausgegangen – noch einmal: jetzt mich nicht mehr präzise erinnern könnend, ob er ausdrücklich gesagt hat, der Minister will das so; das weiß ich jetzt nicht mehr –, aber ich bin jedenfalls davon ausgegangen, dass es der Wunsch des Ministers ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt wird gestrichen: „sofern Geld keine Rolle spielt“. – Man muss sich immer vor Augen halten, zu diesem Zeitpunkt – das war um 15 Uhr am Tag der Typenentscheidung – war die Typenentscheidung für Eurofighter bereits gefallen?

Dr. Gerhard Steger: Offensichtlich. Ich glaube, der Ministerrat war vorher.

Obmann Dr. Peter Pilz: Welchen einen Sinn hat es, wenn die Typenentscheidung schon gefallen ist, diese Klammerbemerkung – „sofern Geld keine Rolle spielt“ – auf Wunsch des Ministers streichen zu lassen?

Dr. Gerhard Steger: Das muss man den Kollegen Winkler fragen, was die Motivation gewesen ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das glaube ich auch. Jetzt haben Sie diesen Wunsch in dem Aktenvermerk festgehalten und gehen, nehme ich an, zu Dr. Hillingrathner. Können Sie schildern, wie das weitergegangen ist?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe ihn kontaktiert. Ob ich persönlich bei ihm war, ich glaube, eher nicht. Ich nehme an, ich habe ihn angerufen und gesagt, sei so gut und liefere ein neues Einlageblatt mit dem Streichen dieser Passage. Und ich habe mir das Original behalten.

Obmann Dr. Peter Pilz: War Ihnen klar, dass damit jeder Hinweis auf die hohen Kosten und auf die Bedenken auf Grund der hohen Kosten des Eurofighter aus diesem Akt verschwunden ist?

Dr. Gerhard Steger: Nein, weil die Beilage ja drinnen geblieben ist, wo im Querformat die Varianten kostenmäßig einander gegenübergestellt worden sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, wenn jemand den Akt genauer liest, sieht er anhand der Zahlen, das eine ist wesentlich teurer, das andere ist deutlich billiger.

Wie hat Dr. Hillingrathner reagiert?

Dr. Gerhard Steger: Meiner Erinnerung nach – aber bitte, ihn hier auch selber zu fragen – hat er das zur Kenntnis genommen und hat das gemacht. Ich kann mich nicht an intensivere Diskussionen mit ihm darüber erinnern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kommen wir noch einmal zum 1. Juli zurück! Da haben Sie die Vorbesprechung, der Finanzminister sagt, das gehe politisch nicht, da müsste er zurücktreten, das stehe in dieser Sache nicht dafür.

Hat er erklärt, warum er zurücktreten müsste? Es ist schon etwas überraschend, dass, wenn er das nicht tut, was er die ganze Zeit angekündigt hat, entweder gar nichts oder das billigste, wenn er also keine seiner Ankündigungen wahrmacht, wie erklärt er dann, dass er zurücktreten muss?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann mich nicht erinnern, dass er diesbezüglich Erklärungen abgegeben hat. Ich habe das so genommen, wie er es gesagt hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Er hat nur festgestellt, dass er zurücktreten müsste, würde er entweder Veto machen oder nur F-16 im Ministerrat akzeptieren.

Dr. Gerhard Steger: So ist es.

Obmann Dr. Peter Pilz: Für uns ist es deshalb nicht unerheblich, weil es da irgendjemanden geben muss, von dem er befürchten musste, dass seine Position unhaltbar wird. Da gibt es über ihm nicht übermäßig viele, und das ist jetzt die Frage für den Ausschuss – ich komme dann schon zu einer konkreten Frage –, wen wir fragen können, wer überhaupt die Macht im Ministerrat hatte, dann politische Konsequenzen zu verlangen.

Herr Steger, hat es irgendwelche Hinweise für Sie gegeben, was der Finanzminister im Ministerrat befürchten musste, wenn er Eurofighter **nicht akzeptiert**?

Dr. Gerhard Steger: Noch einmal: Ich habe das so mitgeschrieben, wie er das gesagt hat, dass er einfach das politisch sozusagen nicht durchhalten könne. Und es hat meiner Erinnerung nach keine spezifische Diskussion über die Gründe für diese Haltung gegeben. Ich kann mich jedenfalls an eine solche spezifische Diskussion nicht erinnern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, das müssen wir dann andere Personen fragen, da können Sie sicherlich nichts mehr in dem Sinn beitragen.

Ich erinnere jetzt noch einmal an Ihre Erklärung von vorher, die zumindest mich überrascht hat, als Sie gesagt haben, der Minister nimmt Sie auf die Seite und sagt – ich formuliere es jetzt mit meinen Worten –: Geh, reden Sie doch dem Hillingrathner die F-16 aus!

Ihren Protokollen entnehme ich, dass sich bis kurz vor dem ersten Ministerrat der Finanzminister in den internen Besprechungen trotzdem immer wieder für die F-16 eingesetzt hat. Sind Sie damals bereits davon ausgegangen, dass sich der Finanzminister nur taktisch für die F-16 einsetzt und die F-16 nur noch eine taktische Rolle spielt?

Dr. Gerhard Steger: Ich darf noch einmal auf die bereits in der Gegenüberstellung von mir zitierte Mitschrift vom 20. 6. 2002 verweisen, wo entgegen der Strategie des BMLV pro Gripen aus Finanzministeriumssicht zwei Varianten in Frage gekommen sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer hat diese Strategie dort vorgetragen?

Dr. Gerhard Steger: Das war meiner Erinnerung nach ganz klar vom Herrn Finanzminister.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gehen wir es Punkt für Punkt durch – jetzt immer in dem Wissen, das ja für mich neu ist –: Sie sagen, zu diesem Zeitpunkt hat Ihnen der Finanzminister bereits gesagt: Geh, tun Sie etwas gegen die F-16!? Er war also offensichtlich **gegen** die F-16.

Dr. Gerhard Steger: Darf ich unhöflicherweise unterbrechen? Ich betone noch einmal, mir ist nicht mehr genau in Erinnerung – und ich bedauere, dass ich mir das nicht aufgeschrieben habe –, wann das genau war. Es kann vorher gewesen sein, es kann nach dem 20. 6. gewesen sein. Also das kann ich jetzt nicht mit Sicherheit zeitlich zuordnen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Machen wir es einfacher: Nehmen wir ein Gespräch vom 24. 6., über das Sie Notizen angefertigt haben. Da geht eigentlich nicht wirklich nachher etwas. Da ist das, was Sie berichtet haben, mit Sicherheit vorher.

Dr. Gerhard Steger: Nein, entschuldigen Sie. Ich kann nicht ausschließen, dass das knapp wenige Tage vor der Typenentscheidung war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also wenige Tage vor Anfang Juli? Ich bin jetzt immer von der ersten Ministerrats ...

Dr. Gerhard Steger: Ich kann nicht ausschließen, dass das wenige Tage vor der Typenentscheidung am 2. Juli 2002 war. Daher reite ich so auf dem Punkt herum, weil ich es einfach nicht mehr genau weiß.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ändert ja an und für sich an der Sache nichts, es ändert wenn, dann nur etwas daran, ob Sie zu einem bestimmten Zeitpunkt bereits wussten, dass der Minister ein anderes Ziel verfolgte und damit eine andere Strategie eingeschlagen hat. Das ist aber insofern da nicht so wichtig.

Das heißt, am 20. Juni ist festgestanden, dass das Finanzministerium eine Strategie gegen den Gripen fährt?

Dr. Gerhard Steger: Am 20. ist das festgestanden. Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Meine zehn Minuten sind vorbei. Wenn von der ÖVP und der SPÖ niemand fragen will, dann kommt Herr Kollege Darmann an die Reihe. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Sektionschef, ich möchte auf Ihre Aussage zurückkommen, dass der damalige Bundesminister Grasser Sie auf die Seite geholt und praktisch aufgefordert hat, auf Herrn Ministerialrat Hillingrathner einzuwirken. Ich möchte da ein bisschen detaillierter nachfragen, wie genau die Formulierung gewesen ist, um den Spielraum für den Herrn Vorsitzenden bei möglichen Interpretationen etwas einzuengen.

Ist es darum gegangen, dass sich Herr Hillingrathner nicht so sehr für die F-16 im Sinne von Lobbyieren einsetzen sollte, weil Herr Bundesminister Grasser damals befürchtet hat, dass ein zu starkes Positionieren des Bundesministeriums für einen Typ schlecht wäre – oder hat es geheißen, man sollte Herrn Hillingrathner von der F-16 abbringen? Also: etwas zurückpfeifen, damit er sich nicht so weit hinauslehnt mit der F-16, oder überhaupt abbringen von der F-16?

Dr. Gerhard Steger: Wenn ich es mir damals aufgeschrieben hätte, hätte ich die Wortwahl auch genau in Erinnerung. Ich kann Ihnen nur die Substanz dessen sagen, ohne die konkrete Wortwahl in Erinnerung zu haben. Sinngemäß hat er mich gebeten, auf Hillingrathner einzuwirken, dass er sich nicht so sehr für die F-16, gebraucht, einsetzt. Ich glaube, er hat den Namen „amerikanische Flieger“ verwendet. Ich bin mir da nicht ganz sicher, also jedenfalls das Synonym für F-16. Die genaue Wortwahl weiß ich heute nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich komme noch einmal zurück auf diese Besprechung am 24. 6., in der die Life-Cycle-Costs releviert werden. Wir haben bei der Befragung – ich lasse es gerade herausuchen – entweder des Herrn Ministerialrates Hofer oder des Herrn Wagner aus dem BMLV gehört, dass Dr. Christl offensichtlich in Kenntnis der von EADS bekannt gegebenen Life-Cycle-Costs gefragt haben soll, warum man die höheren Kosten, die Hofer errechnet hat, ansetzt und nicht die niedrigeren, die Eurofighter bekannt gegeben habe.

Haben Sie diesbezüglich noch etwas in Erinnerung?

Dr. Gerhard Steger: Ich muss ehrlich sagen – das ist ja schon bei früheren Antworten von mir auf Life-Cycle-Costs-Fragen, etwa von Herrn Abgeordnetem Kogler herausgekommen –: Das war eine Diskussion, um die sich sehr spezifisch Ministerialrat Hillingrathner gekümmert hat. Ich habe mich da sozusagen im Detail nicht

damit befasst und habe mich im Detail operativ nicht damit beschäftigt. Da würde ich Sie einfach bitten, ihn zu fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Weil das würde nämlich korrelieren mit der Haltung des Ministers, dass sozusagen sein zuständiger Kabinettsmitarbeiter auch auf einmal die von EADS günstigeren Life-Cycle-Costs im Ansatz haben möchte – und nicht die, die das Ministerium offiziell bekannt gegeben hat.

Sie haben aber die Life-Cycle-Costs, die das Ministerium bekannt gegeben hat, bekommen?

Dr. Gerhard Steger: Wenn das in Akten drinnen gewesen ist, die mir vorgeschrieben wurden, was ich jetzt im Moment nicht nachprüfen kann, dann wird das so gewesen sein. Ich habe mich aber in die Bewertung der Life-Cycle-Costs im Detail operativ nicht eingemischt, sondern habe das bei Ministerialrat Hillingrathner in guten Händen gewusst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ihnen ist aber bekannt, dass das Verteidigungsministerium dem Finanzministerium unterschiedliche Kosten bekannt gegeben hat über die Höhe dieser Life-Cycle-Costs, die zwischen 55 Millionen € und 71 Millionen € differieren. Ist Ihnen diesbezüglich noch etwas in Erinnerung?

Dr. Gerhard Steger: Dieser ganze Komplex Life-Cycle-Costs ist mir nicht ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, dann müssen wir uns wirklich mit Herrn Ministerialrat Hillingrathner darüber unterhalten.

Dr. Gerhard Steger: Ich bitte darum.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe ansonsten keine weiteren Fragen mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Kogler ist abwesend. Dann stelle ich zwischendurch eine ganz kurze Frage. Am 13. Juni 2002 ... – Ich schildere Ihnen die Situation dahinter: Die schwedische Botschafterin wendet sich an das Finanzministerium, möchte einen Termin und möchte die Abfangjägerbeschaffung besprechen. Es wird politisch entschieden, dass nicht der Finanzminister wie in den Fällen bei EADS, sondern der Staatssekretär mit der Botschafterin spricht. Da gibt es ein Mail, das auch an Sie gegangen ist: Kopie offiziell Gerhard Steger BMF. Ich zitiere:

Anbei wird die gewünschte Info zu dem im Betreff genannten Thema für ein Gespräch des Herrn Staatssekretärs mit der schwedischen Botschafterin übermittelt. P.S.: In der gegenwärtigen Situation würde es sich empfehlen, das Gespräch auf unverfängliche Themen wie zum Beispiel Wetter oder das gemeinsame Durchblättern eines IKEA-Katalogs zu beschränken. – Zitatende.

Können Sie sich an dieses ...

Dr. Gerhard Steger: Ich kann mich momentan an das Mail nicht erinnern, schmunzle nur über die Formulierung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir werden ohnehin Herrn Dr. Christl fragen können, was dann IKEA-Katalog-mäßig passiert ist. Es ist keines der wichtigsten Schriftstücke, aber es ist insofern nicht unerheblich, weil ja die Differenz schon augenscheinlich ist zwischen dem wirklich intensiven Eingehen auf die Gesprächswünsche von EADS, Eurofighter GmbH und MAGNA auf der einen Seite und der Art und Weise, wie die schwedische Botschafterin bei ihrem Wunsch nach einem Gespräch behandelt wird. – Aber das machen wir dann bei Dr. Christl.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Herr Sektionschef Steger, Sie haben gesagt, der Bundesminister hätte Ihnen gesagt, Sie sollen mit Hillingrathner reden, dass er sich bezüglich der F-16 oder eben der „amerikanischen Flugzeuge“ nicht besonders verwenden sollte. Ist das so richtig?

Dr. Gerhard Steger: So, wie ich auf die bisherigen Fragen geantwortet habe: Er hat mich sinngemäß – noch einmal, den genauen Wortlaut habe ich nicht in Erinnerung – gebeten, auf Hillingrathner einzuwirken, dass er sich nicht so stark für die amerikanischen Abfangjäger einsetzt. Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Welche Bedeutung haben Sie dieser Aussage beigemessen?

Dr. Gerhard Steger: Ich werde mich hüten, dazu eine Interpretation vorzunehmen.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Sie haben auch immer ein paar Privataufzeichnungen mitgeführt. Haben Sie darüber handschriftlich etwas vermerkt?

Obmann Dr. Peter Pilz: Das haben wir schon besprochen, er hat nein gesagt.

Dr. Gerhard Steger: Wie ich schon gesagt habe: nein.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Warum eigentlich? Was war die Entscheidung, das nicht zu vermerken? Es hätte eventuell durchaus eine Bedeutung haben können.

Dr. Gerhard Steger: Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen. Es war so extrem heikel, dass vielleicht – aber das ist wiederum eine Interpretation im Nachhinein –, vielleicht war es mir einfach zu heikel, die ganze Geschichte. Aber ich kann es Ihnen heute nicht mehr präzise sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): „Zu heikel“ wäre es Ihnen gewesen und darum hätten Sie keinen Aktenvermerk gemacht?

Dr. Gerhard Steger: Möglicherweise. Ich weiß es einfach nicht mehr genau.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie jemandem davon erzählt?

Dr. Gerhard Steger: Also erstens meines Wissens, nein, und meines Wissens nicht einmal Hillingrathner. Aber da würde ich Sie bitten, das einfach gegenzuchecken, wenn Hillingrathner dran ist. Das ist ja der Grund, warum ich einleitend bei meiner Bemerkung gesagt habe, dass das deswegen eine delikate Geschichte ist, weil ich hier unter Wahrheitspflicht aussage, Ihnen wahrheitsgemäß eine Wahrnehmung berichte, ich aber keinen Beleg dafür in der Hand habe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich wende mich abschließend einem anderen Fragenkreis oder möglicherweise überhaupt nur einer Frage zu und schicke zur Information auch der Kollegen etwas voraus. Die Finanzprokurator schreibt mit Datum 1. Juli an Ministerialrat Dr. Hillingrathner eine Expertise. Diese hat mehrere Seiten. Da geht es vom Titel her um die Prüfung der Zulässigkeit von Mengengerüst-Änderungen beziehungsweise der Zulässigkeit der Annahme von Alternativangeboten. Das trudelt am 1. Juli in der Sektion bei Hillingrathner ein. Wenn man sich die Expertise durchliest, dann kann man auch leicht erahnen, dass es im Wesentlichen um Mengengerüst-Reduktionen gegangen ist. Man darf die berühmte Frage Reduktion von 24 auf 18 leicht erahnen. Das aber wurde bestellt am 28. 6., also genau zwischen den beiden mittlerweile bekannten Ministerräten.

Das verleitet natürlich zu folgender Frage: Haben Sie, Herr Sektionschef, Hillingrathner eine Weisung gegeben, dass er von der Finanzprokurator eine derartige Expertise einholen soll?

Dr. Gerhard Steger: Kann ich heute nicht mehr mit Bestimmtheit sagen. Ich schließe das nicht aus, ich weiß es heute nicht mehr. Am besten, Sie fragen ihn selber.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ihnen ist aber das Eintreffen der Expertise bekannt geworden mit gleichem Tag – oder erst später?

Dr. Gerhard Steger: Auch das weiß ich heute nicht mehr mit Sicherheit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch Fragen? – Dieses ist offensichtlich nicht der Fall. Ich danke Herrn Sektionschef Dr. Steger für sein Erscheinen, für seine Auskünfte und auch dafür, dass er ja einiges für diesen Ausschuss und für die Information des Nationalrates auf sich genommen hat. Ich gehe davon aus, dass wir uns bald wiedersehen.

Nächste Auskunftsperson ist Herr Dr. Hillingrathner. Ich habe mit ihm vereinbart, dass er sich ab 14 Uhr hier in Bereitschaft hält. Ich werde Herrn Dr. Christl, wenn ungefähr absehbar ist, wann wir mit der Befragung von Herrn Dr. Hillingrathner fertig sind, etwa eine Stunde vorher verständigen. Er ist in seinem Büro in Bereitschaft und wird dann sofort herkommen, damit wir das zügig durchführen können.

Besteht ein kurzer Pausenwunsch? – Ich entnehme kein eindeutiges Meinungsbild, der Einzige, der entschieden für etwas plädiert, ist Herr Kollege Faslabend mit einem klaren „Weiter!“ Dann tun wir doch weiter. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter.*) – Nein, zuerst Hillingrathner. Eine Stunde, bevor diese Befragung vorbei ist, rufe ich Herrn Christl an, habe ich gesagt.

Ich darf als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Hillingrathner** hereinbitten. (*Die Auskunftsperson wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.*)

Der Obmann begrüßt die Auskunftsperson wiederum und hält fest, dass man sich nun die Belehrung ersparen und gleich zur Befragung kommen könne.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, wir haben jetzt zum Schluss auch mit Herrn Sektionschef Dr. Steger diese Life Cycle Costs-Geschichte durchgewälzt. Er hat immer auf Sie verwiesen, er hat gesagt, wir sollen Sie fragen, weil Sie da der Spezialist waren.

Bevor ich aber auf diese Life-Cycle-Costs eingehe, eine Frage, die für den Ausschuss heute völlig überraschend aufgetaucht ist. Herr Sektionschef Steger hat uns berichtet, dass ihm der Herr Minister am Rande irgendeiner Besprechung, an die er sich nicht mehr im Detail erinnern kann, den Hinweis gegeben hat, man möge auf Sie einwirken, nicht dauernd für das amerikanische Flugzeug zu sein.

Nun frage ich Sie: Hat Herr Sektionschef Steger oder jemand anderer auf Sie eingewirkt oder einen Hinweis gemacht, Sie sollen nicht weiterhin für die F-16, also den amerikanischen Flugzeugtyp, sein?

Ministerialrat Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist mir neu. Ich kann mich an so etwas nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Uns war es auch neu, dass sich der Herr Minister dem Herrn Sektionschef Dr. Steger gegenüber so geäußert hat, weil es aus

den Akten nicht erschließbar war, aber Steger hat uns das hier unter Wahrheitspflicht und unter Hinweis auf seine Wahrnehmungen so geschildert. Das heißt, an Sie ist niemand herangetreten, auch Herr Sektionschef Dr. Steger nicht, und hat Ihnen gesagt, bremsen Sie sich ein, die F-16 ist nicht mehr gewünscht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, sicher nicht. Im Gegenteil, ich hatte den Eindruck, zumindest von Kabinettseite, dass das auch dort goutiert wurde als Sparlösung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Weil es die sparsamste Variante war?

Dr. Herbert Hillingrathner: Sicher, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie etwas von einem politischen Druck gemerkt, der auf dem Minister lastet, wenn er sich gegen eine alternative Anschaffung eines anderen Typs als die F-16 aussprechen würde?

Dr. Herbert Hillingrathner: Von einem politischen Druck habe ich überhaupt nichts gemerkt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und auch nichts wahrgenommen, gehört im Haus, dass ein derartiger politischer Druck gegeben ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Es waren alles Sachgespräche.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann kommen wir zurück zu den Life-Cycle-Costs. Ich beziehe mich auf ein Resümeeprotokoll über eine Besprechung, die am 27. Juni 2002 im Finanzministerium stattgefunden hat, zur Frage der Typenentscheidung. Verfasst hat dieses Resümeeprotokoll Frau Dr. Schwarzendorfer.

Herr Ministerialrat, erinnern Sie sich an dieses Resümeeprotokoll und an diese Besprechung? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Die muss ziemlich turbulent verlaufen sein. In Zusammenhang mit den Life-Cycle-Costs ist sogar eine sehr aggressive Stimmung aufgekommen. Die wurde uns auch von anderen Sitzungsteilnehmern bestätigt. Wenn ich das hier gleich finde, hat es eine Auseinandersetzung zwischen Herrn Commenda und Ihnen gegeben. Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie uns schildern, wie sich das abgespielt hat und worum es da genau ging?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, wir haben von der ersten Stunde weg – das weiß das Hohe Haus – die Life-Cycle-Costs verlangt. Natürlich, wir brauchen es zum Budgetieren und zur Ermittlung des Gesamtaufwandes. Und unser Eindruck war stets, durchgängig, dass vom Heer nicht wirklich daran gedacht war ernsthaft, uns das in der Qualität zu liefern, wie wir uns das wünschen. Und das stand immerhin knapp vor der Typenentscheidung, haben wir am Vortag auch eine Sitzung gehabt und es ist wieder um die Life-Cycle-Costs gegangen. Ja, und sie werden uns das nachliefern.

Am nächsten Tag haben wir die Antworten bekommen, die waren auch nicht plausibel für mich, und ich habe halt dort meine Einwände erhoben, worauf – ich habe das hier, ich dachte, dass das kommen wird – Herr Commenda leicht ausgerastet ist und mich beschuldigt hat, ich bin aggressiv, ich bin stur und ich kriminalisiere alles. Ich habe geantwortet, stur bin ich sicher nicht. Dann hat er mir das Wort entzogen. Es was relativ emotional.

Sonst war ich persönlich mit ihm immer im guten Kontakt, aber da waren seine Nerven halt etwas dünn. Und es war eigentlich der Auslöser, dass Brigadier Hofer auch bei der Sitzung dabei war, auch Brigadier Wagner.

Darf ich da vielleicht gleich eine Berichtigung anbringen? Er hat **nicht** von Kühlschränken gesprochen, sondern von **Waschmaschinen**. Das möchte ich gleich anbringen.

Wagner hat halt Herrn Hofer gebeten, er möge uns die Ermittlung der Life-Cycle-Costs erklären und so weiter. – Da habe ich befunden, das brauchen wir eigentlich nicht, sondern wir wollen konsistente Zahlen haben. Und das hat ihn offenbar so erregt, und er hat gesagt: Dafür muss Zeit sein! – Dann haben wir halt die Ausführungen des Ministerialrates Hofer gehört.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt aber, es ging jetzt nicht um die Frage – im Zusammenhang mit dem Begriff „Kriminalisierung“ oder „ständige Kriminalisierung“ –, ob Herr Hofer das Ermittlungsschema der Kosten darstellt oder nicht, sondern da ging es schon um die Frage, ob die Zahlen, die vom Verteidigungsministerium ans Finanzministerium geliefert werden, unter dem Titel „Kriminalisierung“ zu betrachten sind oder nicht. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, das wird gemeint sein. Ich weiß nicht, was er damit gemeint hat. Aber ich habe halt gesagt: Die Zahlen **können** so nicht stimmen!, mit meinem halt laienhaften, hier ja schon diskutierten, Hausverstand.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, diese geballten Fäuste des Herrn Commenda und sein aggressives Auftreten – ich zitiere hier, bitte, aus diesem Resümee-Protokoll, ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ja, richtig, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): ... hier ist von geballten Fäusten die Rede –, „diese ständige Kriminalisierung“ bezog sich darauf, dass **Sie** es gewagt haben, die übermittelten Zahlen hinsichtlich ihrer Plausibilität zu hinterfragen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, oder zu bezweifeln. Das habe ich öfter gewagt, ja, auch am Vortag.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Ihnen sind die Zahlen nicht plausibel genug erschienen? (*Dr. Hillingrathner: Richtig!*) – Ich möchte Sie jetzt ersuchen, uns das ein wenig zu schildern: wie Zahlenmaterial und welches Zahlenmaterial ans Ministerium gesandt wurde und warum Ihnen das nicht plausibel war. Das würde uns jetzt interessieren.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, wir haben bekommen, glaube ich, das erste Mal konsistent am ... – Ich habe das sogar hier wo, Einlaufstück ... – Über Aufforderung oder Ersuchen unseres Hauses, vom Kabinett aus ist das gegangen, haben wir das immer vorgelegt, dass uns Zahlen geliefert werden. Und das Heer hat das dann eben übermittelt, am 27. Juni 2002 an das Büro des Bundesministers. Und da waren halt die Betriebskosten immer sehr stark auseinander klaffend: der Eurofighter mindestens doppelt so hoch wie der Gripen in den Betriebskosten – und das kann im Prinzip nicht sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das dieses Zahlenwerk des Herrn Ministerialrates Hofer gewesen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wer dieses Zahlenwerk erstellt hat, weiß ich nicht. Ob Hofer, ob Wagner, ob in der Kaufmännischen Abteilung unter Wall, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber dort war bereits klar, dass der Eurofighter mindestens – ich gebrauche Ihre Worte – doppelt so hohe Betriebskosten hat wie der Gripen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, in etwa hat das so ausgeschaut, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eurofighter mindestens doppelt so hoch wie Gripen? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Und das war am 27.6., sagen Sie?

Dr. Herbert Hillingrathner: Haben wir das Zahlenmaterial ausgefüllt bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Am 27.6., da waren Besprechungen an dem Tag noch? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Das heißt, mit dem Zahlenmaterial, das Sie dann hinterfragt haben, das zu diesen aggressiven Reaktionen geführt hat, ist dieses Zahlenmaterial gemeint, das Sie jetzt referiert haben, dass die Betriebskosten des Eurofighter doppelt so hoch gewesen wären wie die des Gripen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, es sind auch vorher schon Zahlen im Raum gestanden, die wir nicht goutiert haben in diesem Sinn. Das weiß ich nicht mehr genau. Nur: Es **war** so. Und in einem Fall habe ich so den Eindruck gehabt, dass durch einen Fehler – ob bewusst oder unbewusst, mag dahingestellt sein – bei der einen Type, bei Eurofighter, sowohl die Fremdwartungskosten, die personellen, drinnen waren als auch die Eigenwartung, also mit eigenem Mann. Und das kostet natürlich mehr – wenn beim anderen nur die Eigenwartung zum Beispiel drinnen ist. Nur: Da wir ja immer auf Aufschlüsselung dieser Zahlen gedrängt und wir diese in diesem Umfang nie bekommen haben, war das schwer nachvollziehbar. Wir haben nur gesucht nach Ursachen für diese Disproportionalität.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat diese Disproportionalität die Begünstigung eines bestimmten Typus ergeben beziehungsweise war daraus erschießbar, dass man offensichtlich einen bestimmten Flugzeugtypus begünstigen möchte?

Dr. Herbert Hillingrathner: Na gut, wenn ich den Gripen so extrem billig darstelle in Relation zum Eurofighter, ist natürlich der Gripen begünstigt (*Abg. Dr. Fekter: Aha!*) und der Eurofighter benachteiligt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie hatten das Gefühl, dass das Verteidigungsministerium gezielt – ich zitiere aus einem anderen Aktenstück – **getürktes Zahlenmaterial** vorlegt – ich glaube, die Wortwahl kam sogar von Ihnen –, ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ich weiß, das Wort hat sich eingepägt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, bleiben wir dabei: getürktes Zahlenmaterial vorlegt, um den Gripen zu bevorzugen im Verhältnis zum Eurofighter? – Ist das Ihr Eindruck gewesen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich will das so nicht sagen, bitte. Und zur „getürkten Zahl“ war damals die Situation etwas anders: Da haben generell die Zahlen nicht gestimmt. Schauen Sie, ein Minister gibt eine Vorgabe – das waren damals 25 Milliarden, vom Verteidigungsminister, in Schilling –, und die sind überschritten worden, zum Teil erheblich. Und wahrscheinlich war dann ein gewisser Druck, diese Zahlen zu schönen, damit der Finanzminister überhaupt weiterspricht, nicht wahr? – Das war jetzt nicht unmittelbar dieses Thema betreffend „Türkung“.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie noch in Erinnerung, dass Herr Dr. Christl augenscheinlich in Bezug auf die Life-Cycle-Costs angeregt habe – so hat uns das zumindest ein Vertreter des Verteidigungsministeriums dargestellt –, man solle doch die niedrigeren Life-Cycle-Costs, die die Firma EADS bekannt gegeben habe, ansetzen anstatt der von Ministerialrat Hofer errechneten Zahlen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe das durch Zufall irgendwo in den Papieren ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich darf Ihnen die Aussage vorhalten, ich habe sie gerade heraussuchen lassen. Es war die Aussage des Herrn Ministerialrates Hofer. Ich zitiere:

„Letztendlich hat Dr. Christl mir da die gleiche Frage gestellt, die Sie mir jetzt gestellt haben: Warum beharren Sie auf das Ergebnis“ der „Life Cycle Cost-Rechnung aus den verbindlichen Angeboten, wo doch jetzt eine nachgebesserte Unterlage vorliegt?“

Diese Unterlage hat sich auf eine Unterlage der Firma EADS bezogen, die waren nämlich damals Verhandlungsgegenstand.

Dr. Herbert Hillingrathner: Da ist Folgendes: Ich habe hier ein Fax – Kopie –, und zwar von der Landesverteidigung, Einkauf, 16.52 Uhr, wonach EADS an das Verteidigungsministerium ein Fax geschickt hat: „LCC“ – also Life-Cycle-Costs – „Eurofighter“. Und da waren hinten Vergleichsberechnungen. – Ich nehme an, dieses Papier haben Sie?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da bin ich mir nicht ganz sicher. Wenn Sie dann erlauben, dass wir es vergleichen, dass ich Ihnen einen Mitarbeiter vor schicke, damit wir das vergleichen können, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Handelt es sich um dieses Fax, das über den Herrn Steininger an Wall und Blind gerichtet war?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das sehe ich nicht, ob Steininger. Ich habe hier nur „Aldag“; unterschrieben: „Axel Engling“, Deputy Office Manager.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das Fax datiert mit 21. Mai 2002, von der Firma EADS?

Dr. Herbert Hillingrathner: „24. Juni“, habe ich, „ID: EUROFIGHTER“.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. Das ist nicht das, was ich in der Hand habe. Das müssen wir uns anschauen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist dann ein anderes Papier. Vielleicht ist der Inhalt derselbe – aber so habe ich das bekommen –, dass eben der Anbieter meint, ...

Das ist dieses Fax hier, Datum: 24. Juni 2002 – haben sie das noch einmal geschickt? –: „... Um die Berechnungen durchzuführen wurden die folgenden Annahmen für den Betrieb ...“ – Und da habe ich auch noch ein Blatt dazu. (*Abg. Dr. Fasslabend: Man versteht jetzt nichts, in dem Moment!*) – Ach so, Entschuldigung.

Wie gesagt, ich habe zu diesem Thema drei Seiten: „Kosten für Flugbenzin“ und so weiter, dann das Anschreiben, und da ein Vergleich für F-16, Eurofighter und Gripen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn mein Mitarbeiter das nicht erkennt, dann wäre es vielleicht günstig, wenn Sie dem Herrn Ausschussvorsitzenden das übergeben, damit wir dann zur Sicherheit dieses Dokument kopieren könnten, wenn das möglich wäre. – Ja, das wäre dann die weitere Folge.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt einmal eine Kopie davon machen, dann einmal den Vergleich vornehmen, ob das identisch ist. Sollte es **nicht** identisch sein, dann müssen wir es verteilen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann müssen wir es verteilen. Bitte! (*Obmann Dr. Pilz ersucht einen Bediensteten der Parlamentsdirektion, eine Kopie dieses Schriftstückes anzufertigen.*)

Ich hätte jetzt nur noch eine abschließende Frage zu Ihrem Bericht oder Aktenvermerk, jedenfalls zu Ihrem Dokument, das Sie für das Ministerbüro, für Herrn Dr. Christl hergestellt haben, vom 28. Juni 2002 – da waren Sie offensichtlich schon in Kenntnis der Life-Cycle-Costs –, und dann dieses Dokument von Ihnen, unterfertigt am

1. Juli 2002, wo dann diese handschriftliche Änderung durch den Herrn Sektionschef Steger stattgefunden hat. In beiden findet sich wortidentisch ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Moment, welches Papier ist das jetzt?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich zeige es Ihnen dann. Zunächst einmal das vom 28. Juni 2002 ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler – dass ich kurz unterbreche –: Also meinen Unterlagen nach ist das ein anderes Papier.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. Das heißt, dann müssen wir es verteilen lassen.

28. Juni 2002, da heißt es dann:

Wenn Geld keine Rolle spielt – Doppelpunkt –: Eurofighter Typhoon. – Zitatende.

Das ist eine Mitteilung von Ihnen an Dr. Christl? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) Und dann gibt es einen Aktenvermerk, ein Einlageblatt, datiert mit 1. Juli 2002, ebenfalls von Ihnen unterfertigt, da stand ursprünglich in Klammer dabei: wenn Geld keine Rolle spielt – Klammer geschlossen –, vor den Worten „Eurofighter Typhoon“. Das musste dann später gestrichen werden vom Sektionschef Dr. Steger über Ersuchen des Herrn Winkler aus dem Kabinett des Bundesministers. Haben Sie diese beiden Schriftstücke in Erinnerung? – Sonst würde ich es Ihnen gerne vorlegen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Darf ich dazu ausführen: Ich wurde zu meiner Verwunderung am Sonntag davor nachmittags angerufen von einem Herrn des Kabinetts, ich möge für den Herrn Minister einen Vergabevorschlag machen. Das war mir natürlich sehr unangenehm.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): An welchem Sonntag?

Dr. Herbert Hillingrathner: Direkt vor dem Datum.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Vor welchem Datum? Vor dem 28. oder vor dem 1. Juli?

Dr. Herbert Hillingrathner: Vor dem 28. – Das muss der 27. gewesen sein oder so etwas. (*Abg. Mag. Stadler: Aha?*) Ich habe jetzt keinen Kalender hier vom Jahr ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das können wir gleich klären. Ich habe einen Kalender da, ich kläre es dann noch. – Das heißt also, Sie wurden vor dem **ersten** Aktenvermerk angerufen, Sie mögen für den Minister einen ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Diese Vermerke sind im Prinzip identisch. Ich habe – noch einmal – sonntags davor den Auftrag bekommen, einen Vergabevorschlag zu machen, oder – ich habe keinen Kalender – vielleicht täusche ich mich und es war an einem Arbeitstag ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, es steht hier, Sie haben es einleitend sogar offen gelegt: Gemäß Auftrag des Herrn Bundesministers gebe ich folgende Kaufempfehlung ab.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das war ein Auftrag. Und das habe ich gemacht als Info-Papier, informell, und dem Minister hinuntergeschickt; Dr. Steger zur Kenntnis. Und nächsten Tag, oder wann immer, oder noch am selben Tag wurde der Wunsch geäußert, das – das unschöne Wort – zu verakten, also das mit Geschäftszahl zu versehen und als Akt der Abteilung II/14 loszuschicken.

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigung: Der 30. Juni 2002 war ein Sonntag. – Also gehen Sie davon aus, dass das der 30. Juni war?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Inhaltlich sind sie identisch. Es ist völlig richtig, was Sie geschildert haben: Dieses Aktenstück, das nicht veraktet ist, vom 28. Juni ist inhaltlich identisch mit dem Aktenstück vom 1. Juli. – Bereits aber im Aktenstück vom 28. Juni beziehen Sie sich auf einen Auftrag des Bundesministers. Das heißt, dieser Auftrag muss daher vor dem 28. erfolgt sein.

Dr. Herbert Hillingrathner: Entschuldigung, dann war es der 27. (*Abg. Mag. Stadler: Das kann sein, ja!*) – es war jedenfalls einen Tag, bevor ich das gemacht habe.

Dann war eben der Wunsch, das geschäftsordnungsmäßig zu machen; ging dann über Sektion II hinunter. Den Akt hat dann formal Dr. Tomasch gemacht, und vielleicht ein paar andere Worte drinnen. Und am selben Tag offenbar, Nachmittag, war dann der Wunsch des Herrn Kabinettchefs Winkler an Steger, man möge meinen wieder saloppen – ich mache manchmal diese Fehler – Satz: „wenn Geld keine Rolle spielt“ streichen. – Das war für mich kein Problem. Wir haben das Blatt ausgetauscht, und damit haben wir halt den Akt ohne diesen Zusatz.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, um es festzuhalten: Das Aktenstück, wo dieser Satz nicht gestrichen wurde, wurde nicht veraktet – und in dem verakteten Aktenstück, nämlich dem vom 1. Juli, musste über Ersuchen des Winkler dieser Satzteil gestrichen und das Aktenstück ausgetauscht werden.

Dr. Herbert Hillingrathner: Okay, das Erste war eigentlich kein Akt, sondern das war ein Dienstzettel. Und erst das Zweite war dann der Akt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber nur, um das klar zu sagen: Das heißt, das, was an Akt übrig blieb, nämlich nach dem Austauschvorgang, hat diese Formulierung – „sofern Geld keine Rolle mehr spielt“ – **nicht** mehr beinhaltet? (*Dr. Hillingrathner: Richtig!*) – Und jenes Aktenstück, das nur als Dienstzettel gedacht war, ist nicht veraktet worden. – Summa summarum war also im Ministerium offiziell kein Aktenstück mehr vorhanden, wo Sie draufgeschrieben haben: „sofern Geld keine Rolle mehr spielt“.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das stimmt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Eine Nachfrage drängt sich schon noch auf, Herr Ministerialrat: Wieso glauben Sie, sich so genau erinnern zu können, dass das an einem Sonntag Nachmittag war? – Das wäre ja in der Tat etwas Einschneidendes. Bleiben Sie jetzt dabei, dass Sie Sonntag Nachmittag dieser Auftrag, wie Sie selbst ausführen, ereilt hätte? Es könnte ja auch der 23. gewesen sein.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, es hat keine Relevanz. Ich habe dieses Geschäftsstück natürlich am nächsten Tag gemacht, denn das war ja dringend. – Und, ich weiß es nicht, also es war offenbar dann unter der Woche am Abend, dass mich dieses Schicksal ereilt hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Bevor diese neue Unterlage jetzt zur Verteilung kommt, darf ich kurz einmal das Thema wechseln, bleibe aber natürlich im Beweiszeitraum und Beweisthema.

Am 1. Juli, Herr Ministerialrat, bekommen Sie von der Finanzprokuratur eine Expertise, eine Stellungnahme zur Fragestellung: Prüfung der Zulässigkeit von Mengengerüstsänderungen und der Zulässigkeit der Annahme von Alternativangeboten. – Man hat den Eindruck, wenn man das durchliest, dass es darum ging, vor allem Mengengerüst-Änderungen in Form von Reduktionen der Stückzahlen abgefragt zu haben, und es wird in diesem Schreiben der Finanzprokuratur weiter ausgeführt: Bezug nehmend auf das Telefonat vom 28.6. – Zugestellt an Sie.

Haben Sie am 28.6. telefonisch bei der Finanzprokuratur eine derartige Stellungnahme verlangt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, sicher, über Auftrag des Ministers, offenbar, oder Ministerbüros – denn ich persönlich habe keine Veranlassung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das wäre meine nächste Frage: Sind Sie vom normalen Weisungsweg angewiesen worden, vom Herrn Sektionschef?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich nicht. Ich von mir aus hätte sie nicht gebraucht, diese Auskunft.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Herr Sektionschef hat auch gesagt, dass ihm eine derartige Weisung nicht erinnerlich ist. – Also wir dürfen davon ausgehen, dass Sie diese Anordnung aus dem Ministerbüro bekommen haben? (*Dr. Hillingrathner: Jawohl!*) – Ist es nicht verwunderlich, dass die offizielle Ausschreibung – und jetzt war man unmittelbar vor der Typenentscheidung – immer noch auf 24 Stück lautet und dass man sich, bevor man den Zuschlag überhaupt erteilt, schon wieder darüber den Kopf zerbricht, wie man da runterkommt?

Wie genau war dieser Auftrag, bei der Finanzprokuratur eine solche Stellungnahme einzuholen? Was sollten Sie alles dort abfragen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ganz schlicht und einfach, ob es allenfalls vergaberechtlich Probleme gibt, wenn wir das Mengengerüst ändern oder Alternativangebote berücksichtigen. – Für mich war das kein Problem, denn das ist im Prinzip zulässig. Aber ich habe schon eingangs erklärt, der Herr Minister war sehr, sehr vorsichtig und wollte alles doppelt und dreifach abgesichert haben. Und das zähle ich auch zu dieser Kategorie, dass er eben gebeten hat: Bitte lasst das noch durch die Finanzprokuratur prüfen!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie unterstellen ja mit einer gewissen Selbstverständlichkeit, dass schon im Raum war, etwas überprüfen zu lassen, was ja noch gar nicht geplant war! – Also was war der Hintergrund dieses Auftrages? Welche Mengengerüst-Änderungen hat man sich da vorgestellt oder vorgenommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe heute in der Gegenüberstellung erwähnt – das gehört dann zum Teil 3 –, dass nachher, nach Typenentscheidung der Auftrag erging, das Ganze abzumagern als eine Sparversion, eine Sparversion zu machen. Und da haben wir eben im Verteidigungsministerium diese Arbeit geleistet. Offenbar waren das schon Vorgesandken dazu.

Ich kann noch einmal sagen: Der Finanzminister war immer auf Sparen, Sparen, natürlich möglichst wenig Geld, dass man herunterkommt von den Aufwendungen. – Das ist verständlich. Ich sehe da gar keine besondere Hinterabsicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Also für Sie war das plausibel (*Dr. Hillingrathner: Vollkommen!*), die Mengengerüst-Änderungsfrage auch expertisemäßig zu relevieren respektive abzusichern, weil man im Bundesministerium, respektive auch Herr Bundesminister Grasser selbst, immer wieder von der Reduktion der Stückzahl ausgegangen ist und davon nicht ablassen wollte.

Dr. Herbert Hillingrathner: Na ja, es hat ja auch so Strategiebesprechungen gegeben: Was kann man machen?, Wie kann man den Preis noch herunterdrücken?, und so weiter, und das sind halt dann Ausflüsse davon. Das ist ganz logisch. Also ich sehe da überhaupt keinen Hintergedanken, außer eben dass wir preislich herunterkommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich darf zurückkommen auf das Thema der Betriebskosten und Lebenszykluskosten.

Wir haben hier verschiedenste Unterlagen dazu, aber bevor ich auf diese Wirrnis eingehe, möchte ich Sie noch fragen: Zu welchem Zeitpunkt haben Sie welche Zahlen erreicht? Es gibt eine Unterlage – die haben Sie offensichtlich dann auch weiterverwendet und -verwertet, in diesem Akt, von dem heute schon die Rede war; da gibt es ja dann noch ein Querblatt hinten –, da ist von Betriebskosten – „Betriebsaufwand“ wird es hier genannt – bei Eurofighter von 54,6 Millionen pro Jahr die Rede, beziehungsweise hier schon „die Schreibe“, und bei Gripen, da differieren die Angaben: einmal 30 und einmal 31 Millionen.

Haben Sie diese Zahlen so übermittelt bekommen, oder haben Sie die selbst nachgerechnet?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß jetzt leider nicht, welches Papier.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann machen wir es einmal so: Dann können wir das, was am Schluss in dem Akt angesprochen wurde mit diesem Teil „sofern Geld keine Rolle spielt“ – da findet sich noch ein Zettel dabei als Beilage 1: Da muss ich annehmen, dass Sie – ich kann es Ihnen gleich vorhalten lassen – die Zahlen hier zumindest einmal eingesetzt haben? (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war eine Arbeitshypothese. – Wieso hängt das da dabei?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es steht „Beilage 1“ darauf. Ist Ihnen nicht in Erinnerung, dass **Sie** den Akt so vorgefertigt haben mit dieser Beilage 1, den Steger dann weitergegeben hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das, glaube ich – nageln Sie mich nicht fest! –, ist eine Berechnung gewesen auf Grund der Daten entweder von uns oder vom Kollegen Kocher. – Es ist **so** zugegangen, ich bitte um Verständnis ... (*Die Auskunftsperson blättert in Unterlagen.*) – Das ist ein Papier von unserem Haus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Diese Beilage 1? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Ist Ihnen bekannt, dass sich das aber fast haargenau mit den Zahlen deckt, die im Verteidigungsministerium ermittelt wurden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, denn am 27.6. haben wir vom Verteidigungsministerium über das Ministerbüro die Zahlen bekommen, und davon abgeleitet haben wir das errichtet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber hat sich dann dieser Konflikt, der hier immer wieder apostrophiert wird, dergestalt aufgelöst, dass auch im Finanzministerium dann mit dieser Differenz von 55 : 30 – Eurofighter zu Gripen – weitergearbeitet wurde? Dieser Akt ist ja immerhin die letzte Empfehlung.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das kann ich jetzt nicht mehr genau sagen. – Ich kann es nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Bei dieser Besprechung am 26., von der die Rede war, mit der Auseinandersetzung Hofer – Wagner, da waren die korrespondierenden Zahlen 71 Eurofighter zu 37 Gripen. Und da hat es dann einen Disput gegeben. Können Sie jetzt noch einmal sagen, worum sich der genau gedreht hat – für die Betriebskosten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Diese Zahlen 35 : 71 waren wahrscheinlich die, die mich auf die Palme gebracht haben. Und das waren ja dann schon interne Berechnungen, auf Grund wahrscheinlich unserer Überlegungen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt der Reihe nach: Am 26. hat es diese Besprechung gegeben. Ich nehme an, dass Herr Hofer seine Berechnungen dort noch einmal auf den Tisch gelegt hat, und die sind mir auswendig in Erinnerung: 71 : 37 – im Übrigen, und nicht: zu 35. – Und das hätte Sie auf die Palme gebracht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das wird so sein, ja. Denn schon am 26. war die Stimmung schon etwas aufgeheizt, würde ich sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber da haben Sie auch Gründe dafür genannt, warum Sie diese Zahlen anzweifeln. Können Sie noch einmal sagen, warum Sie die Daten Hofer am 26. derart in Zweifel gezogen haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Erstens die allgemeine Überlegung, dass zwei Triebwerke nicht das Doppelte kosten, schlechthin; und mir sie auch absolut zu hoch erschienen; und eben der Verdacht war – wir haben uns ja schon öfters mit solchen Zahlen befasst –, dass da Sachen doppelt eingerechnet worden sind. – Das kann auch ein Übersehen sein, ich weiß es nicht. – Außerdem dürfte EADS überhaupt bei einigen Angeboten ein sehr hohes Anforderungsprofil auch in Bezug auf Logistik gesehen haben und hat dadurch relativ hohe Preise. Es waren da mehrere Sachen im Raum, auch beim Angebot, dass gewisse teure Teile in allen 24 Eurofightern drinnen waren, und beim Gripen nur in vier Fliegern. Ich weiß es nicht. Nur: Diese Kostenberechnungen schienen nicht plausibel. Und es hat sich ja auch ex post herausgestellt, dass sie nicht so hoch sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie dem auch sei. – Dann verfassen Sie diesen Akt, und ... (*Abg. Dr. Fekter: Ja, das ist so! – Ruf bei der ÖVP: Tatsächlich!*) – Was tatsächlich ist, ist eine zweite Frage, da sind wir noch gar nicht.

Ich halte fest, dass Sie „55 : 30“ dann dort offensichtlich selbst eingetragen haben. – Sie waren ja Experte im Finanzministerium. – Und mit diesen Zahlen konnten Sie sich besser anfreunden? (*Dr. Hillingrathner: Jawohl!*) – Jetzt ist aber immer noch eine Differenz. In den Anschaffungskosten war Eurofighter höher – das ist ja auch in dieser Zahl dort noch vorne so drinnen. (*Abg. Dr. Fekter: Stimmt ja nicht! ... Anschaffungskosten war er günstiger!*)

Geh, bitte, Frau Kollegin Fekter, würden Sie das unterlassen!? – Sonst muss ich eine Sitzungsunterbrechung anregen.

Jetzt ist da aber immer noch eine Differenz von 25 Millionen € in den Betriebsaufwänden – wie es dort heißt – erkennbar.

Warum eigentlich – und jetzt komme ich auf das Blatt davor, das heute schon eine Rolle gespielt hat – steht dann dort so lapidar – ich habe es jetzt nicht bei mir, weil Sie es ja, glaube ich, noch haben –: Für Gripen kann keine Empfehlung abgegeben werden?

Was bevorzugt den Eurofighter jetzt aus der Perspektive des Finanzministeriums gegenüber dem Gripen mit diesen Kosten – die Sie selber noch eintragen –, mit dieser Kostendifferenz von 25 Millionen pro Jahr?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß nicht: Wollen Sie sie genau haben, meine Überlegungen? – Ich habe mir das **nicht** einfach gemacht. – Das sind nicht nur die Kosten ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Fassen Sie es kurz zusammen: Für Gripen kann keine Empfehlung abgegeben werden, ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe mir das nicht sehr einfach gemacht und habe halt zu allen Geräten Überlegungen gemacht, und unter anderem – ich kann es Ihnen vorlesen –: Stärken/Schwächen Gripen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, das geht ja auch aus den Akten zum Teil hervor, wie der Gripen hier zum Teil im Haus bewertet wurde. Ich frage etwas anderes:

Es ist diesem Akt am Schluss des ganzen Prozesses **ein** Blatt beigelegt, und da beschreibt man über zwei Drittel oder die Hälfte dieser einen Seite das Angebot F-16 MLU – obwohl diese in der korrespondierenden Bewertungskommission im Verteidigungsministerium schon längst ausgeschieden war. – Hat man **das** gewusst im Finanzministerium und in der Sektion II?

Dr. Herbert Hillingrathner: Natürlich habe ich das gewusst! Es wäre aber immer die Möglichkeit gewesen: Selbst noch in Verhandlungen – wie wir schon in Verhandlungen mit EADS eingetreten waren – hätte man das stoppen können und nach wie vor ein Gebrauchtgerät kaufen. Das war zulässig, bitte! (*Abg. Mag. Kogler: Okay! Gut!*) – Ein Regierungsbeschluss ist ja ein rechtliches Nullum. Das ist ja nichts, so eine Typenentscheidung. Das ist einmal die Absicht: Ich habe derzeit vor, so vorzugehen. – Es hätte auch sein können, dass die Verhandlungen platzen und es kommt nichts raus! – Für mich war das halt so einschätzbar.

So einfach ist es ja nicht mit den LCC-Kosten, denn die Schwächen des Gripen auf dem Gebiet, gerade LCC! Der Typ ist – und ich kann mich nur an dem orientieren: ich habe niemanden, der nicht unmittelbar vielleicht emotional davon betroffen war, keinen Sachverständigen gehört, der gesagt hätte, der Gripen hat eine Zukunft! –, das ist ein Auslaufmodell, und in 15, 20 Jahren zahlen wir uns dann dämlich, wenn die Upgrades und Updates – und das **muss** man machen – anstehen. Da können **wir** dann die Entwicklungskosten zahlen! – Und das habe ich auch da hineingeschrieben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, das haben Sie da in diesem einen Blatt (*Dr. Hillingrathner: Nein, nein, nein: In den Überlegungen!*) nicht mehr festgehalten.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist nicht Aufgabe in diesem Blatt! Der Minister wollte einen Kostenvoranschlag haben.

Also: Außer den guten Beziehungen der beiden Ressorts – sagen wir so: der beiden Luftwaffen – gibt es fast keinen positiven Aspekt für den Gripen; es tut mir leid!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist schon recht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Der Preis war mindestens 35 Prozent überzogen, das muss ich hier sagen. Und die Life-Cycle-Costs stehen eben dann anders da, und auch vom Verbrauch ... – Beim Heer ist man nicht bereit gewesen, darauf einzusteigen, das könne man nicht. Zum Beispiel: Der Eurofighter startet mit Standgas und der Gripen braucht den Nachbrenner. Wenn ich 1,5 Mach fliege, und ich kann das wirklich auch weiter ausführen ... Nur das interessiert dann ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Abschließend zu den Anschaffungskosten, die Sie vorne drinnen haben, die dort eingesetzt sind. Das sind offensichtlich nicht die gesamten Anschaffungskosten, sondern nur ein Teil davon aus den Angeboten. **Sie** haben dieses Papier verfasst. Wie kommen Sie zu diesen Zahlen, die dort in der Anschaffungskosten-Spalte stehen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Kosten sind abgeleitet von den Unterlagen, die uns das BMLV geschickt hat, vor allem einmal das kaufmännische Mengengerüst. Das haben wir übernommen vom Verteidigungsministerium. Das habe ich auch hier, und ... Was wollte ich jetzt sagen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist schon recht. Wir kennen uns aus. Sie haben das Mengengerüst übernommen. Ich frage nur abschließend: Ist Ihnen dann aber bewusst gewesen, dass das **nur ein Teil** – wurscht jetzt ob Eurofighter oder Gripen – der Anschaffungskosten war? Und warum haben Sie nicht die gesamten Kosten eingesetzt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es geht darum, dass wir dann einen Vertrag aushandeln mussten, und da war eigentlich nur das Angebot von EADS maßgebend. Parallelkosten, Folgekosten, die nichts mit dem Flugzeug zu tun haben, die sind da drinnen natürlich nicht erfasst. Man muss eine Infrastruktur machen, Werkstätten bauen, Personalstrukturen schaffen und so weiter. Das ist ein zweiter Brocken dann, aber der hat mit der Ausschreibung nichts zu tun. Das sind dann die umfassenden Kosten. Also wir haben ja nicht nur ... – Ich erinnere also an unsere zwei Papiere, die wir im Jahr 1971 dem Heer gegeben haben. Wir möchten eine umfassende Darstellung **aller** Kosten, auch die Lenk Waffen dazu. Die haben mit Eurofighter nichts mehr zu tun.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, das führt alles so zu nichts. Ich sage nur ... (*Abg. Dr. Fekter: Weil Sie es nicht hören wollen!*) – Moment! Er hat diese Zahl selber eingesetzt, und jetzt wird die Frage so beantwortet, dass in Wahrheit die Kosten ohnehin viel höher waren. Mehr wollte ich ja nicht hören.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Hillingrathner, habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass Ihnen die übermittelten Vergleiche in den Betriebskosten, die das Verteidigungsressort übermittelt hat, nicht plausibel erschienen sind?

Dr. Herbert Hillingrathner: Also diese 71 35 absolut nicht. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Gaßner übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und das wiederum hat eindeutig den Gripen bevorzugt und nicht die Wirklichkeit abgebildet. Und Sie haben erwähnt, dass es sich im Nachhinein herausgestellt hat, dass der Eurofighter viel günstiger ist. Stimmt das? In den Betriebskosten.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann nicht sagen: „viel günstiger ist“. Für mich war er absolut der Bestbieter, wenn ich alle Parameter ins Auge fasse unter den gegebenen Bedingungen. Da muss man vorsichtig sein. Auf der einen Seite reden wir jetzt von LCC, das ist ein wunder Punkt, für mich bis heute, aber zum Glück bin ich im Ruhestand. Und das Zweite sind die reinen Beschaffungskosten der Plattform und so weiter, das EADS-Paket. Und das ist schlüssig und exakt umrissen, und wir haben Fixpreise. Mehr kann ich nicht haben. Und wir haben sicher einen so günstigen Preis bekommen, den kein Kunde mehr bekommen wird. Das wage ich hier zu sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Diesen günstigen Preis, den wir bekommen haben, worauf führen Sie das auf Grund ihres Wissens zurück?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe doch sehr intensiv dann – dritter Teil, da wird es schon schlimm werden – mit EADS-Vertretern und Generalbevollmächtigten verhandelt, und wir sind natürlich auf Punkt und Beistrich in die ganzen Zahlenfriedhöfe gegangen und Finanzierungskosten und Valorisierungskosten und so weiter. Wir haben auch sehr viel herunterverhandelt. Und da haben wir gesehen, erahnt, was die anderen gezahlt haben.

Wir haben jedenfalls einmal null Entwicklungskosten gezahlt, die die anderen Milliarden gekostet haben. Und auch der Barwertpreis, den ich hier nennen kann, der lässt sich vergleichen. Es gibt nur ein Problem: Es kann niemand, wenn nicht der andere auch will, das vergleichbar machen, denn da müssen Sie alle Mengengerüste exakt vergleichen, und da müsste dann ein Team von vielleicht sechs oder zehn Experten wochenlang arbeiten, dass man das wirklich rausbekommt. Das sage ich schon.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Kann dieser günstige Preis auch ein bisschen damit zusammenhängen, dass wir der erste Exportauftrag außerhalb der NATO und der Entwicklerländer, also der EADS-Eigentümer- und Entwicklungsnationen waren? Kann das mit eine Rolle gespielt haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe es so gesehen, dass EADS zu Reduktionen bereit war, über die ich mich auch gewundert habe, weil wir eben die Türöffner für den Export waren, und zweitens haben wir eben auch sehr stark verhandelt. Das möchte ich schon sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): ... und dann dazu das Finanzressort ja immer auf Wettbewerb gedrängt hat, dass möglichst viel Wettbewerb ... (*Dr. Hillingrathner: Ja, ich glaube mehr kann man nicht!*)

Wir hatten das, was wir gerade von Ihnen bekommen haben, Herr Hillingrathner, nämlich dieses Schreiben. Das liegt den Akten bei. Das haben wir, nämlich diese Seite und auch den Begleitbrief von EADS. Den haben wir auch als BMLV-Fax. (*Abg. Dr. Fasslabend: Das ist alles in den Akten!*) Das ist alles in den Akten verfügbar. Das kennen wir. Was wir **nicht** kennen, und das ist wirklich auch für mich neu, ist diese Seite. (*Abg. Dr. Fekter hält ein Schriftstück in die Höhe.*) Jetzt hat diese Seite keine Kennung, dass es ein Fax des BMLV wäre. Woher ist das?

Dr. Herbert Hillingrathner: Weiß ich nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist eine schöne Gegenüberstellung im Hinblick auf den Vergleich, was die einzelnen Flieger können. Das ist professionell gemacht. Und da es in englischer Sprache ist, gehe ich davon aus, dass es nicht aus einem Ministerium kommt.

Kann es sein, dass Ihnen das auch EADS irgendwie übermittelt hat – oder stammt es vielleicht von den Amerikanern, weil zwei F-16 drauf sind?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ich sehe das gerade. Das ist – wie gesagt, ich habe das nur so beisammen gefunden – Stand 11. Juni 2002. (*Abg. Dr. Fekter: Ja?*) Könnte sogar sein, dass das von den Amerikanern ist, denn die waren da vergleichsweise sehr gut, was Kostenberechnungen anlangt. Also für uns als Orientierung. Die haben die konzisesten Berechnungen gehabt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Darauf deutet auch hin, dass gerade die F-16-Varianten im Hinblick auf die Vergleichsmöglichkeiten relativ detailliert angegeben sind. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) Das heißt, Sie haben sich, um sich selber ein Bild zu machen, auch Unterlagen besorgt, die **nicht** aus dem Verteidigungsressort kamen?

Dr. Herbert Hillingrathner: So kann man das sehen, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Hinblick auf die Empfehlung, die Sie dem Herrn Finanzminister gegeben haben – Sie kennen das Aktenstück, also einerseits für F-16 MLU und dann Eurofighter („wenn Kosten keine Rolle spielen“). Sie haben vorhin erwähnt: Das war ein Austauschblatt zu einem Akt. Im Akt findet sich dann dieser Satz nicht mehr.

Wie geht man normalerweise mit so Austauschblättern um? Werden die vernichtet? Hebt sich die jemand auf, oder liegen die dem Akt zusätzlich bei? Wie schaut das aus? Erklären Sie uns das.

Dr. Herbert Hillingrathner: Offiziell gibt es dann natürlich nur den Akt in der Austauschform. Es werden oft Akten geändert, wenn ein anderer sagt: Da kann man es besser machen oder das passt nicht hinein. Und mit dem anderen? Das kann ich in den Papierkorb schmeißen oder ich kann es mir aufheben. Es ist vielleicht auch dann eine Frage der Loyalität. Wenn ich annehme, dass das was Schreckliches ist, was mir der Vorgesetzte aufgetragen hat, dann hebe ich mir das auf.

Bei mir ist es so gewesen: Wenn es etwas Schreckliches war, habe ich das aktenmäßig dargestellt, schwarz auf weiß. Also ich habe nie eine Ministerweisung gehabt, die mir gegen den Strich gegangen ist, die ich nicht befolgt hätte. Das ich die Zeilen herausnehme, hat mir nicht weh getan, denn es ändert am Ergebnis nichts.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und was haben Sie dann mit dem Zettel getan? Haben Sie sich den in dem konkreten Fall selber behalten oder weggeschmissen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Mein Originalzettel ist auch an Dr. Steger gegangen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ihr Originalzettel ist auch an Dr. Steger gegangen. Okay.

Den weiteren Verlauf kennen wir ja. Der ist dann sozusagen über Steger an Pilz gelangt, aber er war nicht mehr Teil des Aktes.

Dr. Herbert Hillingrathner: Wie gesagt, der erste Akt, der gelaufen ist, da war ja der Passus drinnen, weil es abgeschrieben war von meiner Vorlage, und da hat eben Dr. Steger seine Bemerkungen am Spiegel gemacht, und offenbar hat er sich das aufgehoben: das Original sozusagen oder die Urfassung. (*Abg. Muraue: Die hat er sich aufgehoben!*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bei dieser Besprechung, bei der Sie sozusagen vor der Ministerrats-Entscheidung dem Herrn Minister die Empfehlung gegeben haben, F-16 oder eben Eurofighter, aber für Gripen keine Empfehlung abgegeben haben, ist ja auch diskutiert worden, wie sich der Minister im Ministerrat verhalten soll, ob er sich sozusagen auf die Schienen schmeißen soll für F-16, und wenn das nicht geht, was er dann tun soll et cetera. – Ist Ihnen da noch etwas in Erinnerung?

Dr. Herbert Hillingrathner: Minister Grasser hat natürlich einen schweren Stand gehabt. Das Heer hat auf Neugerät bestanden, wie das auch in der Regierungserklärung enthalten war. Die preiswerteren Geräte sind alle ausgeschieden sowohl die Angebote als auch die Alternativangebote, und somit stand politisch eigentlich nur einmal der Gripen und der Eurofighter zur Entscheidung. Die F-16 habe ich immer erwähnt und auch im Spiel gelassen, denn, wie gesagt, man hätte noch immer, wenn es budgetär zu groß geworden wäre ... – Das ist rein politisch, das ist eine Management-Entscheidung; darauf habe ich keinen Einfluss mehr.

Ich habe immer wieder versucht, da Alternativen zu bieten, und die kann man annehmen, aber muss man nicht annehmen. Hier ist es nicht angenommen worden, und die Entscheidung, die dann gefallen ist, nehme ich an, ist mit Abstand die Bestbieter-Ermittlung und wahrscheinlich eine historische Tat meines Ministers, falls er das dort durchgesetzt hat, denn es ist nach meiner wirklichen Überzeugung die beste Lösung.

Es ist nicht wahr, dass der Finanzminister immer nur die billigste Lösung nimmt. Zum Beispiel Black Hawk: Als wir den beschafft haben, da war auch der Black Hawk nicht der billigste, und da habe ich dann eben auch mit den Herren vom Heer gesprochen und mich auf Grund der Unterlagen überzeugen lassen – Leistungsprofil und so weiter –, dass das mit Abstand das beste Stück für Österreich ist, und bin dann zum Herrn Finanzminister gegangen und habe gesagt: Herr Minister, das schaut so und so aus!; es kostet zwar doch erheblich mehr, aber ich würde im Interesse Österreichs und des Heeres vorschlagen, den zu nehmen. Und er war einverstanden. Auch retrospektiv gesehen hat sich das als Segen erwiesen. Sogar der Werft-Chef hat mir gesagt: Die Wartungskosten sind weit niedriger und simpler, als wir angenommen haben. – Also, so ist das.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist dort auch diskutiert worden, was passieren würde, wenn der Finanzminister dem Beschaffungsvorgang sozusagen überhaupt seine Zustimmung verweigern würde? Wenn er sagt: Nichts! Ich bin nicht dafür; beschaffen wir gar nichts!

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, in der Regierung ist Einstimmigkeit gefordert. Wenn er sich gegen das Flugzeug ausspricht und die Regierung spielt mit, dann haben wir keine Budgetproblem, weniger Arbeit. – Sonst gibt es keine andere Folge. Das Geld war ja nicht existent in Wirklichkeit! Also alles, was auf Kosten von Eurofighter bisher eingespart wird, gibt es ja nicht. – Na ja, es ist ja so! Das ist heuer das erste Mal im Budget drinnen. Ich bitte um Verständnis!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Hillingrathner, Sie haben vorhin erwähnt – was ja richtig ist –, dass eine einstimmige Ministerrats-Entscheidung eine Art Willenserklärung bezüglich der weiteren Vorgangsweise ist. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) Wie schaut das aber aus mit dem Einvernehmensbeschluss, für den es das Einvernehmen der Einleiter, die Einvernehmens-Herstellung Finanzressort, Landesverteidigungsressort geben muss? Welche rechtliche Qualität hat dieses Einvernehmen gehabt? (*Obmann Dr. Pilz übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist auf Grund des Bundeshaushaltsgesetzes eine gesetzliche Voraussetzung, dass das Heer die Beschaffung einleiten kann.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hätte da der Finanzminister noch zurück gekonnt und sagen können: Jetzt beschaffen wir aber trotzdem gar nichts? Oder war mit dem ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Aus der Aktenlage ist ersichtlich, dass er extra den Vorbehalt, ich glaube nach § 43 BHG gemacht hat, dass die Zustimmung zum Einleiter noch nicht seine Zustimmung zur Typenentscheidung oder zur Endbeschaffung inkludiert.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Herr Ministerialrat, Sie haben gesagt: Gripen ist um 35 Prozent überzogen angeboten worden. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) Wer hat das festgestellt? Wie sind Sie darauf gekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Man braucht nur zu vergleichen, was Ungarn und Tschechien für ihre Gripen gezahlt haben und das umlegen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Sie wissen aber auch, dass es Länder gibt, die weniger als Österreich für den Eurofighter zahlen. Auf diesbezügliche Vorhalte war die Antwort allerdings immer die: Na ja, diese Länder haben auch die Entwicklungskosten mitgetragen. – Also, so ist es nicht, dass jeder den gleichen Preis bezahlt!

Dr. Herbert Hillingrathner: Also Entschuldigung! Ich kenne kein Land, das weniger gezahlt hat für **unsere** Konfiguration. – Da sind ja oft Welten dazwischen im Ausrüstungs-Standard, und ich kann nicht mit unserer Version vergleichen, wenn einer vielleicht voll auf NATO ausgerüstet ist.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Na ja, Sie müssen natürlich schon auch akzeptieren, dass Österreich ein Abfangjäger-Flugzeug gesucht hat, um den Luftraum zu überwachen, und mit der Tranche 1 hätte man das Auslangen gefunden. Das heißt, wir hätten uns bei der Tranche 1 auch die Zwischenlösung gespart, wie wir ja aus Befragungen erfahren haben.

Hat das bei den finanziellen Überlegungen **keine** Rolle gespielt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das Militär war eigentlich immer für Leistungen aus der Tranche 2, denn es soll ja zukunftsicher sein und ein System für die nächsten 40, 45 Jahre. Und irgendwann müssen wir auf Tranche 2 aufrüsten, und wenn wir das nicht mitmachen, dann bekommen wir ein „Loch“, sodass unser Flieger hinten bleibt und wir dann **Individuallösungen** brauchen, die sehr teuer kommen. Also war die Entscheidung für Tranche 2 die richtige, auch wenn sie ein bisschen mehr kostet.

Die Zwischenlösung muss man relativieren: Ich habe um die Jahre, in denen ich jetzt die F-5E habe, keine Flugzeug-Abnutzung der Eurofighter – wenn ich das kaufmännisch rechne, sind das wahrscheinlich höhere Beträge, als uns die F-5E kosten – und die Finanzierungskosten sind so günstig – es waren Triple-A-Konditionen –, dass es nahezu die Kosten der Staatsschuld gewesen wären. Also, ich würde sagen: Das geht zumindest pari aus.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Sie haben auch gesagt, dass man die Betriebskosten, die Life-Cycle-Kosten, nicht so einfach sehen darf – es sind also auch andere Bewertungen zugrunde zu legen.

Es ist so, dass die Unterlagen, die uns vorliegen, aus denen klar hervorgeht, dass die Betriebskosten, die Life-Cycle-Kosten zusammengezählt beim Eurofighter das Doppelte zum Beispiel vom Gripen ausmachen. Wenn wir sagen, 100 Prozent ist das beim Eurofighter, dann ist das 52 Prozent beim Gripen – das haben Sie auch selbst angeführt. Und überdies muss man auch wissen, dass diese Kalkulation, diese Berechnung von EADS erstellt wurde. – Haben Sie sich da nicht irgendwie auch Gedanken gemacht, wenn ein Unternehmen, das Flugzeuge verkaufen will, die Mitkonkurrenten so bewertet, dass das zumindest nicht – wie Sie es jetzt ausdrücken – die oberste Grenze, sondern eher die untere Grenze war, dass vielleicht die Unterschiede noch wesentlich größer sein könnten, als sie hier zutage treten, denn welches Unternehmen, das die Konkurrenz beurteilt, um ein Geschäft zu machen, beurteilt die Konkurrenz günstiger, als es sein muss oder augenscheinlich ist.

Dr. Herbert Hillingrathner: Meines Wissens sind die Berechnungen nicht von EADS gewesen, sondern vom Verteidigungsministerium, abgeleitet aus den Offerten der Firmen. Und da hat sich offenbar herausgestellt, dass EADS ein völlig überzogenes Anforderungsprofil angenommen hat. – Ich weiß das jetzt nicht genau, aber so ungefähr 80 Prozent Ersatzteil-Stock statt Verfügbarkeit und so weiter – das wirkt sich natürlich auf die Kosten aus – und eben gewisse NATO-Spezifikationen, die wir nicht brauchen. Und es ist natürlich legitim, wenn der Hersteller später darauf hinweist: Das sind aus dieser Sicht der Dinge nicht die tatsächlichen Kosten.

Und eines möchte ich schon deutlich sagen: Es ist nicht wahr, dass immer alle lügen! Ich habe sehr wohl oft sehr konsistente und ehrliche Zahlen bekommen von Firmen, wenn es nicht nur um die Schau geht, sondern wenn man miteinander wirklich Tacheles spricht.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Ich habe jetzt fast den Eindruck, dass Sie diese Unterlage nicht kennen – sie hat die Geschäftszahl 4320 FLH, die Life-Cycle-Kalkulation. Die ist sehr wohl von EADS – das wurde ja auch letztes Mal ausgeführt und auch bestätigt, und daher war das auch an der Unterlage klar ersichtlich, wovon ich hier rede. Das kann man auch nachvollziehen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich nicht! Ich habe gesagt, ich weiß es nicht. Wenn mir gesagt wird, das ist woanders ... Ich weiß es nicht! Ich habe das hier dabei gehabt, und vielleicht ist es auch von EADS. Bitte, man muss ja eines bedenken: Die Firmen sind ja enorm miteinander vernetzt. Ich glaube, British Aerospace wäre es egal gewesen, ob Gripen oder Eurofighter – sie verdienen da und dort, oder genauso F-16. Das lässt sich ja nicht trennen! Die Triebwerke kommen zum Teil von denselben Herstellern und so weiter und so fort – Elektronik –, und die wissen natürlich auch die Kosten und sind selbst interessiert daran, zu wissen, wo sie liegen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Herr Doktor, das verstehe ich schon, dass die untereinander vernetzt sind, aber ein großes Argument zum Beispiel des Finanzministers war auch: klar europäisch muss es sein, ein europäisches Flugzeug; keinen Gripen, der gehört den Amerikanern. – Sie sagen: Die gehören ohnehin alle untereinander sich selbst! Den Verdacht habe ich in Wirklichkeit auch, denn wir sind zum Beispiel ohne die Amerikaner nicht in der Lage, auch wirklich damit zu fliegen, wie wir wissen. Man muss also die USA um Erlaubnis bitten, um entsprechende Genehmigungen zu bekommen.

Eine weitere Frage – und das ist dann auch schon meine Schlussfrage –: Hat es im Anschluss an die Typenentscheidung irgendwann in einem gemütlichen Rahmen eine kleine Abschlussfeier gegeben, bei der es auch relativ „lustig“ war, bei der man dann auf Zielscheiben geschossen hat, so eine kleine Abschlussfeier? Wissen Sie davon etwas? Waren Sie da irgendwo dabei?

Dr. Hillingrathner: Die Luftwaffe hat in Langenlebarn ein Festchen gemacht in ihrer Manier, gestaltet von den Piloten, zu der alle Leute eingeladen waren, die an diesem Projekt mitgearbeitet haben, also sowohl die Herren der Verteidigung, ich und Frau Dr. Schwarzendorfer, damals schon Finanzministerium, und natürlich auch die Leute von EADS – ich habe da viele gar nicht gekannt. Das war ein Fest in Langenlebarn, veranstaltet von der Luftwaffe in einem Hangar.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Hat es da auch ein Zielschießen gegeben auf spezielle Scheiben?

Dr. Hillingrathner: Sehr interessant, Sie sind gut informiert. Ja, es hat ... Ich kann das hier schildern, wenn es von Interesse ist. (*Abg. Prähauser: Bitte!*) Die Piloten haben – ich war schon vorgewarnt, denn es hat Manches schon im Spital geendet, wenn sie solche Feiern gemacht haben ... Es wurden nach einer Stunde Präsentation vom Heer – ich muss sagen, es war eine sehr schöne Präsentation – vier Leute herausgebeten: Verteidigungsminister Platter, meine Wenigkeit, Wolf und Generalstabschef Ertl. Wir wurden in den hinteren Raum geführt, uns wurde ein Pilotenanzug angezogen, und dann wurden wir hinausgeführt und ein Wettbewerb veranstaltet. Der erste war, von Bildern, die freigegeben werden, als Erster zu erkennen, was dargestellt ist, also, was das Dahinterliegende bedeutet. Die zweite Prüfung war, dass wir mit Fahrrädern gegeneinander kämpfen mussten, jeweils zwei Mann, an denen hinten ein Luftballon angebunden war. Und wer als Erster den Ballon abschießt, ja ...

Obmann Dr. Peter Pilz: (*unterbrechend*) Darf ich fragen, womit Sie den Luftballon abgeschossen haben?

Dr. Hillingrathner: Mit dem Fahrrad! (*Abg. Mag. Stadler: Fahrradboten! – Obmann Dr. Pilz: Psst!*) Na, es geht so ... Wenn es gefragt wird, erzähle ich das. Und der dritte Test war dann, auf einem Fahrrad-Ergometer zu sitzen und fest zu treten. Und da war so eine Luftdruckpistole, da ist irgendeine Flüssigkeit herausgekommen, und in fünf, sechs Meter Entfernung war eine Scheibe, da waren individuell Pickerln draufgepickt – bei mir natürlich gemeinerweise auch mein Minister – und darauf konnten wir, glaube ich, fünf Schuss abgeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben fünf Schuss auf Ihren Minister abgegeben?

Dr. Hillingrathner: Nein, ich habe ihn nicht getroffen!

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Wer waren die anderen Zielobjekte?

Dr. Hillingrathner: Das waren Flieger, das war alles mögliche. Ich weiß nicht, was die anderen als Zielobjekt gehabt haben.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): War der Verteidigungsminister der einzige Politiker, der da draufgeklebt war?

Dr. Hillingrathner: Politiker habe ich eigentlich wenige gesehen, es waren Piloten und so weiter, aber es war die „Kronen-Zeitung“ darauf – das war kein Politiker. Und so weiter. Bitte, da die Urheber der Dinge zu fragen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Lieber Herr Vorsitzender! Das ist ausgesprochen unterhaltsam, ja, und ...

Dr. Hillingrathner: Genau genommen, habe ich es gewonnen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter! Wir müssen auch das kulturelle Umfeld der Beschaffung kennenlernen. Und damit ersuche ich, in der Beantwortung fortzusetzen. Sie (*in Richtung der Abg. Dr. Fekter*) können probieren, was Sie wollen (*Abg. Dr. Fekter: Beweisthema 2!*), der Ausschuss soll auch Freude haben (*Abg. Dr. Fekter: Beweisthema 2, Herr Kollege, bitte!*), und für dieses Recht stehe ich jetzt ein.

Herr Dr. Hillingrathner, bitte setzen Sie mit Ihrer Schilderung fort.

Dr. Hillingrathner: Die Schilderung ist eigentlich schon zu Ende. Es hat dann ein Essen gegeben, ja. (*Abg. Mag. Stadler: Für die Fahrradboten!*)

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Herr Doktor, war Herr Rauen bei diesem Fest auch anwesend?

Dr. Hillingrathner: Er war auch dabei, selbstverständlich.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Das wollte ich nur festhalten, denn er hat nämlich gesagt, er sei nicht dabei gewesen. – Danke schön.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wieder ein bisschen ernst am Rande. – Herr Dr. Hillingrathner, Sie haben vorhin dem Ausschuss gesagt, dass der Eurofighter absoluter Bestbieter war mit dem Eurofighter Typhoon und dass ein so günstiger Preis vermutlich keinem anderen Kunden mehr angeboten werden würde in so einem Geschäft mit dieser Klassifizierung und mit diesen Eigenschaften, wie der, den wir von Eurofighter bekommen haben.

Dr. Hillingrathner: Das ist zwar eine kühne Behauptung von mir, aber ich glaube, ich liege richtig.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Folgendes: Um auf diesen Zettel zurückzukommen, zu Ihrer Kaufempfehlung Abfangjäger vom 28. Juni 2002. Da haben

Sie dann auch festgestellt: Mit Abstand das kampfstärkste Gerät mit guter Preis-/Leistungsrelation zu anderen Neuversionen. Dies betreffend Eurofighter Typhoon.

Können Sie dem Ausschuss noch einmal zusammengefasst darlegen, was diese gute Preis-/Qualitätsrelation ausgemacht hat?

Dr. Hillingrathner: Auch da habe ich mir etwas gedacht dabei ... (*Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen*) – Stärken/Schwächen Eurofighter: Eurofighter ist der modernste, zukunftsichere und kampfstärkste Fighter unter den Konkurrenten und europäischer Provenienz. Sieger im militärischen Bewertungsverfahren. – Anmerkung: Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist, dass das BMLV die Muss-Kriterien, die rund 60 Prozent der Ausschreibungsbedingungen ausmachen, sehr niedrig angesetzt hat und dieses Level mit 100 Prozent bewertet, sodass der Anbieter des leistungsschwächsten Geräts, zum Beispiel Gripen, 100 Prozent der Punkte erreicht hat und beispielsweise eine dreifach höhere Leistung des anderen Produkts ebenfalls nur mit 100 Prozent bewertet wurde. Eine darüber hinausgehende Leistung bleibt unberücksichtigt.

Auch im Bereich Gegengeschäfte wurden die Angebote der Eurofighter GmbH am Besten bewertet. Preis-/Leistungsverhältnis gegenüber Konkurrenzprodukt Gripen ist vor allem von der Kampfleistung und hinsichtlich des Entwicklungs- und Aufwuchspotentials besser. Hat auch das beste Radar für Luft/Luft; Lösung für mehr als 30 Jahre; lange Versorgung garantiert. Einziges Flugzeug mit zwei Triebwerken, braucht weder beim Start noch bis Mach 1,5 einen Nachbrenner. Kein Problem mit Waffenlasten. Herstellerdaten immer mit sechs Lenkwaffen, die Konkurrenz ist meistens leer. Voller NATO-Kompatibilität und Interoperabilität gegeben. Für die Zweitrolle Auslandseinsätze ohne Nachrüstungen geeignet. Einfache Pilotenausbildung innerhalb der EU – gemeinsame Sprache. Auf Grund vieler Nutzer relativ kostengünstige Materialerhaltung und laufende Upgradings zu erwarten.

Da habe ich dazugeschrieben: Die Gripen-Produktion wird voraussichtlich noch dieses Dezennium eingestellt. Materialerhaltungssupport und Upgradings, wenn überhaupt noch finanzierbar, zu „Apothekerpreisen“. – Räumliche Nähe zu Österreich. – Wobei es auch eine Aussage von Schweden selbst gibt, dass der Gripen die letzte Entwicklung war, die Schweden auf diesem Gebiet gemacht hat. – Das waren sozusagen die Überlegungen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke. Sehr interessant! – Nächster Punkt: In der gleichen Unterlage stellen Sie fest, dass dieses Gerät erst in zirka sechs Jahren ausgereift sein würde – das war am 28. Juni 2002, das bedeutet 2008. Haben Sie damit die Tranche 2 gemeint? Wie sind Sie zu dieser Analyse gekommen, wenn man davon ausgeht – wir haben das nämlich auch schon hier im Ausschuss von einem Experten des Luftzeugwesens gehört –, dass ab einer Kaufentscheidung in etwa zwei bis drei Jahre vergehen, bis man auch im Land die technischen Voraussetzungen von der Infrastruktur her geschaffen hat, bis dann im Normalfall ein Gerät geliefert wird. Sie gehen aber gleich von **sechs** Jahren aus, dass also erst nach sechs Jahren eine Ausreifung dieses Typs vorliegen würde.

Dr. Hillingrathner: Ich kann da auch nur wieder auf meinen Hausverstand zurückgreifen und auf Erfahrungen, die ich habe. Bei Flugzeugentwicklungen sind die ersten fünf bis zehn Jahre problematisch, bis alles beseitigt ist. Dann kommt ein langes Nutzerprofil, und gegen Ende hin wird es wieder teuer, wie wir ja beim Gripen gesehen haben.

Bezüglich der Entwicklung: Es ist halt so, es braucht jedes Produkt seine Ausreifung. Das darf man nicht negativ sehen, sondern da soll man positiv mitarbeiten, und es wird eben dann 2008 oder 2009 oder 2010 ein ausgereiftes, gutes Produkt sein.

Das war auch so, als wir die „Goldhaube“-Radar bestellt haben, da gab es auch Interventionen, so zum Beispiel das ausgereifte Radar von Westinghouse, und ich habe gesagt: Nehmen wir Selenia, das ist die Zukunft der Technologie. – Und heute sind alle zufrieden damit. Wer nichts wagt, gewinnt nicht viel. Den **Joint Strike Fighter** – das muss ich wieder erwähnen – haben schon so viele Nationen bestellt, und die ersten fliegen gerade einmal los. Es dauert noch Jahre, bis die fertig sind, und wenn sie fertig sind, werden sie das erfüllen.

Man muss dem halt positiv gegenüberstehen und es in Kauf nehmen. Niemand liefert ein fertiges Produkt. Auch die Exportversion C von Gripen ist im Jahr 2005 zum ersten Mal geflogen, oder vielleicht Ende 2004. Er ist, wenn es wahr ist, in Bezug auf die Technik auch zu 70 Prozent anders als das Vorgängermodell. Auch diese Version kann nicht ausgereift sein, auch da wird es Mängel geben. Der Mensch ist halt nicht vollkommen, und so gesehen sehe ich da nichts Schlechtes, und meine Aussage trifft offenbar zu, denn dann können die Batch 2 liefern.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Doktor, Sie haben gerade gesagt, dass der SAAB Gripen erst 2005 geflogen ist. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) Hat es praktisch zu dem Zeitpunkt der Entscheidung auch noch keinen Gripen gegeben, der für Österreich vorgesehen war?

Dr. Herbert Hillingrathner: Von der Tatsache habe ich gewusst, aber sie wurde ignoriert. – Entschuldigung, ich sage es so.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, wenn wir davon ausgehen, dass in einem Finanzministerium grundsätzlich die Stimmung vorherrschen muss, Geld möglichst sparsam einzusetzen, das heißt, das Budget möglichst zu schonen, möglichst wenig im Budget aufwenden zu müssen, dann ist doch Ihre Formulierung: Wenn Geld keine Rolle spielt, dann der Eurofighter!, geradezu das Kontraktum zu einer Grundhaltung, die in einem Finanzministerium vorherrschen muss. Das heißt, Sie müssen sich etwas dabei gedacht haben, als Sie diese Formulierung hineingeschrieben haben: wenn Geld keine Rolle spielt. Geld muss in einem Finanzministerium immer eine Rolle spielen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Herr Abgeordneter, das darf man nicht so sehen. Ich habe nur eine Alternative gehabt, nämlich den Gripen, und der ist kaum billiger, wenn man wirklich alles miteinander vergleicht; man muss ja von 30, 40 Jahren Nutzungsdauer ausgehen. Ich habe ja geschildert, welche Kosten da auf uns zukommen. Die Norweger zum Beispiel machen jetzt eine Ausschreibung und laden sogar Gripen ein, anzubieten. Sie zahlen 400 Millionen Norweger Kronen, damit SAAB noch in der Lage ist, Aufhängevorrichtungen zu entwickeln. Die Firma ist nicht mehr leistungsfähig – wie schaut das dann aus, wenn wir in 15 oder 20 Jahren nachbessern müssen, weil die Technik sich verändert hat? – Dann wird es extrem teuer. Es wird keinen kaufmännischen Run mehr auf 500 Gripen der C-Serie ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber ich möchte Ihre Absicht erschließen und die Absicht, warum Herr Winkler ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Das heißt, es sind beide Lösungen teuer. Und wenn die Regierung beschließt, neue zu kaufen, kann unser Minister nicht erzwingen, die F-16 kaufen zu müssen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, Sie haben das schon mit der Absicht hingeschrieben, dass außer der F-16 eigentlich kein Flugzeug angeschafft werden sollte. Das hat uns nämlich Herr Sektionschef Steger so erläutert; das ergibt sich aus seinem ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist natürlich die Sparvariante, aber das ist eine Management-Entscheidung, die habe nicht ich zu entscheiden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist mir schon klar, aber dass Sie vom Finanzministerium hinschreiben: wenn Geld keine Rolle spielt – in einem Finanzministerium spielt Geld immer eine Rolle; das ist so, als ob ich in der Kirche schreiben würde: wenn der Zölibat keine Rolle spielt, dann schicken sie ja die Priester sozusagen aufs Mädchenlager. Wenn Geld keine Rolle spielt – im Wissen, dass in einem Finanzministerium Geld immer eine Rolle spielt –, dann Eurofighter, das heißt ja nichts anderes, als der Eurofighter ist nicht möglich, weil in einem Finanzministerium Geld immer eine Rolle spielt; zumindest korrespondiert das mit der Haltung, die uns Sektionschef Steger erläutert hat: Die Alternative zur F-16 war aus der Sicht des Finanzministeriums: gar keine Anschaffung!

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist halt mein Anreiz – natürlich kann man auch sagen, etwas *unsachlich* diese Formulierung – an den Finanzminister: Kämpf für die F-16! Aber er ist untergegangen. Das sind Fakten und damit ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie wir seit heute wissen, war es ihm gar kein so großes Anliegen, für den F-16 zu kämpfen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich nicht, das kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist vollkommen klar, dass Sie das nicht wissen können, das haben wir bis heute auch nicht gewusst; wir haben es nur geahnt. Aber diese Formulierung: wenn Geld keine Rolle spielt, lässt in einem Finanzministerium ja nur einen Schluss zu: Dieser Typ kann es nicht sein! Das ist die Conclusio, die von Ihnen zumindest billigend in Kauf genommen wurde.

Dr. Herbert Hillingrathner: So streng würde ich es nicht sehen, denn dann hätte ich schreiben müssen: Gar keine Abfangjäger!, und das habe ich nicht getan.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, Sie haben ja in Ihrer *Kaufempfehlung* für den F-16 argumentiert.

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte, ich bestimme nicht, welches Flugzeug gekauft wird, da gehört immerhin noch ein Verteidigungsministerium dazu, und dieses hatte sich total dagegengestemmt. Der Verteidigungsminister hätte sicher keine Sekunde nachgegeben, es wäre so und so chancenlos gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon, aber Sie formulieren das ja selbst als „Kaufempfehlung“.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich hätte das gar nicht hinzuschreiben brauchen, jeder sieht, dass das teurer ist als die F-16.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist schon klar, Herr Ministerialrat, ich werfe es Ihnen ja nicht vor, ich will nur die Gedankengänge erschließen, die damals vorgeherrscht haben. Da ist von einer *Kaufempfehlung* die Rede: Wenn wir schon etwas anschaffen, dann den F-16, wenn wir den nicht kriegen, dann besser gar nichts, weil wenn Geld keine Rolle spielt, dann können wir uns das noch leisten. Das heißt, nachdem in einem Ministerium wie dem Finanzministerium Geld immer eine Rolle, wenn nicht sogar *die* herausragende Rolle spielt, gibt es außer dem F-16 praktisch nichts. – So lese ich das.

Dr. Herbert Hillingrathner: Gut, dann war es halt die Bundesregierung, und die hat anders gedacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon, das ist mir schon klar, aber mir geht es darum, dass auch noch am 1. Juli 2002 im Ministerium eigentlich die Stimmung

geherrscht hat, dass der Eurofighter eher eine theoretische Variante und keine – aus der Sicht des Finanzministeriums wohlgermerkt – wirklich realistische Variante ist.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, so sehe ich das nicht. Das war keine theoretische, das war eine **reelle Variante**, wenn man bereit ist, für das Beste etwas auszugeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Unter der Prämisse, dass Geld keine Rolle spielt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war mein privater Sager; jeder kann damit machen, was er will, das ist halt so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich kann Ihren sogenannten privaten Sager schon nachvollziehen; wir können auch nachvollziehen, warum der Kabinettschef des Finanzministeriums diesen sogenannten privaten Sager, den Sie immerhin zweimal verfasst haben, nicht vermerkt haben wollte.

Kommen wir noch einmal zu den Life-Cycle-Costs. Da jetzt ziemlich deutlich ist, dass die Life-Cycle-Costs sehr wohl auch für den Eurofighter ermittelbar waren und Ihnen nach einem heftigen Disput mit dem Verteidigungsministerium dazu endlich auch Unterlagen vorgelegt wurden, frage ich Sie: Sind Sie mittlerweile oder sind Sie dann später, nachdem die Typenentscheidung gefallen ist, in Kenntnis der Betriebskosten gelangt, haben Sie erfahren, wie hoch diese Betriebskosten sind? (*Dr. Hillingrathner: Nein!*) – Haben Sie nach der Typenentscheidung mit den Betriebskosten nichts mehr zu tun gehabt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die kann man erst feststellen, wenn das Flugzeug einige Jahre in Betrieb ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist schon klar, aber es gibt ja auch Budgetplanungen, jedenfalls ist mir ein Schreiben vom 2. Juli 2003, das heißt ein Jahr später ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Es gibt, das ist ja bekannt, ein Paktum: Bis 35 Millionen € Betriebskosten zahlt der Finanzminister, und was darüber hinausgeht, muss das Heer berappen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier ist von 32 Millionen die Rede (*Dr. Hillingrathner: 32, Entschuldigung!*), dass aber die Kosten bei etwa 50 Millionen pro Jahr liegen. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*)

Das heißt, diese Zahlen können Sie bestätigen, das hat sich später konkretisiert?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich hoffe, dass es billiger wird; das waren unsere Annahmen, die halbwegs reell sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das bedeutet, dass aber spätestens nach einem Jahr vollkommen klar war, dass sich die ursprünglichen Einschätzungen, dass im Betrieb der Eurofighter wesentlich teurer ist als der Gripen, bewahrheitet haben. Würden Sie das bestätigen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Diese Schlussfolgerung kann jeder ziehen. Vielleicht gibt es jemanden, der uns das Gegenteil beweist; ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber nach dem Stand der damaligen Einschätzung. Die Kaufentscheidung wird ja nach der Einschätzung zum Zeitpunkt der Kaufentscheidung getroffen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Für uns war das überhöht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jetzt wird es aber wirklich interessant: Für Sie war es überhöht, dann stellt sich aber ein Jahr später heraus, dass das nicht wirklich wesentlich überhöht ist, sondern dass die Betriebskosten schon in etwa in der Höhe sind, sonst gibt es ja keine Abmachung zwischen dem Verteidigungsministerium und dem Finanzministerium: 32 Millionen zahlt das Finanzministerium und den Rest auf 50 Millionen das Verteidigungsministerium. Da macht ja diese Abmachung überhaupt keinen Sinn mehr.

Dr. Herbert Hillingrathner: Zwischen 50 und 70 Millionen € ist zunächst einmal ein großer Unterschied, und zweitens hat bereits im Jahr 2001, als es dann das Ankaufgesetz gegeben hat und der Ministerratsvortrag gemacht wurde, das Heer natürlich darauf bestanden, dass reingeschrieben wird, welche Kosten zusätzlich vom Finanzminister abgedeckt werden – also seine budgetäre Zusatzdotierung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Damit haben Sie vollkommen Recht, dass zwischen 50 und 70 Millionen ein Unterschied ist. Während das Verhältnis früher 1 : 2 bestanden hat, sind aber jetzt diese Kosten immer noch um rund ein Drittel höher als die für den Gripen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Natürlich sind die Kosten des Eurofighter höher, ich weiß auch nicht, wie hoch die tatsächlichen Kosten des Gripen wären.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die tatsächlichen Kosten – das haben uns alle bestätigt – konnten relativ genau beziffert werden, weil man Erfahrungen mit dem Gripen hatte, sodass man diese Kosten relativ genau ermitteln konnte. Nun wissen wir im Vergleich zu den relativ genau ermittelbaren Gripen-Kosten – Betriebskosten –, dass die Betriebskosten für den Eurofighter spätestens ein Jahr nach der Kaufentscheidung ganz eindeutig mit einem Drittel höher zu veranschlagen sind als die für den Gripen. Das geht aus Ihrem eigenen Schriftverkehr hervor, Herr Ministerialrat.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist schlüssig, dass die höher sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist schlüssig? Ein Drittel höher?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß es nicht. Vielleicht sind sie um 50 Prozent höher. Ich weiß es nicht, das wird der Betrieb dann zeigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Lassen wir das einmal! Ich wollte Ihnen nur klarmachen, dass mittlerweile auch das Finanzministerium – damals waren Sie noch im Amt, Sie waren noch nicht in Pension – erkannt hatte, dass eine Einigung mit dem Verteidigungsministerium notwendig war.

Können Sie dem Ausschuss vielleicht erläutern, wieso Sie gerade auf 32 Millionen gekommen sind, denn diese Zahl ist auch nicht zufällig zustande gekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß nicht, ich bin nicht mehr auf dem Zahlenfriedhof daheim.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war jetzt nicht eine zufällige Größenordnung?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, zufällig war da nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es richtig, dass sich diese Zahlen in etwa an dem orientieren, was der Gripen an Betriebskosten verursacht hätte?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das sind Zahlen, nehme ich an, doch aus der Landesverteidigung und im Vergleich zu bisherigen Gripen-Kosten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es kann aber kein Zufall sein, dass man die Zahlen für den Gripen-Betrieb in etwa zwischen 32 und 37 Millionen veranschlagt hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, dass es so ist. Ich weiß auch nicht, ob die Exportversion im Betrieb nicht teurer sein wird; sie hat ein anderes Triebwerk, ist stärker und so weiter. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, ich will nicht weiter in Sie drängen, ich will nur sagen, diese Zahl ist mittlerweile amtlich. Sie ist zwischen dem Finanzministerium und dem Verteidigungsministerium so vereinbart. *(Dr. Hillingrathner: Das sind Kalkulationsgrößen!)* Richtig, Größen, die auch durchaus auf realistischen Grundlagen beruhen und die in der Tendenz das bestätigt haben, was zum Zeitpunkt der Kaufentscheidung schon klar war, nämlich dass der Eurofighter bedeutend, zumindest aber ein Drittel höhere Betriebskosten haben wird.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist schlüssig und logisch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wollte ich hören, danke.

Dr. Herbert Hillingrathner: Wie gesagt, darin nicht inkludiert – das habe ich wieder und wieder erwähnt – sind die Updates, Upgrades und so weiter, die im Laufe der Jahre dann notwendig sind. *(Abg. Mag. Stadler: Das ist aber wieder ein anderes Kapitel!)* Aber das gehört letztlich auch dazu, und das ist alles nicht bewertet worden; auch zwei Triebwerke haben einen Vorteil gegenüber einem, darüber brauchen wir nicht zu reden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich darf nun selbst ein paar Fragen stellen. In der Ministerratssitzung am 2. Juli – wie wir wissen – beziehungsweise in der Ministerratsvorbesprechung macht der Finanzminister dem Verteidigungsminister ein Angebot und sagt: Okay, damit ihr den Eurofighter nehmt, übernehmen wir die dadurch entstehenden höheren Betriebskosten!

War dieses Angebot an den Verteidigungsminister, das am 2. Juli erfolgt ist und das das Verteidigungsministerium auch angenommen hat, im Finanzministerium vorbereitet? *(Dr. Hillingrathner: War das 2002?)* Ja, 2002, am Tag der Typenentscheidung.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist mir neu, das kenne ich nicht. Ich weiß nur, dass im Jahr 2001 anlässlich sozusagen unserer Freigabe und des Ministerratsvortrages er darauf bestanden hat, dass die Zusage ist, in der und der Höhe die Kosten abzudecken. Dass das im Ministerrat gewesen sein soll – keine Ahnung, das war nie Thema in einem vorbereitenden Gespräch oder sonst was, ich weiß von nichts.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich lese Ihnen vor, was der Ministerrat beschlossen hat, dann können wir es besser besprechen:

Hinsichtlich der Betriebskosten des neuen Systems, die über jenen des bisherigen liegen, sind ebenfalls budgetäre Vorkehrungen zu treffen, sodass das Budget des BMLV nicht zusätzlich belastet wird. – Zitatende.

Ist das zahlenmäßig und für den Ministerrat mit Ihrer Hilfe vorbereitet worden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Für mich war es eine politische Absprache bis etwa zu diesen 32 Millionen, und die gilt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist das üblich, dass der Finanzminister einem anderen Minister eine doch nicht ganz billige politische Zusage macht auf Kosten zukünftiger Budgets, und zwar der Budgets der nächsten 30 Jahre, ohne das mit seinen Fachbeamten vorbereitet zu haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Noch einmal: Es war vereinbart – und da gab es nichts vorzubereiten –, und zwar schon ein Jahr zuvor, dass gewisse Teile dem Heer abgegolten werden, und aus der Situation heraus, dass unser Heer nicht wirklich fürstlich überdotiert ist, ist es nicht möglich ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Hillingrathner, es geht um etwas anderes.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das ist nicht etwas anderes, sondern das ist ein zwingender Zusammenhang. Wenn das Heer entsprechend dotiert wäre, dann könnte man einen Vertrag so gestalten, dass es das aus den laufenden Investitionen abdecken kann.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es geht trotzdem um etwas anderes; ich möchte es Ihnen erklären. Es gibt einen Entwurf für einen Ministerratsvortrag schon für den 25. Juni – dazu haben wir auch die Militärs befragt, und den damaligen Verteidigungsminister müssen wir erst dazu befragen –, und in diesem Entwurf befindet sich der von mir vorgelegte Passus nicht. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) Sie sagen ja. Wissen Sie das?

Dr. Herbert Hillingrathner: Entwürfe sind dazu da, geändert zu werden, und zwar bis zum letzten Zeitpunkt, und der Verteidigungsminister hat offenbar darauf insistiert, dass diese Kostenabdeckung reinkommt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Diese Kostenabdeckung bezieht sich auf das bisherige System, nämlich den Draken. Wie hoch waren die dem Finanzministerium am 2. Juli bekannten Kosten des Betriebs des Systems Eurofighter, wie weit sind diese Ihres damaligen Wissens über den Kosten vom Draken gelegen?

Dr. Herbert Hillingrathner: In einer Tabelle haben wir Kosten aufgelistet, die so um die 54 herum gelegen sind, ich weiß es nicht auswendig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und um wie viel über den Draken-Betriebskosten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Um zirka 20 wahrscheinlich. Ich weiß es nicht, ich habe 100 000 Zahlen gehabt, Zahlenfriedhöfe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, wir können uns die Zahlen anschauen. Aber extra für den Ministerrat haben Sie in diesem Zusammenhang nichts vorbereitet.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, es waren am 25. und 26. die Sitzungen, wo es nur um die Life-Cycle-Costs gegangen ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie im Nachhinein, nach der Typenentscheidung, einen Auftrag bekommen, genau zu berechnen, was diese Zusage das Bundesministerium für Finanzen kosten wird?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, denn wir haben nicht endgültig gewusst, was tatsächlich bei den Vertragsverhandlungen herausgekommen ist, sondern wir haben einmal geschaut, dass wir auf einen Betrag wahrscheinlich von **unter** 2 Milliarden kommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt komme ich zu diesem Stück zurück, dass Sie uns übergeben haben. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist im Akt, bis auf das letzte Blatt!*)

Bis auf das letzte Blatt. (*Abg. Dr. Fasslabend: So ist es!*) Okay. Nur dieser Vergleich ist nicht im Blatt. Ist das richtig? (*Abg. Mag. Stadler: Der Vergleich nicht!*)

Ich wollte Sie nur zur Sicherheit eines fragen: Gibt es in Ihrem Besitz sonst noch irgendwelche Unterlagen, die dem Ausschuss noch nicht zur Verfügung stehen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann das nicht sagen, ich habe gar nicht gewusst, dass ich das habe; das lag irgendwo in einem „Saustall“ – Entschuldigung – von

Zeitungsausschnitten und so weiter. Ich hätte es genauso gut in den Reißwolf geben können. Ich hoffe, dass der Ausschuss die meisten Unterlagen hat. (*Abg. Mag. Gaßner: Unglaublich!*) Nein, das ist nicht unglaublich, sondern wenn man arbeitet, ist das ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Hillingrathner, für uns ist es nicht unerheblich, dass wir den Eindruck haben, dass der Ausschuss alles hat.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß es, ich möchte nur nicht in Gewissensnot kommen; ich wäre unehrlich, wenn ich dem Ausschuss etwas zusage, was ich nicht sagen kann. Ich hätte auch gut sagen können, das lege ich nicht vor.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann schauen Sie doch freundlicherweise einmal nach – das kann man ganz einfach machen –, was Sie noch an Unterlagen haben und lassen Sie uns das auf kurzem Weg – das ist alles vom Beweisbeschluss gedeckt – in Kopie hier im Parlament zukommen, dann können wir uns selbst einen Eindruck davon machen. (*Dr. Hillingrathner: Ich habe auch keine Ahnung, welche Unterlagen das Heer hat!*) Das ist ja nicht so kompliziert; ich nehme an, das werden keine Berge sein. Sie fertigen einfach eine Kopie von Ihren Unterlagen an und stellen diese der Parlamentsdirektion zur Verfügung. Ist das für Sie machbar?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann nur sagen, eingeschränkt. Das ist ein schwer vollziehbarer Auftrag, weil ich wirklich nicht diese peinliche Ordnung habe, die vielleicht wünschenswert wäre.

Obmann Dr. Peter Pilz: Einigen wir uns auf: so gut wie möglich.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ich habe schon einmal gesagt, bitte, mich nicht zu prügeln – oder ich sage überhaupt nichts, das wäre natürlich das Einfachste, aber das möchte ich auch nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist kein guter Vorschlag.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe das gestern durch Zufall entdeckt, dass das da drinnen liegt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann ersuche ich Sie einfach, genauer nachzusehen. Wir haben auch das Verteidigungsministerium ersucht, noch einmal systematisch und genauer nachzusehen. Wenn es etwas hilft, würde uns das allen die Arbeit erleichtern. Das ist ein konkretes Ersuchen an Sie, und ich bin mir sicher, dass Sie dem nachkommen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Irgendwo wird es wahrscheinlich noch handgeschmierte Zettel geben, zum Teil stenographiert und halb unlesbar. Aber das ist es nicht, denn darüber gibt es dann Akte und Geschäftsstücke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das deckt sich nicht ganz mit unseren Erfahrungen. Es gibt *nicht* über alles Akten und Geschäftsstücke, und etliche Unterlagen, die nicht veraktet worden sind, sind für uns in der Zwischenzeit von durchaus großer Bedeutung.

Ich habe es Ihnen, glaube ich, sehr klar gesagt ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Soll ich Ihnen diese Unterlagen ad personam geben?

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie können das ruhig an mich schicken oder einfacher an die Parlamentsdirektion. Ich mache das nachher noch genauer mit Ihnen aus, das besprechen wir mit Herrn Dr. Engeljehringer.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nicht, dass sich dann Sachen auftun, nicht dass ich dann Prügel kriege von meinem Haus, wieso schicke ich da Papier weiter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Prügel bekommen Sie nicht, das werden wir nachher ganz genau besprechen, wie wir das machen; das müssen wir jetzt nicht in der laufenden Ausschusssitzung tun.

Was mir persönlich grundsätzlich unklar ist, ist – ich sage Ihnen einen Eindruck –: Da führt das Verteidigungsministerium ein Bewertungsverfahren durch – man kann darüber streiten –, die Zusammenführung der Nutzwertpunkte ergibt ein relativ knappes Ergebnis zwischen Gripen und Eurofighter. Sie führen allem Anschein nach eine eigene Bewertung durch, kommen zu deutlich vom Verteidigungsministerium abweichenden Ergebnissen, und ich frage mich, wenn ich die Akten durchschaue und mir die Protokolle anschau: Haben Sie von Ihren Vorgesetzten den Auftrag gehabt, eine durchaus vom Verteidigungsministerium unterschiedliche Bewertung durchzuführen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Absolut nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und warum haben Sie das getan?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe gesagt, wenn ich hier etwas mache, dann möchte ich mit bestem Wissen und Gewissen dabei sein können, und ich bilde mir eine eigene Meinung. Und das war meine Überzeugung, die ich niedergeschrieben habe.

Ich habe den Auftrag bekommen, eine Typenempfehlung zu machen – mir war das nicht sehr angenehm –, und die habe ich gemacht. Mehr nicht! Das ist ja eigentlich nichts, das ist ein Papier von einem kleinen Beamten – aus!

Obmann Dr. Peter Pilz: Wann sind Sie darüber informiert worden, dass F-16 als Alternative ausscheidet und nicht mehr im Wettbewerb ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Gar nicht; die war noch im Gespräch, da haben wir schon mit Eurofighter verhandelt. Ich habe in Gesprächen sogar einmal vorgeschlagen, diese ganze Beschaffung abubrechen und eine billigere Alternativlösung zu versuchen, wenn es an dem scheitern sollte. Das war praktisch bis zur Unterzeichnung des Eurofighter-Vertrages möglich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich kenne diesen Vorschlag, er findet sich in den Akten. Sie sagen, brechen wir das Verfahren ab und vergeben wir freihändig; ich glaube, zugunsten der F-16.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, sicher, etwas anderes hat sich nicht aufgetan.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich stelle mir nur langsam wirklich die Frage – aber das wird uns dann in der Bewertung beschäftigen –, was das überhaupt für ein Vergabeverfahren ist. Ich habe noch nie so ein Vergabeverfahren erlebt, wo eine Gruppe von Piloten beschließt, die Betriebskosten zu eliminieren, eine Gruppe hoher Offiziere versucht, die Betriebskosten wieder zu berücksichtigen, der sachlich zuständige Beamte des Finanzministeriums ein eigenes, persönliches Bewertungsverfahren durchführt und der Finanzminister wieder ein vollkommen anderes Projekt verfolgt, indem er den sachlich zuständigen Beamten des Finanzministeriums und einige andere durchaus in Kenntnis ihrer Vorlieben benützt. Ich stelle das jetzt nur in den Raum, weil es teilweise wirklich schwierig ist, den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Elementen des Vergabeverfahrens überhaupt noch nachzuvollziehen.

Wir haben aktenmäßig – und das ist ein Problem – keinen sachlichen Zusammenhang mehr zwischen dem Bewertungsverfahren des Verteidigungsministeriums und dem Bewertungsverfahren des Finanzministeriums. Wie wir das zu bewerten haben, ist sicherlich keine Angelegenheit der heutigen Sitzung.

Abgeordneter Fasslabend, bitte.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Ich möchte nur ganz kurz auf Ihre jetzige Aufforderung an Herrn Dr. Hillingrathner hinsichtlich Vorlage von Papierstücken, sage ich jetzt einmal, eingehen.

§ 25 besagt: „(1) Die Gerichte und alle anderen Behörden sind verpflichtet, dem Ersuchen von Untersuchungsausschüssen um Beweiserhebungen im Rahmen der Befugnisse des Untersuchungsausschusses Folge zu leisten. Hiebei haben sie die vorstehenden Bestimmungen anzuwenden.

(2) Alle öffentlichen Ämter haben auf Verlangen ihre Akten vorzulegen.“

Ähnlich lautet unser Antrag, und zwar: Gemäß § 25 Abs. 2 VO-UA wird von folgenden öffentlichen Ämtern und Behörden verlangt, dem Untersuchungsausschuss sämtliche Akten, Verträge, Vorverträge und Korrespondenzen et cetera vorzulegen.

Meine Frage ist daher – ich weiß nicht, vielleicht kann das der Verfahrensanwalt klären oder wie immer –, ob Herr Dr. Hillingrathner Behörde ist beziehungsweise ob irgendwelche Papiere oder Notizen, die er sich gemacht hat, Papiere sind, die sozusagen öffentlichen Ämtern und Behörden zustehen oder nicht. Ich möchte das jetzt gar nicht beurteilen.

Die Frage, die ich an Herrn Dr. Hillingrathner habe, ist: Wir haben an sich ja schon sehr viel und sehr häufig über die Betriebskosten gesprochen. Sie selbst haben heute ausgeführt, dass die Betriebskosten oder die Life-Cycle-Costs einen unterschiedlichen Verlauf haben. Das heißt, dass sie am Anfang schwierig zu erfassen sind, dass es dann eine stabile Phase gibt und dass gegen Ende des Lebenszyklus die Kosten meistens sehr stark ansteigen. Sie haben auch von späterem Upgrading gesprochen.

Würden Sie mit mir übereinstimmen, wenn ich die Hypothese aufstelle, dass ein weniger weit entwickeltes Produkt wie der Gripen im Vergleich zum Eurofighter aller Wahrscheinlichkeit nach einen höheren Bedarf an späterem Upgrading haben wird und dass das dann zu erhöhten Kosten auch des Upgradings führt, was die Life-Cycle-Costs beziehungsweise auch die Betriebskosten oder die dann anfallenden Kosten entsprechend erhöhen kann?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß nicht, ob es ein höherer Bedarf ist – kann sein. Auf jeden Fall ist der wesentliche Kostenfaktor: Wie breit kann ich die dazugehörigen Entwicklungskosten auf den Teilnehmerkreis, also auf den Betreiberkreis umlegen?

Beim Eurofighter ist viel vorhanden, sodass alles hineinpasst, auch in Zukunft, und der Gripen ist ja bekanntlich sehr klein und schwach – das war damals letztlich die Zielsetzung –, und man muss alles draußen anhängen. Da wird es dann oft problematisch; da kann es sein, dass Dinge gar nicht möglich sind oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden sind. Es gibt Lenkwaffen, die nicht draufpassen, dann muss man das Triebwerk verkürzen, und so weiter. Es ist also problematisch im Hinblick auf Zukunftsorientiertheit – das ist ein Faktum! Mehr kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Wie verhält es sich mit Komponenten wie etwa der Frage der Sicherheit des Piloten, aber auch der Frage, ob allfällige Unfälle und sich daraus ergebende Kosten eher vermieden werden können, wenn ein Flugzeug zwei Triebwerke hat, als wenn es ein Triebwerk hat? Und ist es richtig, dass diese derartige Sicherheitskomponente auch nicht in die Life-Cycle-Costs oder in die Betriebskosten üblicherweise Eingang findet?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das habe ich vorhin angetönt. Ein Flugzeug mit zwei Triebwerken hat einen höheren Sicherheitsgrad, das ist zweifelsohne so, weil die

Turbinen selbständig arbeiten. Auch wenn ich es noch einmal erwähne: Die MiG hat zwei Triebwerke, die vollkommen autark arbeiten; wenn eines hinausgeschossen wird, fliegt das andere weiter – und ein Ein-Triebwerker ist weg. Daher hat das natürlich einen wesentlichen Vorteil, abgesehen von der besseren Schubkraft und Manövrierfähigkeit.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Im Laufe von 30 Jahren muss man ja davon ausgehen, dass aller Wahrscheinlichkeit nach eine höhere Anzahl auch von Abstürzen begleitet sein kann. Kann man den Absturz eines einzigen Flugzeuges beziffern, nur was die Kosten des Flugzeuges und den Schaden für das Bundesheer betrifft, ohne dass man Schäden mit einkalkuliert, etwa wenn es im ärgsten Fall zu einem Absturz über einer Großstadt kommt und dort sozusagen Kollateralschäden von fast unermesslichem Ausmaß entstehen könnten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, da müssten an sich Statistiker sprechen. Was ich gehört habe, gibt es bei der F-16 schon an die 500 Abstürze. Das ist auch viel, ich weiß nicht, ob es stimmt. Die Schäden zu schätzen – vielleicht kommen wir noch einmal im dritten Teil dazu; mit der Haftungsreduktion wurde das sehr breit diskutiert. Vor allem die Folgeschäden können extrem hoch sein, und da wir den Grundsatz der Nichtversicherung haben, können sich gewaltige Kosten daraus ergeben, wenn es zu einem Absturz kommt. Statistisch zu rechnen so ein Hemmnis oder so eine Schwierigkeit, wenn ein Flugzeug zwei Triebwerke weniger hat, das bin ich nicht in der Lage, aber: Das kann teuer werden.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Letzte Frage, die ich noch habe: Am Tag vor dem Ministerratsbeschluss hat es ja eine Besprechung gegeben mit Bundesminister Grasser, wo auch Steger und Sie dabei waren. Können Sie sich da erinnern, dass der Minister damit gedroht hat, dass er zurücktreten würde, wenn Variante F-16 oder eine andere nicht kommen würde, oder dass er sich einem besonderen Druck ausgesetzt gefühlt hat und von irgendjemandem zum Rücktritt hätte gezwungen werden können.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das hat es überhaupt nicht gegeben. Die Besprechungen waren emotionsfrei, sachlich routiniert.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist ein falscher Vorhalt. Anwesend waren Bundesminister Grasser, Winkler, Christl und Steger und sonst niemand.

Dr. Herbert Hillingrathner: Am vorletzten Tag waren wir gar nicht mehr dabei, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nur dass das bei Protokoll ist: Dr. Hillingrathner konnte dazu keine Wahrnehmung machen, weil er an diesem Gespräch **nicht teilgenommen hat**.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, haben wir dieses Schreiben von EADS an den Herrn Steininger auch von Ihnen? Ich darf Ihnen das geben. (Abg. Mag. **Gaßner** übergibt der Auskunftsperson ein Schriftstück.)

Es ist nicht aus unserem Aktenreservoir, sonst wäre ein Stempel drauf. Ich glaube mich erinnern zu können, dass wir das von Ihnen bekommen haben bei einem Ihrer ersten Auftritte hier bei uns.

Dr. Herbert Hillingrathner – in seinen Unterlagen suchend –: Nein, habe ich nicht.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Es ist nicht so wesentlich. Viel wesentlicher ist meine Frage dazu. Dieses Schreiben ging von EADS, dort von einem gewissen Wolfgang Aldag, an den Herrn Steininger. Das war am 21. Mai, wo bezüglich dieser Life-Cycle-Costs bei totalen Flugstunden von 129 600 in Summe 484 574 400 € angegeben sind.

Ebenso von Eurofighter an den Einkauf des Bundesministeriums für Landesverteidigung geht dieses von Ihnen heute vorgelegte Blatt, das bestätigterweise schon in unseren Unterlagen ist. Dort haben wir, auch bei 24 Fliegern, bei gleicher Flugstundenzahl eine Gesamtsumme von 392 868 265 € – Können Sie mir diese Differenz erklären?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein; alles kann man nur erklären, wenn man die Berechnungsgrundlagen dazu hat.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Spannend ist ja schon die Tatsache, dass das eine Schreiben von Eurofighter, auch wieder von Herrn Aldeg, an den Einkauf des Bundesministeriums für Landesverteidigung geht – und dann offensichtlich später an Sie –, und zwar am 24.6., und da sind die Kosten sehr viel weniger, um 100 Millionen weniger, als noch im Schreiben an den Herrn Steininger vom Mai.

Sie können uns das also nicht erklären, weil Sie nicht wissen, wie EADS da verschiedene Berechnungsgrundlagen zugrunde gelegt hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, ich kann es absolut nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Das heißt also, ich kann die Life-Cycle-Costs berechnen, wie ich will?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nicht, wie ich will. Ich muss die Ausgangsparameter, die Grundlagen der Berechnung kennen, und das fehlt meistens, dass man wirklich Punkt für Punkt schreibt, was ist erfasst und was nicht. Es kann beides richtig sein. Das ist so. (*Abg. Dr. Fasslabend: Daher kommen sie auch nicht in das Bewertungsverfahren!*)

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Spannend ist natürlich der Adressat: In dem einen Fall ist es Herr Steininger, dort sind sie höher, und zwei Monate später ist es das Bundesministerium für Landesverteidigung, dort sind die Kosten dann niedriger. Also dieses Faktum ist schon berücksichtigungswürdig.

Ich beziehe mich jetzt noch einmal auf unsere vormittägige Gegenüberstellung und auf diesen Akt, wo es um das EADS-Paket geht. Da haben Sie uns gesagt, dass Sie dem Minister das vorgelegt haben. Dieser Akt ist im Original nicht mehr auffindbar. Und heute Vormittag haben Sie gemeint, das wäre Ihre Schuld gewesen, denn Sie haben das nicht richtig eingetragen, als es von Ihnen wegging ins Ministerbüro.

Dr. Herbert Hillingrathner: Meine Schuld war, dass ich die Kanzleiordnung nicht beachtet habe und in die Budgetkanzlei gegangen bin, bitte, tragt das aus und tut das Präsidium, die Kanzlei ...

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und dort soll eingetragen werden, wo der Akt ist.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe dem überhaupt keine Bedeutung beigemessen. Ich hätte das ...

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Genau das ist jetzt meine Frage. Sie haben dem überhaupt keine Bedeutung beigemessen, Sie haben aber trotzdem dem Akt eine derartig große Bedeutung beigemessen, dass sie ihn mehrmals kopiert haben.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe am Vormittag schon erklärt: Da ich die Usancen in Ministerbüros kenne ... Da verschwinden viele ... – Was glauben Sie, wie oft wir Sachen, die wir geliefert haben, nachliefern haben müssen, weil sie unauffindbar waren? Ich bin damit belastet, so mache ich mir einmal eine Kopie von dem. Außerdem habe ich einen Auftrag vom Minister gehabt, das zu analysieren; ich habe eh keine Zeit dazu gehabt. Da habe ich mir gedacht, wenn das wieder kommt, habe ich wenigstens die Unterlage. Es ist aber nichts mehr gekommen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Unter diesem Licht ist die Aufforderung beziehungsweise die Bitte des Vorsitzenden an Sie, uns Ihre Unterlagen zu kopieren, eine sehr spannende und, ich hoffe auch, eine, die in Erfüllung geht, denn Sie haben offensichtlich **alle** Akte kopiert.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, bitte, absolut nicht! Das ist eine Unterstellung.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Aber diesen EADS-Akt, den Sie eigentlich gar nicht für so wichtig gehalten haben, einige Male.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, den habe ich einmal kopiert. Und als ich die Ersatzerledigung gemacht habe, weil ich im Rückstandsausweis schon einsam belastet war mit diesem Geschäftsstück, habe ich ihn halt noch einmal kopiert und eingelegt.

Es war offenbar eine Intuition, weil der Akt ist nie in der Kanzlei ... – Das heißt, er muss in der Kanzlei angekommen sein, aber wo er dort hingekommen ist, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Das heißt, es war nur eine Intuition und nie eine Vermutung von Ihnen, dass dieser Akt mit EADS und Paketlösung und so weiter doch vielleicht noch einmal Bedeutung gewinnen könnte?

Dr. Herbert Hillingrathner: Politisch kann der Bedeutung gewinnen vielleicht, aber für mich war da absolut nichts dahinter, aus. Der hat sich halt das angeschaut und ...

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Ministerialrat, bezüglich des verschwundenen Aktenkonvolutes der Paketlösung, was schon mehrmals thematisiert worden ist: Hat es im Ministerium Ermittlungen gegeben über den Verbleib dieses Aktes?

Dr. Herbert Hillingrathner: Meines Wissens nicht. Es muss gesucht worden sein danach, aber meines Wissens nicht. Man kann natürlich eine Strafanzeige machen gegen den Leiter der Kanzlei, denn vielleicht hat der etwas angestellt, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Dann noch zum Fragenkomplex der Flugstunden: Ist Ihnen die Anzahl der Flugstunden je Abfangjäger aus dem militärischen Pflichtenheft noch erinnerlich?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß es nicht mehr – waren das 2 600? Etwa in der Größenordnung.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Das ist nämlich interessant: Zu Beginn hat man da an die 4 320 Flugstunden angesetzt, und zwar 180 Flugstunden bei 24 Stück, also 24 mal 180 wären 4 320. Dann gibt es eine Aussage von Dr. Christl: Gemäß Spinka sind dann 2 160 Flugstunden pro Jahr für die Flotte zugrunde gelegt worden; das ist die Hälfte.

Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen, wie man auf einmal auf die Hälfte dieser Flugstunden kommt? Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Life-Cycle-Costs, auf die Betriebskosten und so weiter.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das stimmt. Es ist in Besprechungen natürlich ... Als Sparmodus reduzieren wir einfach auch die Flugstunden, weil sie offenbar in der angenommenen Höhe sowieso nicht erbracht werden können, und das ist ein Einsparungspotential. Das ist vom Heer dann gekommen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wer hat das gesagt? Ist Ihnen erinnerlich, welche Personen, welcher Verantwortungsträger? Ist das vom Bundesministerium für Landesverteidigung gekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da sind immer gesessen fünf, sechs Leute aufwärts im Generalsrang.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Haben die untereinander selbst gestritten, wie viele Flugstunden da erforderlich sind?

Dr. Herbert Hillingrathner: Sie haben sicher auch untereinander gestritten, aber nach Möglichkeit selten vor mir.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Also warum man die auf einmal auf die Hälfte heruntergesetzt hat, wissen Sie auch nicht genau? Ich meine, es ist ja ein wesentlicher Unterschied: Zuerst sind es 4 320 Stunden, dann sagt man, die Hälfte, 2 160 Stunden – von 1 800 war auch schon die Rede.

Dr. Herbert Hillingrathner: Noch einmal, das ist sicher eine Reduzierung auf eine realistischere Größe, weil sie fliegen eh nicht viel mehr, und zweitens hat man unnötig hohe Kalkulationsparameter, die wahrscheinlich nie eintreffen. Und da wird man nicht künstlich die Preise erhöhen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Sie haben jetzt gesagt, Reduzierung auf eine realistische Größe.

Dr. Herbert Hillingrathner: Natürlich, ich kann 24 Stunden am Tag fliegen, und ich kann nur vier Stunden am Tag fliegen. Ich weiß es nicht, ich kann mehr am Simulator fliegen, ich kann live mehr fliegen, das ist eine Sache der Disposition im Bereich der Luftwaffe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist doch eindeutig, wenn ich das richtig verstehe, eine Entscheidung, die im Bundesministerium für Landesverteidigung gefallen ist. Mir ist es nicht ganz klar, welche Tatsachenwahrnehmung der Herr Ministerialrat Hillingrathner aus dem Finanzministerium hier haben soll.

Wir haben diese Frage mit Beamten der Landesverteidigung durchbesprochen, wir werden auch noch zusätzlich die Gelegenheit haben ...

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Er war ja bei Besprechungen anwesend.

Obmann Dr. Peter Pilz: An diesem Punkt verweise ich darauf: Wir waren heute relativ zügig unterwegs, und – das richtet sich nicht an eine einzelne Person, sondern an eine jetzt gerade wieder zunehmende Zahl von Mitgliedern des Ausschusses – wir fallen jetzt wieder in das Alte zurück, nämlich ein Ressort über das andere und alles Mögliche zu befragen.

Ich stelle das nur fest. Ich werde das Fragerecht der Abgeordneten nicht einschränken, aber ich habe allen Anwesenden versprochen, dass ich ab und zu, wenn ich es für notwendig halte, darauf hinweise. Dieses habe ich hiermit getan.

Bitte fortzusetzen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Es war auch schon meine letzte Frage, aber nachdem Herr Ministerialrat Hillingrathner bei diversen Besprechungen anwesend war, kann ich die Frage stellen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Ministerialrat, ich möchte bei den Ausführungen des Vorsitzenden anschließen, dass wir hier gröbere Mosaiksteine haben, aber das Bild durchaus widersprüchlich ist, auch was diese ganzen Kostenfragen betrifft.

Ich möchte Ihnen jetzt vorhalten Berechnungen, die im BMLV angestellt wurden, ganz offensichtlich mit der Absicht und dem Hintergrund, sie dem Bundesministerium für

Finanzen zu übermitteln. Wie wir vorhin gesagt haben, es sind nur andere Zahlenkolonnen, und ich wollte Sie fragen, ob die Ihnen bekannt sind, mithin also zu Ihnen gelangt sind. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte das hat mit den Kosten überhaupt nichts zu tun. Das sind die Angebotspreise, die da drinnen sind. Die haben wir auch.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich weiß schon, was das ist.

Ich frage Sie jetzt: Ist Ihnen das bekannt? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Wann haben Sie Einblick in diese Art von Unterlagen erhalten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das muss so um den 27. ... – Ich weiß es nicht. Ich habe eine Notiz, dass wir es schon am 20.6.2002 bekommen haben, ich weiß es nicht. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die Zahlen, die dort als Summenpreise drinstehen, auf das Komma genau denen entsprechen, die Sie dann angegeben haben in Ihrer Unterlage.

Dr. Herbert Hillingrathner: Na da haben wir die übernommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, natürlich. – Weil Sie gesagt haben, das hätte damit nichts zu tun.

Dr. Herbert Hillingrathner: Moment, das sind die Systemkosten, aber nicht die Life-Cycle-Costs! Wir haben von den LCC gesprochen. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter.*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das sind ganz eindeutig die Anschaffungskosten, die dort in diesen Kolonnen stehen, und die haben Sie auch als Anschaffungskosten auf das Komma genau übernommen. Mehr wollte ich ja hier nicht festhalten.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja. (*Abg. Dr. Fekter: Das hat er auch immer gesagt!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage Sie weiter – damit wir das nur noch einmal haben –: Am 20. Juni zirka haben Sie das auch eingesehen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das muss später gewesen sein, ich weiß es nicht. Am 27. haben wir offiziell ausgefüllte Formulare, die wir dem Heer vorgegeben haben, am 26. bekommen. Da sind diese Zahlen drinnen. Die Liste haben Sie.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie Rücksprache gehalten mit der Abteilung Kommerz/Einkauf im Verteidigungsministerium, was die Angebotszahlen betrifft in den Preisen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe sicher mit Ministerialrat Wall darüber gesprochen, wo ich mich nicht ausgekannt habe, weil ich habe ein Bestellmengengerüst, ich habe ein Dutzend Mengengerüste.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist schon klar, aber ich meine speziell die Preise, tatsächlich ausgewiesenen Preise, nicht das Gerüst alleine.

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Preise waren ja plausibel und das Ergebnis der kaufmännischen Bewertung, und die haben wir nicht angezweifelt. Daher gab es über die Preise selbst nichts zu besprechen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Über die Preise haben Sie nie gesprochen mit dem Einkauf vom Verteidigungsministerium?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe gesprochen, wo ich mich nicht ausgekannt habe, was was ist, dass wir gemeinsam akkordierte Zahlen haben. Abstimmung nennt man das. Und da komme ich wieder darauf zurück: Ich muss wissen, auf welcher Basis

beruhen diese Preise, damit man dann nicht falsche Berechnungen oder falsche Annahmen macht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann halte ich nur für den Ausschuss fest, dass das deshalb von besonderer Relevanz ist, weil diese Preise erst zu einem bestimmten Zeitpunkt geöffnet werden dürfen und sich noch einmal die Frage stellen wird, auch bei anderen, wann die tatsächlich zur Einsicht offen waren. Das ist eine entscheidende Frage im Bewertungsverfahren, weil man im Nachhinein natürlich alles Mögliche noch herumjonglieren kann. Insofern danke für die Antwort.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe hier einen Einlaufstempel: 27.6., in das Ministerbüro, wo diese Tabellen geliefert worden sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben die dann vom Ministerbüro in Ihrem Haus bekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Über das Ministerbüro, ja.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Herr Doktor, ich habe nur eine Frage zu dieser so genannten Siegesfeier: Wissen Sie, wer die bezahlt hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da es ein Fest der Luftwaffe war, nehme ich an, wird das getragen worden sein aus ...

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Sponsormittel möglicherweise?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich gar nicht, ich glaube fast nicht. Die haben das selbst gemacht. Die haben selbst noch einen Tag zuvor ein Holzmodell von einem Flugzeug gezimmert, mit dem dann der Minister hereingefahren wurde, zum Beispiel. Da weiß ich absolut nichts von einem Sponsoring, ich glaube es auch nicht, sondern ...

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Haben Sie als Sieger die Scheibe dann mit nach Hause nehmen dürfen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, habe ich mit nach Hause nehmen dürfen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Ist das eine professionelle Scheibe gewesen, ist die aus Deutschland gekommen, hat die EADS mitgebracht oder das Bundesheer selbst gezimmert?

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte, das war ein etwas stärkeres Papier, zusammengeklebt und geschnitten, also ganz primitiv.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Also eigentlich nur mit den Fotos der Eurofighter-Gegner ein bisschen drapiert und als Ziel hergerichtet?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das ist schon wieder eine Unterstellung, bitte. Da waren ganz wenige Eurofighter-Gegner, wenn man das überhaupt so sagen kann.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Der Vorsitzende zum Beispiel dürfte auch darauf gewesen sein, nicht? (*Abg. Dr. Fasslabend: Weil er so schön ist!*)

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß es nicht, aber ein Schwammerl war irgendwo drauf. (*Abg. Dr. Fekter: ... Ein so genannter Fliegenpilz!*) Also symbolisch, wenn Sie so wollen, aber nicht als Porträt. Es waren viele Porträts drauf, aber das ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt fängt es mich langsam an zu interessieren. Zählen Sie uns doch die Ihnen noch erinnerlichen Porträts auf!

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kenne die meisten Leute gar nicht, die draufgepickt gewesen sind. (*Zwischenrufe bei Abgeordneten von FPÖ und ÖVP.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist mit Sicherheit Gegenstand des Verfahrens. (*Abg. Dr. Fekter: Wann war denn die Feier?*) Wenn bei einer Siegesfeier auf ganz bestimmte Symbole geschossen wird, dann muss man sich die Frage stellen, ob man solchen Leuten echtes Schießgerät in die Hand geben soll. Aber das ist eine politische Frage.

Können Sie – jetzt wird es langsam ein bisschen ernster – das nun wirklich beantworten, auf welche Personen da geschossen wurde! (*Abg. Dr. Fekter: Wenn es ernst wird, Herr Vorsitzender, dann hätte ich gerne gewusst, wann diese Feier war, denn wenn der Minister Platter dabei war, kann es nur Thema 3 gewesen sein!*)

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte nur eines dazu sagen: Wir haben nicht gewusst, was auf die Scheibe gepickt war. Das Licht war nicht hell, das war so weit entfernt, das ist so klein gewesen. Wir haben das absolut nicht gewusst.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Prähauser, setzen Sie bitte mit Ihrer Befragung fort. Die Frage, welche Personen und welche Bilder darauf befestigt waren, ist noch nicht fertig beantwortet.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Da mir nur die Information vorliegt, dass es ein Abschlussfest für die Entscheidung Eurofighter gegeben hat, ohne Datum, war es für mich klar, dass ich den Beteiligten, den Gewinner dieses Schießens frage, ob das so war. Er hat gesagt, ja – und sollte es ein anderer Zeitpunkt gewesen sein, werden wir das halt noch einmal fragen müssen. Das ist für mich kein wirkliches Problem. Aber ich danke trotzdem, ich habe den Eindruck, dass Sie das sehr offen beantwortet haben; das möchte ich hier unterstreichen.

Aber es ist natürlich aus meiner Sicht für eine ernstzunehmende Institution wie das Bundesheer schon bedenklich, wenn man Ministerialbeamte dazu einlädt, auf Politikerköpfe zu schießen. Das gefällt mir persönlich nicht. (*Abg. Dr. Fasslabend: Das ist ein Gegenstand für die Bundesheer-Beschwerdekommision, aber nicht für da!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Hillingrathner, dazu noch ganz kurze ergänzende Fragen: Die Bilder welcher Personen auf diesen Schießscheiben sind Ihnen erinnerlich?

Dr. Herbert Hillingrathner: Als Porträt nur Grasser. Ich kenne die anderen nicht. Es waren Piloten und so weiter, ich weiß es nicht. Es war kaum Zeit, dass man es sich wirklich anschaut.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nur damit wir jetzt nicht alles durcheinander haben: In den Pilotenanzügen haben sich befunden: der Verteidigungsminister.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja. Der Generalstabschef.

Obmann Dr. Peter Pilz: Generalstabschef Ertl.

Dr. Herbert Hillingrathner: Wolf.

Obmann Dr. Peter Pilz: Generalmajor Wolf und Sie. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Und welcher Minister war das? (*Dr. Hillingrathner: Platter!*) – Dann hat die Frau Kollegin Fekter Recht, dass das zu einer Zeit gewesen sein muss, wo Platter bereits Minister war.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich schätze, das war Anfang November 2004, also relativ spät und ausschließlich veranstaltet von den Draken-Piloten, das muss ich sagen. Es hat kein Politiker, niemand gewusst, was da passiert. Das war eine reine Überraschung von den Draken-Piloten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da hat Kollegin Fekter Recht, das ist nicht Beweisthema 2, rein von der Zeit her, und die Überraschung dürfte auch gelungen sein. Auch hier im Ausschuss.

Da keine weiteren Fragen mehr vorliegen, bedanke ich mich bei Herrn Dr. Hillingrathner für das Kommen, für die umfangreichen Auskünfte. (*Die Auskunftsperson übergibt Obmann Dr. Pilz einige mit Berichtigungen versehene Seiten aus dem Protokoll.*) – Ja, Sie wollten noch Korrekturen zum Protokoll bekannt geben. Ich würde sagen, Sie übergeben uns das, das wird dann als Berichtigung ins Protokoll eingearbeitet, und das werden wir auch verlautbaren. – Ich danke Ihnen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich möchte schon noch darauf hinweisen, dass Herr Hillingrathner ein Beamter in Ruhe, das heißt Pensionist, ist. Und die Handzetteln, die er als Pensionist hat, sind weder Akten, noch sind das Unterlagen von einer Behörde, noch etwas von einem Gericht. (*Abg. Mag. Stadler: Beamter bleibt man bis zum Tode!*) Aber trotzdem!

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter! Im § 2 haben wir die Beweismittel und die Beweisbeschlüsse geregelt. Worauf Bezug genommen worden ist, das ist § 25: „Rechtshilfe und Aktenvorlage“. Herr Dr. Strasser wird dazu Stellung nehmen.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Darf ich dazu Folgendes sagen: Nach § 21 der Verfahrensordnung sind insbesondere die Durchführung von Hausdurchsuchungen und die Beschlagnahme von Gegenständen unzulässig. Wo es keine Beschlagnahme gibt, gibt es auch keine Editionsspflicht.

In die gleiche Richtung geht § 25 Abs. 2, wonach – nur – alle öffentlichen Ämter auf Verlangen ihre Akten vorzulegen haben.

Siehe hierzu auch die Anmerkung 2, zweitvorletzter Absatz, auf Seite 451 der Manz'schen Sonderausgabe der Verfahrensordnung, wonach es ausdrücklich heißt: Nicht öffentliche Stellen sind hingegen nicht verpflichtet, Unterlagen dem Untersuchungsausschuss vorzulegen. Eine Editionsspflicht wäre nur im Umweg über die dienstrechtliche Stellung der Aussageperson möglich, wenn die Dienstbehörde ihr aufträgt, diese Unterlagen herauszugeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: So einfach und so klar ist das. Deswegen habe ich an Herrn Dr. Hillingrathner ein **Ersuchen** formuliert und ihn nicht informiert über eine Pflicht, uns das alles herauszugeben. Nachdem ich die Antwort so verstanden habe, dass er diesem Ersuchen nachkommen will, ist das vollkommen ausreichend und bewegen wir uns auf dem Boden der Verfahrensordnung. Im anderen Falle hätten wir besprechen müssen, ob wir uns direkt an das Bundesministerium für Finanzen wenden, um uns auf offiziellem Weg diese Unterlagen herausgeben zu lassen. Solange das nicht notwendig ist, rege ich gar nicht an, einen Beschluss darüber zu fassen.

Ich danke Herrn Dr. Strasser für die Auskunft und Herrn Dr. Hillingrathner noch einmal fürs Kommen.

Zum Zwecke einer Pause **unterbreche** ich die Sitzung bis 17 Uhr.

(*Die Sitzung wird um 16.28 Uhr unterbrochen und um 17.11 Uhr wieder aufgenommen.*)

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn Univ.-Doz. **Dr. Josef Christl** in den Sitzungssaal zu bitten. (*Ein Bediensteter der Parlamentsdirektion geleitet die Auskunftsperson in den Sitzungssaal.*)

Der Obmann begrüßt Herrn **Dr. Josef Christl** als **Auskunftsperson**, weist ausdrücklich auf die Wahrheitspflicht und die strafgerichtlichen Folgen falscher Aussagen hin – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe geahndet – und ersucht der Obmann um Bekanntgabe der Personalien.

Univ. Doz. Dr. Josef Christl (OeNB, ehem. Mitglied im Kabinett von BM Mag. Grasser): Dr. Josef Christl; geboren am 3. Oktober 1952; Adresse: 1020 Wien; Beruf: Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank.

Obmann Dr. Peter Pilz setzt Dr. Christl davon in Kenntnis, dass er sich als öffentlich Bediensteter gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen darf.

Der Obmann hält zudem fest, dass die vorgesetzte Dienstbehörde der Auskunftsperson, das Bundesministerium für Finanzen, von der Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt wurde.

Sodann merkt der Obmann an, dass die Auskunftsperson über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung bereits in der schriftlichen Ladung informiert wurde und dass bereits das letzte Mal besprochen wurde, wie mit Fällen dieser Art umzugehen sei: Die Auskunftsperson könne sich, wenn es notwendig ist, an den Verfahrensanwalt oder an ihn, den Obmann, wenden.

Der Obmann fragt Dr. Christl schließlich, ob er von der Möglichkeit Gebrauch machen möchte, vor Beginn der Befragung eine zusammenhängende Erklärung zum Beweisthema abzugeben, was von diesem verneint wird.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Christl!, ich beziehe mich in der folgenden Frage auf den Umstand, dass Sie – so geht es aus dem Einlageblatt zu einem Akt hervor – am 20. November 2002 Herrn Dr. Hillingrathner drei Protokolle über Gespräche – ich zitiere es gleich so, wie es da steht – auf politischer Ebene zum Thema Abfangjägerbeschaffung übergeben haben, mit dem entsprechenden Ersuchen um weitere Veranlassung.

Wie sind Sie dazu gekommen, dass Sie am 20. November Herrn Dr. Hillingrathner drei Protokolle mit dem Ersuchen um weitere Veranlassung übergeben?

Dr. Josef Christl: Herr Abgeordneter! Sie wissen ja, dass sich diese Protokolle auf Sitzungen im Wesentlichen im Juni 2002 beziehen. Ich habe nach diesen Sitzungen jeweils Protokolle verfasst: Bei einer Sitzung war ich ja selbst dabei, da habe ich nachher das Protokoll unmittelbar verfasst, bei den anderen beiden Sitzungen war ich nicht selbst anwesend, da hat mir der Herr Minister den Vorgang dieser Sitzung, die inhaltliche Darstellung geschildert, und ich habe ein Protokoll davon angefertigt.

Diese Protokolle wurden dann einmal von mir, in den beiden anderen Fällen von Minister Grasser unterschrieben. Minister Grasser hat sie dann in seinem Schreibtisch, glaube ich, oder in seinem Safe verwahrt und hat sie mir dann also irgendwann später – ich glaube im September, haben Sie gesagt, oder im November ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Im November, aber das ist ja nicht so wesentlich.

Dr. Josef Christl: ... im November wieder gegeben, und dann haben wir diese drei Protokolle an Herrn Ministerialrat Hillingrathner mit der Bitte, einen Akt daraus zu machen, weitergeleitet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat der Herr Bundesminister, der ja offensichtlich an Sie herangetreten ist, ein Motiv genannt, warum diese drei Protokolle ausgerechnet im November veraktet werden sollten?

Dr. Josef Christl: Nein. Zu dem Zeitpunkt waren dann eigentlich schon die wesentlichen Entscheidungen damals ja getroffen, und es war dann offenbar das Gefühl des Herrn Minister – oder die Einschätzung des Herrn Minister –, dass es gut wäre, nun diese Protokolle einem öffentlichen Akt des Ministeriums beizufügen, um sie somit sozusagen zu archivieren.

Ich habe ja in meiner letzten Aussage schon gesagt: Eine unmittelbare Veraktung hatten wir deshalb zunächst nicht in Erwägung gezogen – oder hat der Minister deshalb nicht in Erwägung gezogen –, weil damit die Gefahr des Öffentlichwerdens der Protokolle gegeben gewesen wäre und wir das eigentlich nicht wollten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also Sie – oder der Herr Minister – wollten sich jetzt Ihrer Aussage nach ursprünglich nicht der Gefahr aussetzen, dass der Inhalt dieser Protokolle publik wird, und deshalb sind Sie nicht sofort veraktet worden. – Habe ich das jetzt richtig verstanden?

Dr. Josef Christl: Ja. Also dass der Inhalt insbesondere nicht in die **Medien** kommt. – Das war eigentlich die Angst.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sagen, dass Sie der Verfasser aller drei Protokolle sind. (*Dr. Christl: Ja!*) – Das liest sich dann auch so, dass das von einer Person geschrieben sein muss. Bei einer Besprechung waren Sie ja allerdings selbst dabei. Auf die möchte ich jetzt eingehen: Das war die vom 28. Juni. Da ist es um den Austausch mit dem Verteidigungsministerium gegangen. (*Dr. Christl: Ja!*) – Sie haben Ihrer Verwunderung darüber beziehungsweise auch Ihrer Ablehnung Ausdruck verliehen, dass die Berechnungsmethoden über die Life-Cycle-Costs zu wünschen übrig lassen würden.

Wie haben Sie diese – ich möchte fast sagen – Auseinandersetzung in Erinnerung?

Dr. Josef Christl: Na ja, das Thema Life-Cycle-Costs spielte eigentlich so im Verlauf seit Ende 2001 immer eine Rolle und kommt, glaube ich, auch in den verschiedensten Schriftstücken vor. Ich und auch der Herr Minister haben immer darauf gedrängt, dass wir vom Bundesministerium für Landesverteidigung Life-Cycle-Costs haben möchten, weil es natürlich eigentlich von uns gesehen immer darum ging, die **Gesamtkostenbelastung** eines Abfangjägersystems einschätzen zu können. Da ist der reine Anschaffungspreis natürlich nicht ausreichend. Es geht um die Betriebskosten und die anderen Kosten, die involviert sind.

So gesehen haben wir immer versucht, das zu bekommen. Ich muss retrospektiv sagen: Es hat nicht wirklich funktioniert. Es gab immer wieder Ansätze dazu – Fragmente, könnte man fast sagen –, aber eine wirklich konsistente Darstellung wurde nicht gegeben, und es wurde teilweise vom Landesverteidigungsministerium argumentiert, dass das auch gar nicht möglich sei, weil es eben beispielsweise – das war ein Argument beim Eurofighter – noch keine Erfahrungswerte gebe und so gesehen keine entsprechenden Werte vorliegen.

Abgeordneter Dr. Werner Kogler (Grüne): Jetzt kommen wir gleich zum 1. Juli. Da hat es dann eine weitere Besprechung gegeben – diesmal aber in Ihrem Haus – mit Hillingrathner, dem Herrn Bundesminister und dem Herrn Sektionschef.

Ein letztes Mal zu diesen Kosten: Da ist ja ein Akt von Steger an Sie übergeben worden, und da ist hinten noch eine Berechnungsstatistik beigelegt, wo dann doch nicht nur Anschaffungskosten – richtig oder falsch lassen wir jetzt weg – auftauchen, sondern auch Betriebskosten.

Sind Ihnen damals diese Zahlen ein Anliegen gewesen? Haben Sie die Empfehlung, die auf dieser ersten Seite drauf war, die hier schon verbal formuliert wurde, dann auch mit den Zahlen abgeglichen, die beigelegt wurden – aufgearbeitet ganz offensichtlich von Hillingrathner?

Dr. Josef Christl: Ich muss Ihnen sagen, Herr Abgeordneter, ich kann mich ... – Ich glaube Ihnen natürlich, dass ich diesen Akt gehabt habe, und ich werde ihn wahrscheinlich auch abgezeichnet haben, aber ich habe ihn nicht mehr zur Verfügung. Das war vor fünf Jahren, grob gerechnet. Wie stark und intensiv ich mich mit diesen Zahlen beschäftigt habe, kann ich jetzt nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Werner Kogler (Grüne): Es ist nur darum gegangen, dass wir vorne in dem Akt Empfehlungen seitens Ihres Hauses finden und hinten in einem gewissen Widerspruch die Betriebskosten des Eurofighter wesentlich höher – nämlich sogar um 25 Millionen pro Jahr – ausgewiesen wurden.

Jetzt aber zum Vorgang an sich: Sie kriegen den Akt von Dr. Steger übermittelt, sagt er. Erinnern Sie sich an die Besprechung? (*Dr. Christl: Nein!*) – Nein? (*Dr. Christl: Nein!*) – Das ist jetzt für mich insofern verwunderlich, als das ja einen gewissen Eindruck hinterlassen haben müsste. Das war einen Tag vor der tatsächlichen Entscheidung im Ministerrat. Es kommt um – wenn ich es mir auswendig gemerkt habe – 16 Uhr beim Herrn Bundesminister zu einer weiteren entscheidenden Besprechung. Dr. Steger schreibt in seinen eigenen Notizen, übergibt Abfangjägerakt an Christl zur weiteren Behandlung. Dann steigt man in die Diskussion ein.

Meine Frage ist, ob Sie aus dieser Diskussion irgendwelche Argumente in Erinnerung haben, die dort ausgetauscht wurden?

Dr. Josef Christl: Es tut mir Leid, wirklich, ich habe diese Diskussion und diese Sitzung – Gerhard Steger mag davon ein Protokoll angefertigt haben – nicht mehr in Erinnerung. Ich habe natürlich auch den Akt nicht gesehen.

Abgeordneter Dr. Werner Kogler (Grüne): Jetzt sagt aber der Minister – selbst sogar, aber auch Steger in seinen Aufzeichnungen –, dass die Diskussion so dramatisch verlaufen ist, dass er, der Bundesminister, in dem Fall, dass F-16 MLU nicht durchzusetzen sei, entgegen der Empfehlung von Steger, ja da müsse er, der Bundesminister, doch Veto einlegen, sogar zurücktreten.

Haben Sie daran eine Erinnerung, dass der Bundesminister gesagt hat, dass er bei einer bestimmten Konstellation der Entscheidungsabfolge sogar zurücktreten müsse? Das ist doch ein einschneidender Vorfall! Ich denke, das ist doch nicht gewöhnlich. So eine Besprechung hat man ja nicht jeden Tag.

Dr. Josef Christl: Wissen Sie, ich möchte Sie nicht zu sehr mit vagen Erinnerungen konfrontieren. Das war schon auch hin und wieder so – wie gesagt, das sind so vage Erinnerungen – ein Thema. Aber das war nicht nur bei dem Thema Abfangjäger die Frage. Es ging ja auch hin und wieder um das Resümee, ob man bestimmte Budgetentwicklungen verantworten könnte, die nicht gewollt waren, und ob man das

vereinbaren könnte und ob man da nicht unter Umständen sogar zurücktreten müsste, wenn man bestimmte Ziele nicht erreicht.

Also so gesehen: So einzigartig war das nicht, nur, wie gesagt: Ich kann mich im Detail nicht an diese Sitzung erinnern. Aber wenn Sie mit Hillingrathner und Steger gesprochen haben, dann kennen Sie wahrscheinlich den Verlauf.

Abgeordneter Dr. Werner Kogler (Grüne): Bis zu diesem Tag spielt die F-16 MLU – Sie wissen, was mit diesem Kürzel gemeint ist – immer wieder noch eine Rolle. War Ihnen bekannt, dass die F-16 MLU von der Bewertungskommission im Verteidigungsministerium aus dem Verfahren ausgeschieden wurde?

Dr. Josef Christl: Ja, das war bekannt. Das war im Wesentlichen etwa eine Woche vorher, glaube ich. Ich müsste jetzt nachschauen. Ich denke, nach meinen eigenen Aufzeichnungen müsste das am 24. Juni gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Werner Kogler (Grüne): Da ist Ihnen das bekannt geworden?

Dr. Josef Christl: Nein, bekannt geworden ist es mir erst später, weil wir hatten ... – Es war klar, dass beispielsweise bei diesen Sitzungen von den Verteidigern immer argumentiert wurde, dass diese Flugzeuge bereits ausgeschieden wurden und daher eigentlich nicht in die engere Wahl kommen.

Das hat uns aber nicht so beeindruckt, weil wir eigentlich immer noch gedacht hätten, dass eine gewisse ökonomische Rationalität unter Umstände trotzdem zum Durchbruch kommen könnte und es vielleicht möglich wäre, diese F-16 MLU doch anzuschaffen.

Abgeordneter Dr. Werner Kogler (Grüne): Wenn jetzt bei diesen Budgetbetrachtungen die Budgetdisziplin immer eine so große Rolle spielt, wie es in den Protokollen vermerkt ist, aber auch in dieser Besprechung noch einmal, wie erklären Sie sich, dass in dieser Empfehlung, in diesem Schlussakt, der Eurofighter Typhoon eine derart positive Bewertung erreicht hat?

Dr. Josef Christl: Schlussakt von Hillingrathner meinen Sie jetzt?

Abgeordneter Dr. Werner Kogler (Grüne): Der, der von Steger an Sie übergeben wurde. Es geht immer um denselben.

Dr. Josef Christl: Ich kann mich vor allem an diese hausinterne Reihung von Hillingrathner erinnern. Da gab es zunächst eine Notiz und dann auch einen Akt, wo eben klar gesagt wurde, dass F-16 MLU die eindeutig zu präferierende Lösung sei. Wenn das nicht realisierbar ist, dann der Eurofighter, und wenn nicht der Eurofighter, dann eigentlich gar nichts, weil Hillingrathner, glaube ich, in dem Gutachten den SAAB eher nicht positiv gesehen hat und ihn für viel zu teuer und auch für keine zukunftssträchtige Lösung befunden hat.

Das ist ein Akt, den Sie sicher haben und an den ich mich gut erinnern kann.

Abgeordneter Dr. Werner Kogler (Grüne): Was mich noch wundert ist, dass Sie sich an die weiteren Dinge nicht erinnern können, zumal es von kurz davor – nämlich vom 27. – ein Protokoll gibt – da ging es um die Vorbesprechung dieser ganzen Angelegenheiten auf der jeweiligen Kabinettebene und auch Beamtenebene –, wo Sie eigentlich ständig mit sehr klaren Aussagen glänzen, sich vehement in die Debatte einbringen.

Ich will Ihnen das so nicht so vorhalten, aber ich frage Sie noch einmal vor dem Hintergrund: Bleiben Sie dabei, dass Sie an diese Besprechung am 1. Juli, die meines Erachtens ja doch einen dramatischen Verlauf genommen hat, keine Erinnerung haben wollen?

Dr. Josef Christl: Ich habe das schon einmal betont: Ich habe leider Gottes ... – Erstens einmal habe ich den Akt nicht. Wenn ich den Akt hätte, könnte ich vielleicht sehr viel mehr ... – Aber ich kann mich an diese Besprechung im Einzelnen nicht erinnern. Es gab damals ganze Mengen von Besprechungen, am laufenden Band, wie man auch aus den verschiedenen Dokumentationen sieht. Es tut mir Leid, aber man kann sich nicht an jede einzelne erinnern.

Und so dramatisch war das auch wieder nicht. Das klingt für Sie vielleicht dramatisch, aber so dramatisch war es offensichtlich nicht. Für mich nicht.

Abgeordneter Dr. Werner Kogler (Grüne): Gut, das werden wir noch bewerten. – Danke.

Abgeordnete Dr. Maria-Theresia Fekter (ÖVP): Es hat das Finanzressort ja diesen Vorschlag von Hillingrathner auch dem Minister unterbreitet – nämlich den vom 1. Juli, wie schon gesagt: F-16 MLU, dann Eurofighter und für Gripen keine Empfehlung.

Es hat dann der Sektionschef Steger einen Vermerk auf diesem Akt gemacht, nämlich dass man überhaupt aus ho. Sicht auf die Beschaffung von Abfangjägern verzichten sollte.

War das damals eine realistische Sichtweise des Ressorts?

Dr. Josef Christl: Also aus meiner Sicht absolut nicht, denn der Zug war klar abgefahren. Also das haben wir ja schon in der letzten Sitzung auch besprochen. Eigentlich seit dem 11. September waren ja die Weichen gestellt auf die Nachbeschaffung, und alles ist in diesen Bahnen gelaufen. Und daher war zu diesem Zeitpunkt eigentlich wirklich nur mehr die Frage, welche Flieger sollen angekauft werden, und da war unsere Position klar.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist angeblich bei der Sitzung, an die Sie sich schlecht erinnern, auch diskutiert worden, ob es denkbar wäre, dass der Minister in die Entscheidungssitzung nicht hingeht. Und Steger meinte laut seinen handschriftlichen Aufzeichnungen: kauft niemand als glaubwürdig ab. Können Sie sich an so eine Debatte erinnern, dass man sagt, der Minister geht nicht hin, dann ist er zumindest nicht dabei gewesen bei der Entscheidung?

Dr. Josef Christl: Wie gesagt, das ist alles extrem vage, und ich kann es nicht genau einordnen. Daher möchte ich Sie da nicht mit solchen Aussagen belasten.

Das stimmt sicher irgendwie, so dunkel in Erinnerung habe ich solche Themen, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Für Sie war damals mit dem Akt, nämlich Reihung F-16 – Eurofighter, das erste Mal der Eurofighter so dezidiert im Gespräch, oder gab es bereits früher schon Wahrnehmungen Ihrerseits, dass vom Ressort auch der Eurofighter im Spiel ist?

Dr. Josef Christl: Nein. – Ich meine, weh getan hat uns damals, wie eben die F-16 ausgeschieden wurde aus dem Bewertungsverfahren letztendlich, aber selbst zu dem Zeitpunkt, und wir waren ja natürlich auch nicht in jedem Detail mit dem Bewertungsverfahren so sehr vertraut, denn das war ein Verfahren, das ja für uns nicht wirklich sehr durchsichtig und sehr transparent war. Wir hatten noch immer gehofft, dass wir auf die eine oder andere Art wieder diesen Eurofighter hineinreklamieren können, und in gewisser Art und Weise ist es ja dann letztlich auch (*Abg. Muraue: F-16!*) – die F-16 natürlich, Verzeihung – hineinreklamieren können. (*Ruf: Freud'scher Versprecher!*) – Nein, das war kein Freud'scher Versprecher, wirklich nicht. Ich meine, dazu sind auch, glaube ich, die ganzen Akte und Dokumente zu eindeutig. – Aber das ist eben dann nicht gelungen.

Ich muss ehrlich sagen, wie dann die Entscheidung gekommen ist, wie am 2. Juli dann die Eurofighter-Entscheidung praktisch getroffen wurde im Ministerrat, war ich total überrascht, weil das für mich eigentlich bis ... – Wir hatten ja bis zum Tag zuvor nach wie vor die F-16-Variante voll und ganz vertreten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist so, dass Hillingrathner ja argumentieren konnte, warum er das Ausscheiden von der F-16, nämlich das Fehlen der „Moving Map“ und des Radars, als nicht wirklich gerechtfertigt hielt. War das damals eine Debatte im Finanzressort?

Dr. Josef Christl: Hillingrathner hat das bei der einen oder anderen Besprechung natürlich vertreten. Ich konnte es nicht beurteilen, weil mir da der technische Hintergrund fehlt. Aber es war in Diskussion.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das Finanzressort hat ja ganz massiv darauf gedrängt, Betriebskosten und Life-Cycle-Costs zu bekommen, und zwar nicht nur erst in der Endphase, sondern bereits in der Vorphase wollte das Finanzressort die Gesamtkosten immer wieder wissen.

Hat das Ressort dann diesbezüglich auch Daten bekommen, sodass es zufriedengestellt war?

Dr. Josef Christl: Nein. Ich glaube, das habe ich schon vorhin gesagt. Es kamen hin und wieder vereinzelt Daten, aber es war nie konsistent, und es kam vom Verteidigungsministerium keine klare Stellungnahme dazu, die konsistent dann auch in der Diskussion verwendet hätte werden können, auf der höchsten politischen Ebene, denn wenn immer wir dann wieder einzelne Daten hatten, dann wurde wieder argumentiert, die seien aber gar nicht so repräsentativ und da müsste man vielleicht noch das eine und das andere einberechnen. Und so ging das immer wieder hin und her. Es war so eine Art Ping-Pong-Spiel.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): War es dem Finanzressort bewusst, dass Eurofighter die höheren Betriebskosten und höheren Life-Cycle-Costs haben wird? (*Dr. Christl: Ja!*) – Wenn dem Finanzressort bewusst war, dass die höheren Kosten da herauskommen, und trotzdem massiv insistiert wurde auf Bekanntgabe dieser Kosten, kann man dann daraus schließen, dass vom Finanzressort also nicht zwangsläufig der Eurofighter bevorzugt gewesen wäre?

Dr. Josef Christl: Absolut. So sehe ich das.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Herr Dr. Christl, Sie haben vorher gesagt, die Life-Cycle-Costs waren Ihnen nicht so plausibel, wie sie Ihnen vermittelt wurden. Was hat Sie da besonders gestört?

Dr. Josef Christl: Mir waren sie – ich hätte gerne eine Darstellung gehabt, die also wirklich von allen Vertretern des Landesverteidigungsministeriums akzeptiert worden wäre. Es gab bestimmte Schätzungen der Firmen teilweise, von einzelnen Mitgliedern irgendwelcher Kommissionen im Landesverteidigungsministerium, aber nie ein klares Dokument, wo gesagt wird, das sind jetzt die Life-Cycle-Costs, die das BMLV ermittelt hat, und auf dieser Basis wird jetzt diskutiert und die werden einbezogen sozusagen auch in die Beurteilung. Das war ja das nächste Problem, dass die Life-Cycle-Costs in der Gesamtbeurteilung eigentlich im Kriterienkatalog gar keine Rolle gespielt haben, was an sich nicht verständlich ist.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, es gab sehr viele Diskussionen darüber. Jetzt würde mich interessieren, als Finanzministerium und gerade aus dem Kabinett des Finanzministers, haben Sie dann eigentlich einen finanziellen Rahmen vorgesehen oder gesagt, bis dort hin, und so weiter?

Dr. Josef Christl: Nein, das war meines Wissens auch nicht der Fall.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Also das heißt, es war nach oben hin offen?

Dr. Josef Christl: Ja. Also das Finanzministerium hat nicht irgendwo gesagt, was weiß ich, 2 Milliarden € oder 3 Milliarden € ist die Obergrenze. Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und Sie haben auch nicht eingegriffen, dass Sie auf bessere nachvollziehbare Zahlen gekommen wären oder dass Ihnen das besser erklärt worden wäre?

Dr. Josef Christl: Na ja, wir haben pausenlos wie in all diesen Diskussionen immer wieder gefordert, dass wir das haben möchten. Ich meine, wir haben schon eingegriffen, massiv sogar, sozusagen immer wieder Druck gemacht, dass wir diese Zahlen bekommen, um eine rationalere Diskussion führen zu können.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie haben am 20. Dezember hier im Ausschuss gesagt, dass der 11. September 2001 einen sehr großen Meinungsumschwung in den Köpfen von allen Beteiligten gebracht hat.

Da würde mich interessieren, wie da die Diskussionen dazu gelaufen sind und welche Voraussetzungen und Unterlagen es dazu gegeben hat.

Dr. Josef Christl: Na ja, die Diskussionen, die damals waren, waren gravierend. An die erinnere ich mich noch viel besser als beispielsweise an andere Sachen, weil das war wirklich ein Schock. Und es gab unmittelbar auch wirtschaftspolitisch damals, es war ja die Frage, ich meine, die Aktienmärkte sind gecrasht, die Frage der Liquiditäts-Zurverfügungstellung für das Finanzsystem, da waren ja große Ängste, dass das weltweite Finanzsystem ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): In Bezug auf die Luftraumüberwachung?

Dr. Josef Christl: Ja. Und natürlich, ich meine, wenn Sie damals die Zeitungen gelesen haben, dann werden Sie sehen, was das für eine Besorgnis war. Überall Terror. Kommt ein weiterer Terroranschlag? Was bedeutet das? In den ganzen Medien war die Frage der Sicherheit eine dominante.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Welche Modelle sind da entwickelt worden? Oder ist dann gesagt worden bei Ihnen im Kabinett, wir nehmen jetzt sehr viel Geld?

Dr. Josef Christl: Da müssen Sie die Landesverteidiger fragen, aber wir hatten das Gefühl, dass die gesamte Diskussion jetzt, die allgemeine politische Diskussion sehr, sehr stark in die Frage Sicherheit, wie sicher sind wir, geht, und das war auch sofort spürbar. Also Sicherheitsfragen sind an der allgemeinen ... – Damit spielt natürlich die Eurofighter-Frage auch eine größere Rolle als zuvor.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, es war damals für alle im Kabinett klar, dass sehr viel Geld zur Verfügung gestellt werden muss, um nicht nur die Luftraumüberwachung zu sichern, sondern auch sämtliche polizeiliche Maßnahmen und andere Maßnahmen.

Hat es da konkrete Überlegungen gegeben, welche Ausgaben die Republik da treffen muss?

Dr. Josef Christl: So etwas ist nicht über meinen Schreibtisch gegangen, aber klar war jedenfalls, dass unsere Position und die Position des Ministers, überhaupt den Kauf von Abfangjägern zu verweigern, deutlich geschwächt wurde und praktisch dann,

wie sich herausgestellt hat, auch nicht wirklich haltbar war, auch politisch nicht mehr haltbar war.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Da möchte ich jetzt dann auf den 1.7. kommen, wo uns ja erzählt wurde, dass der Minister überlegt hat, ein Veto im Ministerrat einzulegen, wo Sie vorher gesagt haben, da können Sie sich eigentlich nur mehr sehr vage erinnern.

Hat das der Minister öfter überlegt, im Ministerrat ein Veto in bestimmten Fragen einzulegen?

Dr. Josef Christl: Wie gesagt, ich habe ein, zwei solche Sachen in dunkler Erinnerung. Bei der Sache ist es mir nicht so gut in Erinnerung wie etwa bei anderen, die da aber keine Rolle spielen und ich daher auch nicht zur Aussage bringe.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Hat es da keine Beratungen im Kabinett gegeben (*Dr. Christl: Nein!*), welche Vorgangsweise zu wählen ist? Hat das der Minister allein entschieden?

Dr. Josef Christl: Nein. Und wenn, dann war ich nicht beteiligt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie haben hier am 20. Dezember erzählt, dass es Gespräche mit dem Bundeskanzler von Seiten des Ministers gegeben hat. Sie können sich da etwas erinnern, aber Sie waren nicht so genau dabei. Ich wollte da ein bisschen nachfragen, an wie viele Gespräche Sie sich erinnern können oder ob die alle im Schleier des Vergessens bei Ihnen liegen in Bezug auf die Beschaffung von den Flugzeugen.

Dr. Josef Christl: Ich war bei Beschaffungsgesprächen Flugzeuge mit dem Herrn Bundeskanzler nur in einer wirklich ganz konkreten Sitzung dabei, an die ich mich erinnern kann, ansonsten ist das vor dem Ministerrat oder sonst irgendwo bei irgendwelchen anderen Gelegenheiten gelaufen, wo ich gar nicht dabei war. Ich war bei einer Sitzung dabei – und davon gibt es auch ein Protokoll –, wo Finanzierungsfragen behandelt wurden. Das ist eigentlich die einzige, die ich jetzt wirklich konkret in Erinnerung habe.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich glaube, anhand der Akten ist auch erkennbar, dass der Herr Minister mit EADS einige Treffen hatte.

An welche Treffen können Sie sich da erinnern? Wo waren Sie dabei, wo waren Sie informiert?

Dr. Josef Christl: Ich war nur bei einem dabei, das war ein Treffen – jetzt muss ich genau nachschauen, damit ich das nicht verwechsle – (*die Auskunftsperson blättert in Unterlagen*) –, das war nach meinen Aufzeichnungen am 23. April.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wenn es eh nur eines war.

Dr. Josef Christl: Ja, trotzdem merkt man sich nicht unbedingt jedes einzelne dieser Daten. 23. April 2002, da war ich dabei. Und natürlich dieses Manching-Treffen, das kenne ich aus den Unterlagen, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich habe noch eine Frage, wie mit Akten in einem Ministerbüro umgegangen wird, eine allgemeine Frage, die sich heute im Laufe des Tages gestellt hat. Herr Ministerialrat Hillingrathner hat gesagt, er hat einen Akt im Ministerbüro abgegeben, und sein Fehler war, dass er nicht sozusagen den Ausgang von seiner Sektion festgeschrieben hat.

Können Sie uns da erzählen: Ist das wie ein – ich habe irgendwie das Bild eines Taubenschlags vor Augen gehabt, aber ich nehme an, es gibt auch so etwas wie eine Kanzleiordnung für Ministerbüros. Können Sie dazu etwas sagen?

Dr. Josef Christl: Ja, Ihr Eindruck ist unbegründet, würde ich einmal sagen, der des Taubenschlags.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, alle Akten werden geordnet, nummeriert et cetera.

Dr. Josef Christl: Ja. Dazu gab es ein Sekretariat, der Akt wurde immer vom Sekretariat sofort ein- und ausgetragen. Das ist ja essentiell, sonst weiß ja niemand, wo der Akt ist, und sonst würde ein Ministerium auch nicht funktionieren.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Da haben wir leider heute andere Sachen gehört. – Recht herzlichen Dank, Herr Dr. Christl.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Dr. Christl, Ihnen ist dieses Dokument *Kaufempfehlung Abfangjäger* von Herrn Dr. Hillingrathner an das Ministerbüro, zu Händen Dr. Josef Christl, bekannt. Das kennen Sie ja.

In diesem Dokument ist – grob zusammengefasst – einmal drinnen als einzige Kaufempfehlung die F-16 MLU, weiters, „wenn Geld keine Rolle spielt“, der Eurofighter Typhoon – und Gripen praktisch ohne Kaufempfehlung, also dafür keine Kaufempfehlung.

Meine Frage dazu: Inwieweit hatte dieses Dokument Einfluss auf die Gesamtentscheidung?

Dr. Josef Christl: Leider keinen, wie Sie sehen, denn wir konnten eigentlich unsere erstgenannte Priorität nicht durchsetzen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Haben Sie, nachdem Sie dieses Dokument erhalten haben, noch einmal Rücksprache mit Herrn Dr. Hillingrathner gehalten?

Dr. Josef Christl: Das kann ich jetzt nicht sagen. Wir waren ja in laufendem Kontakt in diesen Tagen. Wir haben sicher über dieses Papier natürlich auch geredet, aber ...

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Heute bei der Befragung des Herrn Dr. Hillingrathner sind auch etwas andere Formulierungen gefallen, wie zum Beispiel, dass der Eurofighter Typhoon, um das richtig zu sagen, der absolute Bestbieter war und er sich nicht vorstellen könne, dass jemals ein anderer Kunde nochmals einen so günstigen Preis, ein so günstiges Angebot für einen Abfangjäger Typhoon erhalten würde.

Ist eine solche Argumentation Ihnen gegenüber auch einmal so gefallen?

Dr. Josef Christl: Diese Aussagen kenne ich. Wir waren – das habe ich auch das letzte Mal schon gesagt – insgesamt überrascht, dass eben Eurofighter, der grundsätzlich als ein relativ teures System eingeschätzt wurde, dann preislich offenbar so nahe an der Gripen-Lösung, die doch deutlich technologisch und auch militärisch unterlegen war, dran war und dass das alles so knapp beieinander ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Christl, ich komme noch einmal zurück auf diese Besprechung am 1.7.2002, bei der Sie mit Herrn Bundesminister Grasser, Herrn Sektionschef Steger und Herrn Winkler beieinander waren.

Ich frage ich Sie zunächst: Wie oft oder wie häufig hat der Herr Bundesminister im Vorfeld einer Ministerratssitzung mit seinem Rücktritt gedroht?

Dr. Josef Christl: Nein, wie gesagt, ich habe das gar nicht mehr so dramatisch in Erinnerung. Das war wahrscheinlich eine Variante, wo man gesagt hat, das ist eine Möglichkeit ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, Sie würden das eher als Ausnahme betrachten?

Dr. Josef Christl: Ich habe, wie gesagt, zuerst schon gesagt: Ich habe vage Erinnerungen, dass solche Rücktrittsdrohungen erörtert wurden in ein, zwei, maximal drei Fällen, und das mag einer davon gewesen sein. Nur: Für mich war das damals überhaupt kein Thema, sonst würde ich mich, wie gesagt, wahrscheinlich besser erinnern an diese Sitzung, wenn das so prominent gewesen wäre.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das habe ich aber aus Ihrem Einleitungsstatement, das Sie das letzte Mal hier im Ausschuss gehalten haben, am 20. Dezember, noch etwas anders in Erinnerung. Ich lese Ihnen Ihre eigene Aussage vor:

„Es war so, das der 11. September eben ein einschneidendes Ereignis war, und im Zuge dieser Ereignisse und dieser Erlebnisse hat auch Minister Grasser seine Einstellung etwas geändert und wurde meiner Einschätzung nach vor allem auch vom Bundeskanzler – aber so genau war ich bei den Gesprächen nicht dabei; das ist nur das, was ich aus Gesprächen mit ihm so erlebt habe – sozusagen mehr und mehr in die Richtung gedrängt, sich einer Abfangjäger-Lösung und einem Abfangjäger-Ankauf, einem Neuankauf, jedenfalls einer Ersatzlösung für die Draken, die ja ausgelaufen sind, zuzuwenden und dem zuzustimmen.“

Das liest sich aber schon so wie ein politischer Druck, der hier auf dem Herrn Finanzminister gelastet hat, der ihn augenscheinlich so sehr belastet hat, dass er gesagt hat, dass er dann, wenn er da hineingeht, dass er sich gar vertreten lässt, dass er dann zurücktreten müsste. Haben Sie es jetzt besser in Erinnerung?

Dr. Josef Christl: Ich muss ehrlich sagen, das eine hat für mich jetzt nicht unmittelbar mit dem anderen etwas zu tun, weil ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie erlauben mir, dass mir Ihr Erinnerungsvermögen ein bisschen eigenartig vorkommt: Wenn es etwas für den Eurofighter ist, wissen Sie es im Detail, wenn Ihr Minister mit Rücktritt droht, wissen Sie es nicht mehr!

Dr. Josef Christl: Ich muss ehrlich sagen, Herr Abgeordneter, ich kann jetzt keinen Zusammenhang sehen, denn das eine war dieses Ereignis, das die Entscheidung von keine Abfangjäger anzuschaffen in die Richtung Abfangjäger anzuschaffen geändert hat. Und bei dieser Sache, von der Sie sprechen, geht es um die Frage, ob man, wenn bestimmte Flieger, die eine besondere Belastung für das Budget unter Umständen darstellen, zurücktreten soll. Also ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das war der damalige Diskussionsstand nicht, sondern es ging tatsächlich darum, dass die Alternative zum F-16 MLU eben die Nichtanschaffung sein soll nach dem bis dahin geäußerten Willen des Ministeriums.

Ich dringe jetzt nicht weiter in Sie ein, wenn Sie sagen, Sie erinnern sich nicht, dann nehmen wir das einfach so zur Kenntnis und haben es im Protokoll.

Wir haben aber heute eine ganz interessante Aussage von Herrn Sektionschef Steger gehört, und die hat uns alle sehr erstaunt, passt aber irgendwie ins Bild. Herr Sektionschef Steger hat gesagt, dass er vom Bundesminister am Rande einer Besprechung zur Seite genommen wurde – diese Begebenheit soll irgendwann

zwischen April 2002 und Ende Juni 2002 stattgefunden haben – und der Herr Minister habe ihm gesagt, er solle auf Ministerialrat Hillingrathner einwirken, dass er nicht dauernd so für das amerikanische Modell ist.

Haben Sie da etwas Ähnliches in Erinnerung?

Dr. Josef Christl: Nein, und das deckt sich auch in keiner Weise mit dem, was in den Akten dazu, glaube ich, vorhanden ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist schon richtig. Manches in den Akten gibt aber nicht wirklich den Lebenssachverhalt wieder, wie wir schon festgestellt haben.

Daher frage ich Sie: Hat sich der Herr Minister Ihnen gegenüber einmal geäußert, dass er im Grunde eigentlich die F-16 gar nicht will? (*Dr. Christl: Nein!*) – Hat er sich nicht geäußert?

Dr. Josef Christl: Nein, das wäre ja schizopren! Wenn wir bis zuletzt (*Abg. Mag. Stadler: Na ja!*) in allen öffentlichen Diskussionen und überall für F-16 argumentieren und dann das ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Christl, Sie haben es hier mit lauter Politikern zu tun, wir können **öffentliche Diskussionen** von **tatsächlichen** mitunter sehr gut unterscheiden.

Die nächste Vorhaltung, die ich Ihnen machen möchte, ist eine Aussage des Herrn Hofer aus dem Verteidigungsministerium – der hat die Life-Cycle-Costs errechnet –, die dieser auf eine Frage des Ausschussvorsitzenden vor dem Ausschuss gemacht hat.

„Das heißt“, fragte der Ausschussvorsitzende, „Christl hat vorgeschlagen, diese Life-Cycle-Costs ...“

Karl Hofer: Nein, er hat nicht vorgeschlagen, er hat nur gefragt, warum ich diese Life-Cycle-Costs nicht berücksichtige.

Obmann Dr. Peter Pilz: Weil diese – nur damit es klar bei Protokoll ist –, das sind die von dem Brief von EADS ans Bundesministerium für Landesverteidigung, in der Unterlage, die Sie uns heute übergeben haben und wo statt 2 Milliarden Life-Cycle-Costs bei Eurofighter 484 Millionen für die Zeit von 30 Jahren drinstehen. Und ich halte fest, dass dem Kabinettschef des Finanzministers zum damaligen Zeitpunkt der Inhalt dieser Life-Cycle-Costs-Intervention von EADS sehr genau bekannt war.“

Später hat dann Herr Hofer gesagt:

„Um es auf den Punkt zu bringen: Es wurde mir in dieser Besprechung eine Vorhaltung gemacht, warum ich nicht dieses neue Zahlenmaterial“ – gemeint ist das Zahlenmaterial, das EADS bekannt gegeben hat – „für die Betriebskostenberechnung mit berücksichtige, und ich habe es – um mich nicht zu wiederholen – in gleicher Art und Weise beantwortet, wie es ich es hier schon gemacht habe.“

Das heißt, Hofer hat gesagt, er bleibt bei seinem eigenen Zahlenmaterial.

Nachdem aus dieser Aussage hervorgeht, dass Sie diesen Brief der Firma EADS augenscheinlich hatten, lasse ich Ihnen diesen Brief einmal kurz überbringen. Ich bitte Sie, nicht nur das Begleitfax des Herrn Steininger zu berücksichtigen, sondern auch den beiliegenden Brief und die anhängenden Kosten. Ich werde sinnvollerweise diese Blätter separieren. Es sind nur die separierten Blätter. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Dr. Josef Christl: Was soll ich da jetzt anschauen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie sich bitte nur diese Blätter anschauen, denn auf diesen Schriftverkehr nimmt die Aussage des Herrn Hofer Bezug. Wenn Sie sie mir dann bitte wieder zurückleiten. *(Die Auskunftsperson wirft einen Blick auf das ihr vorgelegte Schriftstück.)*

Dr. Josef Christl: Okay, ja. Mag sein, dass ich das gesehen habe. Es ist plausibel, wenn das zu uns gelangt ist ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die anderen Blätter haben damit nichts zu tun, möchte ich Ihnen sagen, damit Sie nicht verwirrt sind, Herr Dr. Christl. Konzentrieren Sie sich bitte auf diese drei Blätter; ich werde Sie **nur** dazu etwas fragen.

Dr. Josef Christl: Das ist sehr vorsorglich; danke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, so bin ich. *(Die Auskunftsperson liest das ihr vorgelegte Schriftstück und gibt es wieder zurück.)*

Nun, Herr Dr. Christl, frage ich Sie: Wenn Sie diese Blätter bekommen haben, von wem haben Sie sie bekommen, denn diese Blätter sind nicht an Ihr Ministerium gerichtet, sondern an das Verteidigungsministerium?

Dr. Josef Christl: Dazu kann ich Ihnen keine Auskunft geben. Ich kann nicht bestätigen, dass ich diese Blätter je gesehen habe. Also ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Hofer hat uns geschildert, dass Sie in dieser Besprechung gefragt hätten, warum man die Life-Cycle-Costs in der Höhe ansetzt, wie sie Hofer errechnet hat, und nicht in der Höhe, wie sie die Firma EADS errechnet hat. Das hat er hier ausgesagt. *(Dr. Christl: Ja, aber ...)* – Daher müssen wir davon ausgehen, dass Sie diese Berechnung der Firma EADS auch gekannt haben.

Dr. Josef Christl: Das ist möglich, aber ich kann es nicht hundertprozentig bestätigen. *(Abg. Mag. Stadler: Gut!)* – Ich verstehe nur nicht den Punkt, auf den Sie hinauswollen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will darauf hinaus, wie Sie in den Besitz dieses Zahlenmaterials gekommen sind, denn Herr Hofer hat Ihnen dieses Zahlenmaterial nicht gegeben.

Dr. Josef Christl: Ja, also dann ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bleibt nur der Weg übrig, dass Ihnen Herr Steininger das auch geschickt hat. Ist das richtig?

Dr. Josef Christl: Wer ist Herr Steininger, bitte?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Steininger ist Ihnen nicht bekannt? *(Dr. Christl: Nein!)* – Das ist der Vertreter der Firma EADS in Österreich gewesen.

Dr. Josef Christl: Das kann ich nicht bestätigen, tut mir Leid. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie konnten Sie dann von Herrn Hofer verlangen, er soll das Zahlenmaterial von EADS nehmen, wenn Sie das angeblich nicht gehabt haben? *(Abg. Dr. Fekter: Er hat es nicht verlangt!)*

Dr. Josef Christl: Es kann sein, dass mir Dr. Hillingrathner aus einem Gespräch das geschildert hat. Es kann sein, dass wir eine Kopie vom Verteidigungsministerium von diesem Brief bekommen haben. Viele Möglichkeiten gibt es. Ich weiß es **wirklich** nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich Sie damit konfrontiere, ist Ihnen vielleicht an diesem Schriftverkehr etwas eigenartig vorgekommen, jetzt aus der

Retrospektive, weil es sich mit den Datumsangaben nicht ganz ausgeht? Ist Ihnen da etwas in Erinnerung? (*Dr. Christl: Nein!*) – Dann komme ich zu einem anderen Thema.

Sagt Ihnen der Name Faltlhauser etwas?

Dr. Josef Christl: Ja, ich glaube, das ist der EADS-Vertreter in Österreich gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wann hatten Sie mit Herrn Faltlhauser zum ersten Mal zu tun gehabt?

Dr. Josef Christl: Herr Abgeordneter, ich muss Sie, glaube ich, wieder enttäuschen, das kann ich jetzt nicht sagen, ich habe das auch nicht irgendwo in den Unterlagen. Ich habe ihn sicher irgendwann getroffen. Ich denke – jetzt auch wieder eher vage Erinnerungen –, der war mehr involviert dann bei den Vertragsverhandlungen, als es schon konkret um Vertrags ...

Im Zeitraum, den wir jetzt behandeln, Typenentscheidung, da bin ich mir nicht sicher, ob ich zu dem Zeitpunkt Herrn Faltlhauser schon jemals gesehen habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist möglich, das könnte durchaus der Fall sein. Das heißt, zum Zeitpunkt der Typenentscheidung hatten Sie mit ihm nichts zu tun?

Dr. Josef Christl: Ich glaube eher, aber ich kann es nicht hundertprozentig so sagen. Es könnte durchaus sein, dass ich ihn bei der einen oder anderen Gelegenheit begegnet bin.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine letzte Frage bezieht sich auf die Vorgänge rund um den 25. Juni 2002. Damals gab es eine Besprechung im Vorfeld des Ministerrates, bei der augenscheinlich der Herr Verteidigungsminister, für den Finanzminister überraschend, den SAAB Gripen als Modell für die Typenentscheidung vorgeschlagen hat. Erinnern Sie sich noch an diesen Vorgang?

Dr. Josef Christl: Darüber gibt es ja ein Protokoll von mir.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Richtig. – Zu diesem Zeitpunkt hat Ihr Minister welches Modell präferiert? (*Dr. Christl: F-16 MLU!*) – Immer noch F-16? (*Dr. Christl: Ja!*) – Er hat sich nämlich da – zunächst einmal in der Einleitung – nicht auf F-16 bezogen, sondern nur die Reihung Gripen vor Eurofighter genannt. Das heißt also, aus diesem Aktenvermerk könnte man durchaus auch schließen, dass für ihn der F-16 auch schon draußen war. Er hat nur gesagt, dass die zuständige Fachabteilung bei ihm, nämlich II/14 – das sind nach wie vor, glaube ich, Sektionschef Steger und Hillingrathner gewesen –, den F-16 als die effektivste und sparsame Lösung dargestellt haben. – Dann schildert er weiter, wie Herr Bundesminister Bartenstein zum ersten Mal ganz offen für den Eurofighter eintritt.

Wissen Sie, wie die Kommunikation zwischen Bartenstein und Grasser in diesem Zusammenhang war?

Dr. Josef Christl: Nein, im Detail kann ich das nicht sagen. Ich meine, die haben sich natürlich laufend getroffen, bei den Ministerräten und bei verschiedenen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, es war eigentlich spätestens zum 25. Juni bekannt, dass Minister Bartenstein den Eurofighter präferiert?

Dr. Josef Christl: Nein. Ich glaube, da ging es mehr um die Gegengeschäfte, nehme ich an. Das ist ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Natürlich, der Bartenstein hat nur mit ...

Dr. Josef Christl: Es gab zu dem Zeitpunkt, glaube ich, schon eine Reihung, wo, was die Gegengeschäfte anlangt, EADS vor SAAB Gripen gereiht wurde, sehr, sehr knapp, und die F-16-Gegengeschäfte eigentlich, denn die hatten damals nur eine 100-Prozent-Quote geboten, eher als deutlich schwächer eingestuft wurden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, man musste zum 25. davon ausgehen, dass die Bewertungskommission für den Eurofighter war – aus dem Verteidigungsministerium –, dass Bartenstein für den Eurofighter war, dass auch der Bundeskanzler, allerdings noch verdeckt, für den Eurofighter war. (*Abg. Dr. Fekter: Da gibt es überhaupt keinen Hinweis darauf!*) Natürlich gibt es den Hinweis darauf. (*Abg. Dr. Fekter: Welchen?*) Auf den kommen wir bei der Einvernahme des Herrn Bundeskanzlers noch zu sprechen. (*Abg. Dr. Fekter: Dann genügt das dort! Das sind Unterstellungen wieder!*) Und es war eigentlich auch der Minister durch seine Besuchskontakte mit EADS dem Eurofighter nicht abgeneigt. (*Abg. Dr. Fekter: Stimmt auch nicht!*)

Das heißt, es hat sich eigentlich herauskristallisiert, dass das Ministerium an einem Typ festgehalten hat, der im Grunde nicht mehr das Wollen des Ministers darstellte. So zumindest ist auch die Aussage des Herrn Sektionschefs Steger von heute zu deuten. (*Abg. Dr. Fasslabend: Reine Phantasie!*)

Dr. Josef Christl: Nein, das glaube ich nicht, denn es gab ja dann nachher auch noch das Treffen am 28. Juni, wo ich dabei war und wo wieder Scheibner, Grasser, Christl, Brigadier Commenda, Frau Dr. Berger vom BMöLS, Kabinettschefin von Riess-Passer, auch dabei war, wo wir nochmals und ohne Ergebnis F-16 MLU sehr, sehr stark argumentiert haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das das, was im Gelben Salon stattgefunden hat?

Dr. Josef Christl: Ja, auch dazu gibt es von mir ein Protokoll. Das ist von mir unterzeichnet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dieses Protokoll von Ihnen schildert den Eurofighter als das militärisch anspruchvollste Gerät, aber als noch nicht ausgereift und seine laufenden Kosten als ziemlich teuer. Ist es dieses?

Dr. Josef Christl: Ja, ich nehme an, dass es das ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist die Stellungnahme des Verteidigungsministers da drinnen.

Dr. Josef Christl: Ja, das habe ich dann wahrscheinlich so protokolliert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn man aber jetzt davon ausgeht, dass die Bundesregierung sich für den Ankauf von neuen Flugzeugen festgelegt hat und der Eurofighter bereits von der Bewertungskommission vor den Gripen gereiht wurde, damit die billigste Variante des Herrn Hillingrathner und zumindest nach außen hin auch des Finanzministers damit aus dem Rennen war, dann ist doch die Conclusio nach einer Subtraktionsmethode zulässig, dass eigentlich nur mehr der Eurofighter in Wirklichkeit die Präferenzvariante war. (*Abg. Dr. Fekter: Ex post!*)

Dr. Josef Christl: Das sagen Sie jetzt sozusagen aus der Perspektive der Nachbeurteilung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das lässt sich sagen, wenn ich hier das lese. Ich lese das durch, was da drinnen steht:

Die Regierung will ein neues Flugzeug. Damit scheidet der gebrauchte F-16 einmal aus. Die Regierung nimmt zur Kenntnis, dass der Eurofighter von der Bewertungskommission vor den Gripen gereiht wurde. – Zitatende.

Und damit bleiben, wenn man ein neues Flugzeug kauft, eben nur mehr Eurofighter und Gripen übrig. Und so ist es dann der Eurofighter geworden.

Dr. Josef Christl: Aber Sie müssen den ganzen Akt lesen. Am Schluss steht, dass sich BMLV und BMF nicht einigen können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Natürlich war zu diesem Zeitpunkt noch keine Einigung da. Aber nach der Subtraktionsmethode war völlig klar, auch zu diesem Zeitpunkt bereits, dass es nur der Eurofighter sein wird.

Dr. Josef Christl: Ich kann nur sagen, was ich zuerst gesagt habe: Wir haben bis einen Tag vorher – und ich war selbst sehr überrascht – aus vollem Herzen und voller Überzeugung die F-16 MLU ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, dass ich Ihnen nicht einmal in Abrede stellen will, dass Sie diese Einstellung hatten. Aber ich bezweifle heftig, ob Ihr Minister diese gleiche Einstellung hatte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wussten Sie nach dem 25. Juni, dass die Bewertungskommission den Eurofighter in einem Fall vor den Gripen, den Gripen in zwei Fällen vor den Eurofighter und die F-16 gar nicht bewertet hatte?

Dr. Josef Christl: Dass die F-16 ausgeschieden wurde, war klar, aber wie das genaue Ergebnis und die verschiedenen Finanzierungsvarianten waren, das war nicht so klar. Da gab es so Kontakte zwischen Dr. Hillingrathner und dem Landesverteidigungsministerium, wo man vereinzelte Informationen bekommen hat. Aber wir hatten keine wirklich klare Dokumentierung dessen, wie dieses Verfahren zu diesem Zeitpunkt gelaufen ist. Aber es gab sozusagen irgendwie solche Rumors, könnte man sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber Sie wussten, dass die F-16 draußen war?

Dr. Josef Christl: Es wurde uns vom Landesverteidigungsministerium gesagt, dass eben auf Grund der Nichterfüllung von zwei Muss-Kriterien die F-16 –genauso wie die F-16 MLU – ausgeschieden werden muss.

Obmann Dr. Peter Pilz: Mit welcher sachlichen Begründung haben Sie dann weiter eine Typenentscheidung für die F-16 verfolgt, wissend, dass zwei Muss-Kriterien nicht erfüllt und F-16 bereits aus der Bewertung ausgeschieden ist?

Dr. Josef Christl: Mit der Begründung der **ökonomischen Rationalität**.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aha! – Das heißt, ein ordentliches Bewertungsverfahren, wo Ihr Minister immer betont hat, wie ordentlich es war, konnte ignoriert werden, das Ausscheiden einer Type auf Grund der Nichterfüllung von Muss-Kriterien hat keine Rolle gespielt, weil Sie sagten: Es ist billiger! Ist das richtig?

Dr. Josef Christl: Ja, so kann man es natürlich auch formulieren. Aber ich würde auch dazusagen: Es war ein Verfahren, wo beispielsweise solche Dinge wie eben Life-Cycle-Costs nicht wirklich Eingang gefunden haben und wo es eine Reihe von Punkten gab, wo wir uns im Finanzministerium schon Gedanken darüber gemacht haben, ob dieses Verfahren so objektiv ist, wie es vorgegeben wird.

Nur: Faktum war natürlich, dass letztlich, auch von der gesetzlichen Lage her, die Typenentscheidung im Verteidigungsministerium zu treffen war. Aber wir wollten uns

damit jetzt nicht unmittelbar immer und jetzt sofort abfinden und nicht unsere Argumente bringen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Gut. – Das werden wir dann ohnehin bewerten. Ich enthalte mich jetzt jeder Stellungnahme zu dieser Vorgangsweise.

Kommen wir zu dem Protokoll: Die Protokolle sind vom Herrn Hillingrathner am 25. November 2002 veraktet worden. Sie haben am 20. November Dr. Hillingrathner diese drei Protokolle übergeben. Wann sind die Protokolle verfasst worden?

Dr. Josef Christl: Die Protokolle sind verfasst worden ziemlich unmittelbar nach den jeweiligen Sitzungen. Das heißt, die erste Sitzung war am ... Jetzt muss ich in meinen Unterlagen nachschauen. *(Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.)*

Obmann Dr. Peter Pilz: Das kann ich Ihnen gerne sagen. Die erste war am 25. Juni, die zweite am 28. Juni, die dritte am 1. Juli 2002.

Dr. Josef Christl: Ja. Das war immer so, dass ... Dort, wo ich selbst dabei war, bei dem einen Protokoll, da habe ich es unmittelbar nach dieser Sitzung im Wesentlichen in den Computer geschrieben. Bei den anderen Sitzungen hat der Minister ein Debriefing gegeben, und ich habe dann dieses Protokoll verfasst.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie protokollieren da – ich zitiere –: Für mich völlig überraschend und ohne vorherige Ankündigung sollte in dem Gespräch vor dem Ministerrat die politische Entscheidung über den Ankauf der Abfangjäger getroffen werden. – Zitatende.

Das haben Sie geschrieben?

Dr. Josef Christl: Ja, im Namen des Herrn Finanzministers.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum wird hier nicht festgehalten, dass der Protokollverfertiger nicht der Finanzminister selbst ist? Sie erwecken hier – ich sage es Ihnen – wahrscheinlich nicht nur für mich den Eindruck, als hätte der Finanzminister selbst dieses Protokoll verfasst. *(Dr. Christl: Er hat es auch unterschrieben!)* Warum gibt es hier keinen Hinweis, dass eine dritte Person das Protokoll verfasst hat? *(Abg. Dr. Fekter: Weil das ganz normal ist!)*

Dr. Josef Christl: Das weiß ich nicht. Das ist vielleicht ein Mangel dieses Protokolls, wenn Sie das so sehen wollen. Dass man aber im Grundsatz ... das war nie ein Thema. Es weiß jeder, dass ich dieses Protokoll verfasst habe, und unterschrieben ist es vom Herrn Finanzminister.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. *(Abg. Dr. Fekter: Darf eine Sekretärin nichts schreiben?)* Warum steht das Datum der Protokollverfassung nicht drauf?

Dr. Josef Christl: Es steht das Datum der Sitzung drauf, aber ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie, es gibt Mindestansprüche an ein Protokoll. Einer der Mindestansprüche ist, wer der Verfasser ist. *(Abg. Dr. Fekter: Der, der unterschrieben hat!)* Der zweite Mindestanspruch ist, wann es verfasst wurde.

Können Sie ausschließen, dass diese drei Protokolle gemeinsam zu einem späteren Zeitpunkt verfasst wurden? *(Dr. Christl: Ja!)* – Wir werden das überprüfen. – Das dazu.

Gehen wir ein Stück zurück in der Chronologie.

Anhand der Gesprächsmitschriften von Herrn Sektionschef Steger: 20. Juni, 9.30 Uhr, Besprechung bei Grasser, Büro des Bundesministers, Teilnehmer Grasser, Christl, Hillingrathner, Tomasch, Kocher, Steger.

Ich zitiere: Strategie: Abfangjäger; Strategie BMLV: pro Gripen. Wir nicht, wir machen zwei Alternativen. – Zitatende.

Können Sie sich daran erinnern, dass das besprochen wurde?

Dr. Josef Christl: Ich kann mich daran nicht erinnern, aber ich kann mir vorstellen, dass das besprochen wurde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. – Dann werden von Steger die zwei Varianten festgehalten. Das ist bekannt: F-16 und Eurofighter. Dass F-16 nicht mehr zur Debatte stand, haben wir lang und breit erörtert, das müssen wir nicht wiederholen.

Dann kommt aber ein wichtiger Punkt – ich zitiere –: Via Christl: Entscheidung hinauszögern, nachfordern von Unterlagen, morgen gegen 15 Uhr Nachforderungen an Büro Scheibner und Bundesministerium für Landesverteidigung, Montag im Laufe des Vormittags detto Nachforderungen, eventuell nächste Woche Präsentationen verlangen. – Zitatende.

Können Sie sich daran erinnern?

Dr. Josef Christl: Ja, daran kann ich mich erinnern, weil ich da einen Brief am Wochenende, noch kurz vor dem Wochenende geschrieben habe, wo ich verschiedenste Datenanforderungen an das Landesverteidigungsministerium gestellt habe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum wollen Sie die Entscheidung hinauszögern, oder warum *sollten* Sie die Entscheidung hinauszögern? Steger bezieht sich ja immer auf das, was der Minister in Auftrag gegeben hat.

Dr. Josef Christl: Das Hinauszögern ist mir eigentlich nicht so bewusst. Aber wir wollten noch einmal jedenfalls ... – In dem Schreiben geht es wiederum um die Life-Cycle-Costs und verschiedene Varianten mit unterschiedlichen Stückzahlen von Fliegern, wie Sie sicher wissen. Und wir wollten einfach noch mehr Information.

Und jetzt kann man sagen, wenn man es salopp formuliert: Jetzt zögern wir noch hinaus, wenn eine Entscheidung bevorsteht! Aber das Wesentliche bei dieser Geschichte und bei dem, was ich da zu schreiben hatte, war aus meiner Sicht, dass wir bestimmte Daten nochmals haben wollten.

Obmann Dr. Peter Pilz: „Nochmals haben wollten“?

Dr. Josef Christl: „Nochmals haben wollten“, weil wir ja schon oft genug betont hatten, dass wir Life-Cycle-Costs haben wollen, verschiedene ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie hatten zu diesem Zeitpunkt alle Informationen über Life-Cycle-Costs, über die das Bundesministerium für Landesverteidigung verfügt hat. Das ist von Wall an Commenda und von Commenda an das Bundesministerium für Finanzen bereits übergeben worden; das ist gut dokumentiert. Warum wollten Sie noch einmal diese Unterlagen? (*Abg. Dr. Fekter: Das stimmt ja nicht!*) – Frau Kollegin Fekter, schonen Sie bitte Ihre Stimme, Sie werden sie noch oft genug brauchen! (*Abg. Dr. Fekter: Herr Verfahrensanwalt, es ist ein falscher Vorhalt! Hillingrathner hat eindeutig ausgesagt, die Daten über die Kosten sind am 27. übermittelt worden!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, das ist ein falscher Vorhalt und eine Erinnerungslücke. Das, was Sie meinen, ist das Steininger-Papier über die Life-Cycle-Costs – das aber, was ich meine, ist das Wall-Papier, das von Hofer erarbeitet wurde,

und das ist deutlich vor dem 20. Juni über das Büro Commenda, das heißt über das Kabinett, an das Bundesministerium für Finanzen übersandt worden. Ich habe diesen Akt vor mir liegen.

So, ich setze dort fort und bitte, mich nicht durch falsche Vorhalte zu unterbrechen.

Herr Christl, wiederholen wir das noch einmal: Das Bundesministerium für Finanzen hat über alle Unterlagen des Bundesministeriums für Landesverteidigung zu diesem Zeitpunkt über Life-Cycle-Costs verfügt. Warum haben Sie sie noch einmal verlangt?

Dr. Josef Christl: Ich habe damals den Eindruck gehabt, dass wir *nicht* über diese Informationen, von denen Sie sprechen, verfügt haben, und daher habe ich sie nochmals angefordert.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum hatten Sie diesen Eindruck?

Dr. Josef Christl: Weil wir meines Wissens zu dem Zeitpunkt keine Life-Cycle-Costs hatten, die abgestimmt und konsistent verfügbar gewesen wären und die in der ganzen Diskussion, auch mit dem Herrn Bundeskanzler auf der politischen Ebene wirklich so hätten verwendet werden können, dass nicht sofort wieder jemand, etwa beispielsweise der Landesverteidigungsminister, gesagt hätte, diese Life-Cycle-Costs sind gar nicht relevant, denn die haben diesen und jenen Mangel und so weiter.

Wir hatten meines Wissens zu diesem Zeitpunkt *keine* abgestimmte Meinung, wie hoch die Life-Cycle-Costs der unterschiedlichen Systeme waren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dieses ganze Papier und noch ein weiteres Papier ist Ihnen von Kabinettschef Commenda übermittelt worden. Wir werden natürlich – das muss ich an dem Punkt festhalten – Kabinettschef Commenda noch befragen müssen, auf welchem Wege diese Übermittlung stattgefunden hat, da, wenn wir jetzt von Ihrer Erklärung ausgehen, diese Life-Cycle-Costs weder bei Ihnen noch beim Finanzminister, nehme ich jetzt einmal an, angekommen sind. – Das ist jetzt eine offene Frage, das halte ich nur fest.

Nächster Punkt dieser Aufzeichnung Steger: Eventuell nächste Woche – das heißt die Woche nach dem 25. Juni – Präsentationen verlangen. Welche Präsentationen?

Dr. Josef Christl: Tut mir leid, daran kann ich mich nicht erinnern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und damit wir dieses Schriftstück fertig haben, noch zwei kurze Punkte – ich zitiere –: ein bis zwei Seiten Landesverteidigungsbudget morgen an Bundeskanzler, Vizekanzler, Scheibner mit kleinem Zusatz. – Zitatende.

Sie haben bereits auf diese Briefe hingewiesen. Das sind Briefe, die sich mit dem Verteidigungsbudget befassen.

Zitat: Wie vereinbart soll Abfangjäger-Entscheidung im Zusammenhang mit Budget 2003 Kuchenstück mit zehn Zeilen erklären.

Können Sie uns das erklären?

Dr. Josef Christl: Nein. Da müssten Sie Gerhard Steger am besten fragen. Ich nehme an, Sie haben ihn gefragt. „Kuchenstücke“ ist klar, nicht? Das waren immer die Vorgaben des Ministeriums für die Budgetierung eines bestimmten Ministeriums, aber ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Letzter Satz: bis Montag Mittag – also bis zum Mittag des 25. Juni – Strategie fertig.

Was heißt das? Was heißt das, wenn Steger hier festhält, bis zu Mittag nach dem offensichtlich zum Scheitern verurteilten ersten Versuch des Verteidigungsministers, zu

einer Typenentscheidung Gripen zu kommen, **Strategie fertig?** Erklären Sie uns bitte die hier von Steger angesprochene Strategieplanung des Finanzministers.

Dr. Josef Christl: Es tut mir leid, da müssen Sie Gerhard Steger fragen, was er dort notiert hat. Für mich ist das nicht wirklich schlüssig. Ich kann jetzt spekulieren darüber, was er gemeint haben könnte, aber ich glaube, das ist für den Ausschuss nicht so interessant.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe es nur für möglich gehalten, dass Sie sich konkret erinnern. Ich habe Sie nur deswegen gefragt, weil hier das Ganze, dieser Strategieteil beginnt mit: Via Christl Entscheidung hinauszögern, und, und, und. Das bezieht sich offensichtlich alles auf Sie. Wir haben das hier schwarz auf weiß. Sie können sich nicht konkret erinnern. – Ich kommentiere das nicht, das ist eine Bewertungsfrage.

Meine Zeit ist am Ende. Wollten Sie dazu noch etwas sagen?

Dr. Josef Christl: Nein, danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Nächste ist Frau Kollegin Fekter. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nachdem Herr Kollege Pilz aus meiner Sicht einen falschen Vorhalt gemacht hat: Mir liegt hier ein Akt von der Abteilung Luftzeugwesen vor, und zwar mit dem Vermerk auf dem Akt: Diese Unterlagen wurden dem BMF am 27. Juni übergeben.

Weiters habe ich einen Dienstzettel mit der Nummer 6205/02, auch aus der Abteilung Luftzeugwesen, unterfertigt von Ing. Wagner, wo dezidiert drinsteht: Beigeschlossen werden Aufwandsschätzungen der Abfangjägerbeschaffung, welche dem BMF am 27. Juni 2002 übergeben wurden. Zur Weitergabe an die Staatsanwaltschaft Wien. – Weil es hier einen Staatsanwaltschaftsakt gegeben hat.

Das **beweist**, dass das BMF die Schätzungen bezüglich der Betriebskosten und Life-Cycle-Costs, die Sie massivst urgiert haben, erst am 27. Juni erhalten hat und **nicht** schon früher.

Meine konkrete Frage dazu, Herr Dr. Christl, ist: Wenn hier steht „dem BMF übergeben“, wer ist das dann ad personam oder wie muss man sich das vorstellen?

Dr. Josef Christl: Normalerweise, würde ich sagen, geht das zunächst an den Portier oder sollte an eine bestimmte Abteilung adressiert sein. Wenn nur „dem BMF“ draufsteht, dann geht das, würde ich vermuten, in die Präsidialsektion.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Da steht drauf: Abfangjägerbeschaffung – Fragen des BMF vom 26. Juni 2002 antworten.

Das heißt, das waren Ihre Anfragen, und dann ist am nächsten Tag die Antwort gekommen.

Dr. Josef Christl : Dann ist es, wenn ich da war, unter Umständen an mich gegangen, oder es ist an Dr. Hillingrathner gegangen, würde ich vermuten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Eine weitere Sache, die ich eigentlich zur Korrektur hier anbringen möchte, ist jene bei den Fragen von Dr. Stadler, und zwar hat Stadler die Auskunftsperson Dr. Christl mehrmals gefragt, ob ihm in Kopie vielleicht das Schreiben von Steininger zugegangen ist. Daraufhin hat Dr. Christl gefragt: Wer ist Steininger?, weil er den gar nicht kennt.

Dem Resümeeprotokoll vom 27. Juni entnehme ich: Christl fragt: Gibt es neue Erkenntnisse zu Life-Cycle-Costs? Dann erläutert Wagner die logistischen Teile des Angebots von EADS als sehr schlüssig. Die nachgängigen Schreiben hätten aber zu keinen neuen Erkenntnissen betreffend LCC geführt.

Das heißt, Wagner hat bei dieser Sitzung dieses Schreiben erläutert, und weil er es dort erläutert hat, hat Christl nachgefragt, ob nicht die NATO-Situation – die steht nämlich in diesem Schreiben drinnen – zugrunde gelegt worden sei. Wagner verneint dies. Es sei ein gleiches Nutzungsprofil für alle Typen zugrunde gelegt worden. (*Abg. Mag. Stadler: Ich habe das auf den Hofer bezogen!*)

Damit ist mit diesem Resümeeprotokoll bewiesen, dass Dr. Christl unter Umständen – ich weiß es nicht, er hat es nicht anders angegeben –, aber genau bei dieser Sitzung auf Grund dessen, was dort diskutiert worden ist, von diesem Schreiben erfahren hat. Könnte es so gewesen sein, Herr Dr. Christl?

Dr. Josef Christl: Es könnte so gewesen sein. (*Abg. Mag. Stadler: Es könnte aber auch anders gewesen sein! – Abg. Dr. Fekter: Aber da gibt es einen Beweis! Aber bei euch gibt es nur Vermutungen!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte jetzt noch einmal, weil Sie gesagt haben, es könnte so gewesen sein, die Frage stellen, ob sich nicht Herr Hofer richtig erinnert, wenn er sagt, Sie hätten vorgeschlagen ... – Ich beziehe mich nicht auf das Protokoll des Ministeriums. Das Protokoll des BMF interessiert mich in diesem Zusammenhang nicht, weil es nicht aussagekräftig ist. (*Abg. Dr. Fekter: Nur Vermutungen!*) Außerdem hege ich durchaus auch den Verdacht des Vorsitzenden, dass diese drei Protokolle später **uno actu** gemacht wurden. Aber lassen wir das!

Herr Hofer sagt und erinnert sich sehr ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und wo ist die Begründung für den Verdacht? Sie können hier nicht in ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also wenn jetzt die Frau Kollegin Fekter ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): ... und alle Begründungen schuldig bleiben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wollen Sie wirklich wieder eine hübsche Sitzungsunterbrechung?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sicher, denn das ist widerlich, wenn hier nur Verdachtsmomente in den Raum gestellt werden und jegliches Faktum, jeglicher Beweis dafür nicht einmal diskutiert wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, es ist wirklich bedauerlich, wenn Sie mit Begriffen wie „widerlich“ und so weiter Feststellungen von Abgeordneten (*Abg. Dr. Fekter: Dann sollen sich die Frager an die Wahrheit und Fakten halten!*), die nicht Ihrer Meinung entsprechen, kommentieren.

Ich muss positiverweise feststellen, dass in die Fragestellungen des Kollegen Stadler im Regelfall weniger Wertungen einfließen als in Ihre. Aber wenn es noch weniger wären, wäre das natürlich noch besser. (*Abg. Dr. Fekter: Schon wieder eine Unterstellung!*) Darauf könnten wir uns doch einigen, nämlich möglichst ohne Suggestionen, möglichst ohne Bewertungen Sachfragen zu stellen, weil dann die Chance auf sachliche Antworten am größten ist. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist die so genannte objektive Vorsitzführung!*)

Kollege Stadler, bitte fortzusetzen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe die Aussage des Herrn Ministerialrates Hofer zum Anlass genommen, nicht dieses Protokoll, um Sie zu fragen, wie der Vorgang wirklich war. Er schildert diesen Vorgang so, dass Sie in der Besprechung den Vorschlag gemacht und gefragt hätten, warum er nicht die Life-Cycle-Costs der Firma EADS heranzieht, die wesentlich niedriger sind, statt der

Berechnungen, die er, Hofer, getätigt habe. Daraus schließen wir, dass Sie das Zahlenmaterial der Firma EADS gekannt haben müssen.

Nun die Frage ist jetzt und ich wiederhole sie, weil Sie gesagt haben, es könnte so gewesen sein, wie Ihnen die Frau Kollegin Fekter insinuiierend in den Mund gelegt hat ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nicht „insinuiierend“, sondern aus dem Protokoll vorgelesen. Er soll bei den Fakten und bei der Wahrheit bleiben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben die Frage vernommen. Ich wiederhole sie nicht, sonst regt sich Frau Kollegin Fekter übermäßig auf. Das will ich überhaupt nicht. Ich bin wirklich schon besorgt um ihre Gesundheit.

Daher frage ich Sie jetzt noch einmal: Erinnern Sie sich an den Vorgang ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, bitte nicht die Ausbrüche zu provozieren! Das bringt gar nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich beherrsche mich eh schon. Du solltest langsam meine Beherrschung bewundern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte die Beherrschung auf die Spitze zu treiben!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Erinnern Sie sich an den Vorgang, den Herr Hofer diesem Ausschuss geschildert hat? Wie erinnern Sie sich aus Ihrer Sicht?

Dr. Josef Christl: Gar nicht, Herr Abgeordneter, weil ich diese Sitzung nicht mehr präsent habe. Ich habe weder ein lexikografisches Gedächtnis, noch habe ich Einsicht in die Protokolle und daher erinnere ich mich nicht im Detail an diese Sitzungen. Wenn Sie daraus zitieren, dass ich dort für bestimmte Sachen und Life-Cycle-Costs argumentiert habe, dann kann ich mir das vorstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, es könnte auch so gewesen sein, wie Herr Hofer es darstellt?

Dr. Josef Christl: Ich sage Ihnen, es könnte so gewesen sein. Es kann so gewesen sein, wie Frau Abgeordnete Fekter das ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und es könnte auch ganz anders gewesen sein?

Ich frage Sie nunmehr zu den Vorhalten, die Ihnen der Herr Vorsitzende gemacht hat, zitierend aus den Unterlagen, die uns Sektionschef Steger hier übergeben hat. Der Herr Vorsitzende hat versucht, eine Deutung der Formulierung zu finden: bis Montag Mittag strategiefertig.

Er schildert dann – man muss das nämlich im Zusammenhang lesen –: am 24. 6. die Besprechung um 8.30 Uhr in der Früh. Dort heißt es dann: Finale Version – Klammer auf (Leasing erst?) Fragezeichen, Klammer geschlossen, Doppelpunkt –: Strategie Eurofighter, Strategie F-16, Schwächen Gripen.

Bei dieser Besprechung waren der Minister, Hillingrathner, der hier etwas flapsig „Hilli“ genannt wird, Tomasch, Kocher und Sie anwesend.

Vor dem Hintergrund dieser beiden neuen Strategiebegriffe: Können Sie sich jetzt einen Reim darauf machen, was da strategisch in Bezug auf Eurofighter und F-16 besprochen wurde?

Dr. Josef Christl: Ich muss Sie enttäuschen, Herr Abgeordneter. Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann muss ich Ihnen Ihre Aussage zu einem anderen Thema vorhalten, dass es ein Treffen gab mit Vertretern der Firma

EADS. Sie nennen hier namentlich Herrn Bischoff von der Firma EADS und an Herrn Hödl gemeinsam mit Rauen und Minister Grasser. Sie haben später über meine Nachfrage, ob das der 23. April war, gesagt, es könnte sein. Es könnte so ungefähr hinkommen. Sie haben dann in der Nacht noch ein E-Mail geschickt, wo Sie sich sehr genau daran erinnern haben, dass es der 23. 4. 2002 war. Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

Dr. Josef Christl: Ja. Ich habe hier in meiner Zeitleiste den 23. April und das war das Gespräch mit Hödl, Rauen und Grasser.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Erinnern Sie sich, ob bei diesem Treffen auch Herr Westenthaler dabei war?

Dr. Josef Christl: Also, das glaube ich, mit Sicherheit eigentlich ausschließen zu können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Westenthaler war bei einem derartigen Treffen, über das die Zeitschrift „NEWS“ sehr ausführlich mit Fotomaterial berichtet hat.

Dr. Josef Christl: Also meiner Erinnerung nach war Westenthaler da nicht dabei. Aber wie gesagt, also das würde mich wirklich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es möglich, dass es noch ein zweites Treffen gab, bei dem Westenthaler dabei war und Ihr Minister?

Dr. Josef Christl: Wie soll ich das wissen? Also ich kann das nicht beurteilen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, wer dieses Treffen mit den Vertretern der Firma EADS, namentlich Bischoff, Hödl, Rauen, organisiert hat? (*Dr. Christl: Nein!*) – War Herr Wolf von der Firma MAGNA bei diesem Treffen dabei?

Dr. Josef Christl: Nein, meines Wissens nicht, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, wer die Einladung ausgesprochen hat, das wissen Sie auch nicht mehr?

Dr. Josef Christl: Nein. Da war ich auch nie irgendwie involviert in so ein Gespräch, aber ich war nicht einladend.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es war keine Veranstaltung an diesem Abend des 23. April, die das Ministerium gemacht hat?

Dr. Josef Christl: Nein. Ich glaube, ich habe beim letzten Mal zu Protokoll gegeben, dass ich der Meinung war, dass an diesem Abend eine Veranstaltung von EADS irgendwo in Wien bei einem Heurigen gegeben wurde. Aber da bin ich mir relativ sicher, würde ich sagen, aber nicht hundertprozentig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat das die Frau Rumpold organisiert?

Dr. Josef Christl: Keine Ahnung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann noch eine andere Frage. Sie erinnern sich an die Befragung, die wir das letzte Mal mit Ihnen hatten, über das Aktenkonvolut, das im Büro des Ministers verschwunden ist – unter dem Stichwort „Paketlösung“, wenn Sie sich erinnern? Erinnern Sie sich an diese Diskussion? (*Dr. Christl: Ja!*) – Zunächst gab es ein zweites Aktenkonvolut, das von EADS an das Ministerium geschickt wurde, das nicht in die Hierarchie beziehungsweise ins Ministerium Eingang gefunden hatte.

Haben Sie sich jetzt in der Zwischenzeit erinnert, wo dieses Aktenkonvolut gelandet sein könnte?

Dr. Josef Christl: Nein. Sie haben mir damals bei der letzten Ausschuss-Sitzung einen Akt gezeigt. Das habe ich in Erinnerung, aber ... Und ich weiß auch, dass dieser Akt im Original offenbar verschwunden ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gibt zwei verschwundene. (*Dr. Christl: Aha!*) – Sie haben mir versprochen, Sie werden bis zur heutigen Befragung streng darüber nachdenken, deswegen frage ich jetzt nach. Es heißt hier im Anhang an das Schreiben der Firma EADS vom 27. Juli:

Anlage: Vorschlag Paketlösung zum Vorhaben – Anführungszeichen – „Abfangjäger“ – Ausführungszeichen, Klammer auf – (zwei Mal) – Klammer geschlossen.

Daraus schließe ich, dass es zwei derartige Paketlösungskonvolute gab. Davon ist aber nur eines beim Herrn Ministerialrat Hillingrathner im Ministerium gelandet. Daher frage ich Sie zunächst, ob Sie sich nunmehr daran erinnern können, wo das Zweite war.

Dr. Josef Christl: Tut mir leid. Auch das scharfe Nachdenken hat nicht ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Bleiben wir bei dem, was offiziell veraktet wurde. Es kam ein Originalpaket zu Herrn Ministerialrat Hillingrathner, von Herrn Ministerialrat Hillingrathner wieder zurück zum Minister – hat er ausgesagt auch heute bei der Gegenüberstellung, dass Hillingrathner Grasser das auf den Schreibtisch gelegt und **nicht** zurückbekommen hat.

Hat man im Kabinett Nachforschungen angestellt, wohin dieses Paket gekommen ist?

Dr. Josef Christl: Nein. Also kann ich mich nicht erinnern, dass wir irgendwelche Nachforschungen angestellt haben. Es war an sich Grundsatz, dass die Akten möglichst rasch wieder zurück in das Ministerium gegeben ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das haben wir geklärt. Ministerialrat Hillingrathner schwört Stein und Bein, er hat nichts zurückbekommen.

Wer hatte zum damaligen Zeitpunkt Zugang zum Schreibtisch des Bundesministers, um etwa einen Akt mitzunehmen – außer natürlich ...?

Dr. Josef Christl: Na ja, das Sekretariat, das im Wesentlichen ... Das Kabinett natürlich auch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das Sekretariat des Ministers, Sie und Ihre Kabinettskollegen?

Dr. Josef Christl: Ja. Es gab natürlich Ministerdiener und so weiter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Natürlich. – Das heißt also, der Kreis derer, die so etwas im Original mitnehmen und dann verschwinden lassen können, ist ein sehr, sehr kleiner Kreis. – Ist das richtig?

Dr. Josef Christl: Na ja, also ich meine, das hängt von der Situation ab. Es wäre auch denkbar gewesen, dass am Abend ein Sektionschef in das Ministerbüro kommt und schaut, ob der Minister noch da ist, und der Minister ist nicht da ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und das mitnimmt?

Dr. Josef Christl: Auch das wäre möglich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also Sie schließen nicht aus, dass es ein Sektionschef mitgenommen hätte?

Dr. Josef Christl: Ich möchte überhaupt niemanden damit beschuldigen. Ich kann mit der Frage nicht wahnsinnig viel anfangen, weil ich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na ja, das kann ich mir schon vorstellen, aber ich komme noch einmal darauf zurück.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich erlaube mir, wieder selbst einige Fragen zu stellen.

Wir sind stehen geblieben beim 20. Juni bei dem Punkt – ich zitiere zur Überleitung noch aus dieser Steger-Mitschrift –: bis Montag Mittag Strategie fertig. Und vorher diese Feststellung: via Christl Entscheidung hinauszögern, nachfordern von Unterlagen, morgen gegen 15 Uhr Nachforderungen an Büro Scheibner, und so weiter.

Da notiert sich Steger am Tag darauf: Christl ... Nein, am Tag darauf – das ist sogar aktenmäßig festgehalten –: Christl an Commenda: Finanzministerium ersucht – ich zitiere – um folgende weitere Angaben:

1. Übersicht Liefer- und Zahlungsplan für 18 und 12 Stück Eurofighter und Gripen wie bei 24 Stück-Variante Kommerzteil,
2. Komplettberechnung F-16 – steht ausführlich drin –,
3. Betriebskosten und LCC für 18 Stück bei Gripen und Eurofighter, detto für 24, 18 und 12 Stück F-16,
4. Mengengerüste und Kalkulationsgrundlagen für die Waffen-Preisermittlung,
5. Aufbereitung des Angebots F-16 MLU, soweit Unterlagen vorhanden. – Zitatende.

Das heißt, wenn man das im Zusammenhang liest, dann haben Sie eigentlich Ihren Auftrag, die Entscheidung durch Nachfordern von Unterlagen hinauszuzögern, und zwar zumindest bis Montag Mittag, beeindruckend erfüllt.

Entspricht das den Tatsachen?

Dr. Josef Christl: Also, das weiß ich nicht, ob das den Tatsachen entspricht. Ich meine, wir haben die Sachen angefordert, die uns notwendig erschienen sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, okay.

Am 24. Juni gibt es wieder eine Besprechung um 8.30 Uhr beim Finanzminister in seinem Büro: Grasser, Christl, Hillingrathner, Tomasch, Kocher. Steger notiert:

Life-Cycle-Costs hinterfragen – also wieder –, Leasing-Variante F-16 aufnehmen – jetzt sogar schon die Leasing-Variante! –, in Klammer (das heißt, in Summe sechs Varianten).

Bleiben wir einmal dabei! Bis jetzt erklären Sie – und wir werden sehen, was der damalige Finanzminister erklärt –: Ja, wir wollten F-16, aber es gab auch die Variante Eurofighter.

Am 24. Juni hat es auf Auftrag des Finanzministers in Ihrer Gegenwart laut Mitschrift Steger in Summe sechs vom Finanzministerium geforderte Varianten gegeben, die meisten davon F-16. – Warum?

Dr. Josef Christl: Warum? – Ja, also, weil F-16 uns eben ein Anliegen war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, den Eindruck habe ich auch. Aber war es Ihnen ein Anliegen, bei einem bereits ausgeschiedenen Modell eine Variante, die möglichst der Ausschreibung entspricht, wieder ins Gespräch und in Verhandlungen zu bringen, oder war es – und da macht zumindest für mich diese Mitschrift Steger den Eindruck – Ihnen ein Anliegen, mit der Forderung möglichst vieler zum Teil überhaupt nicht zur Diskussion stehender Varianten den Prozess hinauszuzögern, um Zeit für eine Neupositionierung der Eurofighter-Unterstützer zu finden?

Ich frage Sie deshalb anders: Welche dieser Varianten von F-16 haben Sie ernsthaft unterstützt mit dem Ziele, dafür eine Typenentscheidung zu bekommen? – Sie werden ja kaum sagen: sechs Varianten.

Dr. Josef Christl: Na ja, es war immer die F-16 MLU, die uns am nächsten gewesen ist, weil das war die billigste Lösung.

Nach meinen Aufzeichnungen ist es so, dass dieses schriftliche Ersuchen von mir an Brigadier Commenda am 21. Juni geschrieben wurde, und die Entscheidung der Bewertungskommission, wo F-16 und F-16 MLU ausgeschieden wurden, war nach meinen Aufzeichnungen am 24. Juni. Also irgendwie ...

Obmann Dr. Peter Pilz: F-16 ist wesentlich früher ausgeschieden worden. Ich kann das herausuchen und Ihnen gerne noch vorhalten.

Dr. Josef Christl: F-16? Also, da ist jetzt dann aber ... Ich habe das aus den Rechnungshofberichten, glaube ich. Dann muss der Rechnungshof da einen Fehler gemacht haben. Also, ich glaube, F 16 wurde am 24. Juni ausgeschieden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das werden wir sehr geschwind haben, das ist überhaupt kein Problem.

Dr. Josef Christl: Also, das würde ich überprüfen. Ich muss sagen, ich insistiere nicht darauf, aber ich denke, das stimmt nicht ganz.

Obmann Dr. Peter Pilz: 7. Mai 2002, Bundesministerium für Landesverteidigung: Das F-16-Angebot wird wegen Nichterfüllung zweier Muss-Forderungen ausgeschieden. – Offiziell ausgeschieden am 7. Mai 2002.

Wir haben die Akten darüber, alle Unterlagen, Aktenvermerk Knoll der **Unterkommission Technik** an die Bewertungskommission, trotzdem wird es vom Finanzministerium taktisch weiter verwendet.

Ich frage Sie: Warum wird, obwohl dem Finanzministerium kurz darauf – das kann ich Ihnen auch noch herausuchen –, am 16. Mai, beim dritten Fortschrittsgespräch Verteidigungsministerium/Finanzministerium – anwesend: Wagner, Wolf, Wall, Hillingrathner, Tomasch –, ich zitiere:

Weiters gab er, Wagner, bekannt, dass bei der F-16 zwei Muss-Forderungen, im Radarbereich und „Moving Map“, offen seien, was sich bei der Sitzung der Bewertungskommission am 15. Mai 2002 herausgestellt habe.

Dann kommt es in der Folge zur Feststellung: F-16, das Angebot wird nicht weiter verfolgt. (*Abg. Dr. Fekter: Nein! – Abg. Dr. Fasslabend: Gar nicht! Das ist nicht wahr!*)

Herr Christl, das war im Mai klar! Das hat nichts mit dem 24. Juni zu tun.

Dr. Josef Christl: Nein! Also für uns war das ganz sicher nicht klar. Ganz sicher nicht! (*Abg. Dr. Fekter: Das ist in der Bewertungskommissionssitzung vom 24. rückwirkend ausgeschieden worden!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Christl, ich habe Ihnen jetzt aus den Akten zitiert, ich habe Ihnen jetzt aus allen Informationen, die dazu vorliegen, zitiert. Wir können Ihnen auch gerne zur Unterstützung der Erinnerung Protokollauszüge der Befragung der Beamten des Landesverteidigungsministeriums zur Verfügung stellen. An den Fakten ändert sich nichts mehr: Anfang Mai ist F-16 ausgeschieden worden, und bald darauf ist das Finanzministerium verständigt worden.

Das sind schlicht und einfach Fakten. Deswegen ist die Frage, die wir, glaube ich, nach Ihren Antworten eher an den damaligen Finanzminister zu richten haben, wo ich nach wie vor hoffe, dass er sich gut erinnern kann, weil das ja nicht unerheblich war, nach

wie vor unbeantwortet: Warum wird vom Finanzministerium ein Angebot, das bereits wegen der Nichterfüllung zweier Muss-Forderungen ausgeschieden ist, taktisch weiter verwendet? Wollen Sie auf diese Frage noch antworten?

Dr. Josef Christl: Ja, das habe ich ja vorhin schon beantwortet. – Weil sie die billigste und für uns, aus unserer Sicht, die effizienteste war. Sie haben ja das Hillingrathner-Gutachten, das am 27. Juni erstellt wurde, glaube ich, oder?

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, das ist wieder etwas anderes. Das ergibt nicht mehr übermäßig viel Sinn.

Gibt es noch jemanden, der dazu etwas fragen will? – Kollege Fasslabend, bitte.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Kollege Stadler hat hier die Frage des Zugangs zum Ministerbüro wegen dieses berühmten verschwundenen Aktes angesprochen. Ministerialrat Hillingrathner hat hier ausgesagt, dass möglicherweise er selbst den Akt in Abwesenheit des Ministers und seiner Sekretäre persönlich auf den Tisch des Ministers gelegt hätte.

Lässt eine derartige Vorgangsweise – wenn jemand persönlich einen Akt auf den Tisch des Ministers legt, ein Abteilungsleiter – auch den Schluss zu, dass unter Umständen ein Abteilungsleiter einen Akt von dort wieder abholen kann?

Dr. Josef Christl: Das würde ich so sehen.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Die zweite Frage, die ich habe, bezieht sich auf den Informationsstand von Sektionschef Steger. Ich schicke voraus, dass ich selbst die Erfahrung gemacht habe, dass bei Beschaffungsfällen meistens Hillingrathner eine äußerst informierte Person war, Steger im Grunde genommen mit Beschaffungsfällen nicht sehr viel zu tun haben wollte und im Wesentlichen auch hier in diesem Ausschuss seine Aussagen ja eigentlich nur Rückschlüsse aus dem Lesen der Protokolle und nicht sosehr aus eigener Erfahrung waren – natürlich auch einiges, dazu hat er ja selbst seine Handzettel bereitgestellt.

Meine Frage richtet sich an Sie: Hatten Sie den Eindruck, dass er sich selbst intensiv um dieses Projekt gekümmert oder dass er eigentlich nur das Allernotwendigste getan hat?

Dr. Josef Christl: Er hat sicherlich nicht stark agiert, er hat sich sehr zurückgenommen – das habe ich auch das letzte Mal gesagt –, aber er hat sicher genau beobachtet. Also, ich nehme an, dass er die Akten natürlich gesehen hat, die verfasst wurden, nur, agiert hat er eigentlich nicht. Er hat sozusagen aus der zweiten Linie heraus ... und nur, wenn ihn der Minister zugezogen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir versuchen, weiter zu klären. Dieses Aktenkonvolut, das unbestrittenermaßen beim Minister gelandet ist – Paketlösung –, das nicht an Herrn Ministerialrat Hillingrathner zurückgegangen ist, ist verschwunden. Das hat heute nicht einmal mehr der Bundesminister, Ihr früherer Chef, bestritten.

Es ist dann aber auch eine Ersatzkopie, die ebenfalls vom Kabinett angefordert wurde, verschwunden. Erinnern Sie sich an diese Anforderung der Ersatzkopie? (*Dr. Christl: Nein!*) – Sektionschef Steger hat das über Auftrag des Kabinetts beim Herrn Hillingrathner angefordert. Auch diese Kopie ist verschwunden. (*Abg. Dr. Fasslabend: Bei „NEWS“ ...!*) – Der Herr Ex-Verteidigungsminister sagt, es ist bei „NEWS“ gelandet.

Ich will das jetzt nicht in eine Frage packen. Ich will hier nur sagen: Warum ist nie eine Erhebung angestellt worden, dass zweimal erhebliche Aktenstücke verschwinden, die zweimal vom Kabinett angefordert wurden? Warum hat man da keine Nachforschungen angestellt?

Dr. Josef Christl: Herr Abgeordneter, Sie werden es mir vielleicht nicht glauben, aber: Ich habe erst hier in diesem Ausschuss erfahren, dass diese Akten verschwunden sind. Wir haben ja nicht die ganze Zeit kontrolliert, ob jeder Akt jetzt an seinem Platz ist, der im Finanzministerium zirkuliert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Völlig klar. Nur war das zum Ersten nicht irgendein gewöhnlicher Akt, und zweitens hat Herr Hillingrathner selber in einem Aktenvermerk an Sektionschef Steger geschildert, mit welcher Vehemenz, mit welchem Druck – er hat nicht „Vehemenz“ gesagt, sondern mit welchem „Druck“ – die Vorlage dieses Aktes verlangt wurde. Auch hinsichtlich des zeitlichen Drucks hat er das geschildert. Das heißt also: Das war nicht irgendein gewöhnlicher Vorgang, sondern man hat mit zeitlichem Druck und mit Vehemenz die Vorlage dieses Aktes verlangt, und zwar aus dem Kabinett.

Wer könnte das gewesen sein? Sie waren der Einzige, der mit diesen ganzen Eurofighter-Sachen im Kabinett beschäftigt war.

Dr. Josef Christl: Ja, es könnte ich gewesen sein, es könnte aber auch René Oberleitner gewesen sein, es könnte Matthias Winkler gewesen sein. Es gibt mehrere Möglichkeiten, wenn es aus dem Kabinett überhaupt war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt: Außer Ihnen wäre noch Matthias Winkler dafür infrage gekommen oder Herr René Oberleitner?

Dr. Josef Christl: René Oberleitner hat mich dann vertreten, wenn ich auf Urlaub war, in dieser Angelegenheit. Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese drei Leute haben zweimal Akten angefordert – oder einer dieser drei Leute aus dem Bereich des Kabinetts –, diese beiden Akten verschwinden dann, und niemand kommt auf die Idee, zu fragen: Wie ist das möglich? Hier sind Nachforschungen anzustellen. – Ist das richtig?

Dr. Josef Christl: Ich muss mich wiederholen: Mir war das gar nicht bewusst, das habe ich erst jetzt im Ausschuss sozusagen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es denkbar, dass man Interesse daran hatte, dass diese Akten verschwinden?

Dr. Josef Christl: Kann ich mir nicht vorstellen, wenn sie ohnedies verfügbar sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist nämlich augenfällig gewesen, dass man gar nicht so glücklich darüber war, dass Herr Hillingrathner noch eine Kopie angefertigt hatte.

Dr. Josef Christl: Also, ich war deswegen nicht unglücklich, in keiner Weise.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Nachfolgerin des Herrn Ministerialrats Hillingrathner hat augenscheinlich nach Aussage des Sektionschefs Steger – ich muss hier korrekt sein – dem Herrn Sektionschef geschildert, dass sie dann in der Kanzlei geblieben ist und beim dritten Versuch, diesen Akt formell rücklaufen zu lassen, darauf bestanden hat, dass er kanzleimäßig erfasst wird, sonst werde sie die Kanzlei nicht verlassen, bis das der Fall ist. Das heißt also: Das lässt schon darauf schließen, dass es da ein gewisses Interesse gab, dieses Paketlösungskonvolut der Firma EADS beiseite zu schaffen.

Dr. Josef Christl: Das ist Ihre Interpretation, nicht meine.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dies scheint aber das Verhalten des Kabinetts gewesen zu sein, denn dieses Bemühen ist von sonst nirgends ausgegangen.

Dr. Josef Christl: Das möchte ich in Abrede stellen. Das Kabinett hat in dieser Hinsicht überhaupt keine Intentionen gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Keine Intentionen, keine Absichten und keine Aufträge erteilt?

Dr. Josef Christl: Keine Absichten, keine Aufträge erteilt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben es bei Protokoll, das ist für uns entscheidend.

Damit habe ich mein Anfragenpotenzial erschöpft. – Danke.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich muss wieder einmal – wie so oft – nach einer Wortmeldung des Kollegen Pilz einen falschen Vorhalt korrigieren. Er hat der Auskunftsperson vorgehalten, dass man schon ab 7. Mai hätte wissen müssen, dass Eurofighter ausgeschieden wurde. (*Rufe bei der ÖVP: F-16!*) – F-16 ausgeschieden wurde, Entschuldigung.

Das ist falsch. Die Auskunftsperson Dr. Christl liegt richtig, nämlich in der Bewertungskommissionssitzung am 24. Juni wurde das Protokoll von der 11. Sitzung einstimmig genehmigt und ein Nachtrag festgestellt. Ich lese vor:

Die Bewertungskommission nimmt den Nachtrag zum Punkt 3 des Protokolls der 11. Bewertungskommissionssitzung zur Kenntnis und stellt einhellig fest, dass demnach die dort festgehaltenen Beschlüsse gegenstandslos sind. Weiters wird einstimmig festgestellt, dass die Behandlung des FMS-Anbots mit Stand 7. Mai 2002 beendet ist. – Zitatende.

Somit ist es richtig, wie von Ihnen festgestellt, am 24. Juni, aber rückwirkend für den 7. Mai, ausgeschieden worden. Und damit hat Herr Kollege Pilz dem Zeugen wieder einmal einen falschen Vorhalt gemacht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wieder falsch, weil über das Ergebnis der Unterkommission, das ich zitiert habe, umgehend das Finanzministerium informiert worden ist. Darauf werden wir zurückkommen! Frau Kollegin Fekter, einfach die Akten studieren! Es ist nicht besonders schmerzhaft. (*Abg. Dr. Fekter: Am 24.! Hat auch der Rechnungshof gesagt!*)

Gibt es noch weitere Fragen? – Bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Eine kurze Frage, Herr Dr. Christl. Die Verantwortlichen im Bundesministerium für Finanzen haben eigentlich immer auf eine Reduzierung der Stückzahl der Abfangjäger gedrängt – oder das war zumindest immer ein Thema –, das geht aus den Akten hervor.

War auch die Reduzierung der jährlichen Flugstunden ein Thema für das Bundesministerium für Finanzen? Was haben Sie davon in Erinnerung?

Dr. Josef Christl: Eigentlich nicht wirklich. Ich glaube, das war, wenn überhaupt, dann ein Nebenthema, ein absolutes.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Ich danke Herrn Dr. Christl für die Beantwortung der Fragen. (*Die Auskunftsperson verlässt den Sitzungssaal.*)

Die Befragung und damit der öffentliche Teil der Sitzung ist beendet.

*(Fortsetzung: 18.49 Uhr bis 19.01 Uhr – und damit Schluss der Sitzung – unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung** „nichtöffentlicher Teil“.)*
